

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

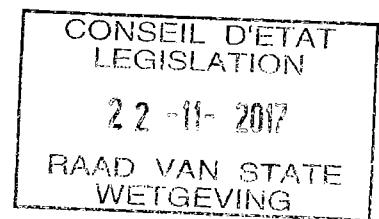
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für lokale Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

62534/4



Der für lokale Behörden zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

6

VORENTWURF GEMEINDEDEKRET

INHALTSANGABE

Dieses Dekret regelt die Organisation der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets



- 3 -
INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln.....	5
Vorentwurf	34

ALLGEMEINE BEGRÜNDUNG

Dieses neue Gemeindedekret, das inhaltlich weitgehend der jetzigen Gesetzgebung, die im ersten Teil des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung enthalten ist, entspricht, ist das Resultat einer langen Vorbereitung und enger Konzertierung mit den Gemeindebehörden, den Bürgermeistern wie den Direktoren. Zu Beginn des Reformprozesses war ein Abänderungsdekret angedacht, was weit weniger aufwändig gewesen wäre. Bei grundlegender Analyse des bestehenden Textes hat sich jedoch herausgestellt, dass eine Änderung desselben nicht zu einem sehr befriedigenden Ergebnis geführt hätte. Deshalb wurde dafür optiert, ein neues Dekret zu verfassen.

Dieses präsentiert die Gemeindegesetzgebung weitaus strukturierter mit einer einfachen Nummerierung, einer straffen Formulierung und einer korrekten Sprache, die der gültigen Rechtsterminologie entspricht (die sprachliche und grammatikalische Qualität der offiziell veröffentlichten Übersetzungen der wallonischen Dekrete ist nicht überzeugend und manchmal regelrecht fehlerhaft).

Außerdem wurden die Bestimmungen nicht übernommen, die nicht zur Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören, wie die Regeln in Bezug auf die Regionaleinnehmer oder die Verwaltungsstrafen. Für letztere ist einzig der Föderalstaat zuständig.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Diese Bestimmung bestimmt den Anwendungsbereich dieses Dekrets, das die Organisation der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets regelt.

Artikel 2

Im Sinne der besseren Lesbarkeit des Dekrets enthält dieser Artikel eine Reihe von Begriffsbestimmungen, die sich auf einige häufig im Text erwähnten Begriffe beziehen, die keiner weiteren Erklärungen bedürfen.

Artikel 3

Weil in der diesem Dekret zugrundeliegenden Fassung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, hiernach „Kodex“ genannt, sehr verschiedene Fristangaben verwendet werden, wie Arbeitstage, Werkstage, Kalendertage oder volle Tage, präzisiert diese Bestimmung, dass alle im Dekret erwähnten Fristen in Kalendertagen ausgedrückt sind. Dabei ist der Tag, an dem das Ereignis stattfindet, das die Frist auslöst, nicht in der Frist einbegriffen, der Tag an dem sie ausläuft sehr wohl, es sei denn, es handelt sich um einen Samstag, Sonntag oder gesetzlichen Feiertag.

Artikel 4

Diese Bestimmung entspricht Artikel L1111-1 des Kodex, der festlegt, dass die Regierung die Schreibweise der Namen der Gemeinden und Weiler bestimmt.

Artikel 5

§1 dieses Artikels entspricht Artikel L1112-1 des Kodex und beauftragt die Regierung damit, Wahlen zu organisieren, wenn ein Teil einer Gemeinde zur Gemeinde erhoben wird.

§2 entspricht Artikel L1112-2 des Kodex und regelt den Fall einer Gemeindefusion.

In beiden Fällen regeln die Räte in gegenseitigem Einverständnis je nach Fall die Teilung der Gemeindegüter unter die Einwohner der getrennten Gebiete sowie alles, was Schulen und Archive anbelangt.

Bei Uneinigkeit zwischen den Räten entscheidet der Staatsrat.

Über Streitigkeiten über Rechte, die sich aus Urkunden oder aus Besitz ergeben, entscheiden die ordentlichen Gerichte.

Artikel 6

Diese Bestimmung, die Artikel L1113-1 des Kodex entspricht, listet einige der grundlegenden Befugnisse der Gemeinden auf. Dazu gehören neben den Aufgaben, die ihnen durch Gesetz oder Dekret anvertraut werden, die Verwaltung der Güter und Einkünfte der Gemeinde, die Feststellung und Begleichung der lokalen Ausgaben, die Leitung und Ausführung von öffentlichen Arbeiten sowie die Verwaltung der Einrichtungen, die der Gemeinde gehören, auf ihre Kosten unterhalten werden oder besonders für die Nutzung durch ihre Einwohner bestimmt sind.

Artikel 7

Wie Artikel L1121-3 des Kodex wird die Regierung damit beauftragt, die in den Artikeln 10, 43, 52, 91 vorgesehene Einstufung der Gemeinden bei jeder vollständigen Erneuerung der Räte mit der Bevölkerungszahl in Einklang zu bringen. Die zum 1. Januar des Jahres der ordentlichen Gemeinderatswahlen ermittelten Bevölkerungszahlen sind spätestens zum 1. Mai desselben Jahres im Belgischen Staatsblatt zu veröffentlichen.

Artikel 8

Diese Bestimmung übernimmt die Artikel L1121-1 und L1121-2 des Kodex, wonach es in jeder Gemeinde eine aus den Ratsmitgliedern, dem Bürgermeister und den Schöffen zusammengesetzte Gemeindebehörde gibt. Die Verpflichtung, die Kontinuität des Amtes zu gewährleisten, bleibt behalten.

Artikel 9

Dieser Artikel übernimmt die Artikel L1122-1, L1122-2 und L1122-3 Absatz 3 des Kodex. Nach wie vor werden die Räte alle sechs Jahre vollständig erneuert, unmittelbar von der Versammlung der Wähler der Gemeinde gewählt und am ersten Montag des Monats Dezember eingesetzt, der auf die Wahlen folgt.

Artikel 10

Die in Artikel L1122-3 Absatz 1 des Kodex vorgesehene Anzahl der Ratsmitglieder, die sich nach der Bevölkerungszahl der Gemeinde richtet, bleibt unverändert.

Artikel 11

Wie in Artikel L1122-4 des Kodex vorgesehen, kann jeder gewählte Kandidat nach der Gültigkeitserklärung seiner Wahl und vor seinem Amtsantritt auf das ihm erteilte Mandat schriftlich verzichten. Im Unterschied zu der in der Wallonischen Region geltenden Bestimmung wird dieser Verzicht rechtskräftig, wenn der Rat ihn zur Kenntnis genommen hat. Es bedarf keines begründeten Ratsbeschlusses mehr, gegen den ein Einspruch erhoben werden kann. Wenn der Verzicht ein grundlegendes Recht eines jeden Kandidaten ist, hat der Rat keinerlei Ermessensspielraum und kann ihn demzufolge nur zur Kenntnis nehmen.

Artikel 12

Diese Bestimmung entspricht Artikel L1125-5 des Kodex und bestimmt, dass ein zum Ratsmitglied gewählter Kandidat, der ein mit diesem Mandat unvereinbares Amt ausübt (siehe die Artikel 65-70), an einem Unternehmen beteiligt ist oder einen Beruf oder ein Handwerk ausübt, wofür er seitens der Gemeinde ein Gehalt oder regelmäßige finanzielle Zuwendungen bezieht, so lange nicht zur Eidesleistung zugelassen werden darf, wie der Grund für die Unvereinbarkeit besteht. Der bis jetzt in der deutschen Übersetzung verwendete Begriff „Zulage“ wurde ersetzt durch „regelmäßige finanzielle Zuwendungen“, weil diese Bestimmung regelmäßig zu Interpretationsschwierigkeiten führte. Der Sinn der Bestimmung ist es, eine Unvereinbarkeit zu schaffen, wenn ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis des Kandidaten zur Gemeinde gegeben ist.

Wenn ein gewählter Kandidat innerhalb eines Monats, nachdem ihn das Kollegium dazu aufgefordert hat, das mit dem Mandat unvereinbare Amt nicht aufzugeben oder nicht auf das von der Gemeinde gezahlte Gehalt bzw. die von ihr gewährte Zuwendung verzichtet hat, wird davon ausgegangen, dass er das Mandat nicht annimmt.

Artikel 13

Wie auch vorgesehen in Artikel L1122-5 des Kodex darf ein Ratsmitglied sein Amt nicht weiter ausüben, wenn es eine der Wählbarkeitsbedingungen nicht mehr erfüllt.

Das Kollegium informiert den Rat und den Betroffenen darüber. Letzterer kann dem Kollegium innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen seine Verteidigungsmittel schriftlich übermitteln. Der Rat nimmt den Verlust der Wählbarkeitsbedingung(en) zur Kenntnis und stellt die Amtsaberkennung von Amts wegen fest. Er leitet das Verfahren zum Ersatz des betreffenden Mitglieds ein.

Der Generaldirektor stellt dem Betreffenden diesen Beschluss zu. Gegen diesen Beschluss kann binnen acht Tagen ab dessen Notifizierung ein auf Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat beruhender Einspruch erhoben werden.

Ist dem Betreffenden der Grund für die Amtsaberkennung auch ohne jegliche Notifizierung bekannt und übt er sein Amt trotzdem weiter aus, setzt er sich den in Artikel 262 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen aus, d.h. eine Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Jahr und/oder einer Geldstrafe von 25-500 Euro.

Artikel 14

Wie in Artikel L1122-9 des Kodex vorgesehen, stellt das Ratsmitglied dem Rat seinen Rücktritt aus dem Amt schriftlich zu. Dieser nimmt ihn auf der erstfolgenden Sitzung zur Kenntnis.

Der Rücktritt wird an dem Datum wirksam, an dem der Rat ihn zur Kenntnis genommen hat. Der Generaldirektor stellt dem Betreffenden den entsprechenden Beschluss zu. Gegen diesen Beschluss kann binnen acht Tagen ab dessen Notifizierung ein Einspruch aufgrund von Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat eingelegt werden.

Artikel 15

Wie in Artikel L1122-6 des Kodex vorgesehen, kann ein Ratsmitglied anlässlich der Geburt oder Adoption eines Kindes einen Urlaub von höchstens 20 Wochen nehmen.

Bei einer krankheitsbedingten Abwesenheit von mindestens sechs Monaten, kann das Ratsmitglied während der ganzen durch ein ärztliches Attest gedeckten Dauer Urlaub nehmen.

Auf mehrheitlichen Antrag der Fraktion, der das beurlaubte Ratsmitglied angehört, leitet der Rat ein Verfahren zum Ersatz dieses Ratsmitglieds ein.

Nicht mehr vorgesehen ist der ursprüngliche §4 - „Die Paragraphen 1 und 1bis sind erst ab der ersten Gemeinderatssitzung nach derjenigen anwendbar, in der das Ratsmitglied in sein Amt eingesetzt wurde“. Logischerweise kann jemand erst ersetzt werden, wenn er eingesetzt wurde. Notfalls kann das auch in derselben Sitzung geschehen

Artikel 16

Diese Bestimmung legt analog zu Artikel L1122-7 des Kodex die zulässigen Entschädigungen der Ratsmitglieder fest. Sie beziehen kein Gehalt, können aber Anwesenheitsgelder für die Teilnahme an Rats- oder Ausschusssitzungen erhalten. Der Rat legt deren Höhe fest, die zwischen 37,18 und 125 Euro liegen muss, wobei diese Beträge indexiert sind. Der Höchstbetrag entspricht den zulässigen Geldern für Provinzialratsmitglieder.

Die Summe des Anwesenheitsgeldes des Ratsmitglieds und der Entlohnungen und Naturalvergütungen, die es aufgrund seines ursprünglichen Mandats, seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art im Sinne von Artikel L5111-1 des Kodex bezieht, ist auf höchstens 150% der parlamentarischen Entschädigung der Mitglieder des föderalen Parlaments begrenzt.

Bei Überschreitung dieses Höchstbetrags wird der Betrag des Anwesenheitsgeldes und/oder der vom Ratsmitglied aufgrund seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art bezogenen Entlohnungen und Naturalvergütungen entsprechend herabgesetzt.

Der Rat kann gemäß den von der Regierung festzulegenden Modalitäten die Anwesenheitsgelder eines Ratsmitglieds, das andere gesetzliche oder ordnungsgemäße Gehälter, Pensionen, Entschädigungen oder Zulagen bezieht, um einen Betrag erhöhen, der den vom Betroffenen erlittenen Einkommensausfall ausgleicht, insofern der Mandatsträger es selber beantragt.

Der Betrag der Anwesenheitsgelder, erhöht um den Betrag zum Ausgleich des Einkommensausfalls, darf nie höher sein als das Gehalt eines Schöffen einer Gemeinde mit 50.000 Einwohnern.

Artikel 17

Diese Bestimmung entspricht Artikel L1122-8 des Kodex in Bezug auf den Beistand eines Ratsmitglieds, das wegen einer Beeinträchtigung sein Mandat nicht alleine ausüben kann.

Diese Vertrauensperson muss folgende Bedingungen erfüllen:

- sie ist (potentieller) Wähler in der Gemeinde;
- sie erfüllt die Wählbarkeitsbedingungen für das Mandat als Gemeinderatsmitglied;
- sie ist nicht Mitglied des Gemeinde- oder ÖSHZ-Personals der Gemeinde.

Sie leistet den Eid wie die anderen Ratsmitglieder und zwar bevor sie ihr Amt aufnimmt, was durchaus in der ersten Sitzung der Fall sein kann. Ob sie dies nach den anderen Ratsmitgliedern oder direkt nach der Person, der sie beisteht, tut, ist nicht vorgegeben. Es ist davon auszugehen, dass nur eine einzige Person als Vertrauensperson fungiert, wobei diese eventuell im Laufe der Zeit durch eine andere Person ersetzt werden kann.

Die Vertrauensperson verfügt über dieselben Rechte und Pflichten wie das Ratsmitglied. Das heißt, dass sie auch an der geschlossenen Sitzung und an geheimen Abstimmungen des Gemeinderats teilnimmt. Da die Aufgabe dieser Person jedoch nur darin besteht, das Ratsmitglied physisch zu unterstützen, kann sie nicht alleine auftreten. Die Anwesenheit des Ratsmitglieds ist in jedem Fall unerlässlich. Neu ist, dass der Rat Anwesenheitsgelder für die Begleitperson vorsehen kann.

Gemäß Königlichem Erlass vom 25. Februar 1996 gilt als Ratsmitglied, das wegen einer Beeinträchtigung sein Mandat nicht alleine ausüben kann, das Ratsmitglied, das wegen einer schweren sensorischen Beeinträchtigung, wegen schwerer Sprachstörungen oder wegen einer motorischen Beeinträchtigung, die ihm große Schwierigkeiten bereitet, mit den Dokumenten umzugehen, persönlichen Beistand für die Ausübung seines Mandats braucht.

Artikel 18

Diese Bestimmung entspricht sinngemäß Artikel L1122-18 des Kodex, ist aber weitaus ausführlicher und kohärenter formuliert. Hier werden die Fälle aufgelistet, die die Ge-

schäftsordnung (die im Kodex unter diversen Bezeichnungen erwähnt wird, wie Innere Ordnung, Allgemeine Ordnung, Geschäftsordnung) des Rats regeln muss bzw. kann.

Unabdingbar sind die Regeln für:

- die Erstellung einer Rangordnungstabelle der Ratsmitglieder;
- die Organisation der gemeinsamen Sitzungen mit dem Sozialhilferat;
- die Entschädigungen der Ratsmitglieder sowie die Ausübung ihrer Rechte;
- die Einberufung des Rats sowie die Modalitäten der Einsicht in die Dokumente der Ratssitzung;
- die Interpellationen;
- die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse und Beiräte;
- den Tag bzw. die Daten der Kollegiumssitzungen;
- berufsethisches und ethisches Verhalten.

Außerdem kann die Geschäftsordnung ergänzende Maßnahmen enthalten, wie die eventuelle Entschädigung der Vertrauensperson für das Ratsmitglied mit einer Beeinträchtigung, zusätzliche Möglichkeiten der Bekanntmachung der Ratssitzungen, zusätzliche Abstimmungsverfahren oder den Zugang zum Informationsblatt der Gemeinde.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Geschäftsordnung keine Wiedergabe des Gemeindedekrets sein sollte. Dessen Regeln sind auch ohne Aufnahme in die Geschäftsordnung verbindlich. Im Prinzip ist sogar auf eine Übernahme der gesetzlichen Regeln zu verzichten, weil es zu Schwierigkeiten kommen kann, wenn die dekretalen Regeln ändern und die Geschäftsordnung nicht oder noch nicht angepasst wurde. Die Räte sollten ihre Geschäftsordnung dazu nutzen, die Situationen zu regeln, die nicht im Dekret vorgesehen bzw. nicht präzise vorgeschrieben sind.

Artikel 19

Diese Bestimmung übernimmt Artikel L1122-10 des Kodex, wonach die Ratsmitglieder das Recht haben, jegliche Urkunden und Schriftstücke bezüglich der Verwaltung einzusehen und eine Kopie davon zu erhalten.

Gemäß den in der Geschäftsordnung vorgesehenen Modalitäten haben die Ratsmitglieder Zugang zu den Gemeindeeinrichtungen und -diensten. Sie können das Kollegium mündlich über aktuelle Angelegenheiten befragen und ihm schriftliche Fragen stellen über Beschlüsse des Kollegiums oder des Rats bzw. über Gutachten dieser Gremien, wenn diese sich auf eine Angelegenheit beziehen, die das Gemeindegebiet betrifft.

Neu ist, dass die Protokolle der Kollegiumssitzungen den Ratsmitgliedern über eine geschützte Internet-Plattform zugänglich gemacht werden müssen, wie dies bereits zur allseitigen Zufriedenheit in einigen Gemeinden praktiziert wird.

Artikel 20

Wie bisher (Artikel L1122-11 des Kodex) tritt der Rat so oft zusammen, wie es die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Angelegenheiten erfordern, mindestens aber zehn Mal im Jahr. Er kann gemeinsame Sitzungen mit dem Sozialhilferat abhalten.

Artikel 21

Dieser Artikel regelt die Einberufung des Rats, wie bisher in den Artikeln L1122-11 bis -13 des Kodex vorgesehen.

Im Prinzip beruft das Kollegium den Rat auf eigene Initiative oder auf Antrag eines Drittels der amtierenden Ratsmitglieder ein. Wenn der Rat im Laufe eines Jahres weniger als 10 Mal zusammengetreten ist, reicht ein Antrag von einem Viertel der Ratsmitglieder.

Normalerweise ergeht die Einladung mit der Tagesordnung an die Mitglieder wenigstens sieben Tage vor dem Versammlungsdatum schriftlich an ihren Wohnsitz oder auf elektronischem Weg. Wird ein Rat jedoch in Anwendung von Artikel 25 Absatz 3 einberufen, d.h. zum dritten Mal für dieselbe Tagesordnung, wird die Frist auf zwei Tage herabgesetzt.

Die Punkte der Tagesordnung werden deutlich angegeben. Ihnen ist ein zusammenfassendes Erläuterungsschreiben und ein Beschlussentwurf beigelegt.

Für jeden Punkt der Tagesordnung werden den Ratsmitgliedern alle sich darauf beziehenden Schriftstücke vor Ort zur Einsicht bereitgehalten.

Die Direktoren oder die von ihnen bezeichneten Personalmitglieder, die selbstverständlich über die entsprechenden Kompetenzen verfügen müssen, stehen den Ratsmitgliedern an mindestens zwei Terminen vor der Sitzung für technische Erklärungen zur Verfügung. Einer dieser Termine liegt innerhalb der gewöhnlichen Bürozeiten und einer außerhalb. Der Rat regelt die Modalitäten in seiner Geschäftsordnung.

Artikel 22

Die Öffentlichkeit wird wie bisher (L1122-14 des Kodex) über die Ratssitzungen informiert. Der etwas altertümliche Begriff des „Anschlags am Rathaus“ wird durch eine Bekanntmachung ersetzt. Diese kann durch Aushang, elektronische Tafeln oder gleich welche Mittel, die denselben Zweck erfüllen, erfolgen. Zusätzlich werden die Sitzungen auf der Webseite der Gemeinde zur Kenntnis gebracht.

Die Presse wird unter Beifügung der Tagesordnung zu den Sitzungen eingeladen. Diese Bestimmung ist in einem Dekret nicht näher definierbar. Gedacht ist selbstverständlich an die lokale Presse, weil dieser Begriff jedoch nicht konkret zu umschreiben ist, wurde davon abgesehen.

Artikel 23

Diese Bestimmung übernimmt Artikel L1122-15 des Kodex und regelt den Vorsitz des Rats, der vom Bürgermeister oder seinem Vertreter wahrgenommen wird.

Die Bestimmung zur Bezeichnung des Ratsvorsitzenden der Sitzung(en) vor der Verabschiedung des Mehrheitsabkommens wurde sinngemäß übernommen, aber etwas vereinfacht. Der Vorsitzende der ersten Ratssitzung wird entweder der letzte Bürgermeister sein oder einer der letzten Schöffen, je nach Rang, oder das älteste Ratsmitglied. Sollte keine dieser Personen dem neuen Rat angehören, übernimmt der Kandidat mit den meisten Vorzugsstimmen der bestklassierten Liste den Vorsitz.

Artikel 24

Diese Bestimmung übernimmt sinngemäß die Artikel L1122-25 und L1122-16 des Kodex in Bezug auf den Sitzungsverlauf. In Erwägung der tatsächlichen Gepflogenheiten muss das Protokoll der letzten Sitzung jedoch nicht mehr vorgelesen werden. Es wird den Ratsmitgliedern gemeinsam mit der Tagesordnung zur Verfügung gestellt. Dies kann auf diverse Weisen geschehen, z.B. per Post oder über einen geschützten Internetbereich.

Artikel 25

Diese Bestimmung entspricht Artikel L1122-17 des Kodex und regelt das Anwesenheitsquorum der Ratsmitglieder, damit dieser überhaupt beschlussfähig ist.

Im Prinzip muss mehr als die Hälfte der Ratsmitglieder anwesend sein, damit der Rat überhaupt beschlussfähig ist. Damit eine Beschlussfassung aber nicht durch bloße Abwesenheit auf Dauer verhindert wird, ist vorgesehen, dass, wenn eine Versammlung zweimal einberufen wurde, ohne die beschlussfähige Mitgliederzahl erreicht zu haben, sie nach einer erneuten und letzten Einberufung ungeachtet der anwesenden Ratsmitglieder über alle Punkte, die zum dritten Mal auf der Tagesordnung stehen, beraten und beschließen darf.

Artikel 26

Dieser Artikel vereint die Bestimmungen von Artikel L1122-19 (§1) und L1125-10 (§2) des Kodex in Bezug auf Interessenkonflikte.

§1 untersagt den Mitgliedern des Rats und des Kollegiums bei der Beratung über Angelegenheiten anwesend zu sein, an denen sie persönlich oder als Beauftragte ein direktes Interesse haben oder an denen ihre Verwandten oder Verschwägerten bis zum vierten Grad einschließlich ein persönliches oder direktes Interesse haben, und der Prüfung der Rechnungslegungen öffentlicher der Gemeinde untergeordneter Verwaltungen, deren Mitglieder sie sind, beizuwohnen.

In Bezug auf Vorschläge von Kandidaten, Ernennungen in Ämter und disziplinarrechtliche Verfolgungen erstreckt sich dieses Verbot nur auf Verwandte oder Verschwägte bis zum zweiten Grad einschließlich.

§2 untersagt jedem Rats- und Kollegiumsmitglied sowie den Direktoren (in der bisherigen Gesetzgebung ist nur der Generaldirektor betroffen) sich direkt oder indirekt an irgendeiner Dienstleistung, Lieferung oder Ausschreibung für die Gemeinde zu beteiligen, als Anwalt, Notar oder Sachwalter in Prozessen gegen die Gemeinde aufzutreten, in Disziplinarsachen als Beistand eines Personalmitglieds aufzutreten oder als Beauftragter einer Gewerkschaftsorganisation in einem Verhandlungs- oder Konzertierungsausschuss der Gemeinde aufzutreten.

Rats- und Kollegiumsmitglieder dürfen außerdem nur unentgeltlich Streitsachen zugunsten der Gemeinde vor Gericht vertreten, sie darin beraten oder zu ihren Gunsten darin eingreifen.

Artikel 27

Dieser Artikel übernimmt im Prinzip die Artikel L1122-20 bis -22 des Kodex in Bezug auf die Öffentlichkeit der Ratssitzungen, die den Normalfall bildet. Nur wenn Personenfragen behandelt werden ist die Ratssitzung nicht-öffentlich. Es obliegt dem Vorsitzenden der Versammlung zu entscheiden, wann eine Frage derart personenbezogen wird, dass ggf. von der öffentlichen in die geschlossene Sitzung zu wechseln ist.

Personenfragen werden unbestreitbar behandelt, wenn:

- Personen, die nicht dem Gemeinderat angehören, Gegenstand der Debatte sind;
- das Privatleben der Ratsmitglieder oder des Generaldirektors zur Sprache kommt.

Wenn die Debatte sich jedoch um die politischen Meinungen der Ratsmitglieder dreht oder um Handlungen, die sie in Ausführung ihres Amtes begangen haben, wird diese in öffentlicher Sitzung geführt.

Das Ziel dieser Bestimmung besteht nicht alleine darin, die Privatsphäre der betroffenen Personen zu schützen. Sie dient vor allem dazu, den Ratsmitgliedern den Raum zu verschaffen, sich frei und unbefangen zu äußern, was in der Tat ohne Publikum einfacher ist.

Um den Verantwortlichen eine Hilfe bei der Anwendung des Begriffs der Personenfragen zu geben, werden einige Themenbereiche aufgeführt, die mit Sicherheit nicht als Personenfragen zu betrachten sind, wie die Bezeichnung der Gemeindevertreter in öffentliche Ämter oder Mandate, Immobiliengeschäfte oder Anträge mit Bezug auf Raumordnung und Städtebau und Umwelt.

Neu ist ebenfalls der sich aus der Praxis ergebende Grundsatz, dass in Disziplinarsachen die nicht-öffentliche Sitzung vor der öffentlichen Sitzung stattfindet, was dadurch begründet ist, dass die Betroffenen vorgeladen sind und nicht unnötig warten sollten.

Artikel 28

Diese Bestimmung entspricht integral Artikel L1122-23 des Kodex in Bezug auf die Beratungen des Gemeinderats über den Haushaltsplan, eine Abänderung des Haushaltsplans oder die Rechnungslegung.

In Bezug auf diese Dokumente übermittelt das Kollegium jedem Ratsmitglied ein Exemplar des entsprechenden Entwurfs mit seinen Anlagen und einer allgemeinen Übersicht, insbesondere über die allgemeine und die Finanzpolitik sowie die Verwaltungs- und Geschäftslage der Gemeinde.

Die Sitzungen, in denen der Rat über diese Dokumente berät, sind immer öffentlich.

Die in diesem Artikel erwähnten Dokumente werden den repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen binnen fünf Tagen nach ihrer Verabschiedung übermittelt. Diesen werden Informationen über die Struktur der Beschäftigung, ihre Entwicklung und die Beschäftigungsprognosen, und das während eines Teils und der Gesamtheit des Bezugsjahrs beschäftigte Personal beigefügt. Auf einen binnen fünf Tagen nach der Übermittlung der Dokumente eingereichten Antrag der repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen werden diese unverzüglich vom Kollegium zu einer spezifischen Informationsversammlung eingeladen, während der diese Dokumente vorgestellt und erläutert werden. Es ist nicht mehr vorgeschrieben, dass diese Versammlung vor Übermittlung der Unterlagen an die Aufsichtsbehörde geschehen muss, weil diese Vorschrift die Einhaltung der Aufsichtsfristen unmöglich machen könnte. Nichts spricht gegen eine gleichzeitige Übermittlung, weil die Gewerkschaftsorganisationen ihre Anmerkungen immer noch binnen der geltenden Beschwerdefrist von 20 Tage einreichen können.

Artikel 29

Diese Bestimmung entspricht Artikel L1122-24 des Kodex und sieht zwei Fälle vor, in denen der Gemeinderat über Angelegenheiten berät, die nicht auf der vom Kollegium festgelegten Tagesordnung stehen:

1. Dringende Angelegenheiten, wenn wenigstens zwei Drittel der anwesenden Mitglieder die Dringlichkeit anerkannt haben. In diesem Fall beschließt also der Gemeinderat über die Behandlung der Angelegenheit.

2. Tagesordnungspunkte,

- die dem Bürgermeister oder seinem Stellvertreter wenigstens fünf volle Tage vor der Versammlung von einem Gemeinderatsmitglied, das nicht Mitglied des Kollegiums ist, übermittelt wurden;
- denen ein Erläuterungsschreiben oder ein Dokument beigelegt ist, das dem Rat darüber Aufschluss geben kann;
- denen ein Beratungsprojekt beigelegt ist, wenn der Punkt Anlass zu einem Beschluss gibt.

Hierbei handelt es sich um ein absolutes Vorrecht eines Gemeinderatsmitglieds, das sozusagen an die Stelle des Kollegiums tritt. Sobald die formalen Bedingungen erfüllt sind, muss der Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden – es gibt keinerlei Ermessensspielraum für den Bürgermeister oder seinen Stellvertreter, der die zusätzlichen Punkte unverzüglich an die Gemeinderatsmitglieder weiterzuleiten hat.

Der Gemeinderat ist nicht dazu verpflichtet, über die zusätzlichen Punkte zu beraten bzw. einen Beschluss zu fassen. Er kann sich für nicht zuständig erklären, den Punkt vertagen oder ablehnen. Er verfährt mit diesen Punkten genauso wie mit der ursprünglichen Tagesordnung des Kollegiums.

Weil das Kollegium die ursprüngliche Tagesordnung beschließt, können dessen Mitglieder naturgemäß nicht von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Artikel 30

Wie Artikel L1122-26 des Kodex sieht Artikel 30 vor, dass der Rat seine Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit fasst. D.h. zur Verabschiedung müssen mehr JA- als NEIN-Stimmen abgegeben werden. Enthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgezählt. Bei Stimmengleichheit gilt der Vorschlag als abgewiesen.

In Bezug auf die Abstimmung über den Haushaltsplan und die Rechnungslegung gelten weiterhin die Regeln, dass der Rat über deren Gesamtheit abstimmt, auf Antrag eines Gemeinderatsmitglieds aber dazu verpflichtet ist, über einen oder mehrere Artikel bzw. Posten oder eine oder mehrere Gruppen von Artikeln getrennt abzustimmen.

In diesem Fall kann die Gesamtabstimmung erst erfolgen, nachdem über den bzw. die einzelnen Artikel, Gruppen von Artikeln oder Posten abgestimmt worden ist, wobei die Gesamtabstimmung sowohl für die Artikel oder Posten gilt, für die kein Mitglied eine getrennte Abstimmung beantragt hat, als auch für die durch getrennte Abstimmung bereits angenommenen Artikel.

Artikel 31

Die Abstimmungsmodalitäten entsprechen Artikel L1122-27 des Kodex, wonach die Ratsmitglieder im Prinzip mündlich abstimmen. Die Geschäftsordnung kann jedoch alternative Abstimmungsverfahren vorsehen, wie die mechanisch ausgelöste namentliche Abstimmung oder die Abstimmung durch Handzeichen. Es wird jedoch immer mündlich abgestimmt, wenn ein Drittel der anwesenden Mitglieder dies beantragt.

In Abweichung vom Prinzip der offenen Abstimmung wird über Vorschläge von Kandidaten, Ernennungen in Ämter, Zurdispositionstellungen, vorbeugende einstweilige Amtsenthebungen im Interesse des Dienstes und Disziplinarstrafen in geheimer Abstimmung abgestimmt. Diese Ausnahmen betreffen Personalfragen und nicht Vorschläge zur Entsendung von Mandatären in diverse Gremien. Außerdem ist darauf zu achten, dass auch Beschlüsse, über die in geheimer Wahl abgestimmt wurde, zu begründen sind.

Artikel 32

Artikel 32 übernimmt Artikel L1122-28 des Kodex. In Abweichung von der allgemeinen Regel, wonach ein Beschlussvorschlag bei Stimmengleichheit als abgelehnt gilt, wird bei Ernennungen oder Vorschlägen von Kandidaten gegebenenfalls eine Stichwahl zwischen den Kandidaten, die die höchste Stimmenanzahl erhalten haben, vorgenommen.

Zu diesem Zweck stellt der Vorsitzende eine Liste mit doppelt so vielen Namen auf, wie Kandidaten zu ernennen oder vorzuschlagen sind.

Die Stimmen dürfen nur für die auf dieser Liste eingetragenen Kandidaten abgegeben werden.

Die Ernennung oder der Vorschlag erfolgen mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit hat der ältere Kandidat den Vorzug.

Artikel 33

Diese Bestimmung, die das Interpellationsrecht der Bürger regelt, entspricht integral Artikel L1122-14 §§2-6 des Kodex.

Artikel 34

Wie bisher (Artikel L1122-29 des Kodex) darf weder den Gemeindegewohnern noch dem zu diesem Zweck von der Regierung beauftragten Personen verweigert werden, vor Ort Einsicht in die Ratsbeschlüsse zu nehmen.

Der Rat kann jedoch bestimmen, dass die unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse eine bestimmte Zeit geheim gehalten werden.

Artikel 35 – 39

Die Artikel 35-39 übernehmen die Artikel L 1122-30, 32, 34, 35 und 37 des Kodex.

Es wurden nicht übernommen:

- Artikel L1122-31, weil einerseits von selbstredend (den Beratungen des Rats muss eine Untersuchung vorausgehen, wenn sie gesetzlich vorgeschrieben ist) und andererseits obsolet (die Provinz kann eine derartige Untersuchung anordnen).
- Artikel L1122-33, weil die kommunalen Verwaltungssanktionen per Gesetz geregelt sind und somit nicht zur Zuständigkeit des Dekretgebers gehören.
- Artikel L1122-36, weil von selbstredend (der Rat verwaltet die Wälder und Forste gemäß den geltenden Vorschriften).

Der Rat

- regelt alles, was die Gemeindegewohnheiten betrifft; er berät über jede andere Angelegenheit, die die übergeordnete Behörde ihm vorlegt.
- bezeichnet die Mitglieder aller Ausschüsse sowie die Vertreter des Rats in den juristischen Personen, in denen die Gemeinde vertreten ist
- erlässt die Gemeindeverordnungen in Bezug auf die interne Verwaltung
- kann in seiner Mitte Ausschüsse gründen, die mit der Vorbereitung seiner Sitzungen beauftragt sind.
- kann Beiräte einsetzen, die damit beauftragt sind, eine Stellungnahme zu Angelegenheiten gemeindlichen Interesses abzugeben. Diese sind im Prinzip so besetzt, dass höchstens zwei Drittel ihrer Mitglieder demselben Geschlecht angehören
- kann dem Kollegium für die Dauer seiner Amtsperiode die Zuständigkeit für die Gewährung gewisser Zuschüsse übertragen.

Artikel 40

Die Definition der politischen Fraktion entspricht der in Artikel L1123-1 §1 des Kodex vorgesehenen Definition. Bilden demnach eine politische Fraktion die auf einer gleichen Liste bei den Wahlen gewählten Ratsmitglieder.

Das Ratsmitglied, das im Laufe der Legislaturperiode aus seiner politischen Fraktion austritt oder aus dieser ausgeschlossen wird, verliert von Rechts wegen seine gesamten gemäß Artikel L5111-1 des Kodex abgeleiteten Mandate.

Die vom betroffenen Ratsmitglied unterzeichnete Austrittserklärung bzw. die von der Mehrheit der Fraktionsmitglieder unterzeichnete Ausschlusserklärung wird dem Kollegium übermittelt und dem Rat auf seiner erstfolgenden Sitzung zur Kenntnis gebracht. Der Rücktritt bzw. der Ausschluss wird an diesem Datum wirksam. Ein Auszug des Protokolls wird den Einrichtungen übermittelt, in denen das Mitglied bis dahin aufgrund seiner Eigenschaft als Ratsmitglied tagte.

Für die Anwendung des vorliegenden Artikels und von Artikel 51 (Misstrauensantrag), d.h. für die Bestimmung der Fraktionsmehrheit, wird das Ratsmitglied weiterhin als der verlassenen politischen Fraktion angehörend betrachtet.

Artikel 41

Diese Bestimmung, die das Mehrheitsabkommen regelt, übernimmt Artikel L1123-1 §2 des Kodex und ist wie folgt gegliedert:

- §1 regelt die Hinterlegung des/der ersten Mehrheitsabkommen(s) nach den Wahlen;
- §2 regelt dessen Verabschiedung;
- §3 bestimmt den Bürgermeister;
- §4 regelt die Situation, in der kein Mehrheitsabkommen vorgelegt wurde;
- §5 regelt die Auflösung des Mehrheitsabkommens im Laufe der Amtsperiode.

§3, der die Bezeichnung des Bürgermeisters enthält, weist insofern eine Neuerung auf, als dass der Bürgermeister nicht mehr außerhalb des Rates bezeichnet werden kann, weil diese Hypothese als realitätsfremd anzusehen ist.

Zu §5 ist festzuhalten, dass wenn die Mission des Schlichters nicht zur Verabschiedung eines Mehrheitsabkommens führen sollte, die Regierung neue Wahlen anordnet. Der Kodex sieht vor, dass Neuwahlen angeordnet werden können, was nicht sinnvoll ist, weil die Aufgaben des Schlichters zeitlich nicht eingegrenzt sind. Wenn dessen Mission aber nicht zu einer Lösung der Situation führt, sind Neuwahlen die einzige Möglichkeit, um zu einem mehrheitsfähigen Gemeinderat zu gelangen. In diesem Fall beauftragt sie den Generaldirektor (bis jetzt nahm der Gouverneur diese Aufgabe war), die Liste der Wähler der Gemeinde am Tag der Notifizierung des Beschlusses der Regierung an den Rat aufzustellen und die Wähler einzuberufen, um binnen 50 Tagen nach dieser Notifizierung neue Wahlen vorzunehmen. Der genaue Zeitplan der Wahlverrichtungen wird von der Regierung festgelegt. Die neuen Ratsmitglieder beenden das Mandat der Ratsmitglieder, die sie ersetzen.

Artikel 42

Diese Bestimmung eröffnet wie Artikel L1123-2 des Kodex die Möglichkeit, eine Abänderung des Mehrheitsabkommens vorzunehmen, wenn ein Kollegiumsmitglied definitiv ersetzt werden muss.

Artikel 43

Die Anzahl der Schöffen ist unverändert wie in Artikel L1123-9 des Kodex vorgesehen. Demnach gibt es:

- zwei Schöffen in den Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern;
- drei Schöffen in den Gemeinden mit 1.000 bis 4.999 Einwohnern;
- vier Schöffen in den Gemeinden mit 5.000 bis 9.999 Einwohnern;
- fünf Schöffen in den Gemeinden mit 10.000 bis 19.999 Einwohnern;
- sechs Schöffen in den Gemeinden mit 20.000 bis 29.999 Einwohnern;
- sieben Schöffen in den Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern.

Der Gemeinderat kann beschließen (derzeit in Artikel L1123-8 §1 Absatz 1 des Kodex vorgesehen), die Anzahl der Schöffen um eine Einheit herabzusetzen.

Artikel 44

Das Kollegium, das aus Personen beiderlei Geschlechter besteht, setzt sich, wie in Artikel L1123-3 des Kodex vorgesehen, aus dem Bürgermeister und den Schöffen zusammen. In den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets gehören die ÖSHZ-Präsidenten nach wie vor nicht dem Gemeindekollegium an.

Artikel 45

Wie in Artikel L1123-8 §2 des Kodex vorgesehen, werden die Schöffen unter den Ratsmitgliedern ausgewählt.

Nur wenn alle Mitglieder der an das Mehrheitsabkommen gebundenen politischen Fraktionen gleichen Geschlechts sind, wird ein Schöffe außerhalb des Rats bezeichnet. Der derart bezeichnete Schöffe ist in jedem Fall im Kollegium stimmberechtigt. Er nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rats teil.

Dies gilt auch, wenn im Laufe der Amtsperiode eines Kollegiums beide Geschlechter nicht mehr vertreten sind. Es muss ein Schöffe außerhalb des Rats bezeichnet werden, wenn es keine Kandidaten des anderen Geschlechts mehr gibt. Einerseits sieht Artikel 44 vor, dass das Kollegium sich aus Personen beider Geschlechter zusammensetzt und andererseits schreibt Artikel 11bis der Verfassung ebenfalls die Vertretung beider Geschlechter in Gemeindekollegien vor.

Wenn ein Schöffe nicht Mitglied des Rats ist, muss er dennoch alle Wählbarkeitsbedingungen erfüllen und beibehalten.

Im Mehrheitsabkommen wird die politische Fraktion angegeben, der der Schöffe, der nicht Mitglied des Rats ist, zugeordnet ist.

Artikel 46

Diese Bestimmung übernimmt die Artikel L1123-5 und 10 des Kodex, die gleichlautend die Situation des verhinderten Bürgermeisters und Schöffen regeln.

Bei Abwesenheit oder Verhinderung des Bürgermeisters werden dessen Ämter von dem Schöffen belgischer Staatsangehörigkeit erfüllt, den er beauftragt hat. Mangels dessen wird er durch den Schöffen belgischer Staatsangehörigkeit ersetzt, der den ersten Rang einnimmt.

Ein Schöffe, der einen als verhindert betrachteten Bürgermeister ersetzt, wird auf Antrag des Kollegiums für den Zeitraum ersetzt, während dem er den Bürgermeister ersetzt.

Der abwesende oder verhinderte Schöffe kann für den Zeitraum seiner Abwesenheit oder Verhinderung auf Vorschlag des Kollegiums durch ein Ratsmitglied ersetzt werden, das der Rat unter den Ratsmitgliedern der politischen Fraktion bezeichnet, der er angehört. Mangels dessen kann er durch ein Ratsmitglied aus einer anderen, an das Mehrheitsabkommen gebundene politische Fraktion ersetzt werden.

Der abwesende oder verhinderte Schöffe kann durch einen außerhalb des Rats gewählten Schöffen aus der gleichen politischen Fraktion ersetzt werden, wenn alle Mitglieder des Kollegiums und alle Ratsmitglieder, die den an das Mehrheitsabkommen gebundenen politischen Fraktionen angehören, gleichen Geschlechts sind.

Artikel 47

Der Bürgermeister sowie der Schöffe können anlässlich der Geburt oder der Adoption eines Kindes einen Urlaub von höchstens 20 Wochen nehmen (derzeit Artikel L1123-32 des Kodex). Er notifiziert dem Kollegium seinen Urlaub schriftlich unter Angabe des Anfangs- und Enddatums.

Artikel 48

Wie bisher in den Artikeln L1123-7, -11 und -12 des Kodex vorgesehen können der Bürgermeister oder die Schöffen von ihrem Amt zurücktreten. Dieser Rücktritt wird dem Rat schriftlich zugestellt, der ihn während der ersten Sitzung, die auf diese Notifizierung folgt, zur Kenntnis nimmt.

Artikel 49

Diese Bestimmung übernimmt die Artikel L1123-6 und 13 des Kodex, wonach die Regierung einen Bürgermeister oder einen Schöffen wegen notorischem Fehlverhalten oder schwerer Nachlässigkeit zeitweilig oder definitiv seines Amtes entheben kann.

Die zeitweilige Amtsenthebung darf drei Monate nicht überschreiten.

Der definitiv seines Amtes enthobene Bürgermeister oder Schöffe kann während derselben Legislaturperiode nicht wiedergewählt werden.

Artikel 50

Unabhängig von der Tatsache, dass der Präsident des ÖSHZ nicht Mitglied des Kollegiums ist, nimmt er mit beratender Stimme an den Sitzungen des Kollegiums teil, wenn es sich um die Ausübung der Aufsicht über die Beschlüsse des Sozialhilferats handelt (L1123-8 §1 des Kodex).

Wenn er nicht Mitglied ist, nimmt er mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rats teil.

Artikel 51

Diese Bestimmung über den Misstrauensantrag übernimmt sinngemäß Artikel L1123-14 des Kodex, wobei gestrichen wurde, dass ein derartiger Antrag gegen den Vorsitzenden des Sozialhilferats eingereicht werden kann, weil dieser kein Kollegiumsmitglied ist.

Das Kollegium sowie jedes seiner Mitglieder sind vor dem Rat verantwortlich. Dieser kann das ganze Kollegium oder eines seiner Mitglieder in Frage stellen, was sich in einem kollektiven bzw. individuellen Misstrauensantrag äußert.

Dieser Misstrauensantrag ist nur zulässig:

- wenn er einen Nachfolger für das Kollegium oder für eines bzw. mehrere seiner Mitglieder vorschlägt;
- bei einem kollektiven Misstrauensantrag: wenn er von mindestens der Hälfte der Ratsmitglieder einer jeden politischen Fraktion, die eine alternative Mehrheit bildet, eingereicht wird;
- bei einem individuellen Misstrauensantrag: wenn er von mindestens der Hälfte der Ratsmitglieder einer jeden am Mehrheitsabkommen beteiligten politischen Fraktion eingereicht wird.

Die Debatte und die Abstimmung über den Misstrauensantrag werden nach dessen Aushändigung an den Generaldirektor auf die Tagesordnung der erstfolgenden Ratssitzung aufgenommen, unter der Bedingung, dass eine Frist von wenigstens sieben Tagen nach dieser Aushändigung verstrichen ist. Der Generaldirektor übermittelt unverzüglich allen Rats- und Kollegiumsmitgliedern eine Abschrift des Misstrauensantrags und bringt der Öffentlichkeit das Einreichen des Antrags durch Bekanntmachung am Rathaus zur Kenntnis.

Bei einem individuellen Misstrauensantrag können die betroffenen Kollegiumsmitglieder ihre Anmerkungen persönlich vor dem Rat geltend machen und in jedem Fall unmittelbar vor der Abstimmung.

Die Verabschiedung des Misstrauensantrags erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Die Verabschiedung des Misstrauensantrags bewirkt den Rücktritt des Kollegiums oder des/der umstrittenen Mitglieds(er) sowie die Wahl des neuen Kollegiums oder des/der neuen Mitglieds(er). Dies hat naturgemäß die Hinterlegung eines neuen Mehrheitsabkommens oder einer Änderung desselben zur Folge.

§2 regelt die Zeitabschnitte, in denen keine kollektiven Misstrauensanträge eingereicht werden dürfen:

- vor Ablauf einer Frist von 18 Monaten nach der Einsetzung des Kollegiums;
- nach dem 30. Juni des Jahres vor den Wahlen;
- vor Ablauf eines Jahres nach Einreichen eines vorherigen Antrags;
- im Laufe derselben gemeindlichen Legislaturperiode dürfen nicht mehr als zwei kollektive Misstrauensanträge verabschiedet werden.

Artikel 52

Diese Bestimmung übernimmt unverändert Artikel L1123-15 des Kodex in Bezug auf die Gehälter der Bürgermeister und der Schöffen, die an die Einwohnerzahl gekoppelt sind.

Laut Königlichem Erlass vom 16. November 2000 werden das Urlaubsgeld und die Jahresendprämie des Bürgermeisters und der Schöffen gemäß den Regeln berechnet, die festgelegt sind:

1. durch den Königlichen Erlass vom 30. Januar 1979 über die Bewilligung eines Urlaubsgeldes an Bedienstete der allgemeinen Verwaltung des Königreiches oder
2. durch den Königlichen Erlass vom 23. Oktober 1979 zur Gewährung einer Jahresendzulage an gewisse Inhaber eines zu Lasten der Staatskasse besoldeten Amtes.

Außer diesen Gehältern dürfen die Bürgermeister und Schöffen nicht in den Genuss von Bezügen zulasten der Gemeinde kommen, was Unkostenerstattungen selbstverständlich nicht ausschließt.

Artikel 53

Diese Bestimmung regelt wie Artikel L1123-16 des Kodex das Gehalt des Schöffen und des Ratsmitglieds, das einen Bürgermeister bzw. einen Schöffen während mindestens einem Monat ersetzt.

Artikel 54

Wie Artikel L1123-17 des Kodex regelt diese Bestimmung das Maximalgehalt der Bürgermeisters und der Schöffen, das inklusive der Entlohnungen und Naturalvergütungen, die er aufgrund seiner ursprünglichen Mandate, seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art bezieht, nicht mehr als 150% der parlamentarischen Entschädigung der Mitglieder des föderalen Parlaments betragen darf.

Bei Überschreitung dieses Höchstbetrags werden der Betrag des Gehalts und/oder der von ihnen bezogenen Entlohnungen und Naturalvergütungen entsprechend herabgesetzt.

Artikel 55

Die Regierung bestimmt das Erkennungszeichen der Bürgermeister und Schöffen.

Gemäß dem im deutschen Sprachgebiet noch anwendbaren Erlass der Wallonischen Region vom 20. April 2006 tragen die Bürgermeister eine Schärpe mit schwarzem, gelbem und rotem Grund, die mit silbernen Fransen versehen ist. Auf dieser kann das Wappen oder das Schild der Gemeinde angebracht sein.

Die Schöffen tragen eine Schärpe mit schwarzem und gelbem Grund, die mit roten Fransen versehen ist. Auf dieser kann ein roter Hahn angebracht sein.

Die Bürgermeister und Schöffen tragen die Schärpe entweder an der Taille, wobei deren schwarzer Teil oben ist und der Knoten auf der linken Seite ist, oder auf der rechten Schulter, wobei der Knoten auf der linken Seite ist und der schwarze Teil der Schärpe am nächsten am Halse ist.

Die Bürgermeister und Schöffen tragen die Schärpe bei den Veranstaltungen und Feierlichkeiten, die ausschließlich auf dem Gebiet der Gemeinde stattfinden.

Artikel 56 - 59

Die Artikel 56-59 übernehmen unverändert die Artikel L1123-19 bis L1123-22 des Kodex in Bezug auf den Vorsitz, das Anwesenheits- und Beschlussquorum, die Versammlungen und die Nicht-Öffentlichkeit der Kollegiumssitzungen.

Artikel 60

Diese Bestimmung übernimmt inhaltlich die Artikel L1123-23 und L1123-28 des Kodex in Bezug auf die Befugnisse des Kollegiums, das zuständig ist für:

1. die Ausführung der Vorschriften der übergeordneten Behörden, insoweit ihm diese Aufgabe besonders anvertraut wird;
2. die Veröffentlichung und Ausführung der Gemeinderatsbeschlüsse;
3. die Verwaltung der Gemeindeeinrichtungen;
4. die Verwaltung der Einkünfte, die Anweisung der Gemeindeausgaben und die Aufsicht über die Buchführung;
5. die Leitung der Gemeindearbeiten;
6. die Vertretung der Gemeinde vor Gericht;
7. die Verwaltung des Eigentums der Gemeinde sowie die Wahrung ihrer Rechte;

8. die Aufsicht über die von der Gemeinde besoldeten Angestellten;
9. der Unterhalt der Wege und Wasserläufe;
10. die Aufbewahrung der Archive und der Urkunden.

Artikel 61

Diese Bestimmung entspricht Artikel L1123-25 des Kodex und Artikel 126 des neuen Gemeindegesetzes, wonach der Bürgermeister und der Standesbeamte einzelnen Personalmitgliedern folgende Befugnisse übertragen können:

1. das Ausstellen von Auszügen oder Kopien von anderen Urkunden als Personenstandsurkunden;
2. die Legalisation von Unterschriften;
3. das Beglaubigen der Kopien von Dokumenten.

Diese Befugnis gilt für Dokumente, die zur Verwendung in Belgien oder im Ausland bestimmt sind, mit Ausnahme derjenigen, die vom föderalen Minister der Auswärtigen Beziehungen oder von dem dazu beauftragten Beamten legalisiert werden müssen.

Artikel 62

Wie Artikel L1123-27 des Kodex verpflichtet diese Bestimmung das Kollegium, binnen drei Monaten nach Verabschiedung des Mehrheitsabkommens, d.h. nach seiner Einsetzung, dem Rat ein allgemeines Richtlinienprogramm für die Dauer seines Mandats vorzulegen, das mindestens die wichtigsten politischen Projekte enthält und das der Öffentlichkeit nach Billigung des Gemeinderats zur Kenntnis gebracht wird.

Artikel 63

Der Bürgermeister ist zuständig für alle der Gemeinde anvertrauten Aufgaben, die nicht ausdrücklich dem Kollegium oder dem Rat anvertraut sind.

Artikel 64

Wie Artikel L1123-30 des Kodex wird dem Bürgermeister die Befugnis erteilt, auf Antrag des Vorsitzenden des Sozialhilferats, jedes seit mehr als sechs Monaten verlassene Gebäude zu requirieren, um es Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Das Requirierungsrecht kann nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab der Benachrichtigung des Eigentümers durch den Bürgermeister und gegen eine angemessene Entschädigung ausgeübt werden.

Artikel 65

Die durch diese Bestimmung vorgesehenen Unvereinbarkeiten der Rats- und Kollegiumsmitglieder entsprechen im Wesentlichen denjenigen, die auch in Artikel L1125-1 des Kodex vorgesehen sind, wie er zuletzt durch das Dekret vom 21. November 2016 abgeändert wurde.

Gestrichen wurden die Unvereinbarkeiten, die einen besonderen Bezug auf die Brüsseler Institutionen haben. Konsequenterweise wurde die in Nummer 11 vorgesehene Unvereinbarkeit für nahe Verwandte der Gemeindedirektoren auf die Verwandten der Regionaleinnehmer ausgedehnt.

Artikel 66

Zusätzlich zu den in Artikel 65 erwähnten Unvereinbarkeiten gelten für die Kollegiumsmitglieder weitere Fälle, die identisch mit Artikel L1125-2 des Kodex sind.

Artikel 67

Die verwandtschaftlichen Unvereinbarkeiten entsprechen den in Artikel L1125-3 des Kodex vorgesehenen Fällen und betreffen alle Ratsmitglieder, die weder bis zum zweiten Grad einschließlich miteinander verwandt oder verschwägert noch miteinander verheiratet sein oder gesetzlich zusammenwohnen dürfen. Die Unvereinbarkeit kann aus diversen Gründen nicht auf faktisch zusammenlebende Personen ausgedehnt werden, auch wenn diese Situation ebenfalls zu Befangenheiten führen kann. Zum einen ist es nicht überprüfbar und zum anderen gibt es Situationen, in denen Personen zwar eine Adresse teilen, deshalb aber nicht im eigentlichen Sinne zusammenleben. Hierbei ist insbesondere an Wohngemeinschaften gedacht.

Auch Personen, deren Ehepartner oder gesetzlich Zusammenwohnende untereinander bis zum zweiten Grad einschließlich verwandt sind, dürfen nicht zur gleichen Zeit dem Rat angehören.

Wenn Personen, die von diesen Unvereinbarkeiten betroffen sind, bei der gleichen Wahl gewählt wurden, richtet die Vorzugsreihenfolge sich nach der Größe der Quotienten, aufgrund derer die von diesen Kandidaten erhaltenen Sitze der betreffenden Liste zuerkannt wurden.

Wurden zwei dieser Personen gewählt, der eine als ordentliches Ratsmitglied und der andere als Ersatzmitglied, so gilt das Verbot, den Sitz einzunehmen, lediglich für letzteren, es sei denn, der von ihm einzunehmende Sitz ist vor der Wahl seines Verwandten, Verschwägerten oder Ehepartners frei geworden.

Der Vorrang zwischen Ersatzmitgliedern, die frei gewordene Mandate übernehmen sollen, wird durch die zeitliche Reihenfolge des Freiwerdens der Mandate bestimmt.

Der Gewählte, der unter den oben beschriebenen Umständen nicht in sein Amt eingesetzt worden ist, behält das Recht, zu einem späteren Zeitpunkt zur Eidesleistung zugelassen zu werden. Er wird durch das erste günstig eingestufte Ersatzmitglied der Liste ersetzt, auf der er gewählt worden ist. Ist diese Unvereinbarkeit nicht mehr gegeben, wird dieses als erstes Ersatzmitglied eingestuft.

Es sei darauf hingewiesen, dass eine zwischen Ratsmitgliedern später eingetretene Verschwägerung nicht zu einem Entzug der betreffenden Mandate führt. Dies trifft nicht auf eine spätere Eheschließung oder auf ein später erfolgtes gesetzliches Zusammenleben zu. Eine Verschwägerung ist darüber hinaus mit dem Ableben oder der Ehescheidung der Person, durch die sie entstanden ist, als aufgelöst zu betrachten.

Artikel 68

Wie ebenfalls in Artikel L1125-6 des Kodex vorgesehen scheiden Ratsmitglieder, die ein mit ihrem Mandat unvereinbares Amt übernehmen oder von der Gemeinde ein Gehalt oder eine regelmäßige finanzielle Zuwendung annehmen, aus dem Rat aus, wenn sie binnen 15 Tagen ab der ihnen vom Kollegium zugestellten Aufforderung von dem mit ihrem Mandat unvereinbaren Amt nicht absehen oder auf das von der Gemeinde gewährte Gehalt bzw. die von ihr gewährte Zulage nicht verzichten.

Das Ratsmitglied, das sich in einer der in den Artikeln 65 und 67 erwähnten Unvereinbarkeiten befindet, darf sein Amt nicht weiter ausüben.

Ist dem Betreffenden der Grund für die Amtsaberkennung auch ohne jegliche Notifizierung bekannt und übt er sein Amt trotzdem weiter aus, setzt er sich den in Artikel 262 des Strafgesetzbuches angedrohten Strafen aus.

Der Generaldirektor führt ein ständig aktuelles Register über die Ämter und Mandate, die die Ratsmitglieder wahrnehmen. Dieses Register, das mindestens auf der Webseite der Gemeinde zu veröffentlichen ist enthält die Angabe aller Mandate der Ratsmitglieder sowie die eventuell einhergehenden Entlohnungen und Vergütungen. Die Ratsmitglieder sind dazu verpflichtet, dem Generaldirektor spontan alle erforderlichen Angaben mitzuteilen. Unterlassen sie dies auch nach ausdrücklicher Aufforderung, werden sie mit einer Verwaltungsstrafe von 250 Euro belegt. Die Auferlegung dieser Strafe erfolgt in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung über die kommunalen Verwaltungssanktionen (zurzeit das Gesetz vom 24. Juni 2013).

Artikel 69

Die bisher in Artikel L1125-12 des Kodex vorgesehene Regelung, wonach ein Rats- oder Kollegiumsmitglied nicht mehr als drei effektiv entlohnte Mandate als Verwalter von Interkommunalen wahrnehmen darf, wird auf alle entlohten Mandate in Interkommunalen ausgeweitet.

Artikel 70

Die Eidesleistung der Gemeindemandatare weicht von der derzeit in Artikel L1126-1 des Kodex vorgesehenen Form ab. Wie vor Verabschiedung des Kodex in den Artikeln 80 und 81 des neuen Gemeindegesetzes vorgesehen, leistet der Bürgermeister nach der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats, in der das Mehrheitsabkommen verabschiedet wird, seinen Eid vor der Regierung. In einer zweiten öffentlichen Ratssitzung leisten die Kollegiums- und Ratsmitglieder ihren Eid vor dem Bürgermeister.

Die Gemeindevertreter, die nach zweimaliger Aufforderung zur Eidesleistung diese Formalität ohne rechtmäßigen Grund nicht erfüllen, gelten wie bisher (Artikel L1126-2 des Kodex) als ausgeschieden.

Artikel 71

Diese Bestimmung in Bezug auf die Protokolle der Rats- und Kollegiumssitzungen fasst die in den Artikeln L1132-1 und -2 des Kodex vorgesehenen Regeln zusammen. Der Generaldirektor fasst die Protokolle der Sitzungen des Rats und des Kollegiums ab und sorgt für deren Übertragung. Es handelt sich hierbei um Ergebnisprotokolle, nicht um Wortprotokolle.

Das Protokoll gibt in chronologischer Reihenfolge alle Beschlüsse wieder. Des Weiteren werden die Punkte aufgeführt, für die der Rat keinen Beschluss gefasst hat.

Artikel 72

Die Verordnungen des Rats und des Kollegiums, die Veröffentlichungen, die Akte und die Korrespondenz der Gemeinde werden vom Bürgermeister unterzeichnet und vom Generaldirektor gegengezeichnet.

Artikel 73

Diese Bestimmung übernimmt inhaltlich die Artikel L1132-4 und -5 des Kodex und regelt die Möglichkeit von gewissen Unterschriftsdelegationen.

Der Bürgermeister kann einem oder mehreren Mitgliedern des Kollegiums die Befugnis übertragen, gewisse Dokumente zu unterschreiben. Er kann diese Übertragung der Zeichnungsbefugnis jederzeit widerrufen.

Das Kollegium kann den Generaldirektor ermächtigen, einem oder mehreren Personalmitgliedern die Befugnis zu übertragen, Dokumente gegenzuzeichnen.

Jede Übertragung erfolgt schriftlich mit Angabe der Dokumente, für die sie gilt.

Vor der Unterschrift, dem Namen und der Funktion der Person, der die Zeichnungsbefugnis übertragen worden ist, steht der Vermerk der Übertragung dieser Zeichnungsbefugnis.

Artikel 74

Die Veröffentlichung der Verordnungen des Rats, des Kollegiums und des Bürgermeisters erfolgt durch den Bürgermeister durch Bekanntmachung am Rathaus (derzeit Artikel L1133-1 des Kodex) und jetzt auch verpflichtend auf der Webseite der Gemeinde. I

Artikel 75

Verordnungen werden wie bisher (Artikel L1132-2 des Kodex) am fünften Tag nach ihrer Veröffentlichung rechtskräftig, es sei denn, sie sehen eine andere Frist vor.

Artikel 76

Diese Bestimmung entspricht teilweise den Artikeln L3221-1 und -2 des Kodex in Bezug auf die Information der Bevölkerung über die Tätigkeiten der Verwaltung der Gemeinden. Behalten bleiben folgende Pflichten:

1. der Rat bezeichnet ein Personalmitglied, das mit der Konzipierung und Verwirklichung der Informationspolitik für alle von der Gemeinde abhängenden Verwaltungsbehörden sowie mit der Koordinierung der unter Nummer 2 erwähnten Veröffentlichung beauftragt ist;
2. das Kollegium veröffentlicht eine Unterlage mit der Beschreibung der Befugnisse der internen Organisation aller von ihr abhängenden Verwaltungsbehörden und stellt sie jedem zur Verfügung, der darum bittet.

An dieser Stelle nicht mehr vorgesehen ist die Verpflichtung, in jedem Schreiben, das von einer Verwaltungsbehörde einer Gemeinde ausgeht, Name, Eigenschaft, Adresse, E-Mail-Adresse und Telefonnummer der Person, die weitere Auskünfte über die Akte erteilen kann sowie die Beschwerdemöglichkeiten anzugeben. Selbstverständlich haben diese Angaben weiterhin zu erfolgen, stehen aber nicht im direkten Zusammenhang mit einer Information über die Aktivitäten der Gemeindeverwaltung. Weil die Deutschsprachige Gemeinschaft bereits über das Dekret vom 10. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten verfügt, das diesen Aspekt einheitlich für alle Verwaltungsbehörden regelt, werden die Gemeinden über die in den Artikeln 198 ff. vorgesehenen Änderungsbestimmungen ausdrücklich in dieses Regelwerk integriert.

Artikel 77

Außer den in Artikel 76 vorgesehenen Informationen über die Verwaltungsbehörden kann der Rat (bisher Artikel L3221-3 des Kodex) ein Informationsblatt herausgeben, das dazu dient, Informationen von lokalem Interesse zu verbreiten. Er kann mit der Zustimmung des Sozialhilferats beschließen, ein einziges Informationsblatt der Gemeinde und des öffentlichen Sozialhilfezentrums herauszugeben.

Wenn eine politische Fraktion über die Mitteilungen hinaus, die die Mitglieder des Rats in der Ausübung ihres Amtes machen, Zugang zu den Spalten des Informationsblatts der Gemeinde hat, erhält jede demokratische politische Fraktion unter Ausschluss der politischen Fraktionen, die die demokratischen Grundsätze nicht einhalten würden, in gleichem Maße Zugang zu diesen Spalten.

Artikel 78 - 86

Die Artikel 78 – 86 entsprechen ohne jegliche inhaltliche Änderung den Artikeln L1141-1 bis L1141-12 des Kodex und stellen demzufolge keine zu kommentierende Änderung der bestehenden und bekannten Gesetzgebung dar.

Artikel 87

Im Wesentlichen entsprechen die Regeln betreffend die Direktoren (Artikel 87 – 108) den im Kodex in den Artikeln L1124-1 bis L1124-50 vorgesehenen Bestimmungen. Vorliegendes Dekret gliedert die Regeln jedoch in gemeinsame Bestimmungen und Bestimmungen, die nur auf den General- bzw. Finanzdirektor Anwendung finden, was die Anzahl der Artikel um mehr als die Hälfte reduziert (siehe Konkordanz Tabelle zwecks Identifizierung der ursprünglichen Artikel). Außerdem finden sich in diesem Dekret keine Bestimmungen in Bezug auf die Regionaleinnehmer, weil diese nicht zum Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören.

In jeder Gemeinde gibt es einen Generaldirektor und einen Finanzdirektor.

Unvereinbar sind:

- das Amt des Generaldirektors und des Finanzdirektors in derselben Gemeinde;
- ein Direktorenamt mit der Eigenschaft als Personalmitglied der Provinzialregierung und des Bezirkskommissariats.

Artikel 88

Der Zugang zu einem Direktorenamt wurde dahingehend präzisiert, dass ein derartiges Amt nach wie vor durch Anwerbung, Beförderung und Mobilität vergeben werden kann, eine Anwerbung aber in jedem Fall erfolgen muss.

Die weiteren Modalitäten für die Besetzung dieser Ämter sind im Erlass der Regierung vom 30. Mai 2017 vorgesehen.

Absatz 2, wonach ein Direktorenamt Personen zugänglich ist, die Bürger eines Staates sind, der zum Europäischen Wirtschaftsraum oder zur Schweizerischen Eidgenossenschaft gehört, hat sich aus dem Gutachten des Staatsrat zu erwähntem Erlass ergeben. Der Staatsrat merkte an, dass ein Dekret es erlauben muss, Ämter mit hoheitlichem Charakter (wozu er die Direktorenämter zählt) an andere als belgische Staatsangehörige zu vergeben.

Der Rat legt das Verwaltungsstatut der Direktoren fest. Dieses ist gemäß dem Aufsichtsdekret vom 20. Dezember 2004 von der Regierung zu billigen.

Artikel 89

Bevor ein Direktor sein Amt antritt, leistet er anlässlich einer öffentlichen Gemeinderatssitzung vor dem Vorsitzenden den in Artikel 70 erwähnten Eid.

Wenn der Direktor ohne rechtmäßigen Grund den Eid nicht leistet, nachdem er per Einschreiben aufgefordert worden ist, dies bei der erstfolgenden Ratssitzung zu tun, wird davon ausgegangen, dass er auf seine Ernennung verzichtet.

Artikel 90

Die Direktoren dürfen im Prinzip keine beruflichen, d.h. bezahlten Nebentätigkeiten ausüben, es sei denn der Gemeinderat gewährt eine Ausnahme oder sie ist mit der Funktion verbunden.

Eine zusätzliche berufliche Tätigkeit ist insbesondere unzulässig:

- wenn sie die Erfüllung der normalen dienstlichen Tätigkeit beeinträchtigen kann;
- wenn sie die Würde des Amtes verletzen kann;
- wenn sie die Unabhängigkeit des Direktors beeinträchtigen oder eine Verwechslung mit seiner Eigenschaft als Direktor verursachen kann.

Artikel 91

Der Rat legt die Gehaltstabelle des Generaldirektors innerhalb folgender unveränderter Mindest- und Höchstgrenzen fest:

1. in den Gemeinden von 10 000 Einwohnern und weniger: 34.000 - 48.000 Euro;
2. in den Gemeinden von 10 001 bis 20 000 Einwohnern: 38.000 - 54.000 Euro;
3. in den Gemeinden von 20 001 bis 35 000 Einwohnern: 40.600 - 58.600 Euro.

Die Gehaltstabelle des Finanzdirektors entspricht 97,5% der für den Generaldirektor derselben Gemeinde geltenden Tabelle.

Artikel 92

Die Direktoren haben Anrecht auf zweijährliche Gehaltserhöhungen von mindestens 3% des Minimums.

Das Mindestgehalt der Direktoren wird gemäß den von der Regierung (siehe Königlicher Erlass vom 29. März 1995) festgelegten Regeln um einen Gehaltszusatz erhöht, der dem in Ämtern des Staates, der Regionen, der Gemeinschaften, der Gemeinden, der Provinzen und in anderen von der Regierung festgelegten öffentlichen Diensten oder im Privatsektor erworbenen Dienstalter entspricht. Neu ist, dass auch die im Privatsektor erworbenen Dienstjahre berücksichtigt werden können, was bis jetzt für die sogenannten legalen Dienstgrade nicht der Fall war.

Artikel 93

Die Gemeinden wenden die für das Personal der föderalen öffentlichen Dienste geltenden Bestimmungen bezüglich des Jahresurlaubs auf ihre Direktoren an, was auch für die anderen Personalmitglieder gilt.

Artikel 94

Das Gehalt der definitiv ernannten Direktoren wird monatlich und im Voraus gezahlt. Es gilt ab dem Tag des Dienstantritts. Erfolgt dieser im Laufe eines Monats, so erhält der Direktor für diesen Monat so viel Dreißigstel des Gehalts, wie Tage ab dem Tag des Dienstantritts einschließlich übrig bleiben. Dies ist bis jetzt in Artikel L1124-13 des Kodex vorgesehen. Nicht behalten wurde die Bestimmung, wonach bei Ausscheiden aus dem Amt ein begonnener Monat voll ausgezahlt wird.

Artikel 95

Weil eine Gemeinde nicht ohne ihre Direktoren funktionieren kann, muss bei Abwesenheit eines Direktors oder wenn die Stelle frei ist, ein diensttuenden Direktor bezeichnet werden.

Das Kollegium kann den Direktoren die Vollmacht erteilen, für einen ununterbrochenen Zeitraum von höchstens dreißig Tagen selbst einen Ersatz zu bezeichnen, was besonders für Urlaubsvertretungen genutzt wird.

Dem Dienst tuenden Direktor wird die Gehaltstabelle des Amtsinhabers gewährt.

Zu Beginn und am Ende der Amtstätigkeit des diensttuenden Finanzdirektors wird unter Aufsicht des Kollegiums eine Endabrechnung der Geschäftsführung aufgestellt und die Kasse sowie die Buchungsbelege übergeben.

Artikel 96

Der den Gemeinden und den Generaldirektoren inzwischen bekannte (Artikel L1124-1 des Kodex) Zielsetzungsvertrag beinhaltet die Beschreibung der Aufgaben des Generaldirektors, die aus dem allgemeinen Richtlinienprogramm hervorgehen, sowie jegliche weitere messbare und durchführbare Zielsetzung, die in seinen Aufgabenbereich fällt.

Er beschreibt die Strategie der Organisation der Verwaltung im Laufe der Legislaturperiode, um die in Absatz 1 erwähnten Aufgaben zu erfüllen und Zielsetzungen zu erreichen, und setzt diese in konkrete Initiativen und Projekte um. Er umfasst eine Synthese der menschlichen und finanziellen Mittel, die für seine Verwirklichung verfügbar und/oder notwendig sind.

Zwischen dem Generaldirektor und dem Kollegium findet eine Konzertierung statt über die Mittel, die zur Durchführung des Zielsetzungsvertrags erforderlich sind. Für die Bereiche, für die er zuständig ist, nimmt der Finanzdirektor daran teil. In Ermangelung der Zustimmung des Generaldirektors über die Mittel wird dessen Gutachten dem Zielsetzungsvertrag in seiner durch das Kollegium genehmigten Fassung beigelegt.

Der Zielsetzungsvertrag kann jährlich aktualisiert werden. Auf Antrag des Generaldirektors kann der Zielsetzungsvertrag im Laufe des Jahres angepasst werden. Der Zielsetzungsvertrag wird dem Rat gemeinsam mit den Aktualisierungen und gegebenenfalls erfolgten Anpassungen übermittelt

Artikel 97

Der Generaldirektor hat sich an die Anweisungen zu halten, die er vom Rat, vom Kollegium und vom Bürgermeister, je nach deren jeweiligen Befugnissen, erhält. Disziplinarrechtlich untersteht er dem Kollegium bzw. dem Rat gemäß den Artikeln 114-137.

Artikel 98

Neben seinen bekannten klassischen Aufgaben (wie die Vorbereitung der Rats- und Kollegiumssitzungen, Protokolle dieser Sitzungen, Übertragung der Protokolle, rechtliche und verwaltungstechnische Beratung des Rats und des Kollegiums) sind dem Generaldirektor im Zuge der letzten Reform der legalen Dienstgrade (2013) weitere Aufgaben und Zuständigkeiten anvertraut worden, die alle in vorliegendem Dekret behalten werden.

Seine Rolle als Personalchef wurde gestärkt:

- er erstellt das Bewertungsprojekt des Personals;
- er organisiert das Interne Controlling der Funktionsweise der Gemeindedienste;

- er leitet und koordiniert die Gemeindedienste;
- er oder sein Beauftragter nimmt mit beschließender Stimme an Prüfungsausschüssen teil;
- er verfügt über disziplinarische Zuständigkeiten.

Der Generaldirektor ist in der Tat nicht nur ein Gemeindesekretär. Er ist ein veritabler Verwaltungsdirektor geworden, der als Scharnier zwischen der Politik und den Verwaltungsdiensten fungiert. Über den Zielsetzungsvertrag setzt er die Strategie der Organisation der Verwaltung in konkrete Initiativen und Projekte um. Um diese Rolle zu erfüllen, kann er auf den Direktionsrat, dessen Vorsitzender er ist, zurückgreifen.

Das Controlling im Allgemeinen hat die Aufgabe, die zielbezogene, erfolgsorientierte Steuerung eines Unternehmens wahrzunehmen. Dem Controlling geht es um die systematische Festlegung und Zuordnung („Herunterbrechen“) der zu verfolgenden Ziele, die Messung ihrer Erreichung, die Feststellung von Soll-Ist-Abweichungen und die Erarbeitung von Maßnahmen zu deren Beseitigung. Mit anderen Worten zielt Controlling auf eine Führung des Unternehmens durch und mit Hilfe von Planung und daraus resultierenden Plänen ab. Letztere durchziehen das gesamte Unternehmen, von der strategischen bis zur operativen Planung. Controlling in diesem Sinne lässt sich auch als ein kybernetischer Prozess verstehen, der mit dem Regelkreis aus Planung und Kontrolle veranschaulicht wird.

Bezogen auf die Gemeinde handelt es sich um eine Reihe von Maßnahmen und Verfahren, die eine angemessene Sicherheit in folgenden Bereichen gewährleisten:

1. die Durchführung der Zielsetzungen;
2. die Beachtung der geltenden Gesetzgebung und der Verfahren;
3. die Verfügbarkeit von zuverlässigen Informationen über die Finanzen und die Verwaltung.

Der allgemeine Rahmen des internen Controllings unterliegt der Genehmigung des Kollegiums.

Artikel 99

Diese Bestimmung über die Wahrnehmung des Amtes eines Finanzdirektors entspricht Artikel L1124-21 des Kodex. So können Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern selbst beschließen, ob sie auf die Dienste eines Regionaleinnehmers zurückgreifen oder ob sie die Stelle eines Finanzdirektors schaffen.

Der Finanzdirektor einer Gemeinde mit weniger als 20.000 Einwohnern kann weiterhin zum Finanzdirektor des lokalen öffentlichen Sozialhilfezentrums ernannt werden. Er kann jedoch weder zum Finanzdirektor einer anderen Gemeinde noch zum Finanzdirektor des öffentlichen Sozialhilfezentrums einer anderen Gemeinde ernannt werden.

Das Erbringen der gesamten Leistungen darf nicht dazu führen, dass das Gesamtvolumen aller ausgeübten beruflichen Tätigkeiten mehr als 125% der Arbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigung ausmacht.

Der Gemeinderat und der Sozialhilferat bestimmen im Einvernehmen die Verteilung der Arbeitszeit des Finanzdirektors zugunsten der beiden Einrichtungen. Die Lohnkosten, die jeweils zu Lasten der Gemeinde und des öffentlichen Sozialhilfezentrums entstehen, stehen im Verhältnis zu der zugunsten der jeweiligen Einrichtung geleisteten Arbeitszeit.

Artikel 100

Der Finanzdirektor untersteht der Amtsgewalt des Kollegiums.

Artikel 101

Wenn eine Gemeinde mit weniger als 10.000 Einwohnern beschließt, die Stelle eines Finanzdirektors zu schaffen, teilt sie diesen Beschluss dem Gouverneur zur Kenntnis mit. Schließlich ist mit ihm abzustimmen, wann der Regionaleinnehmer seinen Auftrag in der Gemeinde beendet.

Die Gemeinde, die die Stelle eines Finanzdirektors schafft, darf jedoch sofort einen Regionaleinnehmer für diese Stelle ernennen.

Artikel 102

Die Aufgaben des Finanzdirektors entsprechen seinen bis jetzt in den Artikeln L1124-25 und L1124-40 des Kodex beschriebenen Aufgaben.

Der Finanzdirektor ist der Finanz- und Haushaltsberater der Gemeinde.

Im Rahmen des internen Controllings ist er beauftragt mit:

1. der effizienten und wirtschaftlichen Nutzung der Ressourcen;
2. dem Schutz der Aktiva;
3. der Übermittlung von zuverlässigen finanziellen Informationen an den Generaldirektor.

Im Rahmen der täglichen Geschäftsführung ist der Finanzdirektor damit beauftragt:

- die Gemeindecinnahmen vorzunehmen;
- auf Zahlungsanweisungen hin die angeordneten Ausgaben zu verrichten;
- zu jedem Beschlussentwurf des Rats oder des Kollegiums mit einer finanziellen oder haushaltsmäßigen Auswirkung von mehr als 30.000 Euro ein mit Gründen versehenes schriftliches Gutachten zur Frage der Gesetzmäßigkeit dieses Entwurfs abzugeben. Der Betrag von 30.000 Euro ersetzt die bis jetzt vorgesehene Summe von 22.000 Euro und ist in Anlehnung an die Gesetzgebung über die öffentliche Auftragsvergabe gewählt. Dies ist der Betrag, bis zu dem es erlaubt ist, einen Auftrag auf einfache Rechnung zu vergeben;
- zur Eintreibung von erwiesenen und fälligen nichtsteuerlichen Schuldforderungen einen durch das Kollegium mit einem Sichtvermerk versehenen und für vollstreckbar erklärten Zahlungsbefehl zustellen;
- auf Antrag des Kollegiums oder des Generaldirektors oder auf eigene Initiative ein schriftliches Gutachten zur Frage der Gesetzmäßigkeit jeglicher Fragen mit einer finanziellen Auswirkung auf Ebene der Gemeinde zu erstellen;
- dem vom Rat bestimmten Ausschuss wenigstens einmal jährlich Bericht über die Ausführung seiner begutachtenden Tätigkeit zu erstatten.

Der Finanzdirektor verfasst die in diesem Artikel vorgesehenen Gutachten und Berichte in völliger Unabhängigkeit.

Das Kollegium kann den Finanzdirektor zu seinen Gutachten oder Empfehlungen anhören.

Artikel 103

Die Prüfung der Kasse wird wie bisher (Artikel L1124-42 des Kodex) mindestens einmal im Laufe eines jeden Quartals vom Kollegium vorgenommen. Darüber wird ein Protokoll erstellt, das dem Rat zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

Artikel 104

Wie in Artikel L1124-43 des Kodex wird die Beitreibung der der Gemeinde geschuldeten Steuern gegen die in einer anderen Gemeinde ansässigen Steuerpflichtigen vom Finanzdirektor dieser anderen Gemeinde durchgesetzt.

Die für die Gemeinde, die die Beitreibung der Steuern durchsetzt, entstandenen und nicht zu Lasten des Steuerpflichtigen eingetriebenen Kosten werden von der klagenden Gemeinde getragen.

Artikel 105

Die Verantwortung des Finanzdirektors erstreckt sich nicht auf Einnahmen, für deren Eintreibung der Rat Sonderbedienstete bezeichnet hat. Diese sind wie bis jetzt auch (Artikel L1124-44 §1 des Kodex) verantwortlich für die Einnahmen, deren Eintreibung ihnen anvertraut ist, und haben diesbezüglich dieselben Verpflichtungen und unterliegen denselben Regeln wie der Finanzdirektor.

Artikel 106

Wie bisher (Artikel L1124-44 §2 des Kodex) kann das Kollegium Personalmitglieder der Gemeinde mit der Zahlung und der Verpflichtung kleinerer Ausgaben und der Einziehung von Bareinnahmen beauftragen.

Diese Personalmitglieder unterliegen nicht den Verpflichtungen der in Artikel 105 erwähnten Sonderbediensteten. Sie zahlen dem Finanzdirektor gemäß dessen Anweisungen mindestens quartalsmäßig den Gesamtbetrag ihrer Einnahmen aus.

Artikel 107

Diese Bestimmung bezüglich der Endabrechnung, die bei Ausscheiden aus dem Amt zu erstellen ist, entspricht Artikel L1124-45 des Kodex.

Das Kollegium unterbreitet dem Rat die Endabrechnung der Geschäftsführung. Dieser schließt die Endabrechnung ab und entlastet den Rechenschaftspflichtigen oder legt den Fehlbetrag fest.

Das Kollegium notifiziert dem Rechenschaftspflichtigen oder seinen Rechtsnachfolgern per Einschreiben den Beschluss, der die Endabrechnung der Geschäftsführung definitiv abschließt, gegebenenfalls mit der Aufforderung, den Fehlbetrag zu begleichen.

Artikel 108

Diese Bestimmung entspricht unverändert Artikel L1124-46 des Kodex.

Artikel 109

Das Kollegium legt das Organigramm aller Dienste der Gemeinde fest.

Artikel 110

Die Einrichtung des bereits in Artikel L1211-3 des Kodex vorgesehenen Direktionsrats bleibt bestehen. Dieser setzt sich zusammen aus den Direktoren und den Personalmitgliedern, die der Generaldirektor bestimmt. Bei Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern ist dessen Einrichtung jedoch fakultativ, mit Ausnahme einer verpflichteten Konzentrierung der Haushaltsvorentwürfe, der Abänderungen der Haushaltspläne und der diesbezüglichen Erklärungsschreiben.

Neben den Zuständigkeiten, die ihm durch einen Beschluss des Kollegiums zuerkannt werden, prüft der Direktionsrat alle Fragen allgemeinen Interesses bezüglich der Organisation und der Arbeitsweise aller Dienste.

Artikel 111

Wie bisher in den Artikeln L1212-1 und L1212-2 bestimmt der Gemeinderat im Rahmen der Bedingungen des vorliegenden Dekrets (z.B. Anwerbungsbedingungen der Direktoren oder Disziplinarstatut) den Stellenplan sowie das Verwaltungs- und Besoldungsstatut des Gemeindepersonals, wobei für das Lehrpersonal eigene Dekrete gelten.

Die Vorgabe des Kodex, wonach das Personal seinen Wohnsitz in der Gemeinde haben muss, wurde gestrichen, weil dies als nicht-zeitgemäß empfunden wird.

Das Gemeindepersonal hat unter den gleichen Bedingungen wie das Personal der föderalen öffentlichen Dienststellen Anspruch auf Haushalts- und Wohnsitzzulagen, Familienbeihilfen, Urlaubs- und Familienurlaubsgeld sowie Jahresendprämien.

Artikel 112

Laut Artikel L1213-1 des Kodex ernennt der Gemeinderat die Personalmitglieder. Er kann dem Gemeindegremium diese Befugnis übertragen, außer für Doktoren der Medizin, Chirurgie und Geburtshilfe und für Doktoren der Veterinärmedizin, denen er im Interesse der Gemeinde besondere Aufgaben anvertraut, sowie für Mitglieder des Lehrpersonals. Das Kollegium ist zuständig für zeitweilige Personalbezeichnungen. Die vom Kollegium vorgenommenen zeitweiligen Bezeichnungen sind innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Gemeinderat zu billigen.

Die Zuständigkeit des Kollegiums für zeitweilige Bezeichnungen wurde durch das Dekret vom 2. März 2015 eingefügt und hat sich im Wesentlichen bewährt, bis auf die Tatsache, dass eine nachträgliche Billigung des Gemeinderats zu absurden Situationen führen kann. Bei sehr kurzen Verträgen (wie Krankheitsersatz von Reinigungspersonal) ist das Personalmitglied, dessen Einstellung zu billigen ist, gar nicht mehr im Dienst. Auch korrekt abgeschlossene Arbeitsverträge können im Nachhinein nicht durch eine Verweigerung der Billigung aufgelöst werden. Deshalb sieht die jetzige Regelung vor, dass die zeitweiligen Bezeichnungen durch das Kollegium sowie alle Arbeitsverträge, für deren Abschluss dem Kollegium eine Delegation erteilt wurde, dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme zu übermitteln sind.

Artikel 113

Wie Artikel L1214-1 des Kodex sieht auch diese Bestimmung vor, dass der Rat generelle Verbote festlegen kann, wonach es Personalmitgliedern untersagt ist, selbst oder durch eine Zwischenperson Handel zu treiben oder irgendeine Tätigkeit zu verrichten, deren Ausübung als unvereinbar mit ihrem Amt betrachtet würde.

Der Antrag auf Ausübung einer Nebentätigkeit ist schriftlich an das Kollegium zu richten, das nach Gutachten des Generaldirektors entscheidet.

Eine Erlaubnis kann zurückgezogen werden.

§2 dieses Artikels ist neu und sieht vor, dass auch gegen ein unter Arbeitsvertrag angestelltes Personalmitglied, das unerlaubterweise eine Nebentätigkeit ausübt, eine Disziplinarstrafe auferlegt werden kann.

Artikel 114 - 148

Die in den Artikeln 114-148 beschriebene Disziplinarordnung, die Regeln bezüglich Berufsuntauglichkeit und Widerspruchskammer entsprechen fast integral der jetzigen Gesetzgebung (Artikel L1215-1 bis L1218-13 des Kodex). Ein reines Abänderungsdekret hätte deshalb nur einige wenige Artikel mit den nachfolgend beschriebenen Inhalten umfasst.

Folgende Änderungen wurden vorgenommen:

- aufgrund der Vorgabe der deutschsprachigen Rechtsterminologie wurden die Begriffe „Rüge“ und „Beschwerdekammer“ durch die Begriffe „Tadel“ und „Widerspruchskammer“ ersetzt;

- der Generaldirektor kann aus eigener Initiative (und nicht nur auf Bericht des direkten Vorgesetzten) eine Verwarnung oder einen Tadel aussprechen (Artikel 121);

- die Fristen, die bis jetzt manchmal in Werktagen und manchmal in Tagen ausgedrückt sind, werden durch Kalendertage ersetzt und deshalb leicht angehoben:

Artikel Kodex	Werktage	Artikel Dekret	Kalendertage
L1215-12	12	122	15
L1215-18	10	126	12
L1215-24	5	132	7
L1215-25	10	133	12
L1217-2	10	137	12

- die Zusammensetzung der Widerspruchskammer wird den Gegebenheiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft angepasst und ca. um die Hälfte reduziert, wobei neben einem vorsitzenden Magistraten und je einem General- und Finanzdirektor, die repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen selbstverständlich vertreten sind.

Artikel 149

Diese Bestimmung fasst die Artikel L1221-1 und -2 des Kodex zusammen und schreibt vor, dass Gemeinderäte notariell beurkundete Schenkungen immer nur vorläufig annehmen, gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 12. Juli 1931 zur Ausdehnung der vorläufigen Annahme von beurkundeten unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden auf alle juristischen Personen.

Dies gilt auch für Zuwendungen zugunsten von in der Gemeinde bestehenden öffentlichen Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit, deren Annahme der Billigung des Gemeinderats unterliegt.

Artikel 150

Wie bisher (Artikel L1222-1+2 des Kodex) legt der Gemeinderat die Miet- oder Pachtbedingungen sowie die Bedingungen für jegliche weitere Verwendung der Erträge und Einkünfte aus dem Eigentum und aus den Rechten der Gemeinde fest.

Artikel 151

Diese Bestimmung, die die Artikel L1222-3 und 4 des Kodex übernimmt, wurde bereits ausführlich im Parlament diskutiert und hat zur Verdeutlichung zu dem Rundschreiben der für die Aufsicht zuständigen Ministerin vom 4. April 2017 geführt. Wegen der neuen Gesetzgebung über die öffentliche Auftragsvergabe ist jedoch eine erneute Anpassung des Textes notwendig geworden. Weil der Königliche Erlass vom 14. Januar 2013 seit dem 30. Juni 2017 vorsieht (Artikel 38/1), dass zusätzliche Arbeiten oder Dienstleistungen bis zu 50% des ursprünglichen Auftragswerts als Änderung des Auftrags und nicht mehr als

neuer Auftrag anzusehen sind, ist die Begrenzung der Befugnisse des Kollegiums auf 10% bzw. 15% Mehrkosten wieder eingeführt worden. Der Gemeinderat kann dem Kollegium allerdings weitergehende Befugnisse einräumen.

Neu ist die Möglichkeit, die dem Gemeinderat eingeräumt wird, dem Generaldirektor eine Delegation für Ausgaben im Rahmen des ordentlichen Haushalts bis zu 2.000 Euro zu erteilen. Diese Option soll im Rahmen der Reform der ÖSHZ-Gesetzgebung auch den Sozialhilferäten zugunsten der ÖSHZ-Sekretäre eingeräumt werden.

Artikel 152 - 162

Die Bestimmungen über die Gemeinderegien und die autonomen Gemeinderegien entsprechen ohne jegliche inhaltliche Änderung den Artikeln L1231-1 bis L1231-12 des Kodex.

Artikel 163 - 174

Die Bestimmungen bezüglich der Finanzen der Gemeinde, die sich auf die Verabschiedung des Haushaltsplans und der Rechnungslegung sowie auf die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden beziehen, entsprechen inhaltlich unverändert den Artikeln L1311 bis L1331 des Kodex.

Artikel 175 - 176

Diese Bestimmungen ergeben sich aus den Entscheiden Nummern 74/2001 und 76/2011 des Verfassungsgerichtshofs vom 18. Mai 2011 zur Beantwortung von zwei Vorabentscheidungsfragen in Bezug auf die Ungleichbehandlung von Rückforderungen seitens Beamten der Gemeinden und des Föderalstaats.

Da für die Gemeinden keine besondere Verjährungsfrist in Bezug auf ihre Klagen auf Rückzahlung von zu Unrecht ausgezahlten Gehältern, Vorschüssen darauf und Entschädigungen, Zulagen oder Beihilfen, die Bestandteil der Gehälter sind oder mit ihnen gleichzusetzen sind, vorgesehen ist, verjähren diese Klagen, was sie betrifft, gemäß den gemeinrechtlichen Bestimmungen nach zehn Jahren (sogar 30 Jahre im Falle betrügerischer Machenschaften), während gleichartige Klagen des Staates nach fünf Jahren verjähren.

Diese Diskriminierung rührt aus dem Fehlen einer Gesetzesbestimmung, die auf die Gemeinden anwendbar wäre und in der eine fünfjährige Verjährungsfrist für die Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Gehältern vorgesehen wäre.

Diese diskriminierende Situation wird durch Artikel 176 behoben.

Artikel 177 - 183

Dieser Abschnitt über die Gewährung und die Kontrolle der von den Gemeinden gewährten Zuschüsse entspricht inhaltlich den Artikeln L3331-1 bis -8 des Kodex.

Artikel 184 - 193

Dieser Titel über die Festsetzung und Beitreibung der Gemeindesteuern entspricht der momentan anwendbaren Regelung, wie sie in den Artikeln L3321-1 bis 12 des Kodex vorgesehen ist.

Artikel 194 - 197

Titel 6 über die Zivilrechtliche Haftung der Gemeinden und die Gerichtsverfahren übernimmt die Artikel L1241 und L1242 des Kodex.

Artikel 167 wurde jedoch dahingehend geändert, dass nicht nur natürliche Personen gerichtlich im Namen der Gemeinde vorgehen können, sondern auch juristische Personen, die ihren Gesellschaftssitz in der Gemeinde haben. Voraussetzung für jegliche Handlung in diesem Rahmen ist eine vorherige Inverzugsetzung des Kollegiums sowie die Gewährleistung, alle mit einem derartigen Verfahren verbundenen Kosten zu übernehmen.

Artikel 198 - 204

Diese Bestimmungen erweitern den Anwendungsbereich des Dekrets vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten ausdrücklich auf die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets. Es wird zudem präzisiert, dass die Verwaltungsdokumente der Gemeinden, die Umweltinformationen enthalten, weiterhin ausschließlich der einschlägigen föderalen bzw. regionalen Regelung unterliegen. Schließlich wird das grundsätzliche Verbot der kommerziellen Nutzung und Weiterverwendung aufgehoben, da dieses strittig mit der Richtlinie 2003/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors ist.

Artikel 205

Diese Bestimmung erweitert den Anwendungsbereich des Dekrets vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente ausdrücklich auf die untergeordneten Behörden des deutschen Sprachgebiets.

Artikel 206

Diese Bestimmung hebt die durch vorliegendes Dekret geregelten Bestimmungen des Kodex auf.

Artikel 207

Vorliegendes Dekret tritt anlässlich der erstfolgenden vollständigen Erneuerung der Gemeinderäte der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets in Kraft.

VORENTWURF EINES GEMEINDEDEKRETS

TITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1. *Anwendungsbereich*

Vorliegendes Dekret regelt die Organisation der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets.

Artikel 2. *Begriffsbestimmungen*

Für die Anwendung dieses Dekrets versteht man unter:

1. Kodex: der Kodex der Lokalen Demokratie und der Dezentralisierung vom 22. April 2004 in seiner im deutschen Sprachgebiet anwendbaren Fassung
2. Rat: der Gemeinde- oder Stadtrat;
3. Kollegium: das Gemeinde- oder Stadtkollegium;
4. Direktoren: der Generaldirektor und der Finanzdirektor;
5. Fraktion: die in Artikel 40 erwähnten auf einer gleichen Liste bei den Wahlen gewählten Ratsmitglieder, die eine politische Fraktion bilden, deren Bezeichnung die der besagten Liste ist;
6. Fraktion, die die demokratischen Grundsätze nicht einhalten würde: Fraktionen, die insbesondere in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in den in Belgien rechtsgültigen zusätzlichen Protokollen zu dieser Konvention, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes erwähnt werden, oder die Fraktion(en), von der/denen ein Mitglied die vorerwähnten Grundsätze und Gesetzgebungen nicht einhalten würde, und die Fraktion(en), von der/denen ein Mitglied Verwalter einer Vereinigung zur Zeit der Taten war, aufgrund deren sie wegen eines der im Gesetz vom 30. Juli 1981 oder im Gesetz vom 23. März 1995 vorgesehenen Verstöße verurteilt wurde;
7. Lehrpersonal: das in Artikel 24 der Verfassung erwähnte Personal;
8. ÖSHZ: Öffentliches Sozialhilfezentrum.

Artikel 3. *Fristen*

Alle in diesem Dekret erwähnten Fristen sind, wenn nicht anders bestimmt, in Kalendertagen ausgedrückt.

Der Tag an dem eine Frist abläuft, wird in der Frist mit eingerechnet. Fällt dieser Tag jedoch auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen Feiertag, wird er auf den nachfolgenden Arbeitstag verlegt.

Als Feiertage im Sinne des vorliegenden Dekrets gelten: Der Neujahrstag, Rosenmontag, Ostermontag, der erste Mai, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, der 21. Juli, der 15. August, der 1., 2., 11. und 15. November, der 25. und 26. Dezember sowie die per Dekret oder Erlass der Regierung festgelegten Tage.

Artikel 4. *Gemeindenamen*

Die Regierung bestimmt die Schreibweise der Namen der Gemeinden und Weiler.

Artikel 5. *Änderung des Gemeindegebiets*

§1 - Wenn ein Teil einer Gemeinde zur Gemeinde erhoben wird, ordnet die Regierung die sofortige Einberufung der Wähler des abgespaltenen Teils an, regelt alles, was mit der ersten Wahl zusammenhängt, und legt das Datum der ersten Erneuerung in Übereinstimmung mit den für die Gemeinderatswahlen im Kodex vorgesehenen Bestimmungen fest.

Die Räte regeln in gegenseitigem Einverständnis die Teilung der Gemeindegüter unter die Einwohner der getrennten Gebiete, und zwar auf der Grundlage der Anzahl Familienoberhäupter, die ihren Wohnsitz in diesen Gebieten haben. Sie regeln auch alles, was Schulden und Archive anbelangt.

Bei Uneinigkeit zwischen den Räten entscheidet der Staatsrat gemäß Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat.

Bei Streitigkeiten über Rechte, die sich aus Urkunden oder aus Besitz ergeben, entscheiden die ordentlichen Gerichte.

§2 - Nachdem die Fusion einer Gemeinde oder eines Teils einer Gemeinde mit einer anderen Gemeinde erklärt wurde, wird, was die gemeinsamen Interessen angeht, gemäß §1 vorgegangen. Hat die Erweiterung durch diese Gemeinde oder diesen Gemeindeteil zur Folge, dass die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder der Gemeinde, mit der die Fusion stattgefunden hat, erhöht werden muss, findet §1 ebenfalls Anwendung.

Artikel 6. *Befugnisse*

Unbeschadet der Aufgaben, die ihnen durch Gesetz oder Dekret anvertraut werden, gehören zu den Befugnissen der Gemeinden insbesondere:

1. die Verwaltung der Güter und Einkünfte der Gemeinde;
2. die Feststellung und Begleichung der lokalen Ausgaben, die mit Geldern der Gemeinde bestritten werden müssen;
3. die Leitung und Ausführung von öffentlichen Arbeiten, die zu Lasten der Gemeinde gehen;
4. die Verwaltung der Einrichtungen, die der Gemeinde gehören, auf ihre Kosten unterhalten werden oder besonders für die Nutzung durch ihre Einwohner bestimmt sind.

Artikel 7. *Einstufung*

Die Regierung bringt die in den Artikeln 10, 43, 52 und 91 vorgesehene Einstufung der Gemeinden bei jeder vollständigen Erneuerung der Räte mit der Bevölkerungszahl in Einklang. Die zu berücksichtigende Einwohnerzahl ist die Zahl der im Nationalregister der natürlichen Personen eingetragenen Personen, die am 1. Januar des Jahres der vollständigen Erneuerung der Räte ihren Hauptwohnsitz in der betreffenden Gemeinde hatten.

Die Regierung veröffentlicht die Bevölkerungszahlen der Gemeinden spätestens zum 1. Mai des Jahres, in dem die vollständige Erneuerung der Räte stattfindet, im Belgischen Staatsblatt.

Artikel 8. *Gemeindebehörde*

In jeder Gemeinde gibt es eine aus den Ratsmitgliedern, dem Bürgermeister und den Schöffen zusammengesetzte Gemeindebehörde.

Die bei einer vollständigen Erneuerung ausscheidenden Rats- und Kollegiumsmitglieder und die ihr Amt niederlegenden Mitglieder bleiben im Amt, bis deren Nachfolger eingesetzt sind.

Unbeschadet des Artikels 41 §4 regeln der ausscheidende Rat und das ausscheidende Kollegium die laufenden Angelegenheiten bis zur Einsetzung ihrer Nachfolger.

TITEL 2 – ORGANISATION DER GEMEINDE

KAPITEL 1 - DER GEMEINDERAT

Abschnitt 1 - Bestimmungsverfahren und Statut der Ratsmitglieder

Artikel 9. Wahl

Die Räte werden alle sechs Jahre vollständig erneuert.

Die Ratsmitglieder werden unmittelbar von der Versammlung der Wähler der Gemeinde gewählt.

Der Rat wird am ersten Montag des Monats Dezember eingesetzt, der auf die Wahlen folgt. Wenn dies ein gesetzlicher Feiertag ist, wird der Rat am ersten darauffolgenden Werktag eingesetzt.

Artikel 10. Anzahl Mitglieder

Der Rat, einschließlich Bürgermeister und Schöffen, besteht aus:

- 11 Mitgliedern in Gemeinden von 0 bis 2.999 Einwohnern;
- 13 Mitgliedern in Gemeinden von 3.000 bis 3.999 Einwohnern;
- 15 Mitgliedern in Gemeinden von 4.000 bis 4.999 Einwohnern;
- 17 Mitgliedern in Gemeinden von 5.000 bis 6.999 Einwohnern;
- 19 Mitgliedern in Gemeinden von 7.000 bis 8.999 Einwohnern;
- 21 Mitgliedern in Gemeinden von 9.000 bis 11.999 Einwohnern;
- 23 Mitgliedern in Gemeinden von 12.000 bis 14.999 Einwohnern;
- 25 Mitgliedern in Gemeinden von 15.000 bis 19.999 Einwohnern;
- 27 Mitgliedern in Gemeinden von 20.000 bis 24.999 Einwohnern;
- 29 Mitgliedern in Gemeinden von 25.000 bis 29.999 Einwohnern;
- 31 Mitgliedern in Gemeinden von 30.000 bis 34.999 Einwohnern;
- 33 Mitgliedern in Gemeinden von 35.000 bis 39.999 Einwohnern;
- 35 Mitgliedern in Gemeinden mit mehr als 40.000 Einwohnern.

Der Rat umfasst die in Absatz 1 bestimmte Anzahl Mitglieder auch, wenn ein Mitglied des Kollegiums nicht aus seiner Mitte gewählt wird.

Artikel 11. Verzicht

Jeder gewählte Kandidat kann nach der Gültigkeitserklärung seiner Wahl und vor seinem Amtsantritt auf das ihm erteilte Mandat schriftlich verzichten. Dieser Verzicht wird rechtskräftig, wenn der Rat ihn zur Kenntnis genommen hat.

Artikel 12. Unvereinbarkeiten

Ein zum Ratsmitglied gewählter Kandidat, der ein mit diesem Mandat unvereinbares Amt ausübt, an einem Unternehmen beteiligt ist oder einen Beruf oder ein Handwerk ausübt, wofür er seitens der Gemeinde ein Gehalt oder regelmäßige finanzielle Zuwendungen bezieht, darf so lange nicht zur Eidesleistung zugelassen werden, wie der Grund für die Unvereinbarkeit besteht.

Wenn ein gewählter Kandidat innerhalb eines Monats, nachdem ihn das Kollegium dazu aufgefordert hat, das mit dem Mandat unvereinbare Amt nicht aufzugeben oder nicht auf das von der Gemeinde gezahlte Gehalt bzw. die von ihr gewährte Zuwendung verzichtet hat, wird davon ausgegangen, dass er das Mandat nicht annimmt.

Artikel 13. Mandatsverlust

Ein Ratsmitglied darf sein Amt nicht weiter ausüben, wenn es eine der Wählbarkeitsbedingungen nicht mehr erfüllt.

Das Kollegium informiert den Rat und den Betroffenen darüber. Letzterer kann dem Kollegium innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen seine Verteidigungsmittel schriftlich übermitteln. Der Rat nimmt den Verlust der Wählbarkeitsbedingung(en) zur Kenntnis und stellt die Amtsaberkennung von Amts wegen fest. Er leitet das Verfahren zum Ersatz des betreffenden Mitglieds ein.

Der Generaldirektor stellt dem Betreffenden diesen Beschluss zu. Gegen diesen Beschluss kann binnen acht Tagen ab dessen Notifizierung ein auf Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat beruhender Einspruch erhoben werden.

Ist dem Betreffenden der Grund für die Amtsaberkennung auch ohne jegliche Notifizierung bekannt und übt er sein Amt trotzdem weiter aus, setzt er sich den in Artikel 262 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen aus.

Artikel 14. Rücktritt

Das Ratsmitglied stellt dem Rat seinen Rücktritt aus dem Amt schriftlich zu. Dieser nimmt ihn auf der erstfolgenden Sitzung zur Kenntnis.

Der Rücktritt wird an dem Datum wirksam, an dem der Rat ihn zur Kenntnis genommen hat. Der Generaldirektor stellt dem Betreffenden den entsprechenden Beschluss zu. Gegen diesen Beschluss kann binnen acht Tagen ab dessen Notifizierung ein Einspruch aufgrund von Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat eingelegt werden.

Artikel 15. Urlaube

§1 - Anlässlich der Geburt oder Adoption eines Kindes kann das Ratsmitglied einen Urlaub nehmen. Dieser dauert höchstens 20 Wochen und endet spätestens 20 Wochen nach der Geburt oder der Adoption des Kindes.

Bei einer krankheitsbedingten Abwesenheit von mindestens sechs Monaten, kann das Ratsmitglied während der ganzen durch ärztliches Attest gedeckten Dauer Urlaub nehmen.

Diese Urlaube sind dem Kollegium mit Angabe des Anfangs- und Enddatums und ggf. mit dem ärztlichen Attest schriftlich mitzuteilen.

§2 - Bei Inanspruchnahme der in §1 erwähnten Urlaube leitet der Rat ein Verfahren zum Ersatz des Ratsmitglieds für die Dauer des Urlaubs ein, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Fraktion, der es angehört, dies beantragt.

Es wird durch ein Ersatzmitglied ersetzt, das seiner Liste angehört und das entsprechend Artikel L4145-14 des Kodex als erstes auf seiner Liste steht, nachdem dessen Mandat durch den Rat geprüft worden ist.

Artikel 16. Entschädigungen

§1 - Die Ratsmitglieder beziehen kein Gehalt.

Gemäß den in der Geschäftsordnung vorgesehenen Modalitäten erhalten sie Anwesenheitsgelder, wenn sie an den Versammlungen des Rats und der Ausschüsse teilnehmen.

Wenn der Vorsitzende der Versammlung kein Kollegiumsmitglied ist, bezieht er doppeltes Anwesenheitsgeld pro Ratssitzung, deren Vorsitz er führt. Er erhält keine anderen Vorteile oder Vergütungen.

Der Rat legt die Höhe der Anwesenheitsgelder fest.

Die Anwesenheitsgelder betragen zwischen 37,18 und 125,00 Euro. Diese Grenzbeträge sind an den Angelindex 138,01 gebunden.

§2 - Die Summe des Anwesenheitsgeldes des Ratsmitglieds und der Entlohnungen und Naturalvergütungen, die es aufgrund seines ursprünglichen Mandats, seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art im Sinne von Artikel L5111-1 des Kodex bezieht, ist auf höchstens 150% der parlamentarischen Entschädigung der Mitglieder des föderalen Parlaments begrenzt.

Bei Überschreitung dieses Höchstbetrags wird der Betrag des Anwesenheitsgeldes und/oder der vom Ratsmitglied aufgrund seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art bezogenen Entlohnungen und Naturalvergütungen entsprechend herabgesetzt.

§3 - Der Rat kann gemäß den von der Regierung festzulegenden Modalitäten die Anwesenheitsgelder eines Ratsmitglieds, das andere gesetzliche oder verordnungsgemäße Gehälter, Pensionen, Entschädigungen oder Zulagen bezieht, um einen Betrag erhöhen, der den vom Betroffenen erlittenen Einkommensausfall ausgleicht, insofern der Mandats-träger es selber beantragt.

Der Betrag der Anwesenheitsgelder, erhöht um den Betrag zum Ausgleich des Einkommensausfalls, darf nie höher sein als das Gehalt eines Schöffen einer Gemeinde mit 50.000 Einwohnern.

Artikel 17. Ratsmitglied mit einer Beeinträchtigung

Ein Ratsmitglied, das wegen einer Beeinträchtigung sein Mandat nicht alleine ausüben kann, kann sich von einer Vertrauensperson beistehen lassen. Diese ist Wähler in der betreffenden Gemeinde, erfüllt die Wählbarkeitsbedingungen für das Mandat als Ratsmitglied und ist weder Mitglied des Gemeindepersonals noch Mitglied des Personals des öffentlichen Sozialhilfezentrums der betreffenden Gemeinde.

Für die Anwendung von Absatz 1 legt die Regierung die Kriterien zur Bestimmung der Eigenschaft als Ratsmitglied mit einer Beeinträchtigung fest.

Die Vertrauensperson verfügt, wenn sie diesen Beistand leistet, über dieselben Mittel und ist denselben Verpflichtungen unterworfen, wie das Ratsmitglied. Der Rat kann in seiner Geschäftsordnung Anwesenheitsgelder für diese Vertrauensperson vorsehen.

Abschnitt 2 - Versammlungen, Beratungen und Beschlüsse der Gemeinderäte

Artikel 18. Geschäftsordnung

§1 - Der Rat verabschiedet eine Geschäftsordnung.

Diese regelt mindestens:

- die Erstellung einer Rangordnungstabelle der Ratsmitglieder;
- die Organisation der gemeinsamen Sitzungen mit dem Sozialhilferat;
- die in Artikel 16 vorgesehenen Entschädigungen der Ratsmitglieder;
- die Anwendung der in Artikel 19 vorgesehenen Rechte der Ratsmitglieder;
- die in Artikel 21 vorgesehene Einberufung des Rats sowie die Modalitäten der Einsicht in die Dokumente der Ratssitzung;
- die in Artikel 33 vorgesehenen Interpellationen;
- die Zusammensetzung und Arbeitsweise der in Artikel 37 vorgesehenen Ausschüsse;
- die Zusammensetzung und Aufgaben der in Artikel 38 erwähnten Beiräte;
- die Bedingungen für einen Antrag auf Abweichung von der in Artikel 38 §2 Absatz 1 erwähnten Vorschrift;

- den Tag bzw. die Daten der Kollegiumssitzungen gemäß Artikel 57.

Die Geschäftsordnung kann ergänzende Maßnahmen enthalten, insbesondere:

- die in Artikel 17 Absatz 3 vorgesehene Entschädigung der Vertrauensperson für das Ratsmitglied mit einer Beeinträchtigung;
- zusätzliche Möglichkeiten der Bekanntmachung der Ratssitzungen gemäß Artikel 22;
- zusätzliche Abstimmungsverfahren im Rat gemäß Artikel 31;
- den in Artikel 77 vorgesehenen Zugang zum Informationsblatt der Gemeinde.

§2 - Die Geschäftsordnung enthält berufsethische und ethische Regeln. Diese gewährleisten insbesondere:

- die Ablehnung eines Mandats, das nicht völlig ausgeübt werden kann;
- die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des Rats, des Kollegiums und der Ausschüsse;
- die Beziehungen zwischen den Gewählten und der Verwaltung;
- die Hörbereitschaft gegenüber dem Bürger;
- die Information des Bürgers.

Artikel 19. Rechte der Ratsmitglieder

Keine Urkunde und kein Schriftstück bezüglich der Verwaltung der Gemeinde darf den Ratsmitgliedern zwecks Prüfung vorenthalten werden.

Die Ratsmitglieder können eine Kopie dieser Urkunden und Schriftstücke erhalten. Sie haben Zugang zu den Gemeindeeinrichtungen und -diensten.

Die ggf. verlangte Gebühr für die Kopie darf den Selbstkostenpreis nicht überschreiten.

Die Protokolle der Kollegiumssitzungen werden den Ratsmitgliedern über eine geschützte Internet-Plattform zur Verfügung gestellt.

Die Ratsmitglieder können das Kollegium mündlich über aktuelle Angelegenheiten befragen und ihm schriftliche Fragen stellen über Beschlüsse des Kollegiums oder des Rats bzw. über Gutachten dieser Gremien, wenn diese sich auf eine Angelegenheit beziehen, die das Gemeindegebiet betrifft.

Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Artikels.

Artikel 20. Häufigkeit der Versammlungen

Der Rat tritt so oft zusammen, wie es die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Angelegenheiten erfordern, mindestens aber zehn Mal im Jahr.

Der Rat kann gemeinsame Sitzungen mit dem Sozialhilferat abhalten.

Artikel 21. Einberufung

§1 - Das Kollegium beruft den Rat auf eigene Initiative oder auf Antrag eines Drittels der amtierenden Ratsmitglieder ein.

Wenn der Rat im Laufe eines Jahres weniger als zehn Mal zusammengetreten ist, muss das Kollegium den Rat in Abweichung von Absatz 1 auf Antrag eines Viertels der amtierenden Ratsmitglieder einberufen.

§2 - Außer in dringenden Fällen ergeht die Einladung mit der Tagesordnung an die Mitglieder wenigstens sieben Tage vor dem Versammlungsdatum schriftlich an ihren Wohn-

sitz. Diese Frist wird für die Anwendung von Artikel 25 Absatz 3 jedoch auf zwei Tage herabgesetzt.

Die Punkte der Tagesordnung werden deutlich angegeben. Ihnen ist ein zusammenfassendes Erläuterungsschreiben und ein Beschlussentwurf beigelegt.

Auf schriftlichen Antrag des Ratsmitglieds kann die Einberufung mit den entsprechenden Unterlagen auf elektronischem Weg übermittelt werden.

Das Kollegium stellt jedem Ratsmitglied auf dessen Antrag hin eine persönliche E-Mail Adresse zur Verfügung.

§3 - Für jeden Punkt der Tagesordnung werden den Ratsmitgliedern alle sich darauf beziehenden Schriftstücke vor Ort zur Einsicht bereitgehalten.

Die Direktoren oder die von ihnen bezeichneten Personalmitglieder stehen den Ratsmitgliedern an mindestens zwei Terminen vor der Sitzung für technische Erklärungen zur Verfügung. Einer dieser Termine liegt innerhalb der gewöhnlichen Bürozeiten und einer außerhalb.

§4 - Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung der §§ 2 und 3.

Artikel 22. Bekanntmachung der Sitzung

§1 - Ort und Zeitpunkt der Ratssitzungen sowie die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung werden der Öffentlichkeit innerhalb der für die Einberufung des Rats vorgesehenen Fristen durch Bekanntmachung am Rathaus und auf der Webseite der Gemeinde zur Kenntnis gebracht.

Die Geschäftsordnung kann andere Weisen der Bekanntmachung vorsehen.

Die Presse wird unter Beifügung der Tagesordnung zu den Sitzungen eingeladen.

Artikel 23. Vorsitz

Der Bürgermeister oder sein Vertreter führen den Vorsitz des Rats.

Vor der Verabschiedung des Mehrheitsabkommens wird der Vorsitz des Rats von dem Ratsmitglied übernommen, das am Ende der vorhergehenden Legislaturperiode das Amt des Bürgermeisters oder mangels dessen das Amt eines Schöffen mit dem höchsten Rang oder mangels dessen das Amt eines Ratsmitglieds nach der Reihenfolge des Amtsalters im Gemeinderat ausgeübt hat.

In Ermangelung dessen übernimmt der Kandidat, der bei den letzten Wahlen die meisten Vorzugsstimmen in der Liste mit der höchsten Wahlziffer erhalten hat, den Vorsitz.

Artikel 24. Sitzungsverlauf

§1 - Der Vorsitzende eröffnet und schließt die Sitzung. Er ist mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Versammlung betraut. Er darf, nach vorheriger Verwarnung, jede Person, die ihre Meinung öffentlich äußert oder auf irgendeine Weise Unruhe stiftet, sofort des Saales verweisen.

Außerdem kann er zulasten des Zuwiderhandelnden ein Protokoll aufnehmen und ihn an das Polizeigericht verweisen, das ihn unbeschadet anderer Verfolgungen zu einer Geldstrafe von 1 bis 25 Euro oder zu einer Gefängnisstrafe von einem bis zu drei Tagen verurteilen kann.

§2 - Das Protokoll der letzten Ratssitzung wird den Ratsmitgliedern mindestens sieben Tage vor dem Sitzungstag und in den in Artikel 21 §2 erwähnten dringenden Fällen zusammen mit der Tagesordnung zur Verfügung gestellt.

Jedes Ratsmitglied hat das Recht, im Laufe der Sitzung Bemerkungen über die Abfassung des Protokolls zu machen. Werden diese Bemerkungen angenommen, legt der Generaldirektor noch während der Sitzung oder spätestens bei der nachfolgenden Sitzung einen neuen, dem Beschluss des Rats entsprechenden Text vor.

Verläuft die Sitzung ohne Bemerkungen, wird das Protokoll als genehmigt betrachtet und vom Bürgermeister und vom Generaldirektor unterschrieben.

Der Rat kann beschließen, dass das Protokoll ganz oder teilweise während der Sitzung abgefasst und von den anwesenden Mitgliedern unterzeichnet wird.

Artikel 25. Anwesenheitsquorum

Der Rat ist nur bei Anwesenheit der Mehrzahl seiner amtierenden Mitglieder beschlussfähig.

Ist die Versammlung jedoch zweimal einberufen worden, ohne die beschlussfähige Mitgliederzahl erreicht zu haben, darf sie nach einer erneuten und letzten Einberufung ungeachtet der anwesenden Ratsmitglieder über alle Punkte beraten und beschließen, die zum dritten Mal auf der Tagesordnung stehen.

Die zweite und die dritte Einberufung erfolgen gemäß Artikel 20 und vermerken, ob es sich um die zweite oder dritte Einberufung handelt. Die dritte Einberufung gibt außerdem die Absätze 1 und 2 des vorliegenden Artikels wörtlich wieder.

Artikel 26. Interessenkonflikte

§1 - Es ist den Mitgliedern des Rats und des Kollegiums untersagt:

1. bei der Beratung über Angelegenheiten anwesend zu sein, an denen sie persönlich oder als Beauftragte, ein direktes Interesse haben, oder an denen ihre Verwandten oder Verschwägerten bis zum vierten Grad einschließlich ein persönliches oder direktes Interesse haben;
2. der Prüfung der Rechnungslegungen öffentlicher der Gemeinde untergeordneter Verwaltungen, deren Mitglieder sie sind, beizuwohnen.

In Bezug auf Vorschläge von Kandidaten, Ernennungen in Ämter und disziplinarrechtliche Verfolgungen erstreckt sich das in Absatz 1 Nummer 1 erwähnte Verbot nur auf Verwandte oder Verschwägte bis zum zweiten Grad einschließlich.

Jedes Ratsmitglied, das von einem dieser Verbote betroffen ist, zieht sich spontan von der Beratung zurück.

§2 - Es ist jedem Rats- und Kollegiumsmitglied sowie den Direktoren untersagt:

1. sich direkt oder indirekt an irgendeiner Dienstleistung, Lieferung oder Ausschreibung für die Gemeinde zu beteiligen;
2. als Anwalt, Notar oder Sachwalter in Prozessen gegen die Gemeinde aufzutreten;
3. in Disziplinarsachen als Beistand eines Personalmitglieds aufzutreten;
4. als Beauftragter einer Gewerkschaftsorganisation in einem Verhandlungs- oder Konzertierungsausschuss der Gemeinde aufzutreten.

Rats- und Kollegiumsmitglieder dürfen nur unentgeltlich Streitsachen zugunsten der Gemeinde vor Gericht vertreten, sie darin beraten oder zu ihren Gunsten darin eingreifen.

Artikel 27. Öffentlichkeit der Sitzungen

Die Sitzungen des Rats sind öffentlich, außer wenn Personenfragen behandelt werden. Sobald eine solche Frage angeschnitten wird, ordnet der Vorsitzende an, dass diese Sache in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt wird.

Sind für die Anwendung dieses Artikels keine Personenfragen:

1. die Bezeichnung der Gemeindevertreter in öffentliche Ämter oder Mandate;
2. Immobiliengeschäfte;
3. Anträge mit Bezug auf Raumordnung und Städtebau und Umwelt.

Unter Vorbehalt von Artikel 28 kann der Rat im Interesse der öffentlichen Ordnung und aufgrund schwer wiegender Bedenken mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder beschließen, dass die Sitzung nicht öffentlich ist.

Außer in Disziplinarsachen findet die nicht-öffentliche Sitzung nach der öffentlichen Sitzung statt.

Wenn es sich während der öffentlichen Sitzung als notwendig erweist, die Untersuchung eines Punktes in nicht-öffentlicher Sitzung fortzuführen, kann erstere zu diesem alleinigen Zweck unterbrochen werden.

Artikel 28. Beratung über den Haushalt und die Rechnungslegung

§1 - Spätestens sieben Tage vor der Sitzung, in der der Rat über den Haushaltsplan, eine Abänderung des Haushaltsplans oder die Rechnungslegung zu beraten hat, übermittelt das Kollegium jedem Ratsmitglied ein Exemplar des entsprechenden Entwurfs.

Der Entwurf wird so mitgeteilt, wie er dem Rat vorgelegt werden wird, mit den zu seiner endgültigen Festlegung erforderlichen Anlagen, mit Ausnahme der Belege, was die Rechnungslegung betrifft.

Dem jeweiligen Entwurf ist ein Bericht mit einer allgemeinen Übersicht beigelegt.

Der Bericht zum Haushaltsplan beinhaltet insbesondere eine Übersicht über die allgemeine- und die Finanzpolitik sowie die Verwaltungs- und Geschäftslage der Gemeinde.

Der Bericht zur Rechnungslegung beinhaltet eine Übersicht über die Verwaltung der Gemeindefinanzen während des Rechnungsjahrs, auf das sich diese Rechnungslegung bezieht.

Die Ratssitzung ist öffentlich.

Bevor der Rat berät, kommentiert das Kollegium den Inhalt des Berichts.

§2 - Das Kollegium übermittelt den repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen folgende Dokumente binnen fünf Tagen nach ihrer Verabschiedung:

1. der Haushaltsplan und Haushaltsplanabänderungen;
2. die Rechnungslegung.

Dem Haushaltsplan und der Rechnungslegung werden Informationen über die Struktur der Beschäftigung, ihre Entwicklung und die Beschäftigungsprognosen, und das während eines Teils und der Gesamtheit des Bezugsjahrs beschäftigte Personal beigelegt. Diese Informationen können auf elektronischem Wege mitgeteilt werden.

Auf einen binnen fünf Tagen nach der Übermittlung der in Absatz 1 genannten Dokumente eingereichten Antrag der repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen werden

diese unverzüglich vom Kollegium zu einer spezifischen Informationsversammlung eingeladen, während der diese Dokumente vorgestellt und erläutert werden.

Artikel 29. *Zusätzliche Tagesordnung*

Der Rat kann nur über nicht auf der Tagesordnung stehende Angelegenheiten beraten, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder diese als dringlich anerkannt haben.

Nicht auf der Tagesordnung stehende Vorschläge werden wenigstens fünf Tage vor der Versammlung an das Kollegium gerichtet. Ihnen ist ein zusammenfassendes Erläuterungsschreiben und ein Beschlussentwurf beizufügen. Mitglieder des Kollegiums können nicht von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Das Kollegium teilt den Ratsmitgliedern die zusätzlichen Punkte der Tagesordnung unverzüglich mit.

Artikel 30. *Beschlussquorum*

§1 - Die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Vorschlag als abgewiesen.

§2 - Der Rat stimmt über die Gesamtheit des Haushaltsplans und der Rechnungslegung ab.

Jedes Ratsmitglied kann jedoch verlangen, dass über einen oder mehrere Artikel bzw. Posten oder eine oder mehrere Gruppen von Artikeln, die von ihm bestimmt werden, getrennt abgestimmt wird.

In diesem Fall kann die Gesamtabstimmung erst erfolgen, nachdem über den bzw. die einzelnen Artikel, Gruppen von Artikeln oder Posten abgestimmt worden ist, wobei die Gesamtabstimmung sowohl für die Artikel oder Posten gilt, für die kein Mitglied eine getrennte Abstimmung beantragt hat, als auch für die durch getrennte Abstimmung bereits angenommenen Artikel.

Artikel 31. *Abstimmungsmodalitäten*

Die Ratsmitglieder stimmen mündlich ab.

Die Geschäftsordnung kann ein Abstimmungsverfahren vorsehen, das einer mündlichen Stimmabgabe gleichkommt, wie die mechanisch ausgelöste namentliche Abstimmung oder die Abstimmung durch Handzeichen. Es wird jedoch immer mündlich abgestimmt, wenn ein Drittel der anwesenden Mitglieder dies beantragt.

In Abweichung von Absatz 1. wird über Vorschläge von Kandidaten, Ernennungen in Ämter, Zurdispositionstellungen, vorbeugende einstweilige Amtsenthebungen im Interesse des Dienstes und Disziplinarstrafen in geheimer Abstimmung abgestimmt.

Artikel 32. *Abstimmung über Personen*

Wird bei Ernennungen oder Vorschlägen von Kandidaten im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit nicht erreicht, erfolgt eine Stichwahl zwischen den Kandidaten, die die höchste Stimmenanzahl erhalten haben.

Zu diesem Zweck stellt der Vorsitzende eine Liste mit doppelt so vielen Namen auf, wie Kandidaten zu ernennen oder vorzuschlagen sind.

Die Stimmen dürfen nur für die auf dieser Liste eingetragenen Kandidaten abgegeben werden.

Die Ernennung oder der Vorschlag erfolgen mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit hat der ältere Kandidat den Vorzug.

Artikel 33. Interpellationen

§1 - Die Einwohner der Gemeinde können das Kollegium während der öffentlichen Sitzung des Rats direkt interpellieren.

Jede natürliche Person, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat und mindestens seit sechs Monaten im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen ist, sowie jede juristische Person, deren Gesellschafts- oder Betriebssitz sich auf dem Gebiet der Gemeinde befindet und die durch eine natürliche Person vertreten ist, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, gilt als Einwohner im Sinne des vorliegenden Artikels.

§2 - Der vollständige Text der vorgeschlagenen Interpellation wird dem Kollegium schriftlich übermittelt.

Um zulässig zu sein, muss eine Interpellation:

1. von einer einzigen Person eingereicht werden;
2. als Frage formuliert sein, deren Vorstellung nicht mehr als zehn Minuten Redezeit erfordert;
3. sich auf einen Sachverhalt beziehen, der unter die Zuständigkeit der Gemeindebehörden fällt oder zu dem diese ein Gutachten abgeben, insofern das Gemeindegebiet betroffen ist;
4. von allgemeinem Interesse sein.

Eine Interpellation darf nicht:

1. gegen die Grundfreiheiten und -rechte verstoßen;
2. eine Personenangelegenheit betreffen;
3. eine Bitte um Auskünfte statistischer Art oder Informationsmaterial darstellen;
4. die Erlangung von Ratsschlägen juristischer Art zum alleinigen Zweck haben.

Das Kollegium entscheidet über die Zulässigkeit der Interpellation. Der Beschluss in Bezug auf die Unzulässigkeit wird im Rahmen der erstfolgenden Ratssitzung begründet.

§3 - Nach Aufforderung des Vorsitzenden, stellt der Interpellierende seine Frage in öffentlicher Sitzung gemäß den Regeln zur Organisation der Wortmeldung innerhalb der Versammlung und unter Einhaltung einer Redezeit von höchstens 10 Minuten.

Das Kollegium antwortet auf die Interpellationen.

Der Interpellierende verfügt über zwei Minuten, um auf die Antwort zu erwidern, bevor dieser Punkt der Tagesordnung vollständig abgeschlossen wird.

Die Interpellationen werden in das Protokoll der Ratssitzung übertragen und auf der Webseite der Gemeinde veröffentlicht.

§4 - Der Rat kann einen Ausschuss für Interpellationen gemäß Artikel 37 einrichten.

§5 - Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Artikels.

Artikel 34. Einsichtsrecht

Weder den Gemeindegewohnern noch dem zu diesem Zweck von der Regierung beauftragten Personen darf verweigert werden, vor Ort Einsicht in die Ratsbeschlüsse zu nehmen.

Der Rat kann jedoch bestimmen, dass die unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse eine bestimmte Zeitlang geheim gehalten werden.

Abschnitt 3 - Befugnisse des Gemeinderats

Artikel 35. Allgemeine Zuständigkeit

Der Rat regelt alles, was die Gemeindeinteressen betrifft. Er berät über jede andere Angelegenheit, die die übergeordneten Behörden ihm vorlegen.

Der Rat bezeichnet die Mitglieder aller Ausschüsse sowie die Vertreter des Rats in den juristischen Personen, in denen die Gemeinde vertreten ist. Er kann diese Mandate jederzeit entziehen.

Artikel 36. Interne Verwaltung

Der Rat erlässt die Gemeindeverordnungen in Bezug auf die interne Verwaltung.

Ausfertigungen dieser Verordnungen werden der Kanzlei des Gerichtes erster Instanz und des Polizeigerichtes umgehend übermittelt, wo sie in ein dafür vorgesehenes Register eingetragen werden.

Artikel 37. Ausschüsse

Der Rat kann in seiner Mitte Ausschüsse gründen, die mit der Vorbereitung seiner Sitzungen beauftragt sind.

Die Mitgliedsmandate für jeden Ausschuss werden proportional unter die Fraktionen verteilt, aus denen sich der Rat zusammensetzt. Die Geschäftsordnung bestimmt die Modalitäten für die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse.

Die Ausschüsse können jederzeit Sachverständige und Interessehabende anhören.

Artikel 38. Beiräte

§1 - Der Rat kann Beiräte einsetzen, die damit beauftragt sind, eine Stellungnahme zu Angelegenheiten gemeindlichen Interesses abzugeben.

Er regelt deren Zusammensetzung und bestimmt die Fälle, in denen die Konsultierung dieser Beiräte Pflicht ist.

§2 - Höchstens zwei Drittel der Mitglieder eines Beirats dürfen demselben Geschlecht angehören. Anderenfalls kann der betreffende Beirat keine gültige Stellungnahme abgeben.

Der Rat kann auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Beirats Abweichungen von der in Absatz 1 vorgesehenen Vorschrift gewähren.

Bei Ablehnung verfügt der Beirat ab dem entsprechenden Beschluss über eine Frist von drei Monaten, um die in Absatz 1 gestellte Bedingung zu erfüllen. Anderenfalls kann er ab diesem Datum keine rechtsgültige Stellungnahme mehr abgeben.

§3 - Der Rat stellt den Beiräten die zur Ausführung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel zur Verfügung.

Das Kollegium legt dem Rat im letzten Jahr seiner Amtsperiode einen Bericht über die Anwendung des vorliegenden Artikels vor.

Artikel 39. *Delegation für Zuschüsse*

§1 - Der Rat kann dem Kollegium die Zuständigkeit für die Gewährung folgender Zuschüsse übertragen:

1. namentlich im Haushaltsplan eingetragene Zuschüsse;
2. Sachleistungen;
3. Zuschüsse, die durch die Dringlichkeit oder durch zwingende und unvorhergesehene Umstände gerechtfertigt sind.

Der aufgrund von Absatz 1 Nummer 3 verabschiedete Beschluss des Kollegiums ist dem Rat anlässlich seiner nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen.

§2 - Das Kollegium erstattet dem Rat jährlich Bericht über:

1. die Zuschüsse, die während des Geschäftsjahres aufgrund des vorliegenden Artikels gewährt wurden;
2. die Zuschüsse, deren Verwendung während des Geschäftsjahres aufgrund von Artikel 183 kontrolliert wurde.

§3 - Der Rat kann die in diesem Artikel vorgesehene Delegation höchstens für die Dauer seiner Amtsperiode erteilen.

KAPITEL 2 - DER BÜRGERMEISTER UND DAS KOLLEGIUM

Abschnitt 1 - Politische Fraktionen und Mehrheitsabkommen

Artikel 40. *Politische Fraktionen*

§1 - Das bzw. die auf einer gleichen Liste bei den Wahlen gewählte(n) Ratsmitglied(er) bildet bzw. bilden eine politische Fraktion, deren Bezeichnung die der besagten Liste ist.

Das Ratsmitglied, das im Laufe der Legislaturperiode aus seiner politischen Fraktion austritt oder aus dieser ausgeschlossen wird, verliert von Rechts wegen seine gesamten gemäß Artikel L5111-1 des Kodex abgeleiteten Mandate.

Die vom betroffenen Ratsmitglied unterzeichnete Austrittserklärung bzw. die von der Mehrheit der Fraktionsmitglieder unterzeichnete Ausschlussklärung wird dem Kollegium übermittelt und dem Rat auf seiner erstfolgenden Sitzung zur Kenntnis gebracht. Der Rücktritt bzw. der Ausschluss wird an diesem Datum wirksam. Ein Auszug des Protokolls wird den Einrichtungen übermittelt, in denen das Mitglied bis dahin aufgrund seiner Eigenschaft als Ratsmitglied tagte.

Für die Anwendung des vorliegenden Artikels und von Artikel 51 wird das Ratsmitglied weiterhin als der verlassenen politischen Fraktion angehörend betrachtet.

Artikel 41. *Mehrheitsabkommen*

§1 - Jeder Entwurf eines Mehrheitsabkommens wird dem Generaldirektor spätestens am zweiten Montag des Monats nach den Wahlen, zugestellt.

Die Öffentlichkeit wird von diesen Entwürfen unverzüglich mindestens durch Aushang am Rathaus informiert.

Der Entwurf des Abkommens enthält:

1. die Angabe der beteiligten politischen Fraktionen;
2. die Identität des vorgeschlagenen Bürgermeisters;
3. die Identität der vorgeschlagenen Schöffen;
4. die Identität des vermuteten Vorsitzenden des Sozialhilferats.

Er weist Personen beider Geschlechter auf.

Der Abkommensentwurf wird von allen darin bezeichneten Personen und von der Mehrheit der Mitglieder jeder politischen Fraktion unterzeichnet, von der mindestens ein Kollegiumsmitglied vorgeschlagen wird.

Wenn sich eine Fraktion nur aus zwei Mitgliedern zusammensetzt, wird der Abkommensentwurf von mindestens einem der beiden unterzeichnet.

Die Unterschrift eines Ratsmitglieds unter einem nicht von der Mehrheit seiner politischen Fraktion unterzeichneten Abkommensentwurf ist ungültig.

§2 – Der Rat verabschiedet das Mehrheitsabkommen binnen drei Monaten ab dem Datum der Gültigkeitserklärung der Wahlen.

Die Abstimmung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

§3 – Der Bürgermeister ist das Ratsmitglied belgischer Staatsangehörigkeit, das aus einer der am Mehrheitsabkommen beteiligten politischen Fraktionen stammt und dessen Identität im neuen Mehrheitsabkommen angegeben ist.

§4 – Wenn kein Mehrheitsabkommen innerhalb der in §2 vorgesehenen Frist verabschiedet wurde, kann die Regierung einen Kommissar bezeichnen, der die laufenden Angelegenheiten anstelle des Kollegiums, das diese Aufgabe aufgrund von Artikel 8 übernahm, regelt.

Die Annahme des Mehrheitsabkommens wird bis zu seiner Verabschiedung auf die Tagesordnung einer jeden Ratssitzung gesetzt.

§5 – Wenn im Laufe der Legislaturperiode alle Mitglieder des Kollegiums ihr Mandat niederlegen, gilt das Mehrheitsabkommen als gebrochen.

Dem Generaldirektor ist binnen 30 Tagen nach der Annahme des Rücktritts des letzten Kollegiumsmitglieds ein neues Mehrheitsabkommen zuzustellen.

Liegt nach Ablauf von 30 Tagen kein neues Mehrheitsabkommen vor, bestimmt die Regierung einen Schlichter, dessen Aufgabe sie festlegt. Sollte auch dessen Mission nicht zur Verabschiedung eines Mehrheitsabkommens führen, ordnet die Regierung neue Wahlen an. In diesem Fall beauftragt sie den Generaldirektor, die Liste der Wähler der Gemeinde am Tag der Notifizierung des Beschlusses der Regierung an den Rat aufzustellen und die Wähler einzuberufen, um binnen 50 Tagen nach dieser Notifizierung neue Wahlen vorzunehmen. Der genaue Zeitplan der Wahlverrichtungen wird von der Regierung festgelegt. Die neuen Ratsmitglieder beenden das Mandat der Ratsmitglieder, die sie ersetzen.

Artikel 42. Nachtrag zum Mehrheitsabkommen

Im Laufe der Legislaturperiode kann ein Nachtrag zum Mehrheitsabkommen verabschiedet werden, um für den endgültigen Ersatz eines Kollegiumsmitglieds zu sorgen.

Der Nachtrag wird mit Stimmenmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder angenommen.

Das neue Mitglied des Kollegiums beendet das Mandat des Mitglieds, das es ersetzt.

Abschnitt 2 - Das Kollegium

Artikel 43. Anzahl der Schöffen

Es gibt:

- zwei Schöffen in den Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern;
- drei Schöffen in den Gemeinden mit 1.000 bis 4.999 Einwohnern;
- vier Schöffen in den Gemeinden mit 5.000 bis 9.999 Einwohnern;
- fünf Schöffen in den Gemeinden mit 10.000 bis 19.999 Einwohnern;
- sechs Schöffen in den Gemeinden mit 20.000 bis 29.999 Einwohnern;
- sieben Schöffen in den Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern.

Der Rat kann beschließen, die Anzahl der Schöffen um eine Einheit herabzusetzen.

Artikel 44. *Zusammensetzung*

Das Kollegium setzt sich aus dem Bürgermeister und den Schöffen zusammen.

Es setzt sich aus Personen beider Geschlechter zusammen.

Artikel 45. *Wahl der Schöffen*

§1 - Die Schöffen werden unter den Ratsmitgliedern ausgewählt.

Wenn alle Mitglieder der an das Mehrheitsabkommen gebundenen politischen Fraktionen gleichen Geschlechts sind, wird ein Schöffe außerhalb des Rats bezeichnet. Der derart bezeichnete Schöffe ist in jedem Fall im Kollegium stimmberechtigt. Er nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rats teil.

Wenn ein Schöffe nicht Mitglied des Rats ist, muss er die in Artikel L4125-1 des Kodex festgelegten Wählbarkeitsbedingungen erfüllen und beibehalten.

Im Mehrheitsabkommen wird die politische Fraktion angegeben, der der Schöffe, der nicht Mitglied des Rats ist, zugeordnet ist.

§2 - Die Ratsmitglieder, deren Identität im angenommenen Mehrheitsabkommen vermerkt ist, werden von Rechts wegen zu Schöffen gewählt.

Die Rangordnung der Schöffen wird nach deren Platz auf der Liste, die im Mehrheitsabkommen aufgenommen wird, festgelegt.

Artikel 46. *Verhinderung*

§1 - Der Bürgermeister sowie der Schöffe, der das Amt eines Ministers, eines Staatssekretärs oder eines Mitglieds einer Regierung ausübt, oder der in Anwendung von Artikel 47 einen Urlaub nimmt, wird für den Zeitraum der Ausübung dieses Amtes als verhindert betrachtet.

Bei Abwesenheit oder Verhinderung des Bürgermeisters werden dessen Ämter von dem Schöffen belgischer Staatsangehörigkeit erfüllt, den er beauftragt hat. Mangels dessen wird er durch den Schöffen belgischer Staatsangehörigkeit ersetzt, der den ersten Rang einnimmt.

§2 - Ein Schöffe, der einen als verhindert betrachteten Bürgermeister ersetzt, wird gemäß §3 auf Antrag des Kollegiums für den Zeitraum ersetzt, während dem er den Bürgermeister ersetzt.

§3 - Der abwesende oder verhinderte Schöffe kann für den Zeitraum seiner Abwesenheit oder Verhinderung auf Vorschlag des Kollegiums durch ein Ratsmitglied ersetzt werden, das der Rat unter den Ratsmitgliedern der politischen Fraktion bezeichnet, der er angehört. Mangels dessen kann er durch ein Ratsmitglied aus einer anderen, an das Mehrheitsabkommen gebundene politische Fraktion ersetzt werden.

Der abwesende oder verhinderte Schöffe kann unter den in Artikel 45 §1 Absatz 2 festgelegten Bedingungen durch einen außerhalb des Rats gewählten Schöffen aus der gleichen politischen Fraktion ersetzt werden, wenn alle Mitglieder des Kollegiums und alle Ratsmitglieder, die den an das Mehrheitsabkommen gebundenen politischen Fraktionen angehören, gleichen Geschlechts sind.

Artikel 47. Urlaube

Anlässlich der Geburt oder der Adoption eines Kindes kann der Bürgermeister oder der Schöffe Urlaub nehmen. Er notifiziert dem Kollegium seinen Urlaub schriftlich unter Angabe des Anfangs- und Enddatums. Die Dauer des Urlaubs beträgt höchstens 20 Wochen. Er endet spätestens 20 Wochen nach der Geburt oder der Adoption des Kindes.

Der Antrag auf einen Urlaub in der Eigenschaft als Schöffe oder Bürgermeister wird schriftlich und mit Angabe des Anfangs- und Enddatums eingereicht, wenn der Betroffene während dieses Zeitraums Ratsmitglied bleiben will.

Artikel 48. Rücktritt

Der Rücktritt aus dem Amt des Bürgermeisters oder des Schöffen wird dem Rat schriftlich zugestellt. Dieser nimmt ihn während der ersten Sitzung, die auf diese Notifizierung folgt, zur Kenntnis.

Der Rücktritt wird an dem Datum wirksam, an dem der Rat ihn zur Kenntnis nimmt.

Der Bürgermeister sowie der Schöffe, der zum Zeitpunkt seiner Wahl Mitglied des Rats ist, verliert diese Eigenschaft, wenn er dem Rat nicht mehr angehört.

Artikel 49. Disziplinarmaßnahmen

Die Regierung kann den Bürgermeister sowie einen Schöffen wegen notorischem Fehlverhalten oder schwerer Nachlässigkeit zeitweilig oder definitiv seines Amtes entheben, nachdem dieser zuvor angehört wurde.

Die zeitweilige Amtsenthebung darf drei Monate nicht überschreiten.

Der definitiv seines Amtes enthobene Bürgermeister oder Schöffe kann während derselben Legislaturperiode nicht wiedergewählt werden.

Artikel 50. ÖSHZ-Präsident

Der Präsident des Sozialhilferats nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Kollegiums teil, wenn es sich um die Ausübung der Aufsicht über die Beschlüsse des Sozialhilferats handelt.

Wenn er nicht Mitglied ist, nimmt er mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rats teil.

Abschnitt 3 - Verantwortung des Kollegiums

Artikel 51. Misstrauensantrag

§1 - Das Kollegium sowie jedes seiner Mitglieder ist vor dem Rat verantwortlich.

Der Rat kann einen kollektiven Misstrauensantrag gegen das ganze Kollegium oder einen individuellen Misstrauensantrag gegen eines oder mehrere der Kollegiumsmitglieder verabschieden.

Dieser Misstrauensantrag ist nur zulässig:

1. wenn er einen Nachfolger für das Kollegium oder für eines bzw. mehrere seiner Mitglieder vorschlägt;
2. bei einem kollektiven Misstrauensantrag: wenn er von mindestens der Hälfte der Ratsmitglieder einer jeden politischen Fraktion, die eine alternative Mehrheit bildet, eingebracht wird;
3. bei einem individuellen Misstrauensantrag: wenn er von mindestens der Hälfte der Ratsmitglieder einer jeden am Mehrheitsabkommen beteiligten politischen Fraktion eingebracht wird.

Die Debatte und die Abstimmung über den Misstrauensantrag werden nach dessen Aushändigung an den Generaldirektor auf die Tagesordnung der erstfolgenden Ratssitzung aufgenommen, unter der Bedingung, dass eine Frist von wenigstens sieben Tagen nach dieser Aushändigung verstrichen ist. Der Generaldirektor übermittelt unverzüglich allen Rats- und Kollegiumsmitgliedern eine Abschrift des Misstrauensantrags und bringt der Öffentlichkeit das Einreichen des Antrags durch Bekanntmachung am Rathaus zur Kenntnis.

Bei einem individuellen Misstrauensantrag können die betroffenen Kollegiumsmitglieder ihre Anmerkungen persönlich vor dem Rat geltend machen und in jedem Fall unmittelbar vor der Abstimmung.

Die Verabschiedung des Misstrauensantrags erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Die Verabschiedung des Misstrauensantrags bewirkt den Rücktritt des Kollegiums oder des/der umstrittenen Mitglieds(er) sowie die Wahl des neuen Kollegiums oder des/der neuen Mitglieds(er).

§2 - Ein kollektiver Misstrauensantrag darf nicht vor Ablauf einer Frist von ein und einem halben Jahr nach der Einsetzung des Kollegiums sowie nach dem 30. Juni des Jahres vor den Wahlen eingebracht werden.

Wenn der Rat einen kollektiven Misstrauensantrag verabschiedet hat, darf kein neuer kollektiver Misstrauensantrag vor Ablauf einer Frist von einem Jahr eingebracht werden.

Im Laufe derselben Legislaturperiode dürfen nicht mehr als zwei kollektive Misstrauensanträge verabschiedet werden.

Abschnitt 4 - Gehalt und Erkennungszeichen der Bürgermeister und Schöffen

Artikel 52. Gehälter

§1 - Der Bürgermeister erhält folgendes Gehalt:

1. Gemeinden von 300 Einwohnern und weniger: 13.785,16 Euro.
2. Gemeinden von 301 bis 500 Einwohnern: 15.242,03 Euro.
3. Gemeinden von 501 bis 750 Einwohnern: 16.697,77 Euro.
4. Gemeinden von 751 bis 1 000 Einwohnern: 18.639,00 Euro.
5. Gemeinden von 1 001 bis 1 250 Einwohnern: 20.580,68 Euro.
6. Gemeinden von 1 251 bis 1 500 Einwohnern: 21.186,92 Euro.
7. Gemeinden von 1 501 bis 2 000 Einwohnern: 21.793,61 Euro.
8. Gemeinden von 2 001 bis 2 500 Einwohnern: 22.582,33 Euro.
9. Gemeinden von 2 501 bis 3 000 Einwohnern: 23.492,59 Euro.
10. Gemeinden von 3 001 bis 4 000 Einwohnern: 24.523,74 Euro.
11. Gemeinden von 4 001 bis 5 000 Einwohnern: 25.433,75 Euro.
12. Gemeinden von 5 001 bis 6 000 Einwohnern: 28.100,01 Euro.
13. Gemeinden von 6 001 bis 8 000 Einwohnern: 29.912,10 Euro.
14. Gemeinden von 8 001 bis 10 000 Einwohnern: 31.983,61 Euro.
15. Gemeinden von 10 001 bis 15 000 Einwohnern: 36.663,56 Euro.

16. Gemeinden von 15 001 bis 20 000 Einwohnern: 39.276,32 Euro.
17. Gemeinden von 20 001 bis 25 000 Einwohnern: 46.817,39 Euro.
18. Gemeinden von 25 001 bis 35 000 Einwohnern: 49.891,02 Euro.
19. Gemeinden von 35 001 bis 50 000 Einwohnern: 52.810,93 Euro.
20. Gemeinden von 50 001 bis 80 000 Einwohnern: 61.937,53 Euro.
21. Gemeinden von 80 001 bis 150 000 Einwohnern: 74.668,50 Euro.
22. Gemeinden von mehr als 150 000 Einwohnern: 80.492,09 Euro.

Diese Gehälter sind an den Angelindex 138,01 gebunden.

Die Gehälter der Schöffen betragen 60% des Gehalts des Bürgermeisters derselben Gemeinde.

Die Regierung legt die Modalitäten für die Zahlung dieser Gehälter fest.

Wenn die Festlegung der Gehälter eine Verminderung oder Streichung anderer gesetzlicher oder ordnungsgemäßer Gehälter, Entschädigungen oder Zulagen zur Folge hat, kann die Regierung gemäß den Modalitäten, die sie festlegt, das Gehalt des Bürgermeisters oder des Schöffen vermindern, insofern dieser es beantragt.

Der Rat kann gemäß den von der Regierung festzulegenden Modalitäten das Gehalt des Bürgermeisters oder des Schöffen, der gesetzliche oder ordnungsgemäße Gehälter, Pensionen, Entschädigungen oder Zulagen bezieht, um einen Betrag erhöhen, der den vom Betroffenen erlittenen Einkommensausfall ausgleicht, insofern der Mandatsträger es selber beantragt.

Das Gehalt des Bürgermeisters oder des Schöffen, erhöht um den Betrag zum Ausgleich des Einkommensausfalls, darf nie höher sein als das Gehalt eines Bürgermeisters bzw. eines Schöffen einer Gemeinde mit 50.000 Einwohnern.

§2 - Die Regierung bestimmt das Urlaubsgeld und die Jahresendprämie der Bürgermeister und Schöffen.

§3 - Außer diesen Gehältern dürfen die Bürgermeister und Schöffen nicht in den Genuss von Bezügen zulasten der Gemeinde kommen.

Artikel 53. Ersatz

Ersetzt ein Schöffe den Bürgermeister während mindestens einem Monat, so wird ihm das mit diesem Amt verbundene Gehalt gewährt. Der den Bürgermeister ersetzende Schöffe darf nicht gleichzeitig das Bürgermeister- und das Schöffengehalt beziehen.

Dasselbe gilt, wenn ein Mitglied des Rats das Amt eines Schöffen während mindestens einem Monat wahrnimmt. In diesem Fall wird ihm das mit dem betreffenden Amt verbundene Gehalt für die Dauer der Ausübung dieses Amtes gezahlt.

Der ersetzte Bürgermeister oder Schöffe bezieht für den Zeitraum seiner Verhinderung kein Gehalt, es sei denn, er wird wegen Krankheit ersetzt.

Artikel 54. Maximalgehalt

Die Summe des Gehalts des Bürgermeisters oder des Schöffen und der Entlohnungen und Naturalvergütungen, die er aufgrund seiner ursprünglichen Mandate, seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art im Sinne von Artikel L5111-1 des Kodex bezieht, ist auf höchstens 150% der parlamentarischen Entschädigung der Mitglieder des föderalen Parlaments begrenzt.

Bei Überschreitung des in Absatz 1 festgelegten Höchstbetrags wird der Betrag des Gehalts des Bürgermeisters oder des Schöffen und/oder der von dem Bürgermeister oder dem Schöffen aufgrund seiner abgeleiteten Mandate und seiner öffentlichen Mandate, öffentlichen Ämter und öffentlichen Aufträge politischer Art bezogenen Entlohnungen und Naturalvergütungen entsprechend herabgesetzt.

Artikel 55. *Erkennungszeichen der Bürgermeister und der Schöffen*

Die Regierung bestimmt das Erkennungszeichen der Bürgermeister und Schöffen.

Abschnitt 5 - Versammlungen, Beratungen und Beschlüsse des Kollegiums

Artikel 56. *Vorsitz*

Der Bürgermeister ist von Rechts wegen Vorsitzender des Kollegiums.

Artikel 57. *Sitzungen Anwesenheitsquorum*

Das Kollegium versammelt sich an bzw. zu den laut Geschäftsordnung festgesetzten Tagen und Uhrzeiten und sooft die Angelegenheiten es erfordern.

Es ist nur beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

Die Versammlungen des Kollegiums sind nicht öffentlich. Nur die Beschlüsse werden protokolliert und in das Beschlussregister aufgenommen.

Artikel 58. *Außerordentliche Sitzung*

Die Einberufung zu außerordentlichen Versammlungen erfolgt mindestens zwei Tage im Voraus schriftlich an den Wohnsitz oder per E-Mail.

In dringenden Fällen entscheidet der Bürgermeister über Tag und Uhrzeit der Versammlung.

Artikel 59. *Abstimmungsquorum*

Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit vertagt das Kollegium die Angelegenheit auf eine spätere Sitzung, es sei denn, es zieht ein Ratsmitglied entsprechend der Reihenfolge der Eintragung auf der Rangliste hinzu.

Wenn die Mehrheit des Kollegiums vor der Diskussion die Dringlichkeit der Angelegenheit anerkannt hat, ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend. Dasselbe gilt, wenn in drei Sitzungen in der gleichen Angelegenheit Stimmengleichheit vorliegt, ohne dass sich das Kollegium mit Stimmenmehrheit entschließt, ein Ratsmitglied hinzuzuziehen.

Die Artikel 25, 31 und 32 finden Anwendung auf die Sitzungen des Kollegiums.

Abschnitt 6 - Befugnisse des Kollegiums

Artikel 60. *Befugnisse*

Dem Kollegium obliegen:

1. die Ausführung der Vorschriften der übergeordneten Behörden, insoweit ihm diese Aufgabe besonders anvertraut wird;
2. die Veröffentlichung und Ausführung der Ratsbeschlüsse;
3. die Verwaltung der Gemeindevorrichtungen;
4. die Verwaltung der Einkünfte, die Anweisung der Gemeindeausgaben und die Aufsicht über die Buchführung;
5. die Leitung der Gemeindearbeiten;
6. die Vertretung der Gemeinde vor Gericht;
7. die Verwaltung des Eigentums der Gemeinde sowie die Wahrung ihrer Rechte;
8. die Aufsicht über die von der Gemeinde besoldeten Personalmitglieder;

9. der Unterhalt der Wege und Wasserläufe;
10. die Aufbewahrung der Archive und der Urkunden.

Das Kollegium stellt von den in Absatz 1 Nummer 10 erwähnten Dokumenten sowie von den Charten und sonstigen alten Dokumenten der Gemeinde Inventare in doppelter Ausfertigung auf und verhindert den Verkauf oder die Entwendung der hinterlegten Unterlagen.

Artikel 61. *Delegationen*

Der Bürgermeister und der Standesbeamte können, jeder für seinen Bereich, Personalmitgliedern folgende Befugnisse übertragen:

1. das Ausstellen von Auszügen oder Kopien von anderen Urkunden als Personenstandsurkunden;
2. die Legalisation von Unterschriften;
3. das Beglaubigen der Kopien von Dokumenten.

Diese Befugnis gilt für Dokumente, die zur Verwendung in Belgien oder im Ausland bestimmt sind, mit Ausnahme derjenigen, die vom föderalen Minister der Auswärtigen Beziehungen oder von dem dazu beauftragten Beamten legalisiert werden müssen.

Vor der Unterschrift, dem Namen und der Funktion des Personalmitglieds, dem die Befugnis übertragen worden ist, steht der Vermerk der Übertragung dieser Befugnis.

Artikel 62. *Richtlinienprogramm*

Binnen drei Monaten nach Verabschiedung des Mehrheitsabkommens legt das Kollegium dem Rat ein allgemeines Richtlinienprogramm für die Dauer seines Mandats vor, das mindestens die wichtigsten politischen Projekte enthält.

Dieses allgemeine Richtlinienprogramm wird nach Billigung durch den Rat gemäß den Bestimmungen von Artikel 75 und auf die vom Rat vorgeschriebene Weise veröffentlicht.

Abschnitt 7 - Befugnisse des Bürgermeisters

Artikel 63. *Allgemeine Befugnis*

Dem Bürgermeister obliegt die Ausführung der Vorschriften der übergeordneten Behörden, die nicht ausdrücklich dem Kollegium oder dem Rat anvertraut sind.

Artikel 64. *Requirierungsrecht*

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Vorsitzenden des Sozialhilferats hin verfügt der Bürgermeister ab Inverzugsetzung des Eigentümers über das Recht, jedes seit mehr als sechs Monaten verlassene Gebäude zu requirieren, um es Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Das Requirierungsrecht kann nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab der Benachrichtigung des Eigentümers durch den Bürgermeister und gegen eine angemessene Entschädigung ausgeübt werden.

Die Regierung bestimmt die Grenzen, Bedingungen und Modalitäten, in deren Rahmen das Requirierungsrecht ausgeübt werden kann sowie das Verfahren, die Benutzungsdauer, die Modalitäten in Zusammenhang mit der Benachrichtigung des Eigentümers, seine Einspruchsmöglichkeiten und den Berechnungsmodus für die Entschädigung.

KAPITEL 3 - UNVEREINBARKEITEN

Artikel 65. *Unvereinbarkeiten Rat und Kollegium*

Dürfen weder Mitglieder des Rats noch des Kollegiums sein:

1. Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. Provinzgouverneure;

3. Mitglieder des Provinzkollegiums;
4. Generaldirektoren der Provinz;
5. Bezirkskommissare;
6. Personalmitglieder der Gemeinde und Personen, die von der Gemeinde ein Gehalt oder eine regelmäßige finanzielle Zuwendung erhalten;
7. Mitglieder der Forstverwaltung, wenn ihre Zuständigkeit sich auf unter Forstrecht stehenden Waldbesitz erstreckt, der Eigentum der Gemeinde ist, in der sie ihr Amt ausüben;
8. Mitglieder der Gerichtshöfe, Gerichte, Staatsanwaltschaften und die Greffiers der Gerichtsbehörden;
9. Staatsräte;
10. Sekretäre und Einnehmer des öffentlichen Sozialhilfezentrums des Zuständigkeitsgebiets der Gemeinde;
11. Verwandte oder Verschwägte bis zum zweiten Grad einschließlich der Direktoren und des Regionaleinnehmers der Gemeinde, oder die mit ihnen verheirateten oder gesetzlich zusammenwohnenden Partner.

Die Bestimmungen von Absatz 1 sind ebenfalls anwendbar auf nichtbelgische Staatsangehörige der Europäischen Union, die in Belgien wohnen, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union Ämter ausüben, die den in diesen Bestimmungen erwähnten Ämtern entsprechen.

Artikel 66. Unvereinbarkeiten Kollegium

Unbeschadet der in Artikel 65 erwähnten Unvereinbarkeiten können folgende Personen nicht Mitglieder des Kollegiums sein:

1. Diener der Kulte und Vertreter der bekenntnisneutralen Organisationen;
2. Personalmitglieder der Steuerverwaltungen in den Gemeinden, die zu ihrem Bezirk gehören oder in ihr Zuständigkeitsgebiet fallen, außer wenn die Regierung Abweichungen gewährt;
3. Generalbeamte, die der Mandatsregelung innerhalb der Dienststellen der föderalen Regierung, der Regierung einer Region oder einer Gemeinschaft und der von ihnen abhängenden Einrichtungen öffentlichen Interesses unterliegen;
4. Inhaber eines Amtes innerhalb einer Einrichtung öffentlichen Interesses, das darin besteht, die Generaldirektion dieser Einrichtung zu gewährleisten.

Die Bestimmungen von Absatz 1 sind ebenfalls anwendbar auf nichtbelgische Staatsangehörige der Europäischen Union, die in Belgien wohnen, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union Ämter ausüben, die den in diesen Bestimmungen erwähnten Ämtern entsprechen.

Artikel 67. Verwandte im Rat

§1 - Die Mitglieder des Rats dürfen weder bis zum zweiten Grad einschließlich miteinander verwandt oder verschwägert noch miteinander verheiratet sein oder gesetzlich zusammenwohnen.

Personen, deren Ehepartner oder gesetzlich Zusammenwohnende untereinander bis zum zweiten Grad einschließlich verwandt sind, dürfen nicht zur gleichen Zeit dem Rat angehören.

§2 - Wenn bis zu diesem Grad Verwandte oder Verschwägte, Ehepartner oder gesetzlich Zusammenwohnende bei der gleichen Wahl gewählt wurden, richtet die Vorzugsreihenfolge sich nach der Größe der Quotienten, aufgrund deren die von diesen Kandidaten erhaltenen Sitze der betreffenden Liste zuerkannt wurden.

Wurden zwei bis zum vorerwähnten Grad Verwandte oder Verschwägte oder zwei Ehepartner bzw. gesetzlich Zusammenwohnende gewählt, der eine als ordentliches Rats-

mitglied und der andere als Ersatzmitglied, so gilt das Verbot, den Sitz einzunehmen, lediglich für letzteren, es sei denn, der von ihm einzunehmende Sitz ist vor der Wahl seines Verwandten, Verschwägerten oder Ehepartners frei geworden.

Der Vorrang zwischen Ersatzmitgliedern, die frei gewordene Mandate übernehmen sollen, wird durch die zeitliche Reihenfolge des Freiwerdens der Mandate bestimmt.

Der Gewählte, der unter den in den Absätzen 1 bis 3 angeführten Umständen nicht in sein Amt eingesetzt worden ist, behält das Recht, zu einem späteren Zeitpunkt zur Eidesleistung zugelassen zu werden. Er wird durch das erste günstig eingestufte Ersatzmitglied der Liste ersetzt, auf der er gewählt worden ist.

Ist diese Unvereinbarkeit nicht mehr gegeben, wird dieses als erstes Ersatzmitglied eingestuft.

§3 - Eine zwischen Ratsmitgliedern später eingetretene Verschwägerung führt nicht zu einem Entzug der betreffenden Mandate.

Die Verschwägerung ist mit dem Ableben oder der Ehescheidung der Person, durch die sie entstanden ist, als aufgelöst zu betrachten.

Artikel 68. *Ausübung unvereinbare Mandate*

§1 - Ratsmitglieder, die ein mit ihrem Mandat unvereinbares Amt übernehmen oder von der Gemeinde ein Gehalt oder eine regelmäßige finanzielle Zuwendung annehmen, scheiden aus dem Rat aus, wenn sie binnen 15 Tagen ab der ihnen vom Kollegium zugestellten Aufforderung von dem mit ihrem Mandat unvereinbaren Amt nicht absehen oder auf das von der Gemeinde gewährte Gehalt bzw. die von ihr gewährte Zuwendung nicht verzichten.

§2 - Das Ratsmitglied, das sich in einer der in den Artikeln 65 und 67 erwähnten Unvereinbarkeiten befindet, darf sein Amt nicht weiter ausüben.

Das Kollegium informiert den Rat und den Betroffenen. Dieser kann dem Kollegium innerhalb einer Frist von 15 Tagen seine Verteidigungsgründe mitteilen. Der Rat nimmt die Sachverhalte, die aufgrund ihrer Art zu einer Unvereinbarkeit führen können, zur Kenntnis und stellt die Amtsaberkennung von Amts wegen fest. Er leitet das Verfahren zur Ersetzung des betreffenden Mitglieds ein.

Gegen diesen Beschluss kann ein auf Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat beruhender Einspruch erhoben werden. Er muss innerhalb von acht Tagen ab der Notifizierung des Beschlusses eingereicht werden.

Ist dem Betreffenden der Grund für die Amtsaberkennung auch ohne jegliche Notifizierung bekannt und übt er sein Amt trotzdem weiter aus, setzt er sich den in Artikel 262 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen aus.

§3 - Unbeschadet von Artikel L1531-2 §6 des Kodex darf ein Mitglied des Kollegiums einer angeschlossenen Gemeinde nicht in der Eigenschaft eines ständigen Mitglieds innerhalb eines Direktionsorgans einer Interkommunale tagen.

§4 - Der Generaldirektor führt gemäß den Vorgaben der Regierung ein Register über die in Artikel 16 §2 angeführten Ämter und Mandate, die die Ratsmitglieder wahrnehmen.

Dieses Register umfasst mindestens:

1. den Namen der Einrichtung, in der das Ratsmitglied ein Mandat bekleidet;
2. die Funktion des Ratsmitglieds in der jeweiligen Einrichtung;

3. den Beginn der Bezeichnung;
4. die Art und/oder Höhe der gewährten Entschädigungen und Vergütungen.

Die Ratsmitglieder teilen dem Generaldirektor die für die Erstellung des Register erforderlichen Angaben sowie alle diesbezüglichen Änderungen mit.

Dieses ständig aktualisierte Register wird mindestens auf der Website der Gemeinde veröffentlicht.

Das Ratsmitglied, das es auch nach Aufforderung seitens des Generaldirektors unterlässt, die geforderten Angaben mitzuteilen oder das falsche Angaben macht, wird gemäss der Gesetzgebung über die kommunalen Verwaltungssanktionen mit einer administrativen Geldstrafe von 250,00 Euro belegt. Im Wiederholungsfall während derselben Legislaturperiode wird diese Strafe verdoppelt.

Artikel 69. Anzahl erlaubter Mandate

Ein Ratsmitglied oder ein Mitglied des Kollegiums darf nicht mehr als drei effektiv entlohnte Mandate in Interkommunalen wahrnehmen.

Die Anzahl der Mandate wird berechnet, indem die entlohten Mandate, die der Mandatsträger innerhalb der Interkommunalen innehat, zusammengezählt werden, ggf. erhöht um die entlohten Mandate, die der gewählte Vertreter in seiner Eigenschaft als Sozialhilferatsmitglied oder als Provinzialratsmitglied innehaben würde.

KAPITEL 4 - EIDESLEISTUNG

Artikel 70. Eidesleistung

Die Ratsmitglieder, die in Artikel 17 erwähnten Vertrauenspersonen, die Mitglieder des Kollegiums und die Bürgermeister leisten vor ihrem Amtsantritt folgenden Eid: "Ich schwöre Treue dem König, Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des belgischen Volkes".

Die Bürgermeister leisten diesen Eid vor der Regierung.

Die Rats- und Kollegiumsmitglieder leisten diesen Eid in öffentlicher Sitzung vor dem Bürgermeister.

Die in Absatz 1 genannten Personen, die nach zweimaliger Aufforderung zur Eidesleistung diese Formalität ohne rechtmäßigen Grund nicht erfüllen, gelten als ausgeschieden.

KAPITEL 5 - AKTE DER GEMEINDEBEHÖRDEN

Abschnitt 1 - Abfassung der Akte

Artikel 71. Protokolle

Der Generaldirektor fasst die Protokolle der Sitzungen des Rats und des Kollegiums ab und sorgt für deren Übertragung.

Das Protokoll gibt in chronologischer Reihenfolge alle Beschlüsse wieder. Des Weiteren werden die Punkte aufgeführt, für die der Rat keinen Beschluss gefasst hat.

Artikel 72. Unterzeichnungsbefugnis

Die Verordnungen des Rats und des Kollegiums, die Veröffentlichungen, die Akte und die Korrespondenz der Gemeinde werden vom Bürgermeister unterzeichnet und vom Generaldirektor gegengezeichnet.

Artikel 73. *Unterschriftendelegation*

§1 - Der Bürgermeister kann einem oder mehreren Mitgliedern des Kollegiums schriftlich die Befugnis übertragen, gewisse Dokumente zu unterschreiben. Er kann diese Übertragung der Zeichnungsbefugnis jederzeit widerrufen.

Vor der Unterschrift, dem Namen und dem Rang des Schöffen, dem die Zeichnungsbefugnis übertragen worden ist, steht der Vermerk der Übertragung dieser Zeichnungsbefugnis.

§2 - Das Kollegium kann den Generaldirektor ermächtigen, einem oder mehreren Personalmitgliedern die Befugnis zu übertragen, Dokumente gegenzuzeichnen.

Diese Übertragung erfolgt schriftlich mit Angabe der Dokumente, für die sie gilt.

Vor der Unterschrift, dem Namen und der Funktion des Personalmitglieds, dem die Zeichnungsbefugnis übertragen worden ist, steht der Vermerk der Übertragung dieser Zeichnungsbefugnis.

Abschnitt 2 - Veröffentlichung der Akte

Artikel 74. *Veröffentlichung*

Die Veröffentlichung der Verordnungen des Rats, des Kollegiums und des Bürgermeisters erfolgt durch den Bürgermeister durch Aushang am Rathaus und auf der Webseite der Gemeinde. Die Veröffentlichung enthält den Gegenstand der Verordnung, das Datum ihrer Verabschiedung und ggf. den Beschluss der Aufsichtsbehörde.

Die Veröffentlichung gibt ebenfalls an, wo der Text der Verordnung eingesehen werden kann.

Artikel 75. *Inkrafttreten*

Verordnungen werden am fünften Tag nach ihrer Veröffentlichung rechtskräftig, es sei denn, sie sehen eine andere Frist vor.

Die Veröffentlichung als solche sowie das Datum ihrer Veröffentlichung werden in der durch die Regierung festgelegten Art und Weise durch eine Anmerkung in einem besonderen Register festgehalten.

Abschnitt 3 - Information der Bevölkerung

Artikel 76. *Allgemeines*

Zur Information der Bevölkerung über die Tätigkeiten der Verwaltung der Gemeinden:

1. bezeichnet der Rat ein Personalmitglied, das mit der Konzipierung und Verwirklichung der Informationspolitik für alle von der Gemeinde abhängenden Verwaltungsbehörden sowie mit der Koordinierung der unter Nummer 2 erwähnten Veröffentlichung beauftragt ist;

2. veröffentlicht das Kollegium eine Unterlage mit der Beschreibung der Befugnisse und der internen Organisation aller von ihr abhängenden Verwaltungsbehörden und stellt sie jedem zur Verfügung, der darum bittet.

Für die Zurverfügungstellung der in Nummer 2 erwähnten Unterlage kann eine Vergütung gefordert werden, deren Betrag vom Rat festgelegt wird, die den Selbstkostenpreis aber nicht übersteigen darf.

Artikel 77. Informationsblatt

Der Rat kann ein Informationsblatt herausgeben, das dazu dient, Informationen von lokalem Interesse zu verbreiten. Er kann mit der Zustimmung des Sozialhilferats beschließen, ein einziges Informationsblatt der Gemeinde und des öffentlichen Sozialhilfezentrums herauszugeben.

Wenn eine politische Fraktion über die Mitteilungen hinaus, die die Mitglieder des Rats in der Ausübung ihres Amtes machen, Zugang zu den Spalten des Informationsblatts der Gemeinde hat, erhält jede demokratische politische Fraktion unter Ausschluss der politischen Fraktionen, die die demokratischen Grundsätze nicht einhalten würden, in gleichem Maße Zugang zu diesen Spalten.

Die Geschäftsordnung bestimmt die Modalitäten für die Anwendung von Absatz 2.

TITEL 3 - VOLKSBEFRAGUNG

Artikel 78. Themen

Der Rat kann entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag der Einwohner der Gemeinde beschließen, die Einwohner über die unter die Zuständigkeiten des Kollegiums oder des Rats oder unter deren Begutachtungszuständigkeit, soweit diese Zuständigkeit einen Zweck gemeindlichen Interesses hat, fallenden Angelegenheiten zu befragen.

Die von den Einwohnern der Gemeinde ausgehende Initiative muss unterstützt werden von mindestens:

- 20% der Einwohner in Gemeinden mit weniger als 15.000 Einwohnern;
- 3.000 Einwohnern in Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnern.

Artikel 79. Antrag

Anträge auf Durchführung einer Volksbefragung auf Initiative der Einwohner sind per Einschreiben an das Kollegium zu richten.

Jedem Antrag ist ein mit Gründen versehener Schriftsatz zur Unterrichtung des Rats beigelegt.

Der Antrag ist nur zulässig, wenn er anhand eines von der Gemeinde ausgehändigten Formulars eingereicht wird und neben dem Namen der Gemeinde und dem Text von Artikel 196 des Strafgesetzbuches folgende Angaben enthält:

1. die Frage bzw. die Fragen, auf die sich die vorgeschlagene Befragung beziehen soll;
2. Name, Vornamen, Geburtsdatum und Wohnsitz aller Unterzeichner des Antrags;
3. Name, Vornamen, Geburtsdatum und Wohnsitz der Personen, die die Initiative zur Volksbefragung ergreifen.

Das in Absatz 3 erwähnte Formular wird dem Generaldirektor binnen 15 Tagen nach Einreichung der Beantragung der Volksbefragung ausgehändigt.

Artikel 80. Prüfung des Antrags

Nach Eingang des Antrags überprüft das Kollegium, ob er von einer ausreichenden Anzahl gültiger Unterschriften unterstützt wird.

Bei dieser Überprüfung streicht das Kollegium:

1. doppelte Unterschriften;
2. Unterschriften von Personen, die die in Artikel 82 festgelegten Bedingungen nicht erfüllen;
3. Unterschriften von Personen, deren Angaben nicht zur Überprüfung ihrer Identität ausreichen.

Die Überprüfung wird abgeschlossen, sobald die erforderliche Anzahl gültiger Unterschriften erreicht ist. Spätestens 30 Tage nach Eingang des Antrags schließt das Kollegium die Überprüfung ab. Es stellt den Personen, die die Initiative zur Volksbefragung ergriffen haben, die Annahme oder Nicht-Annahme der Volksbefragung per Einschreiben zu. Im Falle einer Annahme organisiert der Rat die Volksbefragung.

Artikel 81. Bedingungen

§1 - Um eine Volksbefragung beantragen oder daran teilnehmen zu können, muss der Betreffende folgende Bedingungen erfüllen:

1. im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen oder erwähnt sein;
2. das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben;
3. es darf kein Urteil oder Entscheid gegen ihn ausgesprochen worden sein, das/der für einen Gemeinderatswähler den Ausschluss vom Wahlrecht oder die Aussetzung dieses Rechts bedeutet.

§2 - Die Antragsteller einer Volksbefragung müssen die in §1 vorgesehenen Bedingungen am Datum, an dem der Antrag eingereicht wurde, erfüllen.

Die Teilnehmer an einer Volksbefragung müssen die in §1 Nummern 2 und 3 vorgesehenen Bedingungen am Tag der Befragung und die in §1 Nummer 1 erwähnte Bedingung am Datum, an dem die Liste der Teilnehmer an der Volksbefragung abgeschlossen wird, erfüllen.

Teilnehmer, gegen die nach dem Datum des Abschlusses der vorerwähnten Liste ein Urteil oder ein Entscheid ausgesprochen wird, das/der für einen Gemeinderatswähler entweder den Ausschluss vom Wahlrecht oder eine Aussetzung dieses Rechts am Datum der Befragung bedeutet, werden aus der Liste der Teilnehmer an der Volksbefragung gestrichen.

§3 - Artikel 13 des Wahlgesetzbuches ist anwendbar auf alle Kategorien von Personen, die die in §1 vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen.

Für nichtbelgische Staatsangehörige und für belgische Staatsangehörige unter achtzehn Jahren erfolgen die Notifizierungen durch die Staatsanwaltschaften der Gerichtshöfe und Gerichte, wenn die Verurteilung oder die Internierung, gegen die kein gewöhnliches Rechtsmittel mehr eingelegt werden kann, wäre sie zulasten eines Gemeinderatswählers ausgesprochen worden, den Ausschluss vom Wahlrecht oder die Aussetzung dieses Rechts zur Folge gehabt hätte.

Erfolgt die Notifizierung, nachdem die Liste der Teilnehmer an der Volksbefragung abgeschlossen wurde, wird der Betreffende aus der Liste gestrichen.

§4 - Am dreißigsten Tag vor der Befragung erstellt das Kollegium eine Liste der Teilnehmer an der Volksbefragung.

Es werden in dieser Liste aufgenommen:

1. Personen, die zum angegebenen Zeitpunkt die in §1 vorgesehenen Bedingungen für die Teilnahme erfüllen;
2. Teilnehmer, die zwischen diesem Datum und dem Datum der Befragung das Alter von 16 Jahren erreichen;
3. Personen, deren Aussetzung des Wahlrechts spätestens am für die Befragung festgelegten Tag endet bzw. enden würde.

Für jede Person, die die Bedingungen für die Teilnahme erfüllt, sind auf der Liste der Teilnehmer Name, Vornamen, Geburtsdatum und Wohnsitz angegeben. Die Liste wird ge-

mäß einer durchlaufenden Nummerierung entweder in alphabetischer Reihenfolge der Teilnehmer oder in geographischer Reihenfolge den Straßen nach erstellt.

§5 - Die Beteiligung an der Volksbefragung ist nicht Pflicht.

Jeder Teilnehmer hat ein Recht auf eine Stimme.

Die Stimmabgabe ist geheim.

Die Volksbefragung darf nur an einem Sonntag stattfinden. Die Teilnehmer werden von 8 bis 13 Uhr zur Stimmabgabe zugelassen. Wer sich vor 13 Uhr im Wahllokal befindet, wird noch zur Stimmabgabe zugelassen.

§6 - Die Auszählung der Stimmen wird vorgenommen, wenn mindestens 10% der Einwohner an der Volksbefragung teilgenommen haben.

§7 - Die Bestimmungen von Artikel L4132-1 und Artikel L4143-20 §6 des Kodex sind auf die Volksbefragung anwendbar, wobei das Wort "Wähler" durch das Wort "Teilnehmer", die Wortfolgen "der Wähler" bzw. "die Wähler" jeweils durch die Wortfolgen "der Teilnehmer" bzw. "die Teilnehmer", die Wortfolge "die Wahl" durch die Wortfolge "die Volksbefragung" und die Wortfolge "die Wahlen, für welche" durch die Wortfolge "die Volksbefragung, für welche" ersetzt werden.

Artikel 82. *Einschränkungen*

Personengebundene Fragen und Fragen in Bezug auf die Rechnungen, die Haushaltspläne und die Gemeindesteuern und -besoldungen dürfen nicht Gegenstand einer Befragung sein.

Es darf keine Volksbefragung organisiert werden während eines Zeitraums von:

- 16 Monaten vor der ordentlichen Versammlung der Wähler im Hinblick auf die Erneuerung der Gemeinderäte;
- 40 Tagen vor der Direktwahl der Mitglieder des föderalen Parlaments, der Regional- und Gemeinschaftsparlamente und des Europäischen Parlaments.

Die Einwohner der Gemeinde dürfen nur einmal pro Halbjahr und höchstens sechsmal pro Legislaturperiode befragt werden. Während des Zeitraums zwischen einer Erneuerung der Gemeinderäte bis zur nächsten Erneuerung dieser Räte darf nur eine Befragung über dasselbe Thema stattfinden.

Artikel 83. *Tagesordnung*

Ein zulässiger Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung wird auf die Tagesordnung der erstfolgenden Sitzung des Kollegiums gesetzt.

Das Kollegium setzt einen Antrag auf die Tagesordnung des Rats, außer wenn es deutlich ist, dass der Rat in keinerlei Hinsicht befugt ist, über den Antrag zu entscheiden. Im Zweifelsfall entscheidet der Rat.

Artikel 84. *Zurkenntnisnahme der Ergebnisse*

Das Kollegium nimmt die Ergebnisse der Volksbefragung und die Folgen bezüglich der Akte, die Gegenstand dieser Volksbefragung war, in die Tagesordnung der erstfolgenden Ratssitzung auf.

Artikel 85. *Information der Bevölkerung*

Mindestens einen Monat vor dem Tag der Befragung stellt die Gemeindeverwaltung den Einwohnern eine Broschüre zur Verfügung, in der das Thema der Volksbefragung auf objektive Art und Weise dargestellt wird. Des Weiteren enthält diese Broschüre den in

Artikel 80 Absatz 2 erwähnten mit Gründen versehenen Schriftsatz und die Fragen, über die die Einwohner befragt werden.

Die Fragen sind so formuliert, dass mit „ja“ oder „nein“ geantwortet werden kann.

Artikel 86. Weitere Verfahrensbestimmungen

Die Regierung legt in Anlehnung an das Verfahren für die Wahl der Gemeinderatsmitglieder die näheren Verfahrensregeln für die Durchführung einer Volksbefragung fest.

Die Regierung legt die Modalitäten für die öffentliche Bekanntmachung der Ergebnisse der Volksbefragung fest.

TITEL 4 – RESSOURCEN DER GEMEINDE

KAPITEL 1 – DIE PERSONEN

Abschnitt 1 - Der Generaldirektor und der Finanzdirektor

Unterabschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 87. Unvereinbarkeiten

In jeder Gemeinde gibt es einen Generaldirektor und einen Finanzdirektor.

Das Amt des Generaldirektors ist in derselben Gemeinde mit dem Amt des Finanzdirektors unvereinbar.

Die Personalmitglieder der Provinzialregierung und des Bezirkskommissariats dürfen kein Direktorenamt ausüben.

Artikel 88. Allgemeines

§1 – Das Amt eines Direktors kann durch Anwerbung, Beförderung und Mobilität vergeben werden. Es muss in jedem Fall eine Anwerbung erfolgen.

Das Amt ist Personen zugänglich, die Bürger eines Staates sind, der zum Europäischen Wirtschaftsraum oder zur Schweizerischen Eidgenossenschaft gehört

Der Rat ernennt die Direktoren unter Beachtung der von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen. Diese Ernennung findet innerhalb von sechs Monaten nach der Vakanterklärung der Stelle statt.

Die endgültige Ernennung erfolgt nach Ablauf der Probezeit.

§2 – Der Rat legt das Verwaltungsstatut der Direktoren unter Beachtung der von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen fest.

Artikel 89. Eidesleistung

Bevor ein Direktor sein Amt antritt, leistet er anlässlich einer öffentlichen Ratssitzung vor dem Vorsitzenden den in Artikel 70 erwähnten Eid.

Darüber wird ein Protokoll erstellt.

Wenn der Direktor ohne rechtmäßigen Grund den Eid nicht leistet, nachdem er per Einschreiben aufgefordert worden ist, dies bei der erstfolgenden Ratssitzung zu tun, wird davon ausgegangen, dass er auf seine Ernennung verzichtet.

Artikel 90. Nebentätigkeiten

§1 – Die Direktoren sind nicht befugt, mehrere berufliche Tätigkeiten auszuüben. Als berufliche Aktivität gilt jede Tätigkeit, die Anrecht auf ein Berufseinkommen im Sinne des Einkommenssteuergesetzbuches 1992 gibt mit Ausnahme der Anwesenheitsgelder, die im Rahmen der Ausübung eines Mandats bezogen werden und der Einkommen aus den Mandaten im Sinne von Artikel L5111-1 des Kodex.

Der Rat kann die gleichzeitige Ausübung mehrerer Tätigkeiten auf vorherige und schriftliche Anfrage des Direktors für einen erneuerbaren Zeitraum von drei Jahren genehmigen.

Eine zusätzliche berufliche Tätigkeit ist insbesondere unzulässig:

1. wenn sie die Erfüllung der normalen dienstlichen Tätigkeit beeinträchtigen kann;
2. wenn sie die Würde des Amtes verletzen kann;
3. wenn sie die Unabhängigkeit des Direktors beeinträchtigen oder eine Verwechslung mit seiner Eigenschaft als Direktor verursachen kann.

Die Genehmigung kann widerrufen werden, wenn eine der Bedingungen, die ihrer Gewährung zugrunde lag, nicht mehr erfüllt ist.

§2 – In Abweichung von §1 werden gleichzeitige berufliche Tätigkeiten, die mit der Ausübung der Funktion verbunden sind oder diese betreffen, von Rechts wegen ausgeübt. Als mit der Funktion verbunden gilt jeder Auftrag:

1. kraft einer gesetzlichen oder verordnungsmäßigen Bestimmung;
2. der mit einer Funktion verbunden ist, für die der Direktor vom Rat bezeichnet wird.

Artikel 91. Gehalt

§1 – Der Rat legt die Gehaltstabelle des Generaldirektors innerhalb folgender Mindest- und Höchstgrenzen fest:

1. in den Gemeinden von 10 000 Einwohnern und weniger: 34.000 - 48.000 Euro;
2. in den Gemeinden von 10 001 bis 20 000 Einwohnern: 38.000 - 54.000 Euro;
3. in den Gemeinden von 20 001 bis 35 000 Einwohnern: 40.600 - 58.600 Euro.

Die Mindest- und Höchstbeträge der Gehaltstabellen sind an den Angelindex 138,01 gebunden.

Die Regierung kann diese Gehaltstabellen anpassen.

§2 – Der Rat legt die Gehaltstabelle des Finanzdirektors fest. Diese entspricht 97,5% der für den Generaldirektor derselben Gemeinde geltenden Tabelle.

Artikel 92. Gehaltserhöhungen

Die Direktoren haben Anrecht auf zweijährliche Gehaltserhöhungen von mindestens 3% des Minimums.

Diese Gehaltserhöhungen treten am ersten Tag des Monats in Kraft, der dem Jahrestag des Amtsantritts folgt.

Das Mindestgehalt der Direktoren wird gemäß den von der Regierung festgelegten Regeln um einen Gehaltszusatz erhöht, der dem in Ämtern des Staates, der Regionen, der Gemeinschaften, der Gemeinden, der Provinzen und in anderen von der Regierung festgelegten öffentlichen Diensten oder im Privatsektor erworbenen Dienstalter entspricht.

Artikel 93. Jahresurlaub

Die Gemeinden wenden die für das Personal der föderalen öffentlichen Dienste geltenden Bestimmungen bezüglich des Jahresurlaubs auf ihre Direktoren an.

Artikel 94. Zahlung des Gehalts

Das Gehalt der definitiv ernannten Direktoren wird monatlich und im Voraus gezahlt. Es gilt ab dem Tag des Dienstantritts. Erfolgt dieser im Laufe eines Monats, so erhält der Direktor für diesen Monat so viel Dreißigstel des Gehalts, wie Tage ab dem Tag des Dienstantritts einschließlich übrig bleiben.

Artikel 95. Ersatz bei Abwesenheit

§1 - Bei Abwesenheit eines Direktors oder wenn die Stelle frei ist, bestimmt das Kollegium für eine erneuerbare Höchstdauer von drei Monaten einen diensttuenden Direktor.

Das Kollegium kann den Direktoren die Vollmacht erteilen, für einen ununterbrochenen Zeitraum von höchstens dreißig Tagen selbst einen Ersatz zu bezeichnen.

Dem diensttuenden Direktor wird die Gehaltstabelle des Amtsinhabers gewährt.

§2 - Der diensttuende Finanzdirektor übt alle Befugnisse aus, die dem Finanzdirektor zufallen. Die Bestimmungen der Artikel 89 und 102 sind auf ihn anwendbar

Zu Beginn und am Ende seiner Amtstätigkeit wird unter Aufsicht des Kollegiums eine Endabrechnung der Geschäftsführung aufgestellt und die Kasse sowie die Buchungsbelege übergeben.

Unterabschnitt 2 - Der Generaldirektor

Artikel 96. Zielsetzungsvertrag

§1 - Der Zielsetzungsvertrag beinhaltet die Beschreibung der Aufgaben des Generaldirektors, die aus dem allgemeinen Richtlinienprogramm hervorgehen, sowie jegliche weitere messbare und durchführbare Zielsetzung, die in seinen Aufgabenbereich fällt.

Er beschreibt die Strategie der Organisation der Verwaltung im Laufe der Legislaturperiode, um die in Absatz 1 erwähnten Aufgaben zu erfüllen und Zielsetzungen zu erreichen, und setzt diese in konkrete Initiativen und Projekte um. Er umfasst eine Synthese der menschlichen und finanziellen Mittel, die für seine Verwirklichung verfügbar und/oder notwendig sind.

§2 - Der Generaldirektor verfasst den Zielsetzungsvertrag auf der Grundlage der Aufgabenbeschreibung, die das Kollegium anlässlich der vollständigen Erneuerung des Rats oder der Anwerbung des Generaldirektors erstellt hat.

Diese Aufgabenbeschreibung enthält mindestens folgende Angaben:

1. die Funktionsbeschreibung und das Kompetenzprofil für das Amt des Generaldirektors;
2. die für die verschiedenen Aufgaben zu erreichenden Zielsetzungen, insbesondere auf der Grundlage des allgemeinen Richtlinienprogramms;
3. die zugeteilten Haushaltsmittel und zur Verfügung gestellten menschlichen Ressourcen;
4. alle Aufgaben, die ihm durch vorliegendes Dekret anvertraut werden, und insbesondere seine Beratungs- und Dienstbereitschaftsaufgabe gegenüber allen Ratsmitgliedern.

§3 - Zwischen dem Generaldirektor und dem Kollegium findet eine Konzertierung statt über die Mittel, die zur Durchführung des Zielsetzungsvertrags erforderlich sind. Für die Bereiche, für die er zuständig ist, nimmt der Finanzdirektor daran teil. In Ermangelung der Zustimmung des Generaldirektors über die Mittel wird dessen Gutachten dem Zielsetzungsvertrag in seiner durch das Kollegium genehmigten Fassung beigelegt.

Der Zielsetzungsvertrag kann jährlich aktualisiert werden. Auf Antrag des Generaldirektors kann der Zielsetzungsvertrag im Laufe des Jahres angepasst werden. Der Zielsetzungsvertrag wird dem Rat gemeinsam mit den Aktualisierungen und ggf. erfolgten Anpassungen übermittelt.

Die Aufgabenbeschreibung wird dem Zielsetzungsvertrag beigelegt.

Artikel 97. Hierarchie

Der Generaldirektor ist verpflichtet, sich an die Anweisungen zu halten, die er vom Rat, vom Kollegium und vom Bürgermeister, je nach deren jeweiligen Befugnissen, erhält.

Artikel 98. Aufgaben

§1 - Der Generaldirektor ist mit der Vorbereitung der Akten beauftragt, die dem Rat oder dem Kollegium vorgelegt werden. Er wohnt den Versammlungen des Rats und des Kollegiums ohne beschließende Stimme bei.

Der Generaldirektor ist ebenfalls mit der Umsetzung der grundlegenden politischen Zielrichtungen des allgemeinen Richtlinienprogramms, die sich in dem in Artikel 96 erwähnten Zielsetzungsvertrag äußern, beauftragt.

In diesem Rahmen zeichnet er für die Umsetzung und Bewertung der Politik der Verwaltung der menschlichen Ressourcen verantwortlich.

§2 - Unter der Amtsgewalt des Kollegiums leitet und koordiniert er die Gemeindedienste und ist er, außer bei gesetzlich oder dekretal vorgesehenen Ausnahmen, der Personalchef. In diesem Rahmen verfasst er das Bewertungsprojekt eines jeden Personalmitglieds und übermittelt es dem Betreffenden und dem Kollegium.

Der Generaldirektor oder sein Stellvertreter, der einen höheren Dienstrang aufweist als das angeworbene oder angestellte Personalmitglied, nimmt mit beschließender Stimme an den Beratungen des anlässlich der Anwerbung oder Anstellung von Personalmitgliedern gebildeten Prüfungsausschusses teil.

§3 - Der Generaldirektor führt den Vorsitz des Direktionsrats.

§4 - Der Generaldirektor ist beauftragt mit der Errichtung und der Überwachung eines internen Controlling-Systems.

Dabei handelt es sich um eine Reihe von Maßnahmen und Verfahren, die eine angemessene Sicherheit in folgenden Bereichen gewährleisten:

1. die Durchführung der Zielsetzungen;
2. die Beachtung der geltenden Gesetzgebung und der Verfahren;
3. die Verfügbarkeit von zuverlässigen Informationen über die Finanzen und die Verwaltung.

Der allgemeine Rahmen des internen Controlling unterliegt der Genehmigung des Kollegiums.

§5 - Der Generaldirektor fasst die Protokolle der Sitzungen des Rats ab und sorgt für ihre Übertragung. Der Bürgermeister und der Generaldirektor unterzeichnen die übertragenen Protokolle innerhalb eines Monats nach ihrer Verabschiedung.

Der Generaldirektor berät den Rat bei Bedarf zu rechtlichen und administrativen Aspekten. Er erinnert ggf. an das anwendbare geltende Recht, erwähnt die tatsächlichen Gründe, die ihm bekannt sind und wacht darüber, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Vermerke in den Beschlüssen angeführt werden.

Seine Gutachten werden den Rats- und Kollegiumsbeschlüssen beigelegt und dem Finanzdirektor übermittelt.

§6 - Der Generaldirektor arbeitet nach Konzertierung mit dem Direktionsrat folgende Entwürfe aus:

1. das Organigramm;
2. der Stellenplan;
3. die Personalstatute.

Unterabschnitt 3 - Der Finanzdirektor

Artikel 99. Allgemeines

§1 - Das Amt eines Finanzdirektors wird gemäß den folgenden Bestimmungen vergeben und ausgeübt:

1. in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, von einem Finanzdirektor;
2. in Gemeinden, die 10 000 Einwohner oder weniger zählen, von einem Regionaleinnehmer, es sei denn, der Rat schafft die Stelle eines Finanzdirektors.

§2 - Der Finanzdirektor einer Gemeinde mit weniger als 20 000 Einwohnern kann zum Finanzdirektor des lokalen öffentlichen Sozialhilfezentrums ernannt werden. Er kann jedoch weder zum Finanzdirektor einer anderen Gemeinde noch zum Finanzdirektor des öffentlichen Sozialhilfezentrums einer anderen Gemeinde ernannt werden.

Das Erbringen der gesamten Leistungen darf nicht dazu führen, dass das Gesamtvolumen aller ausgeübten beruflichen Tätigkeiten mehr als 125% der Arbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigung ausmacht.

Der Gemeinderat und der Sozialhilferat bestimmen im Einvernehmen die Verteilung der Arbeitszeit des Finanzdirektors zugunsten der beiden Einrichtungen. Die Lohnkosten, die jeweils zu Lasten der Gemeinde und des öffentlichen Sozialhilfezentrums entstehen, stehen im Verhältnis zu der zugunsten der jeweiligen Einrichtung geleisteten Arbeitszeit.

Artikel 100. Hierarchie

Der Finanzdirektor untersteht der Amtsgewalt des Kollegiums.

Artikel 101. Schaffung der Stelle eines Finanzdirektors

Der in Anwendung von Artikel 99 §1 Nummer 2 gefasste Beschluss zur Schaffung einer Stelle eines Finanzdirektors wird dem Gouverneur zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

Dieser Beschluss tritt in Kraft, nachdem der Gouverneur seinen Beschluss, den Auftrag jeglichen Regionaleinnehmers in der Gemeinde zu beenden, notifiziert hat.

Die Gemeinde, die die Stelle eines Finanzdirektors schafft, darf jedoch sofort einen Regionaleinnehmer für diese Stelle ernennen. Dieser Beschluss wird unbeschadet der Befugnisse der Aufsichtsbehörde sofort wirksam.

Artikel 102. Aufgaben

§1 - Der Finanzdirektor ist der Finanz- und Haushaltsberater der Gemeinde.

Im Rahmen des internen Controllings ist er beauftragt mit:

1. der effizienten und wirtschaftlichen Nutzung der Ressourcen;
2. dem Schutz der Aktiva;
3. der Übermittlung von zuverlässigen finanziellen Informationen an den Generaldirektor.

§2 - Der Finanzdirektor ist damit beauftragt:

1. die Gemeindeeinnahmen vorzunehmen;
2. auf Zahlungsanweisungen hin die angeordneten Ausgaben zu verrichten, und zwar in Höhe:
 - a) des besonderen Betrags eines jeden Artikels im Haushaltsplan oder;
 - b) des besonderen Haushaltsmittelbetrags oder des provisorischen Haushaltsmittelbetrags oder;
 - c) des Betrags der in Anwendung von Artikel 166 übertragenen Zuweisungen;
3. binnen zehn Tagen nach Erhalt eines jeden Beschlussentwurfs des Rats oder des Kollegiums mit einer finanziellen oder haushaltsmäßigen Auswirkung von mehr als 30.000 Euro ein mit Gründen versehenes schriftliches Gutachten zur Frage der Gesetzmäßigkeit dieses Entwurfs abzugeben.

Die in Nummer 3 erwähnte Frist von zehn Tagen kann auf begründeten Antrag des Finanzdirektors durch einen Beschluss des Urhebers der betreffenden Amtshandlung um dieselbe Dauer verlängert werden. Bei gebührend begründeter Dringlichkeit kann diese Frist auf fünf Tage herabgesetzt werden.

In Ermangelung eines fristgerechten Gutachtens braucht diesem in der Beschlussfassung keine Rechnung getragen zu werden. Dieses Gutachten ist ggf. Bestandteil der Akte, die der Aufsicht unterliegt.

§3 - Zur Eintreibung von erwiesenen und fälligen nichtsteuerlichen Schulforderungen kann der Finanzdirektor einen durch das Kollegium mit einem Sichtvermerk versehenen und für vollstreckbar erklärten Zahlungsbefehl zustellen. Ein derartiger Zahlungsbefehl wird durch einen Gerichtsvollzieher urkundlich zugestellt. Diese Urkunde unterbricht die Verjährungsfrist.

Das Kollegium darf einen Zahlungsbefehl nur dann mit einem Sichtvermerk versehen und für vollstreckbar erklären, wenn die Schuld fällig, liquide und erwiesen ist. Der Schuldner muss zudem vorab per Einschreiben zur Zahlung aufgefordert worden sein. Die Gemeinde kann für dieses Einschreiben Verwaltungskosten berechnen. Diese Kosten gehen zu Lasten des Schuldners und können durch einen Zahlungsbefehl eingetrieben werden. Die Schulden der juristischen Personen öffentlichen Rechts können nicht per Zahlungsbefehl eingetrieben werden. Eine Beschwerde gegen diesen Zahlungsbefehl kann innerhalb eines Monats nach der Zustellung bei der Regierung eingereicht werden.

Falls der Finanzdirektor die Auszahlung der in §2 Nummer 2 erwähnten Ausgaben verweigert oder hinausschiebt, wird die Auszahlung von dem von der Regierung bezeichneten Kommissar durchgesetzt, und zwar auf Vollstreckungsbefehl der Regierung, die den Finanzdirektor vorlädt und ihn, falls er erscheint, zuvor anhört.

§4 - Der Finanzdirektor erteilt auf Antrag des Kollegiums oder des Generaldirektors oder auf eigene Initiative ein schriftliches Gutachten zur Frage der Gesetzmäßigkeit jeglicher Fragen mit einer finanziellen Auswirkung auf Ebene der Gemeinde.

§5 - Der Finanzdirektor erstattet dem vom Rat bestimmten Ausschuss wenigstens einmal jährlich Bericht über die Ausführung seiner begutachtenden Tätigkeit. Der Bericht umfasst auch und insbesondere:

- eine rück- und ausblickende Bilanz der Finanzlage;
- eine Beurteilung der vergangenen und zukünftigen Entwicklung der Haushalte;
- eine Synthese seiner Gutachten.

In diesem Bericht kann er alle Empfehlungen äußern, die er für zweckdienlich erachtet. Er übermittelt dem Kollegium und dem Generaldirektor gleichzeitig seinen Bericht.

§6 – Der Finanzdirektor verfasst die in diesem Artikel vorgesehenen Gutachten und Berichte in völliger Unabhängigkeit.

Das Kollegium kann den Finanzdirektor zu seinen Gutachten oder Empfehlungen anhören.

Artikel 103. Kassenprüfung

§1 – Das Kollegium oder eines seiner dazu von ihm bestimmten Mitglieder überprüft mindestens einmal im Laufe eines jeden Quartals die Kasse des Finanzdirektors und stellt ein Protokoll der Kassenprüfung auf, in dem seine Bemerkungen und die des Finanzdirektors vermerkt werden. Das Protokoll wird vom Finanzdirektor und von den Mitgliedern des Kollegiums, die die Überprüfung vorgenommen haben, unterzeichnet.

Das Kollegium übermittelt dem Rat dieses Protokoll zur Kenntnisnahme in öffentlicher Sitzung.

Wenn der Finanzdirektor für mehrere öffentliche Kassen verantwortlich ist, werden diese gleichzeitig am Tag und zu der Stunde, die von den betreffenden Behörden festgelegt werden, geprüft.

§2 – Der Finanzdirektor setzt das Kollegium sofort von jeglichem Defizit, das auf einen Diebstahl oder Verlust zurückzuführen ist, in Kenntnis.

Es wird unverzüglich eine Kassenprüfung gemäß §1 vorgenommen, um den Betrag des Defizits festzustellen.

Dem Protokoll über die Kassenprüfung wird eine Darlegung der Umstände und der vom Finanzdirektor getroffenen Aufbewahrungsmaßnahmen beigelegt.

Das Kollegium übermittelt dem Rat diese Unterlagen.

§3 – Der Rat beschließt, ob und in welchem Maße der Finanzdirektor für den Diebstahl oder Verlust verantwortlich gemacht werden muss und legt den vom Finanzdirektor ausgleichenden Betrag fest.

Das Kollegium fordert den Finanzdirektor ggf. per Einschreiben auf, der Gemeindekasse die entsprechende Summe zuzuführen. Es fügt dieser Zahlungsaufforderung eine Ausfertigung des Ratsbeschlusses bei.

§4 – Der Finanzdirektor kann binnen 60 Tagen nach dieser Notifizierung einen Einspruch beim Staatsrat gemäß Artikel 16 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat einlegen.

Nach Ablauf dieser Frist oder, wenn keine Beschwerde eingelegt wurde, nach Ablauf der in der Zahlungsaufforderung vermerkten Frist, wird der Beschluss des Rats zu Lasten des persönlichen Vermögens des Finanzdirektors ausgeführt, wenn er der Zahlungsaufforderung zu diesem Zeitpunkt nicht freiwillig nachgekommen ist.

Artikel 104. Beitreibung von Steuern in einer anderen Gemeinde

Auf Antrag des Finanzdirektors oder des Regionaleinnehmers wird die Beitreibung der dieser Gemeinde geschuldeten Steuern gegen die in einer anderen Gemeinde ansässigen Steuerpflichtigen vom Finanzdirektor dieser anderen Gemeinde durchgesetzt.

Die für die Gemeinde, die die Beitreibung der Steuern durchsetzt, entstandenen und nicht zu Lasten des Steuerpflichtigen eingetriebenen Kosten werden von der klagenden Gemeinde getragen.

Artikel 105. Sonderbedienstete

§1 - Die Verantwortung des Finanzdirektors erstreckt sich nicht auf Einnahmen, für deren Eintreibung der Rat Sonderbedienstete bezeichnet hat. Diese sind verantwortlich für die Einnahmen, deren Eintreibung ihnen anvertraut ist und haben diesbezüglich dieselben Verpflichtungen wie der Finanzdirektor.

Für die Sonderbediensteten gelten dieselben Regeln wie für die Finanzdirektoren, was den Eid, die Ersetzung, die Aufstellung der Endabrechnung der Geschäftsführung und die Möglichkeit einer Beschwerde bei der Regierung betrifft. Die Artikel 89, 95 §2 und 107 sind auf sie entsprechend anwendbar.

Sie dürfen auf den von ihnen verwalteten Konten keine Ausgabe verrichten.

Die getätigten Einnahmen werden dem Finanzdirektor mindestens alle 15 Tage ausbezahlt, wobei die letzte Auszahlung eines Rechnungsjahres am letzten Werktag des Monats Dezember zu erfolgen hat.

Bei jeder Auszahlung übermittelt der Sonderbedienstete dem Finanzdirektor eine ausführliche Liste der Anrechnungen auf den Haushaltsplan, der überwiesenen Beträge und der entsprechenden Steuerpflichtigen.

§2 - Die Rechnungen des Sonderbediensteten werden dem Kollegium zusammen mit den entsprechenden Belegen unterbreitet. Das Kollegium überprüft die Rechnungen und versieht sie mit einem Sichtvermerk.

Danach werden sie mit allen Belegen dem Finanzdirektor übermittelt, um der Rechnungslegung als Anlage beigelegt zu werden.

Artikel 103 ist entsprechend anwendbar auf die Sonderbediensteten, wenn ein Defizit festgestellt wird, das auf einen Diebstahl oder einen Verlust zurückzuführen ist.

Artikel 106. Zahlstellen

Das Kollegium kann Personalmitglieder der Gemeinde mit der Zahlung und der Verpflichtung kleinerer Ausgaben und der Einziehung von Bareinnahmen beauftragen.

Diese Personalmitglieder unterliegen nicht den in Artikel 105 angeführten Verpflichtungen. Sie zahlen dem Finanzdirektor gemäß dessen Anweisungen mindestens quartalsmäßig den Gesamtbetrag ihrer Einnahmen aus.

Artikel 107. Endabrechnung

§1 - Wenn der Finanzdirektor oder der in Artikel 105 erwähnte Sonderbedienstete aus seinem Amt endgültig ausscheidet und in dem in Artikel 95 erwähnten Fall wird eine Endabrechnung der Geschäftsführung aufgestellt.

§2 - Das Kollegium unterbreitet dem Rat die Endabrechnung der Geschäftsführung des Finanzdirektors oder des Sonderbediensteten ggf. zusammen mit seinen Anmerkungen oder - im Todesfall - mit denen seiner Rechtsnachfolger. Der Rat schließt die Endabrechnung ab und entlastet den Rechenschaftspflichtigen oder legt den Fehlbetrag fest.

Das Kollegium notifiziert dem Rechenschaftspflichtigen oder seinen Rechtsnachfolgern per Einschreiben den Beschluss, der die Endabrechnung der Geschäftsführung definitiv abschließt, ggf. mit der Aufforderung, den Fehlbetrag zu begleichen.

§3 - Artikel 103 §4 ist entsprechend anwendbar, wenn der Rechenschaftspflichtige dazu aufgefordert wird, einen Fehlbetrag zu begleichen.

Artikel 108. Direkte Zahlungen

In Abweichung von Artikel 102 §2 Nummer 2 können folgende Beträge unmittelbar auf die Konten überwiesen werden, die zugunsten der anspruchsberechtigten Gemeinden bei Finanzinstituten eröffnet worden sind, die, je nach Fall, den Vorschriften der Artikel 7, 65 und 66 des Gesetzes vom 22. März 1993 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute genügen:

1. der Betrag ihrer Anteile an den durch Gesetz oder Dekret zugunsten der Gemeinden eingerichteten Fonds sowie ihrer Anteile am Ertrag der Staatssteuern;
2. der Ertrag der durch staatliche Dienststellen eingezogenen Gemeindesteuern;
3. Zuschüsse, Beiträge zur Bestreitung von Gemeindeausgaben und im Allgemeinen alle Summen, die den Gemeinden vom Staat, von den Gemeinschaften, den Regionen und den Provinzen unentgeltlich zugeteilt werden.

Die in Absatz 1 erwähnten Finanzinstitute sind ermächtigt, den Betrag der fälligen Schulden, die eine Gemeinde ihnen gegenüber eingegangen ist, von Amts wegen vom Guthaben des Kontos bzw. der Konten abzuziehen, die sie zugunsten dieser Gemeinde eröffnet haben.

Abschnitt 2 – Das Gemeindepersonal

Artikel 109. Organigramm

Das Kollegium legt das Organigramm aller Dienste der Gemeinde fest.

Artikel 110. Direktionsrat

§1 - Innerhalb jeder Gemeinde wird ein Direktionsrat gebildet. Dieser setzt sich zusammen aus den Direktoren und den Personalmitgliedern, die der Generaldirektor bestimmt.

§2 - Neben den Zuständigkeiten, die ihm durch einen Beschluss des Kollegiums zuerkannt werden, prüft der Direktionsrat alle Fragen allgemeinen Interesses bezüglich der Organisation und der Arbeitsweise aller Dienste.

Die Haushaltsvorentwürfe, die Abänderungen der Haushaltspläne und die diesbezüglichen Erklärungsschreiben kommen im Rahmen einer Konzertierung des Direktionsrats zur Sprache.

§3 - Mit Ausnahme der in §2 Absatz 2 vorgesehenen Konzertierungsversammlung ist die Einrichtung eines Direktionsrats für die Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 10 000 Einwohnern oder weniger fakultativ.

Artikel 111. Verwaltungs- und Besoldungsstatut

Unbeschadet der Gesetzgebung über das Unterrichtswesen sowie der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets bestimmt der Rat für das Gemeindepersonal:

1. den Stellenplan, die Anwerbungs- und Beförderungsbedingungen sowie die Bedingungen und das Verfahren für die Bewertung;
2. das Besoldungsstatut und die Gehaltstabellen.

Das Gemeindepersonal hat unter den gleichen Bedingungen wie das Personal der föderalen öffentlichen Dienststellen Anspruch auf folgende Zulagen: Haushalts- und Wohnsitzzulage, Familienbeihilfen, Urlaubsgeld, Familienurlaubsgeld und Jahresendprämien.

Artikel 112. Zuständige Behörde

Der Rat ist zuständig für alle Ernennungen von Personalmitgliedern.

Der Rat ist zuständig für die Bezeichnung der Personalmitglieder auf unbestimmte Dauer. Er kann dem Kollegium diese Befugnis für alle oder bestimmte Personalkategorien übertragen.

Das Kollegium ist zuständig für zeitweilige Bezeichnungen.

Das Kollegium legt dem Rat die in Anwendung des vorliegenden Artikels getroffenen Beschlüsse innerhalb einer Frist von drei Monaten zur Kenntnisnahme vor.

Artikel 113. Verbote

§1 - Der Rat kann generelle Verbote festlegen, wonach es Personalmitgliedern untersagt ist, selbst oder durch eine Zwischenperson Handel zu treiben oder irgendeine Tätigkeit zu verrichten, deren Ausübung als unvereinbar mit ihrem Amt betrachtet würde.

Der Antrag auf Ausübung einer Nebentätigkeit ist schriftlich an das Kollegium zu richten, das nach Gutachten des Generaldirektors entscheidet.

Eine Erlaubnis kann zurückgezogen werden.

§2 - Gegen ein unter Arbeitsvertrag angestelltes Personalmitglied, das gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstößt, kann eine der in Artikel 115 vorgesehenen Strafen verhängt werden.

Abschnitt 3 - Disziplinarordnung

Artikel 114. Anwendungsbereich

Unbeschadet des Artikels 113 §2 sind die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts auf alle Mitglieder des Gemeindepersonals anwendbar, mit Ausnahme des Personals, das durch einen Arbeitsvertrag angestellt wurde, und des Lehrpersonals

Artikel 115. Disziplinarstrafen

Eine Disziplinarstrafe kann aus folgenden Gründen auferlegt werden:

1. Verstoß gegen die Berufspflichten;
2. Handlungen, die der Würde des Amtes schaden;
3. Verstoß gegen die in den Artikeln 90 und 113 erwähnten Verbote.

Folgende Disziplinarstrafen können verhängt werden:

1. leichte Strafen:
 - a) die Verwarnung;
 - b) der Tadel;
2. schwere Strafen:
 - a) die Gehaltskürzung;
 - b) die disziplinarische Amtsenthebung;
 - c) die Zurückstufung im Dienstgrad;
3. Höchststrafen:
 - a) die Entlassung von Amts wegen;
 - b) die Entfernung aus dem Dienst.

Artikel 116. Gehaltskürzung

Die Gehaltskürzung kann für höchstens drei Monate verhängt werden und beträgt höchstens 20% des Bruttogehalts.

Die Gemeinde garantiert dem Betreffenden ein Nettogehalt, das dem Betrag des Integrationseinkommens entspricht, so wie es durch das Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung festgelegt worden ist.

Im Falle einer Teilzeitbeschäftigung wird dieser Betrag im Verhältnis zu der geleisteten Arbeitszeit reduziert.

Artikel 117. *Disziplinarische Amtsenthebung*

Die disziplinarische Amtsenthebung kann für höchstens drei Monate verhängt werden.

Die disziplinarische Amtsenthebung führt für ihre Dauer zum Gehaltsentzug.

Die Gemeinde garantiert dem Betreffenden ein Nettogehalt, das dem Betrag des Integrationseinkommens entspricht, so wie es durch das Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung festgelegt worden ist.

Im Falle einer Teilzeitbeschäftigung wird dieser Betrag im Verhältnis zu der geleisteten Arbeitszeit reduziert.

Artikel 118. *Zurückstufung im Dienstgrad*

Die Zurückstufung im Dienstgrad besteht in der Vergabe eines Dienstgrades mit niedrigerem Rang oder mit niedrigerer Gehaltstabelle.

Auf jeden Fall muss der Dienstgrad, in den der Betreffende zurückgestuft wird, in der hierarchischen Rangordnung der Dienstgrade des Stellenplans, zu dem er gehört, vorhanden sein.

Die Zurückstufung im Dienstgrad ist nicht anwendbar auf die Direktoren.

Artikel 119. *Befugnisse des Gemeinderats*

Der Rat kann auf Bericht des Generaldirektors die in Artikel 115 erwähnten Disziplinarstrafen verhängen.

Es bedarf keines Berichts des Generaldirektors für Strafen, die den Direktoren und den besonderen Rechenschaftspflichtigen aufzuerlegen sind.

Artikel 120. *Befugnisse des Kollegiums*

Außer für den Finanzdirektor kann das Kollegium auf Bericht des Generaldirektors eine Verwarnung, einen Tadel, eine Gehaltskürzung und eine disziplinarische Amtsenthebung für eine Dauer von höchstens einem Monat verhängen.

Der Generaldirektor kann auf Bericht des Vorgesetzten oder aus Eigeninitiative eine Verwarnung und einen Tadel verhängen.

Der Generaldirektor stellt dem Kollegium seinen Beschluss zu.

Das Kollegium notifiziert dem betroffenen Personalmitglied den Beschluss unverzüglich per Einschreiben.

Artikel 121. *Verfahren*

Eine Disziplinarstrafe darf erst auferlegt werden, nachdem das Personalmitglied über alle ihm zur Last gelegten Fakten von der Behörde, die die Strafe aussprechen soll, angehört worden ist.

Während des Verfahrens darf der Betreffende sich von einem Verteidiger seiner Wahl beistehen lassen.

Vor der Anhörung legt die Disziplinarbehörde eine Disziplinarakte, die alle Aktenstücke über die zur Last gelegten Fakten enthält, an.

Artikel 122. Aufforderung zur Anhörung

Der Betreffende wird mindestens 15 Tage vor seiner Anhörung zum Erscheinen aufgefordert, entweder per Einschreiben oder durch Aushändigung eines Aufforderungsschreibens gegen Empfangsbestätigung.

In der Aufforderung sind zu vermerken:

1. alle dem Personalmitglied zur Last gelegten Fakten;
2. die Tatsache, dass eine Disziplinarstrafe in Erwägung gezogen wird und eine Disziplinarakte angelegt wurde;
3. Ort, Tag und Uhrzeit der Anhörung;
4. das Recht des Betreffenden, sich von einem Verteidiger seiner Wahl beistehen zu lassen;
5. der Ort, wo die Disziplinarakte eingesehen werden kann, und die Frist dafür;
6. das Recht des Betreffenden, zu verlangen, dass die Anhörung öffentlich ist, wenn er vor dem Rat erscheinen muss;
7. das Recht des Betreffenden, zu verlangen, dass Zeugen angehört werden und dass diese Anhörung öffentlich ist.

Ab der Aufforderung, vor der Disziplinarbehörde zu erscheinen, bis zum Vortag des Erscheinens können der Betreffende und sein Verteidiger die Disziplinarakte einsehen und der Disziplinarbehörde die Verteidigungsmittel schriftlich mitteilen.

Artikel 123. Anhörung

Von der Anhörung wird ein Protokoll erstellt, das die Aussagen der angehörten Person getreu wiedergibt.

Wird das Protokoll gleich am Ende der Anhörung erstellt, wird es sofort vorgelesen, und der Betreffende wird ersucht, es zu unterzeichnen.

Wird das Protokoll erst nach der Anhörung erstellt, wird es dem Betreffenden binnen acht Tagen nach der Anhörung notifiziert mit der Aufforderung, es zu unterzeichnen.

Auf jeden Fall kann der Betreffende bei der Unterzeichnung Vorbehalte formulieren. Wenn er die Unterschrift verweigert, muss dies vermerkt werden.

Wenn der Betreffende eine Anhörung schriftlich abgelehnt hat oder wenn er zur Anhörung nicht erschienen ist, erstellt die Disziplinarbehörde ein Protokoll über die Ablehnung oder das Nichterscheinen.

Das Protokoll über die Anhörung, die Ablehnung oder das Nichterscheinen enthält die Aufzählung aller Verfahrenshandlungen, die aufgrund des vorliegenden Dekrets erforderlich sind, und erwähnt, ob jede dieser Handlungen verrichtet worden ist.

Artikel 124. Zeugenbefragung

Die Disziplinarbehörde kann von Amts wegen oder auf Antrag des Betreffenden oder seines Verteidigers beschließen, Zeugen anzuhören.

In diesem Fall findet die Anhörung der Zeugen in Anwesenheit des Betreffenden und, wenn Letzterer es beantragt hat und die Disziplinarbehörde zustimmt, öffentlich statt.

Der vorgeladene Zeuge kann Einspruch dagegen erheben, öffentlich angehört zu werden.

Artikel 125. Entscheidung

§1 - Binnen 60 Tagen nach Abschluss des Protokolls über die letzte Anhörung, die Ablehnung oder das Nichterscheinen entscheidet die Disziplinarbehörde über die aufzuerlegende Disziplinarstrafe.

Wenn innerhalb dieser Frist keine Entscheidung fällt, ist davon auszugehen, dass die Disziplinarbehörde darauf verzichtet, den Betreffenden wegen der ihm zur Last gelegten Fakten weiter zu verfolgen.

§2 - Die Rats- oder Kollegiumsmitglieder, die während der Anhörungen nicht ständig anwesend waren, dürfen weder an den Beratungen noch an der Abstimmung über die zu verhängende Disziplinarmaßnahme teilnehmen.

Wenn der Rat eine Disziplinarstrafe verhängt, findet die Anhörung auf Antrag des Betreffenden öffentlich statt.

Artikel 126. Beschluss

Der mit Gründen versehene Beschluss wird dem Betreffenden unverzüglich notifiziert, entweder per Einschreiben oder durch Aushändigung gegen Empfangsbestätigung.

In Ermangelung einer Notifizierung des Beschlusses innerhalb einer Frist von zwölf Tagen gilt dieser Beschluss als widerrufen. Es können keine disziplinarrechtlichen Verfolgungen für dieselben Fakten eingeleitet werden.

In der Notifizierung des Beschlusses sind die gesetzlich vorgesehenen Widerspruchsmöglichkeiten sowie die Fristen, innerhalb derer sie anzuwenden sind, angegeben.

Artikel 127. Tilgung

Unbeschadet ihrer Ausführung werden die nachfolgenden Disziplinarstrafen in der persönlichen Akte der Personalmitglieder nach Ablauf folgender Fristen von Amts wegen getilgt:

1. 1 Jahr für die Verwarnung;
2. 18 Monate für den Tadel;
3. 3 Jahre für die Gehaltskürzung.

Unbeschadet ihrer Ausführung können die nachfolgenden Disziplinarstrafen auf Antrag des Betreffenden nach Ablauf folgender Fristen, von der Behörde, die sie ausgesprochen hat, getilgt werden:

1. 4 Jahre für die disziplinarische Amtsenthebung;
2. 5 Jahre für die Zurückstufung im Dienstgrad.

Die Disziplinarbehörde kann die in Absatz 2 erwähnte Tilgung nur verweigern, wenn neue Elemente dies rechtfertigen könnten.

Die in den Absätzen 1 und 2 festgelegte Frist läuft ab dem Datum, an dem die Disziplinarstrafe ausgesprochen wurde.

Artikel 128. Vorbeugende einstweilige Amtsenthebung

Wenn ein Personalmitglied strafrechtlich oder disziplinarrechtlich verfolgt wird und seine Anwesenheit mit den Belangen des Dienstes unvereinbar ist, kann gegen den Betreffenden eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung ausgesprochen werden.

Artikel 129. Zuständige Behörde

Die Behörde, die für die Auferlegung einer Disziplinarstrafe zuständig ist, ist auch für die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung zuständig.

In Abweichung von Absatz 1 sind sowohl das Kollegium als auch der Rat dazu befugt, gegen die Direktoren und den besonderen Rechenschaftspflichtigen eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung auszusprechen.

Jede vom Kollegium ausgesprochene vorbeugende einstweilige Amtsenthebung wird sofort wirkungslos, wenn der Rat sie in seiner nächstfolgenden Versammlung nicht bestätigt.

Artikel 130. Dauer

§1 - Die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung wird für eine Dauer von höchstens vier Monaten ausgesprochen.

Im Falle einer Strafverfolgung kann die Behörde diese Frist um Zeiträume von höchstens vier Monaten verlängern, solange das Strafverfahren andauert, unter Berücksichtigung des in Artikel 132 erwähnten Verfahrens.

§2 - Wenn innerhalb der in §1 erwähnten Frist keine Disziplinarstrafe auferlegt wird, verfallen alle Wirkungen der vorbeugenden einstweiligen Amtsenthebung.

Artikel 131. Folgen

Wenn ein Personalmitglied strafrechtlich oder disziplinarrechtlich verfolgt wird, kann die Behörde, die die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung ausspricht, beschließen, dass diese einstweilige Amtsenthebung eine Gehaltskürzung und eine Aberkennung des Anspruchs auf Beförderung beinhaltet.

Die Gehaltskürzung darf nicht mehr als die Hälfte des Gehalts betragen.

Die Gemeinde garantiert dem Betreffenden ein Nettogehalt, das dem Betrag des Integrationseinkommens entspricht, so wie es durch das Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung festgelegt worden ist.

Bei einer Teilzeitbeschäftigung wird dieser Betrag im Verhältnis zu der geleisteten Arbeitszeit reduziert.

Artikel 132. Verfahren

Bevor die Behörde eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung aussprechen kann, muss sie den Betreffenden gemäß dem in den Artikeln 121 bis 126 erwähnten Verfahren anhören, wobei die in Artikel 122 festgelegte Frist von 15 Tagen auf 7 Tage reduziert wird.

In Fällen äußerster Dringlichkeit kann die Behörde die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung sofort aussprechen, allerdings mit der Verpflichtung, den Betreffenden gemäß dem in Absatz 1 erwähnten Verfahren sofort nach dem Beschluss anzuhören.

Artikel 133. Beschluss

Der Beschluss, durch den die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung ausgesprochen wird, wird dem Betreffenden unverzüglich notifiziert, entweder per Einschreiben oder durch Aushändigung gegen Empfangsbestätigung.

In Ermangelung einer Notifizierung des Beschlusses innerhalb einer Frist von zwölf Tagen gilt dieser Beschluss als widerrufen. Es kann keine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung für dieselben Fakten von der Behörde eingeleitet werden.

Artikel 134. Inkrafttreten der Disziplinarstrafe

Wenn der Disziplinarstrafe eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung unter Fortzahlung des gesamten Gehalts vorangeht, tritt die Disziplinarstrafe am Tag selbst, an dem sie ausgesprochen wird, in Kraft.

Wenn im Anschluss an eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung mit Gehaltskürzung und Aberkennung des Anspruchs auf Beförderung die Disziplinarstrafe der Verwarnung oder des Tadels auferlegt wird, tritt die Disziplinarstrafe am Tag selbst, an dem sie ausgesprochen wird, in Kraft. Die vorbeugende einstweilige Amtsenthebung gilt als widerrufen und das einbehaltene Gehalt wird dem Betreffenden von der Behörde zurückgezahlt.

Wenn im Anschluss an eine vorbeugende einstweilige Amtsenthebung mit Gehaltskürzung und Aberkennung des Anspruchs auf Beförderung die Disziplinarstrafe der Gehaltskürzung, der disziplinarischen Amtsenthebung, der Zurückstufung im Dienstgrad, der Entlassung von Amts wegen oder der Entfernung aus dem Dienst auferlegt wird, wird die Disziplinarstrafe frühestens am Tag des Inkrafttretens der vorbeugenden einstweiligen Amtsenthebung wirksam. Der Betrag des während der vorbeugenden einstweiligen Amtsenthebung einbehaltenen Gehalts wird vom Betrag des Gehaltsverlustes infolge der Disziplinarstrafe abgezogen. Wenn der Betrag des einbehaltenen Gehalts größer ist als der Betrag des Gehaltsverlustes infolge der Disziplinarstrafe, zahlt die Behörde die Differenz an den Betreffenden zurück.

Artikel 135. Frist

Die Disziplinarbehörde kann nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach Feststellung oder Kenntnisaufnahme der strafbaren Handlungen keine disziplinarrechtlichen Verfolgungen mehr einleiten.

Im Falle einer Strafverfolgung wegen derselben Handlungen läuft diese Frist ab dem Tag, an dem die Disziplinarbehörde von der Gerichtsbehörde davon in Kenntnis gesetzt wird, dass ein unwiderruflicher Beschluss erfolgt ist oder das Strafverfahren nicht fortgesetzt wird.

Wird der Beschluss der Disziplinarbehörde vom Staatsrat für nichtig erklärt oder von der Aufsichtsbehörde für nichtig erklärt, kann die Disziplinarbehörde die disziplinarrechtliche Verfolgung ab der Notifizierung des Entscheids des Staatsrats oder des Beschlusses der Aufsichtsbehörde während des bei Einleitung der Verfolgung noch verbleibenden Teils der in Absatz 1 erwähnten Frist wieder aufnehmen.

Abschnitt 4 - Berufsuntauglichkeit

Artikel 136. Direktoren

Im Falle einer Entlassung wegen Berufsuntauglichkeit der Direktoren mit Ausnahme der beförderten Personalmitglieder gewährt ihnen die Gemeinde eine Vergütung, die wenigstens drei Monatsgehältern pro begonnene Tranche von fünf Arbeitsjahren entspricht.

Artikel 137. Verfahren

§1 - Der Beschluss, ein Personalmitglied aufgrund von Berufsuntauglichkeit von Amts wegen zu entlassen, wird durch den Rat auf der Grundlage eines Gutachtens des Kollegiums und nach Anhörung verkündet.

Er wird dem Betreffenden unverzüglich mitgeteilt, entweder per Einschreiben oder durch Aushändigung gegen Empfangsbestätigung. In Ermangelung einer Notifizierung innerhalb von zwölf Tagen gilt der Beschluss als widerrufen.

Die Mitteilung des Beschlusses erwähnt die vorgesehenen Widersprüche und die Frist, in der sie eingelegt werden können.

§2 – Das Personalmitglied verfügt über eine Frist von 30 Tagen ab dem ersten Arbeitstag nach der Notifizierung des Beschlusses, es aufgrund von Berufsuntauglichkeit von Amts wegen zu entlassen, um die in Artikel 138 erwähnte Widerspruchskammer anzurufen.

Die Widerspruchskammer übermittelt der Regierung ein Gutachten zu dem Beschluss des Rats über die Entlassung von Amts wegen aufgrund von Berufsuntauglichkeit. Dieses Gutachten fällt entweder "günstig" oder "ungünstig" aus. Es wird innerhalb einer Frist von 60 Tagen ab dem Eingang des Beschlusses gemeinsam mit der vollständigen Akte abgegeben und mitgeteilt.

Die Befassung der Widerspruchskammer setzt den Beschluss des Rats so lange aus, bis die Regierung ihren Beschluss gefasst hat, oder bis die Frist, über die die Regierung zur Beschlussfassung verfügt, abgelaufen ist.

§3 - Wird die Widerspruchskammer nicht innerhalb der vorgesehenen Frist befasst, übermittelt der Rat seinen Beschluss der Regierung.

Der Beschluss einer Entlassung von Amts wegen aufgrund von Berufsuntauglichkeit wird ausgesetzt, bis die in §2 Absatz 1 angeführte Frist abgelaufen ist.

Abschnitt 5 - Widerspruchskammer

Artikel 138. Aufgaben

Es wird eine Widerspruchskammer eingerichtet. Diese befindet über Beschwerden gegen Beschlüsse:

1. zur Entlassung von Amts wegen Berufsuntauglichkeit;
2. im Rahmen der Probezeit der Direktoren.

Artikel 139. Zusammensetzung

Der Widerspruchskammer gehören an:

1. ein Vorsitzender und ein stellvertretender Vorsitzender, die die Regierung unter den effektiven Magistraten oder den Ehrenmagistraten bestellt;
2. je ein Vertreter und ein Stellvertreter der repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen, die die Regierung auf Vorschlag dieser Organisationen bestellt;
3. ein Generaldirektor und ein Finanzdirektor und je ein Stellvertreter, die die Regierung auf Vorschlag der Direktoren der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bestellt.

Die Regierung bestimmt einen Schriftführer und einen stellvertretenden Schriftführer unter den Personalmitgliedern des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Artikel 140. Geschäftsordnung

Die Widerspruchskammer legt ihre Geschäftsordnung fest, die von der Regierung zu billigen ist.

Artikel 141. Beisitzer

Der Beschwerdeführer hat das Recht, die Ablehnung eines Beisitzers zu beantragen. Der Vorsitzende lehnt den Beisitzer, dessen Unparteilichkeit in Frage gestellt werden könnte, ab.

Artikel 142. Anwesenheitsquorum

Die Widerspruchskammer ist nur beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.

Artikel 143. Aktenverlauf

Der Schriftführer fordert unmittelbar die vollständige Akte bei dem Urheber des Beschlusses an, der sie der Kammer unverzüglich übermittelt. Die zusätzlichen beantragten Schriftstücke und Informationen werden ebenfalls unverzüglich übermittelt.

Artikel 144. Vorladung

§1 - Der Beschwerdeführer wird mindestens 15 Tage vor seinem Erscheinen vor der Widerspruchskammer per Einschreiben vorgeladen.

Diese Vorladung umfasst folgende Angaben:

1. den Ort, den Tag sowie die Uhrzeit der Anhörung;
2. das Recht des Betroffenen, sich von einer Person seiner Wahl beistehen zu lassen, die jedoch der Widerspruchskammer nicht angehören darf;
3. den Ort, an dem die Akte eingesehen werden kann und die Tage und Uhrzeiten, an denen diese Einsichtnahme erfolgen kann;
4. das Recht, die Anhörung von Zeugen zu beantragen.

§2 - Ab dem Eingang der Vorladung vor der Widerspruchskammer bis zu dem Tag vor dem Erscheinen kann der Beschwerdeführer die Verwaltungsakte einsehen und der Widerspruchskammer seine Verteidigungsmittel schriftlich übermitteln.

Artikel 145. Erscheinen

Außer in Fällen höherer Gewalt oder mit der Zustimmung der Widerspruchskammer erscheint der Beschwerdeführer persönlich.

Der Beschwerdeführer, der nicht in der Lage war, persönlich zu erscheinen, wird unmittelbar erneut vorgeladen.

Artikel 146. Anhörung von Zeugen

Die Widerspruchskammer kann von Amts wegen oder auf Antrag des Beschwerdeführers beschließen, Zeugen anzuhören.

Die Vernehmung der Zeugen erfolgt in Anwesenheit des Beschwerdeführers.

Artikel 147. Anhörung

Es wird ein Protokoll der Anhörung erstellt, das die Stellungnahmen der angehörten Person wiedergibt.

Das Protokoll der Anhörung wird dem Beschwerdeführer innerhalb von 8 Tagen nach seinem Erscheinen zugestellt, zusammen mit der Aufforderung, es zu unterzeichnen, und seine etwaigen Bemerkungen mitzuteilen.

Der Beschwerdeführer sendet das Protokoll mit seinen etwaigen Bemerkungen binnen 8 Tagen nach der Zustellung zurück. Anderenfalls gilt das Protokoll als endgültig.

Wenn der Beschwerdeführer nicht zur Anhörung erschienen ist, erstellt die Widerspruchskammer ein Protokoll über das Nichterscheinen.

Das Protokoll über das Erscheinen oder das Nichterscheinen zählt alle auf der Grundlage des vorliegenden Dekrets erforderlichen Verfahrenshandlungen auf und gibt an, ob jede von ihnen ausgeführt worden ist.

Artikel 148. Aufsicht

§1 - Auf Grundlage des in Artikel 137 §2 Absatz 2 erwähnten Gutachtens oder falls die Widerspruchskammer kein fristgerechtes Gutachten notifiziert hat, kann die Regierung

den Beschluss des Rats zur Entlassung von Amts wegen aufgrund von Berufsuntauglichkeit aufheben, falls dieser Beschluss gegen das Gesetz verstößt oder das allgemeine Interesse verletzt.

§2 - Die Regierung fasst einen Beschluss und teilt ihn dem Rat, dem Beschwerdeführer oder der Widerspruchskammer innerhalb von dreißig Tagen nach Eingang des Gutachtens und der Akte oder in Ermangelung dessen der Beratung des Rats, der die vollständige Akte beiliegt. Sie kann diese Frist einmal für eine Höchstdauer von 15 Tagen verlängern.

Nach Ablauf dieser Frist ist die Regierung nicht mehr berechtigt, den Beschluss der Entlassung von Amts wegen aufzuheben. In Ermangelung einer Aufhebung durch die Regierung innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist, wird der Beschluss der Entlassung von Amts wegen völlig und uneingeschränkt wirksam.

KAPITEL 2 – DIE GÜTER

Artikel 149. *Schenkungen und Legate*

Die beurkundeten unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden werden immer vorläufig angenommen gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 12. Juli 1931 zur Ausdehnung der vorläufigen Annahme von beurkundeten unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden auf alle juristischen Personen.

Der Preis für die Überlassung einer Grabstätte ist nicht als unentgeltliche Zuwendung zu betrachten.

Beschlüsse der in der Gemeinde bestehenden öffentlichen Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit über Schenkungen und Legate zugunsten dieser Einrichtungen bedürfen der Genehmigung des Rats, dies unbeschadet der Anwendung des Königlichen Erlasses vom 14. August 1933, abgeändert durch den Königlichen Erlass Nr. 87 vom 30. November 1939, bestätigt durch das Gesetz vom 16. Juni 1947 zur Bestätigung der Königlichen Erlasse ergangen in Ausführung des Gesetzes vom 1. Mai 1939 und des Gesetzes vom 10. Juni 1937.

Artikel 150. *Miet- und Pachtverträge*

Der Rat legt die Miet- oder Pachtbedingungen sowie die Bedingungen für jegliche weitere Verwendung der Erträge und Einkünfte aus dem Eigentum und aus den Rechten der Gemeinde fest.

Ggf. gewährt der Rat den Mietern oder Pächtern der Gemeinde die von ihnen beantragten Ermäßigungen, auf die sie kraft des Gesetzes oder ihres Vertrages Anspruch erheben können oder um die sie aus Billigkeitsgründen bitten.

Artikel 151. *Öffentliche Aufträge*

§1 - Der Rat wählt das Verfahren für die Vergabe der öffentlichen Aufträge und Konzessionen für Arbeiten oder Dienstleistungen und legt deren Bedingungen fest.

In zwingenden Dringlichkeitsfällen infolge unvorhersehbarer Ereignisse kann das Kollegium aus eigener Initiative die in Absatz 1 erwähnten Befugnisse ausüben. Sein Beschluss wird dem Rat auf dessen nächstfolgender Sitzung zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

§2 - Der Rat kann dem Kollegium die in §1 erwähnten Befugnisse übertragen.

Der Rat kann dem Generaldirektor die in §1 erwähnten Befugnisse für Ausgaben im Rahmen des ordentlichen Haushalts bis zu 2.000 Euro übertragen.

Der Rat kann diese Befugnisse höchstens für die Dauer seiner Amtszeit übertragen.

§3 - Das Kollegium leitet das Verfahren ein, vergibt den öffentlichen Auftrag oder die Konzession für Arbeiten oder Dienstleistungen und gewährleistet dessen Ausführung.

In den Fällen, in denen eine Verhandlung mit dem Submittenten erlaubt ist, kann das Kollegium die Bedingungen des Auftrags oder der Konzession vor der Vergabe abändern. Außer bei Anwendung von §2 Absatz 1 informiert es den Rat auf dessen nächstfolgenden Sitzung darüber.

Unbeschadet einer weitergehenden Delegation kann das Kollegium den öffentlichen Auftrag oder die Konzession für Arbeiten oder Dienstleistungen während der Ausführung gemäß der anwendbaren Gesetzgebung innerhalb eines Kostenrahmens von 10% des ursprünglichen Auftragswerts bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bzw. 15% des ursprünglichen Auftragswerts bei Bauaufträgen abändern.

KAPITEL 3 - GEMEINDEREGIEN

Abschnitt 1 – Gewöhnliche Gemeinderegien

Artikel 152. Allgemeines

Gemeindeeinrichtungen und -dienste können als Regien eingerichtet und unabhängig von den allgemeinen Diensten der Gemeinde verwaltet werden.

Die Verwaltung der Regien erfolgt nach industriellen und kommerziellen Methoden.

Das Finanzjahr der Regien entspricht dem Kalenderjahr.

Die Rechnung der Regien umfasst die Bilanz, die Betriebsrechnung und die Gewinn- und Verlustrechnung, die am 31. Dezember eines jeden Jahres abgeschlossen werden.

Der Reingewinn der Regien wird alljährlich auf die Gemeindegasse überwiesen.

Die Regierung bestimmt die übrigen besonderen Vorschriften für die finanzielle Verwaltung der Regien.

Artikel 153. Rechenschaftspflichtiger

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinderegien dürfen von einem besonderen Rechenschaftspflichtigen getätigt werden. Für diesen Rechenschaftspflichtigen gelten dieselben Regeln wie für die Finanzdirektoren, was Ernennung, Disziplinarstrafen und Verantwortung angeht.

Artikel 154. Große Regien

Die gewöhnlichen Gemeinderegien, die einen jährlichen Nettoumsatz von mehr als 40 Millionen Euro haben, und die eine Bereitstellung öffentlicher Mittel in Anspruch nehmen, verfügen neben der Buchhaltung, die aufgrund der einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen auferlegt wird, über eine Buchhaltung, die Folgendes angibt:

1. die unmittelbare Bereitstellung öffentlicher Mittel, die zu ihren Gunsten durch die öffentliche Hand getätigt wird;
2. die Bereitstellung öffentlicher Mittel durch die öffentliche Hand über öffentliche Unternehmen oder Finanzinstitute;
3. die tatsächliche Verwendung dieser öffentlichen Mittel.

Diese Angaben sind ein fester Bestandteil der Bücher für das betreffende Rechnungsjahr.

Abschnitt 2 – Autonome Gemeinderegien

Artikel 155. Gesellschaftszweck

Die Regierung bestimmt die Tätigkeiten industrieller oder kommerzieller Art, für die der Rat eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete autonome Gemeinderegie gründen kann.

Artikel 156. Geschäftsführung

§1 - Die autonomen Gemeinderegien werden von einem Verwaltungsrat und einem Direktionsausschuss verwaltet.

§2 - Der Verwaltungsrat kann alle Handlungen vornehmen, die für die Verwirklichung des Zwecks der autonomen Gemeinderegie nützlich oder notwendig sind.

Der Verwaltungsrat kontrolliert die vom Direktionsausschuss wahrgenommene Geschäftsführung. Der Direktionsausschuss erstattet dem Verwaltungsrat regelmäßig Bericht.

Der Rat bestimmt die Mitglieder des Verwaltungsrats der autonomen Gemeinderegie. Der Verwaltungsrat setzt sich aus höchstens der Hälfte der Anzahl Ratsmitglieder zusammen, ohne dass die Anzahl achtzehn überschreiten darf. Die Mehrheit des Verwaltungsrats besteht aus Ratsmitgliedern.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden gemäß den Artikeln 167 und 168 des Wahlgesetzbuches verhältnismäßig zum Rat bezeichnet.

Jede demokratische politische Fraktion, die nicht gemäß dem im vorigen Absatz erwähnten System der verhältnismäßigen Vertretung vertreten ist, hat Anrecht auf einen Sitz. In diesem Fall erhält die Mehrheit insgesamt eine Anzahl Sitze, die der den nicht am Mehrheitsabkommen beteiligten politischen Fraktionen zugeteilten Anzahl Überhangsitze entspricht. In diesem Fall ist die Grenze einer Höchstanzahl der Verwaltungsratsmitglieder, so wie sie im vorigen Absatz festgelegt ist, nicht anwendbar.

Für die Festsetzung dieses Verhältnisses wird/werden die Fraktion(en), die die demokratischen Grundsätze nicht einhalten würde(n), nicht berücksichtigt.

Die die Gemeinde vertretenden Verwaltungsratsmitglieder sind beider Geschlechter.

Der Verwaltungsrat wählt unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden.

Bei Stimmengleichheit im Verwaltungsrat ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

§3 - Der Direktionsausschuss ist mit der täglichen Geschäftsführung, mit der Vertretung bezüglich dieser Geschäftsführung sowie mit der Ausführung der Beschlüsse des Verwaltungsrats beauftragt. Er setzt sich aus einem geschäftsführenden Verwalter und aus vier Verwalter-Direktoren zusammen, die der Verwaltungsrat bestimmt.

Der geschäftsführende Verwalter führt den Vorsitz des Direktionsausschusses. Bei Stimmengleichheit ist seine Stimme ausschlaggebend.

Artikel 157. Kommissare

Die Überprüfung der finanziellen Lage und der Jahresrechnungen der autonomen Gemeinderegien wird einem Kollegium von drei Kommissaren anvertraut, die vom Rat außerhalb des Verwaltungsrats der Regie bestimmt werden und von denen mindestens einer Mitglied des Instituts der Betriebsrevisoren ist.

Mit Ausnahme des Letzteren sind die Mitglieder des Kollegiums der Kommissare Ratsmitglieder.

Artikel 158. Mandate

Ratsmitglieder, deren Mandat beendet ist, scheiden von Rechts wegen aus der autonomen Gemeinderegion aus.

Alle Mandate in den verschiedenen Organen der autonomen Gemeinderegionen gehen zu Ende bei der ersten Versammlung des Verwaltungsrats nach Einsetzung des Rats.

Artikel 159. Befugnisse

§1 - Die autonomen Gemeinderegionen entscheiden im Rahmen ihres Zweckes frei über den Erwerb, die Verwendung und die Veräußerung ihrer körperlichen und unkörperlichen Güter, über die Begründung oder die Abschaffung von dinglichen Rechten an diesen Gütern sowie über die Ausführung derartiger Entscheidungen und über die Art ihrer Finanzierung.

§2 - Sie können sich direkt oder indirekt an öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Gesellschaften, Vereinigungen und Einrichtungen, deren Gesellschaftszweck mit ihrem Zweck vereinbar ist und die im Folgenden Filialen genannt werden, beteiligen.

Unabhängig vom Umfang der Einbringungen der verschiedenen Parteien ins Gesellschaftskapital verfügt die autonome Gemeinderegion über die Mehrheit der Stimmen und führt den Vorsitz in den Organen der Filialen.

Die Ratsmitglieder, die als Verwalter oder Kommissar in den Organen einer autonomen Gemeinderegion sitzen, dürfen in einer Filiale dieser Region weder ein besoldetes Mandat als Verwalter oder Kommissar wahrnehmen noch irgendeine entlohnte Tätigkeit ausüben.

Artikel 160. Geschäftsführungsvertrag

§1 - Die Gemeinde schließt einen Geschäftsführungsvertrag mit der autonomen Gemeinderegion ab. In diesem Vertrag werden zumindest die Art und der Umfang der Aufgaben angegeben, die die autonome Gemeinderegion aufnehmen muss, sowie die Indikatoren, die eine Bewertung der Durchführung ihrer Aufgaben ermöglichen. Der Geschäftsführungsvertrag wird für einen erneuerbaren Zeitraum von drei Jahren abgeschlossen.

Der Verwaltungsrat erstellt jedes Jahr einen Unternehmensplan, in dem die Ziele und die mittelfristige Strategie der autonomen Gemeinderegion festgelegt werden, sowie einen Tätigkeitsbericht. Der Unternehmensplan und der Tätigkeitsbericht werden dem Rat mitgeteilt.

§2 - Der Gemeinderat kann den Verwaltungsrat der autonomen Gemeinderegion jederzeit um einen Bericht über die Tätigkeiten der autonomen Gemeinderegion oder über verschiedene ihrer Tätigkeiten bitten.

Artikel 161. Anwendbare Gesetzgebung

Die Artikel 63, 130 bis 144, 165 bis 167, 517 bis 530, 538, 540 und 561 bis 567 des Gesellschaftsgesetzbuches sind auf die autonomen Gemeinderegionen anwendbar, es sei denn, dieses Dekret weicht ausdrücklich davon ab.

Die autonomen Gemeinderegionen wenden die Buchhaltung der Unternehmen gemäß Buch III des Wirtschaftsgesetzbuchs an.

Artikel 162. Große Regionen

Die autonomen Gemeinderegionen, die einen jährlichen Nettoumsatz von mehr als 40 Millionen Euro haben, und die eine Bereitstellung öffentlicher Mittel in Anspruch nehmen, verfügen neben der Buchhaltung, die aufgrund der einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen auferlegt wird, über eine Buchhaltung, die Folgendes angibt:

1. die Bereitstellung öffentlicher Mittel, die zu ihren Gunsten direkt durch die öffentliche Hand getätigt wird;
2. die Bereitstellung öffentlicher Mittel durch die öffentliche Hand über öffentliche Unternehmen oder Finanzinstitute;
3. die tatsächliche Verwendung dieser öffentlichen Mittel.

Die autonomen Gemeinderegionen, die einen jährlichen Nettoumsatz von mehr als 40 Millionen Euro haben, und denen eine öffentliche Behörde besondere oder ausschließliche Rechte gewährt hat, oder die mit einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse im Sinne von Artikel 8106 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union betraut sind, und die einen Ausgleich in unterschiedlicher Form in Bezug auf diese Dienstleistung erhalten und die zu gleicher Zeit andere Tätigkeiten ausüben, müssen zudem getrennte Bücher führen.

Die getrennten Bücher müssen die verschiedenen Aktivitäten, die von demselben Unternehmen ausgeübt werden, sowie seine Finanz- und Organisationsstruktur widerspiegeln, so dass Folgendes klar wird:

1. eine nach den verschiedenen Geschäftsbereichen getrennte Aufstellung der Kosten und Erlöse;
2. eine genaue Angabe der Methode, nach der die Kosten und Erlöse den verschiedenen Geschäftsbereichen zugeordnet und zugewiesen werden.

Diese oben genannten Bücher sind der Regierung binnen drei Monaten nach deren Genehmigung durch die betreffenden Organe der Vereinigung zu übermitteln.

KAPITEL 4 – DIE FINANZEN

Abschnitt 1 - Haushaltsplan und Rechnungen

Artikel 163. Allgemeine Bestimmungen

Das Finanzjahr der Gemeinden entspricht dem Kalenderjahr.

Als einem Rechnungsjahr zugehörige Anrechte und Verpflichtungen gelten nur Anrechte, die die Gemeinde in diesem Rechnungsjahr erworben hat, oder Verpflichtungen, die sie ihren Gläubigern gegenüber in diesem Rechnungsjahr eingegangen ist, unabhängig vom Rechnungsjahr, in dem sie ausgeglichen werden.

Artikel 164. Fakultative Ausgaben

Jede Zuweisung für fakultative Ausgaben, die von der Aufsichtsbehörde gekürzt worden ist, darf nur dann vom Kollegium ausgegeben werden, wenn der Rat das Kollegium durch einen erneuten Beschluss hierzu ermächtigt hat.

Artikel 165. Zahlungen

Eine Zahlung aus der Gemeindekasse darf nur aufgrund einer im Haushaltsplan eingetragenen Zuweisung, aufgrund eines besonderen Haushaltsmittelbetrags oder aufgrund eines im Rahmen der von der Regierung festgelegten Bedingungen und Grenzen bewilligten provisorischen Haushaltsmittelbetrags erfolgen.

Die Mitglieder des Kollegiums sind persönlich verantwortlich für die von ihnen unter Verstoß gegen Absatz 1 eingegangenen Ausgabenverpflichtungen oder erteilten Zahlungsanweisungen.

Artikel 166. Übertragung von Mitteln

§1 - Es darf kein Ausgabenartikel des Haushaltsplanes überzogen werden und es darf keine Übertragung erfolgen.

§2 - Wenn jedoch bei Abschluss eines Rechnungsjahres einige Zuweisungen mit ordnungsgemäß und wirklich zugunsten der Gemeindegläubiger eingegangenen Verpflichtungen belastet sind, wird der zur Begleichung der Ausgabe notwendige Teil der Zuweisung durch einen Beschluss des Kollegiums, der der Rechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres beigefügt wird, auf das folgende Rechnungsjahr übertragen.

Über die derart übertragenen Zuweisungen darf ohne einen erneuten Beschluss des Rats verfügt werden.

Artikel 167. Dringende Ausgaben

Der Rat kann Ausgaben bestreiten, die durch zwingende und unvorhergesehene Umstände erforderlich werden.

Sollte die geringste Verzögerung einen offensichtlichen Schaden verursachen, kann das Kollegium die Ausgabe auf seine Verantwortung bestreiten unter der Bedingung, den Rat, der über Annahme oder Ablehnung der Ausgabe beschließt, unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen.

Die Mitglieder des Kollegiums, die Zahlungsanweisungen erteilt haben für Ausgaben, die in Ausführung der Absätze 1 und 2 bestritten worden sind, bei der definitiv abgeschlossenen Rechnung jedoch abgelehnt wurden, sind persönlich verpflichtet, den entsprechenden Betrag in die Gemeindekasse einzuzahlen.

Artikel 168. Zahlungsanweisungen

Die vom Kollegium erteilten und auf die Gemeindekasse lautenden Zahlungsanweisungen werden vom Bürgermeister oder seinem Stellvertreter und von einem Schöffen unterschrieben sowie vom Generaldirektor gegengezeichnet.

Artikel 169. Verabschiedung des Haushaltsplans und Rechnungsabschluss

Der Rat schließt die Jahresrechnungen des vorigen Rechnungsjahres jährlich zu dem von der Regierung festgelegten Datum ab.

Diese Jahresrechnungen umfassen die Haushaltsrechnung, die Ergebnisrechnung und die Bilanz.

Der in Artikel 28 §1 Absatz 3 erwähnte Bericht sowie die Liste der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen, für die der Rat das Vergabeverfahren und die Bedingungen festgelegt hat, werden den Rechnungen beigefügt.

Der Rat verabschiedet den Haushaltsplan für das kommende Jahr spätestens zu dem von der Regierung festgelegten Datum.

Artikel 170. Bekanntmachung des Haushaltsplans und der Rechnungen

Haushaltspläne und Rechnungslegungen werden im Gemeindehaus bereitgelegt, wo jeder sie an Ort und Stelle einsehen kann.

Auf diese Offenlegung wird mindestens mittels Aushang am Rathaus hingewiesen, der auf Betreiben des Kollegiums innerhalb eines Monats nach der Verabschiedung der Haushaltspläne und Rechnungslegungen angebracht wird. Die Bekanntmachung bleibt mindestens während zehn Tagen angeschlagen.

Artikel 171. Haushaltsausgleich

Der Haushaltsplan der Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden weist auf keinen Fall einen Debetsaldo im ordentlichen oder außerordentlichen Dienst und einen fiktiven Ausgleich oder Überschuss auf.

Artikel 172. Allgemeine Gemeindebuchführungsordnung

Die Regierung bestimmt die Regeln in Bezug auf den Haushaltsplan, die Finanzen und die Buchführung der Gemeinden sowie die Regeln in Bezug auf die Modalitäten zur Ausübung der Funktion der Buchhalter.

Artikel 173. Lasten und Ausgaben

§1 - Der Rat trägt jährlich alle gesetzlich und dekretal vorgeschriebenen Ausgaben der Gemeinde in die Ausgabenseite des Haushaltsplans ein. Dazu gehören insbesondere:

1. die Unterstützungsgelder, die den Kirchenfabriken und den mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte beauftragten Einrichtungen gemäß den diesbezüglich geltenden Bestimmungen gewährt werden, wenn diese Einrichtungen nicht über ausreichende Mittel verfügen;

2. das den Dienern der Kulte bewilligte Wohnungsgeld, wenn ihnen die Wohnung nicht zur Verfügung gestellt wird;

3. die Dotationen und sonstigen Ausgaben für die ÖSHZ, die Polizeizonen und die Hilfeleistungszonen, die in den diesbezüglich geltenden Bestimmungen vorgesehen sind.

§2 - Betrifft eine der obligatorischen Ausgaben mehrere Gemeinden, beteiligen sich alle im Verhältnis zum Interesse, das sie daran haben. Bei Weigerung oder Uneinigkeit entscheidet die Regierung.

Abschnitt 2 - Einnahmen

Artikel 174. Allgemeine Bestimmungen

§1 - Reichen die im Haushaltsplan vorgesehenen Einnahmen zur Deckung einer anerkannten oder fälligen Gemeindeschuld, oder die aus einem gerichtlichen Beschluss in letzter Instanz hervorgeht, nicht aus, sieht der Rat die nötigen Mittel zu deren Deckung vor.

Der Rat führt jährlich sämtliche Einnahmen der Gemeinde und die Überschüsse aus den vorhergehenden Rechnungsjahren einzeln im Haushaltsplan an.

§2 - Die Festsetzung und die Erhebung der Gemeindesteuern erfolgt gemäß Titel 5 dieses Dekrets.

Die kommunalen Zuschlagshundertstel auf die Staats- und Regionalsteuern werden gemäß den für die Erhebung der Steuern, denen sie hinzugefügt werden, festgelegten Regeln eingetrieben.

Abschnitt 3 - Verjährung

Artikel 175. Allgemeine Bestimmungen

Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 177 sind die Verjährungsregeln des allgemeinen Rechts auf die Gemeinden, die autonomen Gemeinderegionen und die Interkommunalen, die ausschließlich aus Gemeinden des deutschen Sprachgebietes zusammengesetzt sind, anwendbar.

Artikel 176. Rückzahlungen

§1 - In Bezug auf Gehälter, Vorschüsse auf Gehälter und Entschädigungen, Zulagen oder Leistungen, die zu den Gehältern gehören oder gleicher Art sind, stehen Beträge, die von den Gemeinden, autonomen Gemeinderegionen und Interkommunalen, die ausschließlich

aus Gemeinden des deutschen Sprachgebietes zusammengesetzt sind, unrechtmäßig gezahlt werden, denjenigen, die sie erhalten haben, endgültig zu, wenn ihre Rückzahlung nicht innerhalb einer Frist von höchstens fünf Jahren ab dem 1. Januar des Jahres der Zahlung gefordert wird.

§2 - Um gültig zu sein, muss dem Schuldner die Aufforderung zur Rückzahlung per Einschreiben notifiziert werden und folgende Angaben enthalten:

1. Gesamtbetrag der zurückgeforderten Summe mit einer pro Jahr erstellten Übersicht der unrechtmäßigen Zahlungen;
2. Bestimmungen, gegen die bei der Zahlung verstoßen worden ist.

Ab Aufgabe des Einschreibens kann die Rückforderung des unrechtmäßig gezahlten Betrages in der durch das allgemeine Recht für die Verjährung persönlicher Klagen vorgesehenen Frist erfolgen.

§3 - Die in §1 festgelegte Frist wird auf zehn Jahre angehoben, wenn die unrechtmäßig gezahlten Beträge infolge betrügerischer Machenschaften oder falscher oder wissentlich unvollständiger Erklärungen bezogen wurden.

Abschnitt 4 – Gewährung und Kontrolle der von den Gemeinden gewährten Zuschüsse

Artikel 177. Anwendungsbereich

Vorliegender Abschnitt ist auf Zuschüsse anwendbar, die gewährt werden von:

1. den Gemeinden;
2. den autonomen Gemeinderegionen;
3. den mit der Verwaltung der weltlichen Angelegenheiten der Kulte beauftragten lokalen Einrichtungen;
4. den kommunalen Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht;
5. jeglicher sonstigen, durch ein Dekret oder aufgrund eines Dekrets geschaffenen Einrichtung kommunalen Interesses mit Rechtspersönlichkeit;
6. den Gemeindevereinigungen.

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 183 und eventueller Auflagen durch den Zuschussgeber ist dieser Abschnitt nicht anwendbar auf Zuschüsse unter 2.500 Euro.

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 183 kann der Zuschussgeber den Empfänger für Zuschüsse zwischen 2.500 und 25.000 Euro von den im vorliegenden Abschnitt vorgesehenen Verpflichtungen ganz oder teilweise befreien.

Artikel 178. Definition

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts ist unter Zuschuss jeglicher Vorteil unter gleich welcher Form oder Bezeichnung zu verstehen, der zu Zwecken öffentlichen Interesses gewährt wird, mit Ausnahme:

1. der Zuschüsse, die den Bestimmungen des Gesetzes vom 22. Mai 2003 zur Organisation des Haushalts und der Buchführung des Föderalstaats oder den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der allgemeinen Bestimmungen, die auf die Haushalte, die Kontrolle der Zuschüsse, die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen und die Organisation des Rechnungshofes anwendbar sind, unterliegen;
2. der Beihilfen, die sich aus einer Verpflichtung ergeben, die durch oder aufgrund ein(es) Gesetz(es) oder Dekret(s) auferlegt wird;
3. der Beiträge, die zugunsten von Einrichtungen ausbezahlt werden, von denen die Beitraggeber Mitglieder sind, als Gegenleistung dafür, dass diese Einrichtungen zugunsten der Beitraggeber bestimmte Leistungen erbracht haben;
4. der als Anerkennung der Verdienste des Empfängers oder als Belohnung hierfür gewährten Preise;

5. der Zuschüsse, die eine Gemeinde dem ÖSHZ, in dessen Zuständigkeit sie fällt, gewährt.

Artikel 179. Einzureichende Unterlagen

Der Zuschussgeber kann von jedem Antragsteller die Vorlage folgender Dokumente verlangen:

1. der Haushalt des Geschäftsjahres, auf das sich der Zuschuss bezieht;
2. der Haushalt der Veranstaltung oder der spezifischen Investition, zu deren Finanzierung der Zuschuss bestimmt ist;
3. die aktuellsten Jahresabschlüsse.

Der Antragsteller, der einen Zuschuss für bereits getätigte Ausgaben beantragt, fügt seinem Antrag die Ausgabenbelege bei.

Artikel 180. Beschlussfassung

Außer wenn sie in einer Regelung des Zuschussgebers oder einer Vereinbarung festgeschrieben sind, enthält der Beschluss zur Gewährung des Zuschusses mindestens folgende Angaben:

1. Art und Umfang des Zuschusses;
2. die Identität des Zuschussempfängers;
3. die Zwecke, zu denen der Zuschuss gewährt wird;
4. ggf. die besonderen Verwendungsbedingungen;
5. die Belegstücke, die vom Zuschussempfänger verlangt werden, sowie ggf. die Fristen, innerhalb derer diese Belegstücke vorgelegt werden müssen;
6. die Modalitäten für die Auszahlung des Zuschusses.

Solange der Zuschussempfänger einen bereits erhaltenen Zuschuss zurückzuerstatten hat, wird die Beschlussfassung ausgesetzt.

Artikel 181. Auflagen

Der Zuschussempfänger muss:

1. den Zuschuss zu den Zwecken verwenden, für die er gewährt wurde;
2. diese Verwendung anhand der geforderten Belege rechtfertigen;
3. ggf. die besonderen Verwendungsbedingungen einhalten.

Artikel 182. Kontrolle

Der Zuschussgeber kontrolliert die Verwendung des Zuschusses anhand der eingereichten Belege.

Er hat das Recht, vor Ort die Verwendung des gewährten Zuschusses zu kontrollieren.

Der Zuschussgeber erstellt einen Bericht über die Ergebnisse der Kontrolle.

Artikel 183. Rückerstattung

§1 - Unbeschadet der auflösenden Bestimmungen, denen der Zuschuss unterliegt, ist der Zuschuss zurückzuerstatten:

1. wenn er nicht zu den Zwecken verwendet, für die er gewährt wurde;
2. wenn die seiner Gewährung zugrundeliegenden besonderen Bedingungen nicht eingehalten wurden;
3. wenn die geforderten Belege nicht fristgerecht eingereicht wurden;
4. wenn der Zuschussempfänger sich der Kontrolle vor Ort widersetzt oder diese behindert.

In den in Absatz 1 Nummern 1 und 3 vorgesehenen Fällen muss der Zuschussempfänger jedoch nur den Teil des Zuschusses zurückerstatten, der nicht zu den Zwecken verwendet worden ist, für die er gewährt wurde, oder der nicht gerechtfertigt ist.

Für Zuschüsse in Form von Sachleistungen erfolgt die Rückerstattung durch einen entsprechenden Ausgleich.

§2 - Die Zuschussgeber, die über die Befugnis verfügen, direkte Steuern zu erheben, sind berechtigt, die zurückzuerstattenden Zuschüsse durch Zahlungsbefehle beizutreiben. Der Zahlungsbefehl wird von dem mit der Beitreibung beauftragten Rechnungsführer erlassen. Der Zahlungsbefehl wird durch die Verwaltungsbehörde für vollstreckbar erklärt, die dazu befugt ist, die Heberolle der betreffenden direkten Steuern besagter Zuschussgeber für vollstreckbar zu erklären.

TITEL 5 - FESTSETZUNG UND BEITREIBUNG DER GEMEINDESTEUERN

Artikel 184. Anwendungsbereich

Dieser Titel ist anwendbar auf die von den Gemeinden festgelegten Steuern.

Er ist nicht anwendbar auf die Zuschlagsteuern auf Steuern der Föderal- oder Regionalbehörde

Artikel 185. Eintreibung

Die Steuern werden entweder mittels Heberollen eingetrieben oder in bar gegen Aushängung eines Zahlungsnachweises eingenommen.

Die mittels Heberolle eingetriebene Steuer muss binnen zwei Monaten nach Versendung des Steuerbescheids bezahlt werden.

Kann die Einnahme in bar nicht durchgeführt werden, wird die Steuer in die Heberolle eingetragen und ist sofort einforderbar.

Artikel 186. Heberollen

§1 - Die Heberollen werden spätestens am 30. Juni des Jahres, das dem Rechnungsjahr folgt, durch das Kollegium festgestellt und für vollstreckbar erklärt.

Die Heberolle wird dem Finanzdirektor, der mit der Eintreibung beauftragt ist und für den Versand der Steuerbescheide sorgt, gegen Empfangsbestätigung übermittelt. Dieser Versand erfolgt für den Steuerpflichtigen kostenlos.

§2 - Die in den Heberollen festgestellten Anrechte werden zu den Einnahmen des Rechnungsjahres gebucht, in dem die Heberollen für vollstreckbar erklärt werden.

§3 - In den Heberollen wird folgendes angegeben:

1. der Name der Gemeinde, die die Steuer festgelegt hat;
2. der Name, die Vornamen oder die Firma und die Adresse des Steuerpflichtigen;
3. das Datum der Verordnung, aufgrund derer die Steuer zu entrichten ist;
4. die Bezeichnung, die Besteuerungsgrundlage, der Satz, die Berechnung und der Betrag der Steuer sowie das Rechnungsjahr, auf das sie sich bezieht;
5. die Nummer des Artikels;
6. das Datum der Vollstreckbarkeitserklärung;
7. das Datum des Versands;
8. der äußerste Zahlungstermin;
9. die Frist, innerhalb derer der Steuerpflichtige eine Beschwerde einreichen kann, sowie die Bezeichnung und die Adresse der Instanz, die befugt ist, diese entgegenzunehmen.

Artikel 187. Steuerbescheid

Auf dem Steuerbescheid werden das Datum des Versands und die in Artikel 187 §3 erwähnten Angaben vermerkt.

Dem Steuerbescheid wird eine Zusammenfassung der Verordnung, aufgrund derer die Steuer zu entrichten ist, beigelegt.

Artikel 188. Erklärungspflicht

Sieht die Steuerverordnung eine Erklärungspflicht vor, hat die Nichtabgabe dieser Erklärung innerhalb der in vorerwähnter Verordnung festgelegten Frist oder die Abgabe einer falschen, unvollständigen oder ungenauen Erklärung seitens des Steuerpflichtigen die Eintragung der Steuer von Amts wegen in die Heberolle zur Folge.

Bevor die Steuer von Amts wegen veranlagt wird, notifiziert das Kollegium dem Steuerpflichtigen per Einschreiben die Gründe für die Anwendung dieses Verfahrens, die Elemente, auf denen die Veranlagung basiert, sowie das Verfahren zur Bestimmung dieser Elemente und den Betrag der Steuer.

Der Steuerpflichtige verfügt über eine Frist von 30 Tagen ab dem Datum der Notifizierung, um seine Bemerkungen schriftlich vorzubringen.

Die Veranlagung der Steuer von Amts wegen kann nur während einer Zeitspanne von drei Jahren ab dem 1. Januar des Steuerjahres rechtsgültig in die Heberolle eingetragen werden. Diese Frist wird um zwei Jahre verlängert, wenn in betrügerischer Absicht oder mit der Absicht zu schaden gegen die Steuerverordnung verstoßen wird.

Die Steuerverordnung kann vorsehen, dass die von Amts wegen in die Heberolle eingetragenen Steuern um einen in der Verordnung festgelegten Betrag, der das Doppelte der geschuldeten Steuer nicht überschreiten darf, erhöht werden. Der Betrag dieser Erhöhung wird ebenfalls in die Heberolle eingetragen.

Artikel 189. Protokolle

Die in Artikel 188 Absatz 1 erwähnten Verstöße werden durch vereidigte Beamte festgestellt, die vom Kollegium dazu bestimmt worden sind.

Die von ihnen aufgestellten Protokolle haben Beweiskraft bis zum Beweis des Gegenteils.

Artikel 190. Kontrolle

Jeder Steuerpflichtige ist verpflichtet, auf Ersuchen der Verwaltung und vor Ort alle für die Festlegung der Steuer notwendigen Bücher und Dokumente vorzulegen.

Steuerpflichtige sind ebenfalls verpflichtet, den gemäß Artikel 192 bestimmten Beamten, die im Besitz ihres Benennungsschreibens sind, freien Zugang zu den bebauten oder unbebauten Immobilien zu gewähren, die ein steuerbares Element bilden oder beinhalten können oder in denen eine steuerbare Tätigkeit ausgeübt wird.

Zu bewohnten Gebäuden oder Räumlichkeiten haben diese Beamten jedoch nur Zugang zwischen 5 Uhr morgens und 9 Uhr abends, und nur mit der Ermächtigung des Richters des Polizeigerichts.

Artikel 191. Beschwerden

Der Steuerpflichtige kann gegen eine Gemeindesteuer beim Kollegium Beschwerde einreichen. Dieses handelt als Verwaltungsbehörde.

Die Regierung bestimmt das für diese Beschwerde anwendbare Verfahren.

Artikel 192. Einspruch

Gegen den Beschluss des Kollegiums kann Einspruch eingelegt werden beim Gericht erster Instanz, in dessen Zuständigkeitsbereich die Steuer festgesetzt wurde.

Mangels eines Beschlusses gilt die Beschwerde als gerechtfertigt.

Gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz kann Einspruch oder Berufung eingelegt werden.

Gegen den Entscheid des Appellationshofes kann eine Kassationsbeschwerde eingebracht werden.

Artikel 193. Anwendbare Gesetzgebung

Formen, Fristen und Verfahren, die auf die in Artikel 191 erwähnten Beschwerden anwendbar sind, werden wie für die staatlichen Einkommenssteuern geregelt und gelten für alle betroffenen Parteien.

Unbeschadet der Bestimmungen des vorliegenden Titels sind die Bestimmungen des Titels VII Kapitel 1, 3, 4, 7 bis 10, sowie die Artikel 355, 356 und 357 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 und die Artikel 126 bis 175 des Durchführungserlasses zu diesem Gesetzbuch auf die Gemeindesteuern anwendbar, insofern sie nicht besonders die Einkommensteuern betreffen.

TITEL 6- ZIVILRECHTLICHE HAFTUNG DER GEMEINDEN UND RICHTSVERFAHREN

Artikel 194. Haftung der Gemeinde

Der Bürgermeister oder der Schöffe, gegen den eine Klage auf Schadenersatz vor einem Zivil- oder Strafgericht erhoben wird, kann die Deutschsprachige Gemeinschaft oder die Gemeinde in das Verfahren heranziehen.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft oder die Gemeinde können dem Verfahren freiwillig beitreten.

Außer bei Rückfälligkeit haftet die Gemeinde zivilrechtlich für die Zahlung der Geldstrafen, zu denen der Bürgermeister und/oder ein Schöffe infolge eines Verstoßes, den sie bei normaler Ausübung ihres Amtes begangen haben, verurteilt werden.

Die Regressklage der Gemeinde gegen den verurteilten Bürgermeister und/oder einen verurteilten Schöffen ist beschränkt auf Fälle, in denen arglistige Täuschung, ein schwerwiegender Fehler oder ein leichter Fehler mit Gewohnheitscharakter vorliegt.

Artikel 195. Rechtsschutzversicherung

Die Gemeinde schließt eine Versicherung ab, die bei normaler Amtsausübung des Bürgermeisters und der Schöffen deren persönliche zivilrechtliche Verantwortlichkeit, Rechtsschutz einbegriffen, abdeckt.

Die Regierung legt die Modalitäten für die Ausführung der vorliegenden Bestimmung fest.

Artikel 196. Gerichtsverfahren

Das Kollegium vertritt die Gemeinde vor Gericht. Es beantragt den Erlass einstweiliger Verfügungen und macht Besitzklagen vor Gericht geltend. Es nimmt alle Handlungen zur Wahrung des Rechts oder zur Unterbrechung der Verjährung und des Verfalls vor.

(2. Lesung)

Alle Klagen, in denen die Gemeinde als Klägerin auftritt, dürfen nur nach Ermächtigung durch den Rat vom Kollegium angestrengt werden.

Artikel 197. Gerichtliche Schritte im Namen der Gemeinde

Wenn das Kollegium es unterlässt, gerichtlich vorzugehen, können ein oder mehrere Einwohner im Namen der Gemeinde handeln unter der Bedingung, dass sie garantieren, persönlich die Verfahrenskosten zu tragen und für eventuell ausgesprochene Verurteilungen einzustehen.

Dieses Recht steht ebenfalls juristischen Personen, deren Gesellschaftssitz sich in der Gemeinde befindet, zu.

Die Gemeinde kann bezüglich des Prozesses keinen Vergleich schließen, ohne den- oder diejenigen, die den Rechtsstreit im Namen der Gemeinde geführt hat/haben, mit einzubeziehen.

Unter Strafe der Unzulässigkeit der Klage dürfen die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Personen nur im Namen der Gemeinde vorgehen, wenn sie das Kollegium wegen seiner Unterlassung in Verzug gesetzt haben und die Gemeindeverwaltung binnen zehn Tagen nach Erhalt dieser Inverzugsetzung keine rechtlichen Schritte unternommen hat. Außerdem ist dem Kollegium eine Kopie des verfahrenseinleitenden Aktes zuzustellen. Bei Dringlichkeit ist keine Inverzugsetzung erforderlich.

TITEL 7 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 198. Abänderungsbestimmung

Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) des Dekrets vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten wird wie folgt ersetzt:

„a) auf die Verwaltungsbehörden:

- die der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstehen,
- die einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets unterstehen;“

Artikel 199. Abänderungsbestimmung

In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 1.1 eingefügt:

„Art. 1.1 - In Abweichung von Artikel 1 ist das vorliegende Dekret nicht auf Verwaltungsdokumente anwendbar, die dem Gesetz vom 5. August 2006 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen oder den Artikeln D.10 bis D.20-18 von Buch I des wallonischen Umweltgesetzbuches unterliegen.“

Artikel 200. Abänderungsbestimmung

In Artikel 3 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolgen „von der Regierung“ und „festzulegender Betrag“ die Wortfolge „bzw. dem Gemeinderat“ eingefügt.

Artikel 201. Abänderungsbestimmung

In Artikel 4 §3 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ durch die Wortfolge „Die Regierung bzw. der Gemeinderat“ ersetzt.

Artikel 202. Abänderungsbestimmung

In Artikel 5 §3 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolgen „Verwaltungsbehörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ und „kann einen Antrag“ die Wortfolge „bzw. einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets“ eingefügt.

Artikel 203. *Abänderungsbestimmung*

In Artikel 7 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolge „Verwaltungsbehörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ und das Wort „betrifft“ die Wortfolge „bzw. einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets“ eingefügt.

Artikel 204. *Abänderungsbestimmung*

Artikel 8 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Artikel 205. *Abänderungsbestimmung*

Artikel 2 Nummer 1 des Dekrets vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente wird wie folgt abgeändert:

1. folgender Buchstabe b.1) wird eingefügt:
„b.1) die Gemeinden, öffentlichen Sozialhilfezentren und sonstigen Gebietskörperschaften des deutschen Sprachgebiets;“
2. in Buchstabe c) Spiegelstrich 3 wird die Wortfolge „a) und b)“ durch die Wortfolge „a), b) oder b.1)“ ersetzt;
3. in Buchstabe d) wird die Wortfolge „a), b) oder c)“ durch die Wortfolge „a), b), b.1) oder c)“ ersetzt.

Artikel 206. *Aufhebungsbestimmung*

Sind aufgehoben:

1. im ersten Teil des Kodex: die Bücher I, II und III mit Ausnahme der Artikel L1234-1 bis 1234-6;
2. im dritten Teil des Kodex: die Bücher II und III insofern sie die Gemeinden betreffen.

Artikel 207. *Inkrafttreten*

Vorliegendes Dekret tritt anlässlich der erstfolgenden vollständigen Erneuerung der Gemeinderäte der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets in Kraft.

INHALTSVERZEICHNIS

TITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN.....	34
Artikel 1. Anwendungsbereich.....	34
Artikel 2. Begriffsbestimmungen	34
Artikel 3. Fristen	34
Artikel 4. Gemeindenamen	34
Artikel 5. Änderung des Gemeindegebiets	34
Artikel 6. Befugnisse.....	35
Artikel 7. Einstufung.....	35
Artikel 8. Gemeindebehörde	35
TITEL 2 – ORGANISATION DER GEMEINDE	36
KAPITEL 1 - DER GEMEINDERAT	36
Abschnitt 1 - Bestimmungsverfahren und Statut der Ratsmitglieder.....	36
Artikel 9. Wahl	36
Artikel 10. Anzahl Mitglieder	36
Artikel 11. Verzicht	36
Artikel 12. Unvereinbarkeiten.....	36
Artikel 13. Mandatsverlust.....	36
Artikel 14. Rücktritt	37
Artikel 15. Urlaube	37
Artikel 16. Entschädigungen.....	37
Artikel 17. Ratsmitglied mit einer Beeinträchtigung	38
Abschnitt 2 - Versammlungen, Beratungen und Beschlüsse der Gemeinderäte.....	38
Artikel 18. Geschäftsordnung.....	38
Artikel 19. Rechte der Ratsmitglieder.....	39
Artikel 20. Häufigkeit der Versammlungen	39
Artikel 21. Einberufung	39
Artikel 22. Bekanntmachung der Sitzung.....	40
Artikel 23. Vorsitz	40
Artikel 24. Sitzungsverlauf	40
Artikel 25. Anwesenheitsquorum	41
Artikel 26. Interessenkonflikte	41
Artikel 27. Öffentlichkeit der Sitzungen	42
Artikel 28. Beratung über den Haushalt und die Rechnungslegung.....	42
Artikel 29. Zusätzliche Tagesordnung	43
Artikel 30. Beschlussquorum	43
Artikel 31. Abstimmungsmodalitäten.....	43
Artikel 32. Abstimmung über Personen	43
Artikel 33. Interpellationen.....	44
Artikel 34. Einsichtsrecht.....	44
Abschnitt 3 - Befugnisse des Gemeinderats	45
Artikel 35. Allgemeine Zuständigkeit	45
Artikel 36. Interne Verwaltung.....	45
Artikel 37. Ausschüsse.....	45
Artikel 38. Beiräte.....	45
Artikel 39. Delegation für Zuschüsse.....	46
KAPITEL 2 - DER BÜRGERMEISTER UND DAS KOLLEGIUM	46
Abschnitt 1 - Politische Fraktionen und Mehrheitsabkommen.....	46
Artikel 40. Politische Fraktionen.....	46
Artikel 41. Mehrheitsabkommen	46
Artikel 42. Nachtrag zum Mehrheitsabkommen	47

Abschnitt 2 - Das Kollegium.....	47
Artikel 43. Anzahl der Schöffen.....	47
Artikel 44. Zusammensetzung.....	48
Artikel 45. Wahl der Schöffen.....	48
Artikel 46. Verhinderung.....	48
Artikel 47. Urlaube.....	49
Artikel 48. Rücktritt.....	49
Artikel 49. Disziplinarmaßnahmen.....	49
Artikel 50. ÖSHZ-Präsident.....	49
Abschnitt 3 - Verantwortung des Kollegiums.....	49
Artikel 51. Misstrauensantrag.....	49
Abschnitt 4 - Gehalt und Erkennungszeichen der Bürgermeister und Schöffen	50
Artikel 52. Gehälter.....	50
Artikel 53. Ersatz.....	51
Artikel 54. Maximalgehalt.....	51
Artikel 55. Erkennungszeichen der Bürgermeister und der Schöffen.....	52
Abschnitt 5 - Versammlungen, Beratungen und Beschlüsse des Kollegiums	52
Artikel 56. Vorsitz.....	52
Artikel 57. Sitzungen Anwesenheitsquorum.....	52
Artikel 58. Außerordentliche Sitzung.....	52
Artikel 59. Abstimmungsquorum.....	52
Abschnitt 6 - Befugnisse des Kollegiums.....	52
Artikel 60. Befugnisse.....	52
Artikel 61. Delegationen.....	53
Artikel 62. Richtlinienprogramm.....	53
Abschnitt 7 - Befugnisse des Bürgermeisters	53
Artikel 63. Allgemeine Befugnis.....	53
Artikel 64. Requirierungsrecht.....	53
KAPITEL 3 - UNVEREINBARKEITEN.....	53
Artikel 65. Unvereinbarkeiten Rat und Kollegium.....	53
Artikel 66. Unvereinbarkeiten Kollegium.....	54
Artikel 67. Verwandte im Rat.....	54
Artikel 68. Ausübung unvereinbare Mandate.....	55
Artikel 69. Anzahl erlaubter Mandate.....	56
KAPITEL 4 - EIDESLEISTUNG.....	56
Artikel 70. Eidesleistung.....	56
KAPITEL 5 - AKTE DER GEMEINDEBEHÖRDEN.....	56
Abschnitt 1 - Abfassung der Akte	56
Artikel 71. Protokolle.....	56
Artikel 72. Unterzeichnungsbefugnis.....	56
Artikel 73. Unterschriftendelegation.....	57
Abschnitt 2 - Veröffentlichung der Akte.....	57
Artikel 74. Veröffentlichung.....	57
Artikel 75. Inkrafttreten.....	57
Abschnitt 3 - Information der Bevölkerung	57
Artikel 76. Allgemeines.....	57
Artikel 77. Informationsblatt.....	58
TITEL 3 - VOLKSBEFRAGUNG.....	58
Artikel 78. Themen.....	58

Artikel 79. Antrag	58
Artikel 80. Prüfung des Antrags.....	58
Artikel 81. Bedingungen.....	59
Artikel 82. Einschränkungen.....	60
Artikel 83. Tagesordnung.....	60
Artikel 84. Zurkenntnisnahme der Ergebnisse.....	60
Artikel 85. Information der Bevölkerung.....	60
Artikel 86. Weitere Verfahrensbestimmungen.....	61
TITEL 4 – RESSOURCEN DER GEMEINDE	61
KAPITEL 1 – DIE PERSONEN.....	61
Abschnitt 1 - Der Generaldirektor und der Finanzdirektor	61
Unterabschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmungen.....	61
Artikel 87. Unvereinbarkeiten.....	61
Artikel 88. Allgemeines.....	61
Artikel 89. Eidesleistung.....	61
Artikel 90. Nebentätigkeiten	62
Artikel 91. Gehalt.....	62
Artikel 92. Gehaltserhöhungen	62
Artikel 93. Jahresurlaub.....	62
Artikel 94. Zahlung des Gehalts.....	63
Artikel 95. Ersatz bei Abwesenheit.....	63
Unterabschnitt 2 - Der Generaldirektor.....	63
Artikel 96. Zielsetzungsvertrag.....	63
Artikel 97. Hierarchie.....	64
Artikel 98. Aufgaben.....	64
Unterabschnitt 3 - Der Finanzdirektor	65
Artikel 99. Allgemeines.....	65
Artikel 100. Hierarchie	65
Artikel 101. Schaffung der Stelle eines Finanzdirektors	65
Artikel 102. Aufgaben.....	65
Artikel 103. Kassenprüfung.....	67
Artikel 104. Beitreibung von Steuern in einer anderen Gemeinde.....	67
Artikel 105. Sonderbedienstete.....	68
Artikel 106. Zahlstellen.....	68
Artikel 107. Endabrechnung	68
Artikel 108. Direkte Zahlungen.....	69
Abschnitt 2 – Das Gemeindepersonal	69
Artikel 109. Organigramm	69
Artikel 110. Direktionsrat	69
Artikel 111. Verwaltungs- und Besoldungsstatut.....	69
Artikel 112. Zuständige Behörde.....	69
Artikel 113. Verbote.....	70
Abschnitt 3 - Disziplinarordnung.....	70
Artikel 114. Anwendungsbereich.....	70
Artikel 115. Disziplinarstrafen	70
Artikel 116. Gehaltskürzung	70
Artikel 117. Disziplinarische Amtsenthebung.....	71
Artikel 118. Zurückstufung im Dienstgrad.....	71
Artikel 119. Befugnisse des Gemeinderats.....	71
Artikel 120. Befugnisse des Kollegiums	71
Artikel 121. Verfahren	71
Artikel 122. Aufforderung zur Anhörung.....	72
Artikel 123. Anhörung.....	72



Artikel 124. Zeugenbefragung.....	72
Artikel 125. Entscheidung.....	73
Artikel 126. Beschluss.....	73
Artikel 127. Tilgung.....	73
Artikel 128. Vorbeugende einstweilige Amtsenthebung.....	73
Artikel 129. Zuständige Behörde.....	73
Artikel 130. Dauer.....	74
Artikel 131. Folgen.....	74
Artikel 132. Verfahren.....	74
Artikel 133. Beschluss.....	74
Artikel 134. Inkrafttreten der Disziplinarstrafe.....	75
Artikel 135. Frist.....	75
Abschnitt 4 - Berufsuntauglichkeit.....	75
Artikel 136. Direktoren.....	75
Artikel 137. Verfahren.....	75
Abschnitt 5 - Widerspruchskammer.....	76
Artikel 138. Aufgaben.....	76
Artikel 139. Zusammensetzung.....	76
Artikel 140. Geschäftsordnung.....	76
Artikel 141. Beisitzer.....	76
Artikel 142. Anwesenheitsquorum.....	76
Artikel 143. Aktenverlauf.....	77
Artikel 144. Vorladung.....	77
Artikel 145. Erscheinen.....	77
Artikel 146. Anhörung von Zeugen.....	77
Artikel 147. Anhörung.....	77
Artikel 148. Aufsicht.....	77
KAPITEL 2 - DIE GÜTER.....	78
Artikel 149. Schenkungen und Legate.....	78
Artikel 150. Miet- und Pachtverträge.....	78
Artikel 151. Öffentliche Aufträge.....	78
KAPITEL 3 - GEMEINDEREGIONEN.....	79
Abschnitt 1 - Gewöhnliche Gemeinderegion.....	79
Artikel 152. Allgemeines.....	79
Artikel 153. Rechenschaftspflichtiger.....	79
Artikel 154. Große Region.....	79
Abschnitt 2 - Autonome Gemeinderegion.....	80
Artikel 155. Gesellschaftszweck.....	80
Artikel 156. Geschäftsführung.....	80
Artikel 157. Kommissare.....	80
Artikel 158. Mandate.....	81
Artikel 159. Befugnisse.....	81
Artikel 160. Geschäftsführungsvertrag.....	81
Artikel 161. Anwendbare Gesetzgebung.....	81
Artikel 162. Große Region.....	82
KAPITEL 4 - DIE FINANZEN.....	82
Abschnitt 1 - Haushaltsplan und Rechnungen.....	82
Artikel 163. Allgemeine Bestimmungen.....	82
Artikel 164. Fakultative Ausgaben.....	82
Artikel 165. Zahlungen.....	82
Artikel 166. Übertragung von Mitteln.....	83
Artikel 167. Dringende Ausgaben.....	83

b

Artikel 168. Zahlungsanweisungen	83
Artikel 169. Verabschiedung des Haushaltsplans und Rechnungsabschluss	83
Artikel 170. Bekanntmachung des Haushaltsplans und der Rechnungen	83
Artikel 171. Haushaltsausgleich	84
Artikel 172. Allgemeine Gemeindebuchführungsordnung	84
Artikel 173. Lasten und Ausgaben	84
Abschnitt 2 - Einnahmen.....	84
Artikel 174. Allgemeine Bestimmungen	84
Abschnitt 3 – Verjährung	84
Artikel 175. Allgemeine Bestimmungen	84
Artikel 176. Rückzahlungen.....	84
Abschnitt 4 – Gewährung und Kontrolle der von den Gemeinden gewährten	
Zuschüsse.....	85
Artikel 177. Anwendungsbereich.....	85
Artikel 178. Definition	85
Artikel 179. Einzureichende Unterlagen.....	86
Artikel 180. Beschlussfassung.....	86
Artikel 181. Auflagen.....	86
Artikel 182. Kontrolle.....	86
Artikel 183. Rückerstattung.....	86
TITEL 5 - FESTSETZUNG UND BEITREIBUNG DER GEMEINDESTEUERN.....	87
Artikel 184. Anwendungsbereich.....	87
Artikel 185. Eintreibung.....	87
Artikel 186. Heberollen.....	87
Artikel 187. Steuerbescheid.....	88
Artikel 188. Erklärungspflicht.....	88
Artikel 189. Protokolle.....	88
Artikel 190. Kontrolle	88
Artikel 191. Beschwerden	88
Artikel 192. Einspruch	89
Artikel 193. Anwendbare Gesetzgebung.....	89
TITEL 6- ZIVILRECHTLICHE HAFTUNG DER GEMEINDEN UND RICHTSVERFAHREN..	89
Artikel 194. Haftung der Gemeinde	89
Artikel 195. Rechtsschutzversicherung	89
Artikel 196. Gerichtsverfahren.....	89
Artikel 197. Gerichtliche Schritte im Namen der Gemeinde	90
TITEL 7 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN	90
Artikel 198. Abänderungsbestimmung	90
Artikel 199. Abänderungsbestimmung	90
Artikel 200. Abänderungsbestimmung	90
Artikel 201. Abänderungsbestimmung	90
Artikel 202. Abänderungsbestimmung	90
Artikel 203. Abänderungsbestimmung	91
Artikel 204. Abänderungsbestimmung	91
Artikel 205. Abänderungsbestimmung	91
Artikel 206. Aufhebungsbestimmung.....	91
Artikel 207. Inkrafttreten.....	91

Kodex			Dekret
1111	1		4
1112	1		5
1112	2		5
1112	3		-
1113	1		6
1121	1		8
1121	2		8
1121	3		7
1121	4		88
1122	1		9
1122	2		9
1122	3		10
1122	4		11
1122	5		13
1122	6		15
1122	7		16
1122	8		17
1122	9		14
1122	10		19
1122	11		20
1122	11		21
1122	12		21
1122	13		21
1122	14		22
1122	14		33
1122	15		23
1122	16		24
1122	17		25
1122	18		18
1122	19		26
1122	20		27
1122	21		27
1122	22		27
1122	23		28
1122	24		29
1122	25		24
1122	26		30
1122	27		31
1122	28		32
1122	29		34
1122	30		35
1122	31		35
1122	32		36
1122	33		-
1122	34		37
1122	34		37
1122	35		38
1122	36		-

1122	37		39
1123	1		40
1123	1		41
1123	2		42
1123	3		44
1123	5		46
1123	6		49
1123	7		48
1123	8		43
1123	8		45
1123	8		50
1123	9		43
1123	10		46
1123	11		48
1123	12		48
1123	13		49
1123	14		51
1123	15		52
1123	16		53
1123	17		54
1123	18		55
1123	19		56
1123	20		57
1123	21		58
1123	22		59
1123	23		60
1123	24		-
1123	25		61
1123	26		-
1123	27		62
1123	28		60,11°
1123	29		63
1123	30		64
1123	31		-
1123	32		47
1124	1		96
1124	2		88
1124	3		97
1124	4		98
1124	5		90
1124	6		91
1124	8		92
1124	9		92
1124	10		93
1124	11		-
1124	12		-
1124	13		94
1124	15		-
1124	16		-
1124	17		-

1124	18		-
1124	19		95
1124	20		95
1124	21		99
1124	22	§1	88
1124	22	§2	95
1124	22	§2	100
1124	23	§2	101
1124	24		-
1124	25		102
1124	35		91
1124	37		-
1124	38		90
1124	39		-
1124	40		102
1124	42		103
1124	43		104
1124	44	§1	105
1124	44	§2	106
1124	45		107
1124	46		108
1124	47		-
1124	48		-
1124	49		-
1124	50		-
1125	1		65
1125	2		66
1125	3		67
1125	4		-
1125	5		12
1125	6		68
1125	7		68
1125	8		87
1125	9		88
1125	10		26
1125	11		68
1125	12		69
1126	1		70
1126	2		70
1126	3		89
1126	4		89
1126	5		-
1131	1		-
1132	1		71
1132	2		71
1132	3		72
1132	4		73
1132	5		73
1133	1		74
1133	2		75

1133	3		-
1141	1		78
1141	2		79
1141	3		79
1141	4		80
1141	5		81
1141	6		82
1141	7		83
1141	8		84
1141	9		85
1141	10		85
1141	11		86
1141	12		86
1211	1		-
1211	2		109
1211	3		110
1212	1		111
1212	2		-
1212	3		111
1213	1		112
1214	1		113
1215	1		114
1215	2		115
1215	3		115
1215	4		116
1215	5		117
1215	6		118
1215	7		119
1215	8		120
1215	9		-
1215	10		121
1215	11		121
1215	12		122
1215	13		122
1215	14		123
1215	15		124
1215	16		125
1215	17		125
1215	18		126
1215	19		127
1215	20		128
1215	21		129
1215	22		130
1215	23		131
1215	24		132
1215	25		133
1215	26		134
1215	27		135
1216	1		-
1216	2		-

1216	3		-
1217	1		136
1217	2		137
1218	1		138
1218	2		139
1218	3		140
1218	4		141
1218	5		142
1218	6		143
1218	7		144
1218	8		145
1218	9		146
1218	10		147
1218	11		148
1218	12		-
1218	13		-
1221	1		149
1221	2		149
1222	1		150
1222	2		150
1222	3		151
1222	4		151
1223	1		-
1231	1		152
1231	2		152
1231	3		153
1231	3bis		154
1231	4		155
1231	5		156
1231	6		157
1231	7		158
1231	8		159
1231	9		160
1231	10		161
1231	11		161
1231	12		162
1241	1		194
1241	2		194
1241	3		195
1242	1		196
1242	2		197
1311	1		163
1311	2		164
1311	3		165
1311	4		166
1311	5		167
1311	6		168
1312	1		169
1312	2		169
1313	1		170

1314	1		171
1314	2		-
1315	1		172
1321	1		173
1321	2		173
1331	1		174
1331	2		174
1331	3		174
3221	1		76
3221	2		76
3221	3		77
3321	1		184
3321	2		184
3321	3		185
3321	4		186
3321	5		187
3321	6		188
3321	7		189
3321	8		190
3321	9		191
3321	10		192
3321	11		193
3321	12		193
3331	1		177
3331	2		178
3331	3		179
3331	4		180
3331	5		180
3331	6		181
3331	7		182
3331	8		183

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre des Pouvoirs locaux;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret communal

Contenu

Le présent décret règle l'organisation des communes de la région de langue allemande.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales.....	4
Commentaire des articles.....	5
Avant-projet	34

EXPOSÉ GÉNÉRAL

Le présent décret communal, dont le contenu correspond largement à la législation actuelle figurant dans la première partie du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, est le résultat d'une longue préparation en concertation étroite avec les autorités communales, les bourgmestres ainsi que les directeurs. Au début du processus, l'objectif était de traduire cette réforme dans un décret modificatif, ce qui aurait représenté beaucoup moins de travail. Toutefois, l'analyse approfondie des textes existants a révélé qu'une modification de ceux-ci ne donnerait pas de résultats très satisfaisants. En conséquence, il a été décidé de rédiger un nouveau décret.

Celui-ci est de loin bien plus structuré grâce à une numérotation simple, une formulation stricte et une utilisation correcte de la langue allemande qui respecte la terminologie juridique en vigueur. La qualité linguistique et grammaticale des traductions allemandes des décrets wallons, publiées officiellement, n'est pas convaincante ; celles-ci sont parfois véritablement erronées.

En outre, les dispositions qui ne relèvent pas de la compétence de la Communauté germanophone, telles que les règles concernant les receveurs régionaux ou les amendes administratives n'ont pas été reprises. Pour ces dernières, seul l'État fédéral est compétent.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cette disposition définit le champ d'application de ce décret qui règle l'organisation des communes de la région de langue allemande.

Article 2

Pour permettre une meilleure lecture du décret, le présent article contient une série de définitions qui se rapportent à quelques termes souvent mentionnés dans le texte et qui ne nécessitent aucune autre explication.

Article 3

Dans la version du Code de la démocratie locale et de la décentralisation – ci-après, « Code » –, qui sert de base au présent décret, différents délais sont utilisés, exprimés en jours ouvrables, calendrier ou francs. C'est pourquoi la présente disposition précise que tous les délais mentionnés dans le décret seront formulés en jours calendrier. Ce faisant, le jour où l'évènement déclencheur du délai se produit n'est pas pris en compte dans celui-ci, au contraire de celui du terme, sauf s'il s'agit d'un samedi, d'un dimanche ou d'un jour férié légal.

Article 4

Cette disposition correspond à l'article L1111-1 du Code qui précise que c'est le Gouvernement qui détermine l'orthographe du nom des communes et des hameaux.

Article 5

Le § 1^{er} de cet article correspond à l'article L1112-1 du Code et charge le Gouvernement d'organiser les élections lorsqu'une fraction de commune est érigée en commune.

Le § 2 correspond à l'article L1112-2 du Code et régit le cas d'une fusion de commune.

Dans les deux cas, les conseils règlent de commun accord, selon le cas, le partage des biens communaux entre les habitants des territoires séparés ainsi que tout ce qui concerne les dettes et les archives.

En cas de dissentiment entre les conseils, le différend est tranché par le Conseil d'État.

Ce sont les tribunaux ordinaires qui statuent sur les litiges relatifs aux droits résultant de titres ou de possession.

Article 6

Cette disposition, qui correspond à l'article L1113-1 du Code, énumère quelques compétences fondamentales des communes. Outre les missions confiées par loi ou décret, il s'agit de la gestion des biens et revenus de la commune, du règlement et de l'acquittement des dépenses locales, de la direction et de l'exécution des travaux publics ainsi que de l'administration des établissements qui appartiennent à la commune, qui sont à sa charge, ou qui sont particulièrement destinés à l'usage de ses habitants.

Article 7

Comme à l'article L1121-3 du Code, le Gouvernement est chargé de mettre en rapport la classification des communes prévue aux articles 10, 43, 52 et 91 avec le chiffre de la population lors de chaque renouvellement intégral des conseils. Le nombre d'habitants des communes établi au 1^{er} janvier de l'année d'élections communales régulières doit être publié au Moniteur belge, au plus tard pour le 1^{er} mai de la même année.

Article 8

Cette disposition englobe les articles L1121-1 et L1121-2 du Code déterminant que chaque commune dispose d'un corps communal composé de conseillers communaux, du bourgmestre et des échevins. Ceci n'affecte en rien l'obligation de garantir la continuité du mandat.

Article 9

Cet article reprend les articles L1122-1, L1122-2 et L1122-3, alinéa 3, du Code. Comme auparavant, les conseils sont renouvelés complètement tous les six ans, sont élus directement par l'assemblée des électeurs de la commune et installés le premier lundi du mois de décembre qui suit les élections.

Article 10

Le nombre de conseillers communaux prévu à l'article L1122-3, alinéa 1^{er}, du Code, qui est fonction du chiffre de la population de ladite commune, ne change pas.

Article 11

Tel que prévu à l'article L1122-4 du Code, tout candidat élu peut, après validation de son élection et avant son installation, renoncer par écrit au mandat qui lui a été conféré. À la différence de la disposition en vigueur en Région wallonne, cette renonciation prend effet lorsque le conseil en a pris acte. Aucune délibération motivée, contre laquelle un recours pourrait être introduit, n'est nécessaire. Si la renonciation est un droit fondamental de tout candidat, le conseil n'a aucune marge de manœuvre et ne peut qu'en prendre acte.

Article 12

Cette disposition correspond à l'article L1125-5 du Code et précise que ne peut être admis à prêter serment, aussi longtemps que subsiste la cause d'incompatibilité, le candidat élu conseiller communal qui exerce des fonctions incompatibles avec le mandat de conseiller (cf. articles 65 à 70), qui participe à une entreprise ou exerce une profession ou un métier à raison desquels il reçoit un traitement ou un subside de la commune. Le terme utilisé jusqu'alors dans la traduction allemande, « Zulage », a été remplacé par les mots « regelmäßige finanzielle Zuwendungen », car cette disposition entraînait régulièrement des difficultés d'interprétation. L'objectif de la présente disposition est de parvenir à une incompatibilité lorsqu'une certaine relation de dépendance entre le candidat et la commune apparaît.

Le candidat élu qui, dans le mois de l'invitation que lui adresse le collège, n'a pas résigné les fonctions incompatibles ou renoncé au traitement ou au subside alloué par la commune, est considéré comme n'acceptant pas le mandat qui lui a été conféré.

Article 13

Tel que prévu dans l'article L1122-5 du Code, un conseiller ne peut plus exercer son mandat s'il ne remplit plus l'une des conditions d'éligibilité.

Le collège en informe le conseil et l'intéressé. Celui-ci peut, dans un délai de quinze jours, communiquer par écrit au collège ses moyens de défense. Le conseil prend acte de la perte de l'une ou l'autre des conditions d'éligibilité et constate la déchéance de plein droit. Il procède au remplacement du membre concerné.

Le directeur général notifie cette décision à l'intéressé. Un recours fondé sur l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État peut être ouvert contre cette décision dans les huit jours de sa notification.

Si, ayant connaissance de la cause de sa déchéance, même en l'absence de toute notification, l'intéressé continue l'exercice de ses fonctions, il est passible des peines prévues par l'article 262 du Code pénal, à savoir une peine d'emprisonnement de huit jours à un an et/ou une amende de 25 à 500 euros.

Article 14

Tel que prévu à l'article L1122-9 du Code, le conseiller notifie par écrit au conseil la démission de ses fonctions. Ce dernier en prend connaissance lors de la première séance suivant cette notification.

La démission prend effet à la date où le conseil en prend connaissance. Le directeur général notifie la décision y relative à l'intéressé. Un recours, fondé sur l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État, est ouvert contre cette décision. Il doit être introduit dans les huit jours de sa notification.

Article 15

Tel que prévu à l'article L1122-6 du Code, un conseiller peut prendre, à l'occasion de la naissance ou de l'adoption d'un enfant, un congé de maximum vingt semaines.

Dans le cadre d'une absence pour cause de maladie de six mois minimum, le conseiller peut prendre congé pendant toute la durée couverte par un certificat médical.

Si la majorité des membres du groupe politique auquel le conseiller en congé appartient le demande, le conseil peut procéder à son remplacement.

Le § 4 d'origine [Les paragraphes 1^{er} et 1bis s'appliquent à partir de la première séance du conseil communal suivant celle au cours de laquelle le conseiller communal empêché a été installé.] n'est pas repris. Il est logique qu'une personne soit remplacée uniquement si elle a été installée. En cas d'urgence, ceci peut également s'effectuer lors de la même séance.

Article 16

Par analogie avec l'article L1122-7 du Code, cette disposition fixe les indemnités admissibles des conseillers. Ils ne perçoivent pas de traitement, mais peuvent obtenir des jetons de présence pour la participation à des séances du conseil ou commissions. Le conseil fixe leurs montants, situés entre 37,18 et 125 euros, qui sont indexés. Le montant maximal correspond aux jetons admissibles pour les conseillers provinciaux.

La somme du jeton de présence du conseiller et des rétributions et avantages en nature dont il bénéficie en raison de son mandat originaire, de ses mandats dérivés et de ses mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique, tels que définis à l'article L5111-1 du Code, est égale ou inférieure à 150 % de l'indemnité parlementaire perçue par les membres du parlement fédéral.

En cas de dépassement de cette limite, le montant du jeton et/ou des rétributions et avantages en nature perçus par le conseiller en raison de ses mandats dérivés et de ses mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique est réduit à due concurrence.

Selon les modalités que le Gouvernement détermine, le conseil peut majorer les jetons de présence du conseiller qui bénéficie d'autres traitements, pensions, indemnités ou allocations légaux ou réglementaires, d'un montant compensant la perte de revenus subie par l'intéressé, pourvu que le mandataire en fasse lui-même la demande.

Le montant des jetons de présence, majoré du montant compensant la perte de revenus, ne peut jamais excéder le traitement d'un échevin d'une commune de 50 000 habitants.

Article 17

Cette disposition correspond à l'article L1122-8 du Code et se réfère à la personne pouvant assister le conseiller qui ne peut exercer seul son mandat en raison d'un handicap.

Cette personne de confiance doit remplir les conditions suivantes :

- elle est un électeur (potentiel) de la commune;
- elle satisfait aux conditions d'éligibilité pour le mandat en qualité de conseiller communal;
- elle n'est pas membre du personnel communal ou du CPAS de la commune.

Elle prête serment comme tous les autres conseillers, et ce, avant son entrée en fonction, ce qui peut tout à fait se faire lors de la première séance. L'ordre dans lequel cette personne prête serment, à savoir après les autres conseillers ou directement après la personne qu'elle assiste, n'est pas déterminé. Il faut partir du principe qu'une seule personne peut agir en tant que personne de confiance, celle-ci pouvant toutefois être remplacée au cours du temps par une autre.

La personne de confiance dispose des mêmes droits et obligations que le conseiller. Cela signifie qu'elle prend également part à une séance à huis clos ou aux scrutins secrets du conseil communal. Cette personne ayant pour seule mission d'apporter un soutien physique au conseiller, elle ne peut se présenter seule. La présence dudit conseiller est dans tous les cas indispensable. Le fait que le conseil peut prévoir des jetons de présence pour cet accompagnateur est nouveau.

Conformément à l'arrêté royal du 25 février 1996 est considéré comme un conseiller qui ne peut exercer seul son mandat en raison d'un handicap celui qui, en raison d'un grave handicap sensoriel, de graves troubles du langage ou d'un handicap moteur entraînant de grandes difficultés dans le traitement des documents, a besoin d'un accompagnement personnel pour exercer ses fonctions.

Article 18

Cette disposition correspond au sens de l'article L1122-18 du Code; elle est toutefois formulée de manière plus détaillée et cohérente. Sont énumérés ici les cas pour lesquels le règlement d'ordre intérieur du conseil peut ou doit régler. Dans le code, ce règlement est

traduit en allemand par diverses dénominations : « Innere Ordnung, Allgemeine Ordnung, Geschäftsordnung ».

Sont indispensables les règles pour :

- l'établissement du tableau de préséance des conseillers;
- l'organisation des séances communes avec le conseil de l'aide sociale;
- les indemnités des conseillers ainsi que l'exercice de leurs droits;
- la convocation du conseil ainsi que les modalités de consultation des documents relatifs aux séances du conseil;
- les interpellations;
- la composition et le fonctionnement des commissions et des conseils consultatifs;
- le jour ou les dates, selon le cas, où le collège se réunit;
- le comportement déontologique et étique.

En outre, le règlement d'ordre intérieur peut contenir des mesures complémentaires, telles que l'éventuelle indemnisation de la personne de confiance pour le conseiller porteur d'un handicap, les possibilités supplémentaires de publicité des séances du conseil, des modes de scrutin supplémentaires ou l'accès au bulletin d'information communal.

Dans ce contexte, il est important de souligner que le règlement d'ordre intérieur ne doit pas être une reproduction du décret communal. Les règles qui découlent de celui-ci sont également contraignantes, même si elles n'y sont pas reprises. Par principe, il vaut mieux renoncer à une intégration des dispositions légales; cela pourrait en effet mener à des difficultés si les règles décrétales sont modifiées et que le règlement d'ordre intérieur n'est pas ou pas encore adapté. Les conseils devraient utiliser ce règlement d'ordre intérieur pour régler des situations qui ne sont pas prévues dans le décret ou qui n'y sont pas décrites précisément.

Article 19

Cette disposition reprend l'article L1122-10 du Code qui prévoit que les conseillers ont le droit de consulter tout acte et toute pièce relative à l'administration et d'en obtenir une copie.

Conformément aux modalités prévues dans le règlement d'ordre intérieur, les conseillers ont accès aux établissements et services communaux. Ils ont également le droit de poser au collège des questions orales d'actualité et des questions écrites sur les décisions prises par lui ou le conseil ou sur des avis émis par ces instances lorsque ceux-ci se rapportent à un objet qui concerne le territoire communal.

Le fait que les procès-verbaux des séances du collège soient accessibles aux conseillers depuis une plateforme en ligne sécurisée constitue une nouveauté; ceci est déjà appliqué, à la satisfaction générale, dans quelques communes.

Article 20

Comme actuellement (article L1122-11 du Code), le conseil s'assemble toutes les fois que l'exigent les affaires comprises dans ses attributions, toutefois au moins dix fois par an. Il peut tenir des séances conjointes avec le conseil de l'aide sociale.

Article 21

Le présent article règle la convocation du conseil, comme le prévoyaient jusqu'à présent les articles L1122-11 à -13 du Code.

En principe, le collège convoque le conseil, de sa propre initiative ou à la demande d'un tiers des conseillers en fonction. Si le conseil s'est réuni moins de dix fois sur une année, une demande émanant d'un quart des conseillers suffit.

En général, la convocation, qui se fait par écrit et contient l'ordre du jour, est adressée aux membres, à leur domicile ou par voie électronique, au moins sept jours avant la séance. Si toutefois le conseil est convoqué en application de l'article 25, alinéa 3, à savoir pour des objets mis pour la troisième fois à l'ordre du jour, ce délai est ramené à deux jours.

Les points à l'ordre du jour sont indiqués clairement et sont accompagnés d'une note de synthèse explicative et d'un projet de décision.

Pour chaque point de l'ordre du jour, toutes les pièces s'y rapportant sont mises à la disposition, sans déplacement, des conseillers.

Les directeurs ou les membres du personnel désignés par eux et qui doivent disposer, bien évidemment, des compétences correspondantes, se tiennent à la disposition des conseillers afin de leur donner des explications techniques, et ce, pendant au moins deux permanences précédant la séance du conseil, dont l'une durant les heures normales d'ouverture des bureaux et l'autre en dehors. Le conseil règle les modalités dans son règlement d'ordre intérieur.

Article 22

Comme actuellement (article L1122-14 du Code), le public est informé des séances du conseil. La dénomination allemande un peu désuète « Anschlags am Rathaus » est remplacée par le mot « Bekanntmachung ». Cette publicité se fait par voie d'affichage sur papier ou panneau électronique ou tout autre moyen qui remplit les mêmes objectifs. En outre, les séances sont annoncées sur le site internet de la commune.

La presse est invitée aux séances; l'ordre du jour est joint à l'invitation. Cette disposition ne doit pas être définie plus en détails dans un décret. Cela concerne bien entendu la presse locale. Comme il n'est toutefois pas nécessaire de décrire ce concept plus précisément, nous nous en sommes gardés.

Article 23

Cette disposition reprend l'article L1122-15 du Code et règle la présidence du conseil qui est assurée par le bourgmestre ou son représentant.

Le sens de la disposition relative à la désignation du président de la ou des séances du conseil avant l'adoption du pacte de majorité a été repris tout en simplifiant toutefois son libellé. Le président de la première séance du conseil sera soit le dernier bourgmestre, soit l'un des derniers échevins, selon son rang, soit le conseiller le plus âgé. À défaut, le candidat qui, aux dernières élections, a obtenu le plus de voix de préférence sur la liste ayant obtenu le plus grand chiffre électoral assure la présidence.

Article 24

Cette disposition reprend le sens des articles L1122-25 et L1122-16 du Code, articles relatifs au déroulement des séances. Considérant les pratiques effectives, le compte-rendu de la dernière séance ne devra toutefois plus être lu à haute voix. Il sera mis à disposition des conseillers en même temps que l'ordre du jour. Ceci peut s'effectuer de diverses manières, p. ex., par la poste ou sur un espace internet protégé.

Article 25

Cette disposition correspond à l'article L1122-17 du Code et règle le quorum de présence des conseillers afin que le conseil puisse prendre des décisions.

Pour ce faire, plus de la moitié des conseillers doivent en principe être présents. Toutefois, afin d'éviter que la prise de décisions soit à la longue empêchée par cette simple absence, il est prévu que si l'assemblée a été convoquée deux fois sans s'être trouvée en nombre compétent, elle pourra délibérer et décider, après une nouvelle et dernière convocation, quel que soit le nombre de conseillers présents, sur les objets mis pour la troisième fois à l'ordre du jour.

Article 26

Cet article réunit les dispositions des articles L1122-19 (§ 1^{er}) et L1125-10 (§ 2) du Code, relatifs aux conflits d'intérêts.

Le § 1^{er} interdit aux membres du conseil et du collège d'être présents à la délibération sur les objets auxquels ils ont un intérêt direct, soit personnellement, soit comme chargé d'affaires ou auxquels leurs parents ou alliés jusqu'au quatrième degré inclusivement ont un intérêt personnel ou direct, ainsi que d'assister à l'examen des comptes des administrations publiques subordonnées à la commune et dont ils seraient membres.

La prohibition ne s'étend pas au-delà des parents ou alliés jusqu'au deuxième degré, lorsqu'il s'agit de la présentation de candidats, de nomination aux emplois et de poursuites disciplinaires.

Le § 2 interdit à tout membre du conseil ou du collège ainsi qu'aux directeurs – dans la législation actuelle, seul de directeur général est concerné – de participer directement ou indirectement à toute prestation, fourniture ou passation de marché pour la commune; d'intervenir comme avocat, notaire ou homme d'affaires dans les procès dirigés contre la commune; d'intervenir en qualité de conseil pour un membre du personnel dans des affaires disciplinaires ou d'intervenir comme délégué d'une organisation syndicale dans un comité de négociation ou de concertation de la commune.

Les membres du conseil et du collège ne pourront en outre plaider, aviser ou suivre aucune affaire litigieuse quelconque dans l'intérêt de la commune, si ce n'est gratuitement.

Article 27

En principe, le présent article reprend les articles L1122-20 à -22 du Code, relatifs à la publicité des séances du conseil, qui constitue le cas normal. Les séances à huis clos portent uniquement sur des questions de personnes. Il revient au président de l'assemblée de décider quand une question concerne des personnes et de passer, le cas échéant, d'une séance publique à une séance à huis clos.

Il s'agit incontestablement de questions de personnes si :

- celles qui sont l'objet des débats ne font pas partie du conseil communal ou
- le débat porte sur la vie privée des conseillers ou du directeur général.

Toutefois, si les débats portent sur les opinions politiques des conseillers ou sur des actes qu'ils ont commis en exécution de leur mandat, ceux-ci sont ouverts au public.

L'objectif de cette disposition n'est pas uniquement de protéger la sphère privée des personnes concernées. Il s'agit avant tout de permettre aux conseillers de s'exprimer librement et naturellement, ce qui est en effet plus facile sans public.

Afin d'aider les responsables lors de l'application de la notion de « questions de personnes », certains sujets qui n'en sont très certainement pas sont cités, tels que la désignation de représentants communaux dans des fonctions ou mandats publics, les affaires immobilières ou les demandes relatives à l'aménagement du territoire, à l'urbanisme et à l'environnement.

Un autre nouveau principe qui découle de la pratique est également intégré : en matière disciplinaire, la séance à huis clos a lieu avant la séance publique. En effet, les personnes concernées sont convoquées et ne doivent pas attendre inutilement.

Article 28

Cette disposition correspond complètement à l'article L1122-23 du Code, relatif aux décisions du conseil communal concernant le budget, une modification budgétaire ou la reddition des comptes.

Concernant ces documents, le collège transmet à chaque conseiller un exemplaire du projet en question accompagné de ses annexes et d'un aperçu général, notamment relatif à la politique générale et financière ainsi qu'à la situation de l'administration et des affaires de la commune.

Les séances au cours desquelles le conseil débat de ces documents sont toujours publiques.

Les documents mentionnés dans le présent article sont transmis aux organisations syndicales représentatives dans un délai de cinq jours à compter de leur adoption. Y sont jointes les informations relatives à la structure de l'emploi, à son évolution et aux prévisions d'emploi et au personnel occupé pendant tout ou partie de l'année de référence. À la demande des organisations syndicales représentatives, introduite dans les cinq jours de la communication des documents, le collège invite sans délai ces dernières à une séance d'information spécifique au cours de laquelle lesdits documents sont présentés et expliqués. Il n'est plus prévu que cette séance doive avoir lieu avant la transmission des documents aux autorités de tutelle, car cette disposition pourrait rendre impossible le respect des délais de tutelle. Rien ne s'oppose à une transmission simultanée, puisque les organisations syndicales peuvent toujours introduire leurs remarques dans le délai de recours de vingt jours en vigueur.

Article 29

Cette disposition correspond à l'article L1122-24 du Code et prévoit deux cas où le conseil communal délibère sur des objets qui n'ont pas été fixés à l'ordre du jour par le collège :

1° dans les cas urgents si au moins deux tiers des membres présents ont reconnu ladite urgence. Dans un tel cas, le conseil communal décide du traitement de l'objet;

2° les points à l'ordre du jour :

- qui ont été communiqués au bourgmestre ou à son représentant au moins cinq jours francs avant la séance par un conseiller communal qui ne fait pas partie du collège;
- auxquels sont joints une note explicative ou un document qui donne des informations à ce sujet au conseil;

- auxquels est joint un projet de délibération lorsque l'objet donne lieu à une décision.

Il s'agit ici d'un privilège absolu pour le conseiller communal qui prend pour ainsi dire la place du collègue. Dès que les conditions formelles sont remplies, le point doit être inscrit à l'ordre du jour. Le bourgmestre ou son représentant n'ont aucune marge de manœuvre et doivent transmettre immédiatement ces points supplémentaires aux conseillers communaux.

Le conseil communal n'est pas tenu de délibérer ou de prendre une décision sur les points supplémentaires. Il peut se déclarer incompétent, reporter ou rejeter le point. Il traite de ces points de la même manière que l'ordre du jour initial fixé par le collège.

Celui-ci ayant décidé de l'ordre du jour initial, ses membres ne peuvent naturellement pas faire usage de cette faculté.

Article 30

Comme dans l'article L1122-26 du Code, l'article 30 prévoit que le conseil prend ses décisions à la majorité absolue, c'est-à-dire que lors de l'adoption, le nombre de voix pour doit être supérieur à celui des voix contre. Les abstentions et les voix nulles ne sont pas comptabilisées. En cas de partage des voix, la proposition est rejetée.

Concernant le vote relatif au budget et aux comptes, les règles précisant que le conseil vote sur leur ensemble continuent à s'appliquer; toutefois, il est tenu, à la demande d'un conseiller communal, de voter séparément sur un ou plusieurs articles ou postes ou sur un ou plusieurs groupes d'articles.

Dans ce cas, le vote d'ensemble ne peut intervenir qu'après le vote sur le ou les articles, groupes d'articles ou postes, et il porte sur les articles ou postes dont aucun des membres n'a demandé le vote séparé, et sur les articles qui ont déjà été adoptés par vote séparé.

Article 31

Les modalités de vote correspondent à l'article L1122-27 du Code qui stipule que les conseillers doivent en principe voter à haute voix. Le règlement d'ordre intérieur peut toutefois prévoir un mode de scrutin équivalent au vote à haute voix, comme le vote nominatif exprimé mécaniquement et le vote à main levée. Le vote se fait toutefois à haute voix chaque fois qu'un tiers des membres présents le demande.

Par dérogation au principe de scrutin public, les présentations de candidats, nominations aux emplois, mises en disponibilité, suspensions préventives dans l'intérêt du service et sanctions disciplinaires font l'objet d'un scrutin secret. Ces exceptions concernent des questions relatives au personnel et non les propositions relatives aux mandataires envoyés dans divers organes. En outre, il faut veiller à ce que les décisions qui ont fait l'objet d'un scrutin secret soient également motivées.

Article 32

L'article 32 reprend l'article L1122-28 du Code. Par dérogation à la règle générale selon laquelle un projet de décision est censé être rejeté en cas de parité des voix, un scrutin de ballottage est effectué, le cas échéant, entre les candidats ayant obtenu le plus de voix lors de nominations ou de présentations de candidats.

À cet effet, le président dresse une liste contenant deux fois autant de noms qu'il y a de nominations ou de présentations à faire.

Les suffrages ne peuvent être donnés qu'aux candidats portés sur cette liste.

La nomination ou la présentation a lieu à la pluralité des voix. En cas de parité des voix, le plus âgé des candidats est préféré.

Article 33

Cette disposition qui règle le droit d'interpellation du citoyen correspond parfaitement à l'article L1122-14, §§ 2 à 6, du Code.

Article 34

Comme actuellement (article L1122-29 du Code), il ne pourra être refusé à aucun des habitants de la commune, ni aux personnes déléguées à cet effet par le Gouvernement, communication, sans déplacement, des délibérations du conseil.

Le conseil pourra néanmoins décider que les décisions prises à huis clos seront tenues secrètes pendant un temps déterminé.

Articles 35 à 39

Les articles 35 à 39 reprennent les L1122-30, -32, -34, -35 et -37 du Code.

N'ont pas été repris :

- l'article L1122-31, parce que d'une part, cela va de soi – un examen doit précéder toute délibération du conseil s'il est prévu par la loi – et, d'autre part, son contenu est obsolète – la Province peut ordonner un tel examen;
- l'article L1122-33, parce que les sanctions administratives communales sont réglées par la loi et ne relèvent de ce fait pas uniquement de la compétence du pouvoir décréteil;
- l'article L1122-36, parce que cela va de soi – le conseil gère les bois et forêts conformément aux dispositions en vigueur.

Le conseil :

- règle tout ce qui est d'intérêt communal; il délibère sur tout autre objet qui lui est soumis par l'autorité supérieure;
- désigne les membres de toutes les commissions ainsi que les représentants du conseil auprès des personnes morales dont la commune est membre;
- établit les règlements communaux d'administration intérieure;
- peut créer, en son sein, des commissions qui ont pour mission de préparer ses séances;
- peut instituer des conseils consultatifs chargés de rendre un avis sur des questions d'intérêt communal. Ces conseils consultatifs sont en principe composés de façon telle qu'au plus deux tiers des membres appartiennent au même sexe;
- peut déléguer au collège, pour la durée de son mandat, la compétence pour octroyer certaines subventions.

Article 40

La définition du groupe politique correspond à celle donnée dans l'article L1123-1, § 1^{er}, du Code. Ainsi, les conseillers élus au sein d'une même liste forment un groupe politique.

Le conseiller qui, en cours de législature, démissionne de son groupe politique ou en est exclu est démissionnaire de plein droit de tous les mandats qu'il exerçait à titre dérivé tel que défini à l'article L5111-1 du Code.

L'acte de démission, signé par le conseiller concerné, ou l'acte d'exclusion, signé par la majorité des membres du groupe politique, est communiqué au collège et porté à la connaissance du conseil lors de sa prochaine séance. La démission ou l'exclusion produit ses effets à cette date. Un extrait du procès-verbal est signifié aux organismes dans lesquels le membre siégeait jusqu'alors en raison de sa qualité de conseiller.

Pour l'application du présent article et de l'article 51 (motion de méfiance), c'est-à-dire pour la détermination d'une majorité au sein du groupe politique, ce conseiller est considéré comme appartenant toujours au groupe politique quitté.

Article 41

Cette disposition qui règle le pacte de majorité reprend l'article L1123-1, § 2, du Code et est structurée comme suit :

- le § 1^{er} règle le dépôt du ou des premiers pactes de majorité après les élections;
- le § 2 règle l'adoption de celui-ci ou ceux-ci;
- le § 3 détermine le bourgmestre;
- le § 4 règle la situation dans laquelle aucun pacte de majorité n'a été déposé;
- le § 5 règle la rupture du pacte de majorité en cours du mandat.

Le § 3, qui contient la désignation du bourgmestre, apporte une nouveauté puisque celui-ci ne peut plus être désigné en dehors du conseil, une telle hypothèse étant irréaliste.

Concernant le § 5, il faut relever que si la mission du conciliateur ne mène pas à l'adoption d'un pacte de majorité, le Gouvernement ordonne de nouvelles élections. Le Code prévoit que de nouvelles élections peuvent être ordonnées, ce qui n'a pas de sens, étant donné que la mission du conciliateur n'est pas limitée dans le temps. Toutefois, si cette mission ne mène pas au déblocage de la situation, de nouvelles élections constituent le seul moyen d'obtenir un conseil communal capable de réunir une majorité. Dans ce cas, le gouvernement charge le directeur général de dresser le registre des électeurs de la commune à la date de la notification de sa décision au conseil et de convoquer les électeurs pour procéder à de nouvelles élections dans les cinquante jours de cette notification. Cette tâche était jusqu'à présent assumée par le gouverneur. Le calendrier précis des opérations électorales est fixé par le Gouvernement. Les nouveaux conseillers achèvent le mandat de ceux qu'ils remplacent.

Article 42

Comme l'article L1123-2 du Code, cette disposition ouvre la possibilité de procéder à une modification du pacte de majorité lorsqu'un membre du collège doit être définitivement remplacé.

Article 43

Le nombre d'échevins ne change pas par rapport à ce que prévoit l'article L1123-9 du Code. En conséquence, le conseil est composé de :

- deux échevins dans les communes de moins de 1 000 habitants;
- trois échevins dans celles de 1 000 à 4 999 habitants;
- quatre échevins dans celles de 5 000 à 9 999 habitants;
- cinq échevins dans celles de 10 000 à 19 999 habitants;
- six échevins dans celles de 20 000 à 29 999 habitants;
- sept échevins dans celles de plus de 30 000 habitants.

Le conseil communal peut décider de réduire d'une unité le nombre d'échevins. Jusqu'à présent, ceci était prévu par l'article L1123-8, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du Code.

Article 44

Le collège, qui compte des personnes des deux sexes, se compose du bourgmestre et des échevins, tel que prévu à l'article L1123-3 du Code. Comme avant, les présidents de CPAS ne font pas partie du collège communal dans les communes de la région de langue allemande.

Article 45

Comme prévu à l'article L1123-8, § 2, les échevins sont élus parmi les conseillers.

Un échevin est désigné hors conseil uniquement si tous les membres des groupes politiques liés par le pacte de majorité sont du même sexe. L'échevin ainsi désigné a, dans tous les cas, voix délibérative dans le collège. Il siège avec voix consultative au sein du conseil.

Ceci s'applique également si, au cours du mandat d'un collège, les deux sexes ne sont plus représentés. Un échevin doit être désigné hors collège s'il n'y a plus aucun candidat de l'autre sexe. D'une part, l'article 44 prévoit que le collège se compose de personnes des deux sexes et, d'autre part, l'article 11bis de la Constitution stipule également que les deux sexes doivent être représentés au sein des collèges communaux.

Lorsqu'un échevin n'est pas membre du conseil, il doit toutefois remplir et conserver toutes les conditions d'éligibilité.

Le pacte de majorité indique le groupe politique auquel l'échevin élu hors conseil est rattaché.

Article 46

Cette disposition reprend les articles L1123-5 et -10 du Code qui règlent de manière concordante la situation des bourgmestres et échevins empêchés.

Lorsque le bourgmestre est absent ou empêché, ses fonctions sont exercées par l'échevin de nationalité belge qu'il a délégué. À défaut, il est remplacé par l'échevin de nationalité belge qui occupe le premier rang.

Un échevin qui remplace un bourgmestre considéré comme empêché est remplacé à la demande du collège pour la période pendant laquelle il remplace le bourgmestre.

L'échevin absent ou empêché peut être remplacé, pour la période correspondant à l'absence ou à l'empêchement, sur proposition du collège, par un conseiller désigné par le conseil parmi les conseillers du groupe politique auquel il appartient. À défaut, il peut être remplacé par un conseiller issu d'un autre groupe politique lié par le pacte de majorité.

L'échevin absent ou empêché peut être remplacé par un échevin hors conseil et rattaché au même groupe politique si tous les membres du collège et tous les conseillers appartenant aux groupes politiques liés par le pacte de majorité sont du même sexe.

Article 47

Le bourgmestre ainsi que tout échevin peuvent prendre un congé de maximum vingt semaines à l'occasion de la naissance ou de l'adoption d'un enfant – actuellement réglé par l'article L1123-32 du Code. Il notifie son congé au collège par écrit en indiquant la date de début et de fin.

Article 48

Comme ce qui est actuellement prévu par les articles L1123-7, -11 et -12 du Code, le bourgmestre ou les échevins peuvent quitter leurs fonctions. Cette démission est notifiée par écrit au conseil, qui en prend connaissance lors de la première séance suivant ladite notification.

Article 49

Cette disposition reprend les articles L1123-6 et -13 du Code qui prévoient que le Gouvernement peut suspendre ou révoquer provisoirement ou définitivement un bourgmestre ou un échevin pour conduite notoire ou négligence grave.

La suspension ne peut excéder trois mois.

Le bourgmestre ou l'échevin révoqué ne peut être réélu au cours de la même législature.

Article 50

Indépendamment du fait que le président du CPAS ne soit pas membre du collège, il y siège avec voix délibérative lorsqu'il s'agit d'exercer la tutelle sur les décisions du conseil de l'aide sociale (article L1123-8, § 1^{er}, du Code).

S'il n'en est pas membre, il siège avec voix consultative au conseil.

Article 51

Cette disposition relative à la motion de méfiance reprend le sens de l'article L1123-14 du Code; la disposition précisant qu'une telle demande à l'encontre du président du conseil de l'aide sociale ne peut être introduite a été supprimée, car ce dernier ne fait pas partie du collège.

Le collège, de même que chacun de ses membres, est responsable devant le conseil. Celui-ci peut remettre l'ensemble du collège ou l'un de ses membres en question, par l'introduction d'une motion de méfiance collective ou individuelle.

Cette motion n'est recevable que :

- si elle présente un successeur au collège, à l'un ou à plusieurs de ses membres, selon le cas;
- si elle est déposée par la moitié au moins des conseillers de chaque groupe politique formant une majorité alternative, s'il s'agit d'une motion de méfiance collective;
- si elle est déposée par la moitié au moins des conseillers de chaque groupe politique participant au pacte de majorité, s'il s'agit d'une motion de méfiance individuelle.

Les débats et le vote sur la motion de méfiance sont inscrits à l'ordre du jour du plus prochain conseil qui suit son dépôt entre les mains du directeur général, pour autant que se soit écoulé au minimum un délai de sept jours à la suite de ce dépôt. Le directeur général adresse sans délai le texte de la motion de méfiance à chacun des membres du conseil et du collège et le porte à la connaissance du public par voie d'affichage à la maison communale.

Lorsqu'il s'agit d'une motion de méfiance individuelle, les membres du collège concernés peuvent faire valoir, en personne, leurs observations devant le conseil, et en tout cas, immédiatement avant que n'intervienne le vote.

La motion de méfiance est votée en séance publique.

L'adoption de la motion emporte la démission du collège ou du ou des membres contestés, ainsi que l'élection du nouveau collège ou du ou des nouveaux membres. Ceci a naturellement pour conséquence le dépôt d'un nouveau pacte de majorité ou la modification du pacte existant.

Le § 2 fixe les périodes au cours desquelles aucune motion de méfiance collective ne peut être introduite :

- avant l'expiration d'un délai de dix-huit mois après l'installation du collège;
- après le 30 juin de l'année précédant les élections;
- avant la fin d'une année suivant l'introduction de la précédente motion;
- pas plus de deux motions de méfiance collectives ne peuvent être votées au cours d'une même législature communale.

Article 52

Cette disposition reprend, sans le modifier, l'article L1123-15 du Code concernant les traitements du bourgmestre et des échevins, qui sont liés au nombre d'habitants.

En vertu de l'arrêté royal du 16 novembre 2000, le pécule de vacances et la prime de fin d'année du bourgmestre et des échevins sont calculés selon les règles fixées dans :

1° l'arrêté royal du 30 janvier 1979 relatif à l'octroi d'un pécule de vacances aux agents de l'administration générale du Royaume;

2° l'arrêté royal du 23 octobre 1979 accordant une allocation de fin d'année à certains titulaires d'une fonction rémunérée à charge du Trésor public.

Outre ces traitements, les bourgmestres et échevins ne pourront jouir d'aucun émolument à charge de la commune, ce qui n'exclut toutefois pas naturellement le remboursement des frais.

Article 53

Comme l'article L1123-16 du Code, cette disposition règle le traitement de l'échevin et du conseiller qui remplace un bourgmestre ou un échevin pendant au moins un mois.

Article 54

Comme l'article L1123-17 du Code, cette disposition règle le traitement maximal du bourgmestre et des échevins. Ce traitement ne peut excéder, avec les rétributions et avantages en nature perçus en raison du mandat originaire, des mandats dérivés et des mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique, 150 % de l'indemnité parlementaire perçue par les membres du parlement fédéral.

En cas de dépassement de ce plafond, le montant du traitement et/ou des rétributions et avantages en nature dont ils bénéficient sont réduits à due concurrence.

Article 55

Le Gouvernement détermine le signe distinctif des bourgmestres et échevins.

Conformément à l'arrêté de la Région wallonne du 20 avril 2006, toujours applicable en région de langue allemande, les bourgmestres portent une écharpe à fond noir, jaune, rouge, avec franges dorées. Celle-ci peut également être frappée du blason ou de l'écusson de la commune.

Les échevins portent une écharpe à fond noir et jaune, avec franges rouges. Elle peut être frappée d'un coq rouge.

Les bourgmestres et échevins portent l'écharpe soit à la taille, la couleur noire vers le haut, le nœud à gauche, soit sur l'épaule droite, le nœud du côté gauche, la couleur noire étant celle qui se trouve le plus près du cou.

Les bourgmestres et échevins portent l'écharpe lors de manifestations ou de cérémonies se déroulant exclusivement sur le territoire communal.

Articles 56 à 59

Les articles 56 à 59 reprennent, sans les modifier, les articles L1123-19 à L1123-22 du Code, relatifs à la présidence, aux quorums de présence et de décision, aux séances et aux séances à huit clos du collège.

Article 60

Cette disposition reprend le contenu des articles L1123-23 et L1123-28 du Code, relatifs aux compétences du collège :

- 1° exécution des prescriptions des autorités supérieures, lorsqu'elle lui est spécialement confiée;
- 2° publication et exécution des décisions du conseil communal;
- 3° administration des établissements communaux;
- 4° gestion des revenus, ordonnancement des dépenses de la commune et surveillance de la comptabilité;
- 5° direction des travaux communaux;
- 6° représentation de la commune devant tout tribunal;
- 7° administration des propriétés de la commune, ainsi que conservation de ses droits;
- 8° surveillance des employés rémunérés par la commune;
- 9° entretien des chemins vicinaux et des cours d'eau;
- 10° garde des archives et des titres.

Article 61

Cette disposition correspond à l'article L1123-25 du Code et à l'article 126 de la nouvelle loi communale, qui prévoient que le bourgmestre et l'officier d'état civil peuvent déléguer à des membres du personnel les compétences suivantes :

- 1° délivrance d'extraits ou copies d'actes autres que des actes de l'état civil;
- 2° légalisation de signatures;
- 3° certification conforme de copies de documents.

Cette faculté vaut pour les documents destinés à servir en Belgique ou à l'étranger, à l'exception de ceux qui doivent être légalisés par le Ministre fédéral des Relations extérieures ou par le fonctionnaire qu'il délègue à cette fin.

Article 62

Comme dans l'article L1123-27 du Code, cette disposition oblige le collège à soumettre au conseil, dans les trois mois après l'adoption du pacte de majorité, c'est-à-dire après son installation, un programme de politique générale couvrant la durée de son mandat et comportant au moins les principaux projets politiques, et qui est porté à la connaissance du public après approbation par le conseil communal.

Article 63

Le bourgmestre est compétent pour toutes les missions confiées à la commune et qui ne le sont pas expressément au collège ou au conseil.

Article 64

Comme dans l'article L1123-30 du Code, le bourgmestre a le droit, à la demande du président du conseil de l'aide sociale, de réquisitionner tout bâtiment à l'abandon depuis plus de six mois pour le mettre à la disposition de sans-abris. Le droit de réquisition ne peut s'exercer que dans un délai de six mois prenant cours à dater de l'avertissement adressé par le bourgmestre au propriétaire et moyennant un juste dédommagement.

Article 65

Les incompatibilités des membres du conseil et du collège prévues dans la présente disposition correspondent essentiellement à celles prévues par l'article L1125-1 du Code, tel que modifié en dernier lieu par le décret du 21 novembre 2016.

Ont été supprimées les incompatibilités se référant en particulier aux institutions bruxelloises. Par conséquent, l'incompatibilité pour les proches parents des directeurs communaux prévue au 11^o a été étendue à ceux des receveurs régionaux.

Article 66

En plus des incompatibilités mentionnées à l'article 65, d'autres cas, identiques à ceux de l'article L1125-2 du Code, s'appliquent aux membres du collège.

Article 67

Les incompatibilités en matière de parenté correspondent aux cas prévus à l'article L1125-3 du Code et concernent tous les conseillers qui ne peuvent ni être parents ou alliés jusqu'au deuxième degré inclus, ni être mariés ou cohabitants légaux. Pour des raisons diverses, cette incompatibilité ne peut être étendue aux personnes vivant « effectivement » ensemble, même si cette situation peut également mener à des problèmes de partialité. D'une part, ceci ne peut être vérifié et, d'autre part, il existe des situations dans lesquelles des personnes partagent certes une adresse, sans toutefois vivre ensemble au sens strict. Il est notamment question ici de logements communautaires.

Ne peuvent pas non plus faire partie en même temps du conseil ceux dont les conjoints ou les cohabitants légaux sont parents entre eux jusqu'au deuxième degré inclus.

Si des personnes concernées par ces incompatibilités sont élues à l'issue des mêmes élections, l'ordre de préférence est réglé par l'ordre d'importance des quotients qui ont déterminé l'attribution à leur liste des sièges dévolus à ces candidats.

Si deux de ces personnes sont élues, l'une conseiller effectif, l'autre conseiller suppléant, l'interdiction de siéger n'est opposée qu'à ce dernier, à moins que la vacance qui l'appelle à siéger soit antérieure à l'élection de son parent, allié ou conjoint.

Entre suppléants que des vacances appellent à siéger, la priorité se détermine en ordre principal par l'antériorité de la vacance.

L'élue qui, dans les circonstances susmentionnées, n'est pas installé conserve le droit d'être admis ultérieurement à prêter serment. Il est remplacé par le conseiller suppléant

classé en ordre utile de la liste sur laquelle il a été élu. Lorsque l'incompatibilité cesse, celui-ci est classé premier suppléant.

Il convient de noter que l'alliance survenue ultérieurement entre les conseillers n'emporte pas révocation. Il n'en est pas de même lorsqu'il s'agit d'un mariage ou d'une cohabitation légale ultérieurs. L'alliance est en outre censée dissoute par le décès ou le divorce de la personne du chef de laquelle elle provient.

Article 68

Comme également prévu par l'article L1125-6 du Code, les conseillers qui acceptent une fonction incompatible avec leur mandat ou un traitement ou un subside régulier de la commune cessent de faire partie du conseil si, dans les quinze jours à dater de l'invitation que leur adresse le collège, ils ne renoncent pas soit à la fonction incompatible avec leur mandat, soit au traitement ou au subside alloué par la commune.

Le conseiller qui se trouve dans l'une des situations d'incompatibilité visées aux articles 65 et 67 ne peut plus continuer à exercer ses fonctions.

Si, ayant connaissance de la cause de sa déchéance, même en l'absence de toute notification, l'intéressé continue à exercer ses fonctions, il est passible des peines prévues par l'article 262 du Code pénal.

Le directeur général tient à jour un registre des fonctions et mandats exercés par les conseillers. Ce registre, qui doit être publié au moins sur le site internet de la commune, contient les informations concernant tous les mandats exercés par les conseillers ainsi que les rétributions et avantages y liés. Les conseillers sont tenus de communiquer spontanément au directeur général toutes les informations nécessaires. À défaut, même après y avoir été expressément invités, ils sont punis d'une amende administrative de 250 euros. L'imposition de cette amende s'applique conformément à la législation sur les sanctions administratives communales (actuellement, la loi du 24 juin 2013).

Article 69

Le règlement prévu jusqu'ici par l'article L1125-12 du Code, selon lequel un membre du conseil ou du collège ne peut détenir plus de trois mandats effectivement rémunérés en tant qu'administrateur d'intercommunales, est étendu à tous les mandats rémunérés au sein d'intercommunales.

Article 70

La prestation de serment des mandataires communaux diverge de la forme prévue actuellement par l'article L1126-1 du Code. Comme ce que prévoyaient les articles 80 et 81 de la nouvelle loi communale avant le vote du Code, le bourgmestre prête serment devant le Gouvernement après la séance constitutive du conseil communal au cours de laquelle le pacte de majorité est voté. Les membres du collège et du conseil prêtent serment entre les mains du bourgmestre au cours de la deuxième séance publique du conseil.

Les mandataires qui, après avoir reçu deux convocations consécutives à l'effet de prêter serment, s'abstiennent, sans motifs légitimes, de remplir cette formalité, sont considérés comme démissionnaires, comme ce que prévoyait jusqu'à présent l'article L1126-2 du Code.

Article 71

Cette disposition relative aux procès-verbaux des séances du conseil et du collège résume les règles prévues aux articles L1132-1 et -2 du Code. Le directeur général rédige les procès-verbaux du conseil et du collège communal et assure la transcription de ceux-ci. Il s'agit ici de compte-rendus sommaires.

Tout procès-verbal reprend toutes les décisions dans l'ordre chronologique. En outre, les points pour lesquels le conseil n'a pas pris de décision sont énumérés.

Article 72

Les règlements et ordonnances du conseil et du collège communal, les publications, les actes et la correspondance de la commune sont signés par le bourgmestre et contresignés par le directeur général.

Article 73

Cette disposition reprend le contenu des articles L1132-4 et -5 du Code et règle la possibilité de déléguer certaines signatures.

Le bourgmestre peut déléguer la signature de certains documents à un ou plusieurs membres du collège. Il peut révoquer cette délégation à tout moment.

Le collège peut autoriser le directeur général à déléguer le contreseing de certains documents à un ou plusieurs membres du personnel.

Cette délégation est faite par écrit en indiquant les documents pour lesquels elle vaut.

La mention de la délégation doit précéder la signature, le nom et la fonction de la personne à laquelle la signature a été déléguée.

Article 74

Les règlements et ordonnances du conseil, du collège et du bourgmestre sont publiés par ce dernier par voie d'affichage à la maison communale, comme prévu jusqu'à présent à l'article L1133-1 du Code, et sur le site internet de la commune, ce qui est désormais obligatoire.

Article 75

Comme le prévoyait l'article L1132-2 du Code jusqu'à présent, les règlements et ordonnances deviennent obligatoires le cinquième jour qui suit leur publication, sauf s'ils en disposent autrement.

Article 76

Cette disposition correspond en partie aux articles L3221-1 et -2 du Code, relatifs à l'information de la population concernant les activités de gestion des communes. Sont maintenues les obligations suivantes :

1° le conseil désigne un membre du personnel chargé de la conception et de la réalisation de la politique d'information pour toutes les autorités administratives dépendant de la commune, ainsi que de la coordination de la publication visée au 2°;

2° le collège publie un document décrivant les compétences et l'organisation interne de toutes les autorités administratives qui en dépendent. Ce document est tenu à la disposition de quiconque le demande.

Ici disparaît l'obligation de mentionner dans toute lettre émise par l'une des autorités administratives d'une commune le nom, la qualité, les adresses postale et électronique ainsi que le numéro de téléphone de la personne qui peut transmettre d'autres informations concernant le dossier et les possibilités de recours. Naturellement, ces informations doivent continuer à être fournies; elles ne sont toutefois pas en lien direct avec l'information concernant les activités de l'administration communale. La Communauté germanophone disposant déjà d'un décret du 16 octobre 1995 relatif à la publicité des documents administratifs, qui règle cet aspect de manière cohérente pour toutes les autorités administratives, les communes seront expressément intégrées à cet instrument via les dispositions modificatives prévues aux articles 198 et suivants.

Article 77

Outre les informations prévues à l'article 76 et relatives aux autorités administratives, le conseil peut éditer un bulletin d'informations destiné à diffuser des informations d'intérêt local (régulé jusqu'à présent par l'article L3221-3 du Code). Il peut, avec l'accord du conseil de l'aide sociale, décider d'éditer un bulletin commun à la commune et au centre public d'aide sociale.

Outre les communications des membres du conseil dans l'exercice de leurs fonctions, si un groupe politique a accès aux colonnes du bulletin d'information communal, chaque groupe politique démocratique y a également accès dans la même proportion, à l'exclusion des groupes politiques qui ne respecteraient pas les principes démocratiques.

Articles 78 à 86

Les articles 78 à 86 correspondent, sans aucun changement au niveau du contenu, aux articles L1141-1 à L1141-12 du Code et n'entraînent en conséquence aucune modification à commenter de la législation actuelle et connue.

Article 87

Les règles concernant les directeurs (articles 87 à 108) correspondent essentiellement aux dispositions prévues dans les articles L1124-1 à L1124-50 du Code. Le présent décret répartit toutefois les règles entre des dispositions communes et des dispositions applicables uniquement aux directeurs général et financier, ce qui réduit de plus de la moitié le nombre d'articles (cf. tableau de correspondance destiné à l'identification de l'article d'origine). En outre, aucune disposition de ce décret ne concerne les receveurs régionaux, car ils ne relèvent pas de la compétence de la Communauté germanophone.

Chaque commune dispose d'un directeur général et d'un directeur financier.

Il y a incompatibilité :

- entre les fonctions de directeur général et de directeur financier;
- entre les fonctions de directeur et la qualité de membre du personnel du gouvernement provincial et du commissariat d'arrondissement.

Article 88

L'accès à la fonction de directeur a d'ailleurs été précisé, une telle fonction pouvant être attribuée par voie de recrutement, de promotion et de mobilité, comme jusqu'à présent; un recrutement doit en tout cas avoir lieu.

Les autres modalités pour l'occupation de ces fonctions sont fixées dans l'arrêté du Gouvernement du 30 mai 2017.

L'alinéa 2 découle de l'avis du Conseil d'État émis pour l'arrêté susmentionné et précise que la fonction de directeur est accessible aux personnes qui sont citoyens d'un État membre de l'Espace économique européen ou de la Confédération suisse. Le Conseil d'État faisait remarquer que c'est un décret qui doit permettre l'accès à des fonctions de puissance publique – la fonction de directeur en fait partie – à des ressortissants autres que belges.

Le conseil fixe le statut administratif des directeurs. Conformément au décret du 20 décembre 2004 relatif à la tutelle, ledit statut doit être approuvé par le Gouvernement.

Article 89

Avant d'entrer en fonction, un directeur général prête le serment visé à l'article 70, au cours d'une séance publique du conseil communal, entre les mains du président.

Le directeur qui, sans motif légitime, ne prête pas serment après avoir été invité à le faire lors de la plus prochaine séance du conseil par une lettre recommandée à la poste, est réputé renoncer à sa nomination.

Article 90

En principe, les directeurs ne peuvent exercer aucune activité professionnelle accessoire rémunérée, sauf si le conseil leur octroie une dérogation ou que ladite activité est liée à la fonction.

L'exercice d'une activité professionnelle complémentaire n'est pas autorisé notamment si celle-ci :

- 1° peut compromettre l'exercice de l'activité normale au sein du service;
- 2° peut nuire à la dignité de la fonction;
- 3° est de nature à compromettre l'indépendance du directeur ou à créer une confusion avec sa qualité de directeur.

Article 91

Le conseil fixe l'échelle de traitement du directeur général dans les limites minimales et maximales inchangées déterminées ci-après :

- 1° dans les communes de 10 000 habitants et moins : 34 000 à 48 000 euros;
- 2° dans les communes de 10 001 à 20 000 habitants : 38 000 à 54 000 euros;
- 3° dans les communes de 20 001 à 35 000 habitants : 40 600 à 58 600 euros.

L'échelle de traitement du directeur financier correspond à 97,5 % de celle applicable au directeur général de la même commune.

Article 92

Les directeurs ont droit à des augmentations biennales qui ne peuvent être inférieures à 3 % du minimum.

Le traitement minimal des directeurs est majoré d'un complément correspondant à l'ancienneté acquise dans les emplois de l'État, des Régions, des Communautés, des communes, des provinces et dans d'autres services publics que le Gouvernement détermine ainsi que dans le secteur privé, et ce, conformément aux règles fixées par le Gouvernement (cf. arrêté royal du 29 mars 1995). Le fait que les années de service acquises dans le secteur privé peuvent aussi être prises en compte constitue une nouveauté. Ceci n'était pas le cas jusqu'à présent pour les grades dits légaux.

Article 93

Les communes font bénéficier leurs directeurs, tout comme le reste du personnel, des dispositions applicables au personnel des services publics fédéraux en matière de congé annuel de vacances.

Article 94

Le traitement des directeurs nommés à titre définitif est payé mensuellement et par anticipation. Il prend cours à la date de l'entrée en fonction. Si celle-ci a lieu en cours de mois, le directeur obtient, pour ce mois, autant de trentièmes du traitement qu'il reste de jours à courir à partir de l'entrée en fonction inclusivement. Ceci était jusqu'à présent prévu dans l'article L1124-13 du Code. La disposition selon laquelle la cessation des fonctions donne droit au paiement d'un mois complet n'est pas maintenue.

Article 95

En cas d'absence d'un directeur ou de vacance de l'emploi, un directeur faisant fonction est désigné, car une commune ne peut fonctionner sans ceux-ci.

Pour une période ininterrompue n'excédant pas trente jours, le collège peut déléguer aux directeurs la désignation de leur remplaçant, faculté qui est particulièrement utilisée lors de remplacements pour cause de congé.

Le directeur faisant fonction bénéficie de l'échelle de traitement du titulaire.

Lors de l'installation et de la cessation des fonctions d'un directeur financier faisant fonction, un compte de fin de gestion est établi et l'encaisse et les pièces comptables sont remises, sous la surveillance du collège.

Article 96

Le contrat d'objectifs, entretemps connu des communes et des directeurs généraux (article L1124.1 du Code), contient la description des missions légales du directeur général, qui ressortent du programme de politique générale, ainsi que tout autre objectif mesurable et réalisable de son ressort.

Il décrit la stratégie de l'organisation de l'administration au cours de la législature pour réaliser les missions et atteindre les objectifs visés à l'alinéa 1^{er}, et les décline en initiatives et projets concrets. Il contient une synthèse des moyens humains et financiers disponibles et/ou nécessaires à sa mise en œuvre.

Une concertation portant sur les moyens nécessaires à la réalisation du contrat d'objectifs a lieu entre le directeur général et le collège. Le directeur financier y est associé pour les matières dont il a la charge. En cas d'absence d'accord du directeur général sur les moyens, l'avis de ce dernier est annexé au contrat d'objectifs tel qu'approuvé par le collège.

L'actualisation du contrat d'objectifs peut être annuelle. Sur demande du directeur général, le contrat d'objectifs peut être adapté par le collège en cours d'année. Ledit contrat est communiqué au conseil, de même que ses actualisations et éventuelles adaptations.

Article 97

Le directeur général est tenu de se conformer aux instructions qui lui sont données soit par le conseil, soit par le collège, soit par le bourgmestre, selon leurs attributions respectives. D'un point de vue disciplinaire, il est soumis au collège et au conseil, conformément aux articles 114 à 137.

Article 98

Outre les missions classiques connues – telles que la préparation des séances du conseil et du collège, les procès-verbaux de celles-ci, la transmission desdits procès-verbaux, le conseil juridique et administratif du conseil et du collège –, le directeur général est chargé, depuis la dernière réforme des grades légaux (2013), d'autres missions et d'autres compétences qui sont toutes reprises dans le présent décret.

Son rôle en tant que chef du personnel a été renforcé :

- il établit le projet d'évaluation du personnel;
- il organise le système de contrôle interne du fonctionnement des services communaux;
- il dirige et coordonne les services communaux;
- il ou son délégué participe avec voix délibérative aux jurys d'examen;
- il dispose de compétences en matière disciplinaire.

En effet, le directeur général n'est pas qu'un secrétaire communal. Il est devenu un véritable directeur d'administration et sert de charnière entre le monde politique et les services administratifs. Grâce au contrat d'objectifs, il traduit la stratégie organisationnelle de l'administration en initiatives et projets concrets. Afin de remplir son rôle, il peut faire appel au conseil de direction dont il est le président.

En général, le système de contrôle a pour mission d'exécuter la gestion orientée sur les objectifs et les résultats d'une entreprise. Ce système de contrôle permet d'établir et d'assigner (répartition) les objectifs à poursuivre, de mesurer leur réalisation, de constater les écarts entre les prévisions et la réalité et d'élaborer des mesures correctives. En d'autres termes, ce système de contrôle vise la gestion d'une entreprise à l'aide de la planification et des projets qui en résultent. Ces derniers concernent l'ensemble de l'entreprise, de la planification stratégique à la planification opérationnelle. Dans ce sens, ce système de contrôle s'entend aussi comme un processus cybernétique qui s'illustre par un circuit de surveillance.

Appliqué aux communes, il s'agit d'un ensemble de mesures et de procédures conçues pour assurer une sécurité raisonnable en ce qui concerne :

- 1° la réalisation des objectifs;
- 2° le respect de la législation en vigueur et des procédures;
- 3° la disponibilité d'informations fiables sur les finances et la gestion.

Le cadre général du système de contrôle interne est soumis à l'approbation du collège.

Article 99

Cette disposition relative à l'exercice des fonctions d'un directeur financier correspond à l'article L1124-21 du Code. Ainsi, les communes qui comptent moins de 10 000 habitants peuvent décider elles-mêmes si elles ont recours aux services d'un receveur régional ou si elles créent l'emploi d'un directeur financier.

Le directeur financier d'une commune comptant moins de 20 000 habitants peut encore et toujours être nommé directeur financier du centre public d'aide sociale local. Il

ne peut toutefois être nommé directeur financier d'une autre commune, ni directeur financier du centre public d'aide sociale d'une autre commune.

Les prestations totales ne pourront en aucun cas porter le volume global de toutes les activités cumulées à plus de 125 % du temps de travail d'un emploi à temps plein.

Le conseil communal et le conseil de l'aide sociale déterminent de commun accord la répartition du temps de travail du directeur financier au profit des deux institutions. La charge salariale incombant respectivement à la commune et au centre public d'aide sociale est proportionnelle au temps de travail presté au profit de chacune des deux institutions.

Article 100

Le directeur financier est placé sous l'autorité du collège.

Article 101

Si une commune comptant moins de 10 000 habitants décide de créer l'emploi de directeur financier, elle doit en informer le gouverneur. Enfin, il faut convenir avec ce dernier du moment où il sera mis fin à la mission du receveur régional dans la commune.

La commune qui crée l'emploi de directeur financier peut toutefois nommer immédiatement à cet emploi un receveur régional.

Article 102

Les missions du directeur financier correspondent à celles décrites jusqu'à présent aux articles L1124-25 et L1124-40 du Code.

Le directeur financier remplit la fonction de conseiller financier et budgétaire de la commune.

Dans le cadre du système de contrôle interne, il est chargé :

- 1° de l'utilisation efficace et économique des ressources;
- 2° de la protection des actifs;
- 3° de la transmission au directeur général d'informations financières fiables.

Dans le cadre de la gestion journalière, le directeur financier est chargé :

- d'effectuer les recettes de la commune;
- d'acquitter sur mandats les dépenses ordonnancées;
- de remettre dans les dix jours un avis de légalité écrit et motivé sur tout projet de décision du conseil ou du collège ayant une incidence financière ou budgétaire supérieure à 30 000 euros. Ce montant remplace la somme de 22 000 euros prévue jusqu'à présent et s'inspire de la législation relative aux marchés publics. Il constitue un plafond au-delà duquel un marché ne peut plus être confié sur simple facture;
- d'envoyer, en vue du recouvrement de créances non fiscales certaines et exigibles, une contrainte visée et rendue exécutoire par le collège;
- de donner, sur demande du collège ou du directeur général ou de sa propre initiative, un avis de légalité écrit et motivé sur toute question ayant une incidence financière au niveau communal;
- de faire rapport, au moins une fois par an, à la commission désignée par le conseil, sur l'exécution de sa mission consultative.

- de rédiger en toute indépendance les avis et rapports prévus dans cet article.

Le collège peut entendre le directeur financier à propos de ses avis ou recommandations.

Article 103

Comme prévu jusqu'à présent à l'article L1124-42 du Code, le collège vérifie l'encaisse au moins une fois par trimestre. À cette occasion, un procès-verbal est établi et présenté au conseil qui en prend acte.

Article 104

Comme dans l'article L1124-43 du Code, le recouvrement des impositions dues à une commune est poursuivi contre les contribuables domiciliés dans une autre commune par le directeur financier de celle-ci.

Les frais exposés par la commune poursuivante et non recouverts à charge du contribuable sont supportés par la commune demanderesse.

Article 105

La responsabilité du directeur financier ne s'étend pas aux recettes pour le recouvrement desquelles le conseil a désigné des agents spéciaux. Comme prévu jusqu'à présent à l'article L1124-44, § 1^{er}, du Code, ceux-ci sont responsables des recettes dont le recouvrement leur est confié et ont en la matière les mêmes obligations et sont soumis aux mêmes règles que le directeur financier.

Article 106

Comme prévu jusqu'à présent à l'article L1124-44, § 2, du Code, le collège peut confier à certains membres du personnel communal le paiement et l'engagement de menues dépenses ainsi que la perception de recettes en espèces.

Ces membres du personnel ne sont pas soumis aux mêmes obligations que les agents spéciaux visés à l'article 105. Ils versent au directeur financier au moins trimestriellement le montant intégral de leurs perceptions, selon les directives qu'il leur donne.

Article 107

Cette disposition relative au compte de fin de gestion, qui doit être établi lors de la cessation des activités, correspond à l'article L1124-45 du Code.

Le collège soumet ledit compte au conseil. Celui-ci l'arrête et déclare le comptable quitte ou fixe un débet.

La décision par laquelle le compte de fin de gestion est définitivement arrêté est notifiée par recommandé au comptable ou à ses ayants cause par les soins du collège, accompagnée, s'il y a lieu, d'une invitation à solder le débet.

Article 108

Cette disposition reprend, sans le modifier, l'article L1124-46 du Code.

Article 109

Le collège établit l'organigramme de tous les services communaux.

Article 110

L'instauration d'un conseil de direction, déjà prévue à l'article L1211-3 du Code, est maintenue. Ce conseil est composé des directeurs et des membres du personnel que le directeur général choisit. À l'exception d'une concertation obligatoire concernant les avant-projets de budget, les modifications budgétaires et les notes explicatives y relatives, cette mise en place est facultative pour les communes comptant moins de 10 000 habitants.

Outre les attributions confiées par décision du collège, le conseil de direction connaît de toutes les questions d'intérêt général relatives à l'organisation et au fonctionnement des services.

Article 111

Comme prévu jusqu'à présent aux articles L1212-1 et L1212-2, le conseil communal fixe, dans le cadre des conditions du présent décret (p. ex., conditions de recrutement des directeurs ou statut disciplinaire) le cadre organique, ainsi que les statuts administratif et pécuniaire du personnel communal; le personnel enseignant étant soumis à d'autres décrets.

L'obligation découlant du Code, selon laquelle le personnel devait avoir son domicile sur le territoire de la commune, a été abrogée, car elle ne correspond plus aux réalités de notre époque.

Le personnel communal bénéficie, aux mêmes conditions que le personnel des services publics fédéraux, des allocations de foyer et de résidence, allocations familiales, pécule de vacances et pécule de vacances familial ainsi que des primes de fin d'année.

Article 112

Selon l'article L1213-1 du Code, le conseil communal nomme les membres du personnel. Il peut déléguer ce pouvoir au collège communal, excepté pour les docteurs en médecine, chirurgie et accouchements ainsi qu'en médecine vétérinaire, auxquels il confie des missions spéciales dans l'intérêt de la commune, et pour les membres du personnel enseignant. Le collège est compétent pour les désignations à titre temporaire, qui doivent être approuvées par le conseil dans un délai de trois mois.

La compétence du collège en matière de désignations à titre temporaire a été insérée par le décret du 2 mars 2015 et a fait ses preuves pour l'essentiel, sauf qu'une approbation ultérieure du conseil communal a mené à des situations absurdes. Dans le cas de contrats très courts (remplacement du personnel de nettoyage pour cause de maladie), le membre du personnel dont l'engagement doit être approuvé n'est même plus en service. De la même manière, des contrats de travail correctement conclus ne peuvent pas être résiliés ultérieurement par un refus d'approbation. C'est pourquoi les dispositions présentes prévoient que les désignations temporaires du collège ainsi que tous les contrats de travail pour lesquels le collège a délégué la conclusion seront transmis au conseil pour information.

Article 113

Comme l'article L1214-1 du Code, la présente disposition prévoit que le conseil pourra fixer pour les membres du personnel des interdictions générales prohibant l'exercice, direct ou par personne interposée, de tout commerce ou tout emploi jugé incompatible avec leurs fonctions.

La demande introduite en vue d'exercer une activité accessoire est adressée par écrit au collège, lequel statue sur avis du directeur général.

L'autorisation peut être retirée.

Le § 2 de cet article est nouveau et prévoit qu'une sanction disciplinaire pourra aussi être prononcée à l'encontre d'un membre du personnel contractuel qui exerce une activité complémentaire sans autorisation.

Articles 114 à 148

Le règlement disciplinaire décrit aux articles 114 à 148, les règles relatives à l'inaptitude professionnelle et à la chambre de recours correspondent presque entièrement à la législation actuelle (articles L1215-1 à L1218-13 du Code). C'est pourquoi un simple décret modificatif n'aurait compté que quelques articles présentant les contenus décrits ci-après.

Les modifications suivantes ont été apportées :

- en raison de la terminologie juridique allemande de Belgique, les termes « Rüge » et « Beschwerdekammer » ont été remplacés par les termes « Tadel » et « Widerspruchskammer »;

- le directeur général peut, de sa propre initiative – et non sur rapport motivé du supérieur hiérarchique direct – infliger un avertissement ou une réprimande (article 121);

- les délais, mentionnés tantôt en jours calendrier, tantôt en jours, sont à présent exprimés en jours calendrier et ont dès lors été légèrement allongés :

Article du Code	Jours ouvrables	Article décret	Jours calendrier
L1215-12	12	122	15
L1215-18	10	126	12
L1215-24	5	132	7
L1215-25	10	133	12
L1217-2	10	137	12

- la composition de la chambre de recours est adaptée à la réalité de la Communauté germanophone et réduite plus ou moins de moitié; outre un magistrat-président et un directeur général et financier, les organisations syndicales représentatives sont bien entendu aussi représentées.

Article 149

Cette disposition résume les articles L1221-1 et -2 du Code et prévoit que les conseils communaux acceptent toujours provisoirement les libéralités faites par actes entre vifs, conformément aux dispositions de la loi du 12 juillet 1931 portant extension à toutes les personnes civiles du bénéfice de l'acceptation provisoire des libéralités faites par actes entre vifs.

Ceci vaut également pour les libéralités en faveur des établissements publics existant dans la commune et dotés de la personnalité juridique; ces libéralités sont soumises à l'approbation du conseil communal.

Article 150

Comme ce que préoyaient les articles L1222-1 et -2 du Code, le conseil communal fixe les conditions de location ou de fermage et de tous autres usages des produits et revenus des propriétés et droits de la commune.

Article 151

Cette disposition qui reprend les articles L1222-3 et -4 du Code a déjà été discutée en détail au Parlement et a mené à la clarification de la circulaire du 4 avril 2017 de la ministre chargée de la tutelle. Toutefois, en raison de la nouvelle législation relative à l'adjudication publique, une nouvelle adaptation du texte était devenue nécessaire. L'arrêté royal du 14 janvier 2013 prévoyant depuis le 30 juin 2017 (article 38/1) que tout travail ou toute fourniture de services supplémentaires ne dépassant pas 50 % de la valeur initiale du marché ne doit plus être considéré comme un nouveau marché, mais bien comme un changement de celui-ci, la limitation des compétences du collège a été rétablie à 10 % ou 15 %, selon le cas, des coûts supplémentaires. Toutefois, le conseil communal peut octroyer au collège des pouvoirs plus étendus.

La possibilité pour le conseil de déléguer ses compétences pour des dépenses allant jusqu'à 2 000 euros dans le cadre du budget ordinaire constitue une nouveauté. Cette possibilité sera également donnée aux conseils de l'aide sociale en faveur des secrétaires de CPAS dans le cadre de la réforme de la législation relative aux CPAS.

Articles 152 à 162

Les dispositions relatives aux régies communales et aux régies communales autonomes correspondent, sans aucun changement au niveau du contenu, aux articles L1231-1 à L1231-12 du Code.

Articles 163 à 174

Ces dispositions relatives aux finances des communes, qui se rapportent à l'adoption des budgets et des comptes ainsi qu'aux recettes et aux dépenses des communes, correspondent sans aucun changement de contenu aux articles L1311 à L1331 du Code.

Articles 175 et 176

Ces dispositions résultent des arrêts n^{os} 74/2007 et 76/2011 de la cour constitutionnelle du 18 mai 2011 portant sur les réponses à deux questions préjudicielles concernant l'inégalité de traitement par rapport à des répétitions de fonctionnaires des communes et de l'État fédéral.

Aucune prescription spécifique relative à des demandes en restitution de traitements indûment perçus, d'avances sur ceux-ci et d'indemnités, allocations ou prestations qui constituent une partie desdits traitements ou sont assimilés à ceux-ci n'étant prévue pour les communes, ces actions sont prescrites après dix ans, conformément aux dispositions de droit commun – après trente ans dans des cas de manœuvres frauduleuses – alors que les réclamations similaires qui concernent des fonctionnaires de l'État sont prescrites après cinq ans.

Cette discrimination repose sur l'absence d'une disposition légale qui serait applicable aux communes et qui prévoirait un délai de prescription de cinq ans pour la répétition des traitements indûment payés.

Cette discrimination est supprimée par l'article 176.

Articles 177 à 183

Cette section consacrée à l'octroi et au contrôle des subventions accordées par les communes correspond, d'un point de vue contenu, aux articles L3331-1 à -8 du Code.

Articles 184 à 193

Ce titre relatif à l'établissement et au recouvrement des taxes communales correspond au régime actuellement en vigueur, prévu dans les articles L3321-1 à -12 du Code.

Articles 194 à 197

Le titre 6 relatif à la responsabilité civile des communes et aux procédures judiciaires reprend les articles L1241 et L1242 du Code.

Toutefois, l'article 197 a été modifié afin que ce ne soit pas seulement les personnes physiques qui puissent ester en justice au nom de la commune, mais aussi les personnes morales qui ont leur siège social dans la commune. La condition pour toute action dans ce cadre est l'établissement d'une mise en demeure préalable du collège ainsi que la garantie que tous les coûts liés à une telle procédure soient pris en charge.

Articles 198 à 204

Cette disposition étend le champ d'application du décret du 16 octobre 1995 relatif à la publicité des documents administratifs aux communes de la région de langue allemande. Il est en outre précisé que les documents administratifs de la commune qui contiennent des informations relatives à l'environnement continuent à être soumis uniquement à la législation fédérale ou régionale, selon le cas, régissant cette matière. Enfin, l'interdiction fondamentale d'utilisation et de réutilisation à des fins commerciales est abrogée, car elle entre en contradiction avec la directive 2003/98/CE du Parlement européen et du Conseil du 17 novembre 2003 concernant la réutilisation des informations du secteur public.

Article 205

Cette disposition étend expressément aux pouvoirs subordonnés de la région de langue allemande le champ d'application du décret du 18 décembre 2006 relatif à la réutilisation de documents du secteur public.

Article 206

Cette disposition abroge lesdites dispositions du Code qui sont réglées par le présent décret.

Article 207

Le présent décret entre en vigueur lors du prochain renouvellement intégral des conseils communaux des communes de la région de langue allemande.

AVANT-PROJET D'UN DÉCRET COMMUNAL

TITRE 1^{ER} – DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 1^{er} – Champ d'application

Le présent décret règle l'organisation des communes de la région de langue allemande.

Art. 2 – Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

- 1° Code : le Code de la démocratie locale et de la décentralisation du 22 avril 2004 dans sa version applicable à la région de langue allemande;
- 2° conseil : le conseil communal;
- 3° collège : le collège communal;
- 4° directeurs : le directeur général et le directeur financier;
- 5° groupe politique : les conseillers mentionnés à l'article 40, élus sur la même liste lors des élections et qui forment un groupe politique dont la dénomination est celle de la liste en question;
- 6° groupe politique qui ne respecterait pas les principes démocratiques : les groupes politiques mentionnés notamment dans la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, dans les protocoles additionnels à cette convention applicables en Belgique, dans la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme ou la xénophobie, ainsi que dans la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale, ou le(s) groupe(s) politique(s) dont un membre ne respecterait pas les principes et législations susvisés, et le(s) groupe(s) politique(s) dont un membre était gestionnaire d'une association au moment des faits pour laquelle elle a été condamnée en raison d'une des infractions prévues dans la loi du 30 juillet 1981 ou dans celle du 23 mars 1995;
 1. personnel enseignant : le personnel mentionné à l'article 24 de la Constitution;
 2. CPAS : centre public d'aide sociale.

Art. 3 – Délais

Sauf disposition contraire, tous les délais mentionnés dans ce décret sont exprimés en jours calendrier.

Le jour où expire un délai est compris dans ce délai. Si ce jour coïncide avec un samedi, un dimanche ou un jour férié, il est reporté au jour ouvrable suivant.

Sont considérés comme jours fériés au sens du présent décret : le jour du Nouvel An, le « Rosenmontag » (lundi des roses), le lundi de Pâques, le 1^{er} mai, l'Ascension, le lundi de Pentecôte, le 21 juillet, le 15 août, les 1^{er}, 2, 11 et 15 novembre, les 25 et 26 décembre, ainsi que les jours fixés par décret ou arrêté du Gouvernement.

Art. 4 – Noms des communes

Le Gouvernement détermine l'orthographe des noms des communes et hameaux.

Art. 5 – Modification du territoire communal

§ 1^{er} – Lorsqu'une fraction de commune est érigée en commune, le Gouvernement ordonne la convocation immédiate des électeurs de la fraction qui se sépare, règle tout ce qui est relatif à la première élection et fixe la date du premier renouvellement en concordance avec les dispositions prévues dans le Code en ce qui concerne les élections communales.

Les conseils règlent, de commun accord, le partage des biens communaux entre les habitants des territoires séparés, en prenant pour base le nombre de chefs de famille ayant domicile dans ces territoires. Ils règlent également tout ce qui concerne les dettes et les archives.

En cas de dissentiment entre les conseils, le différend est tranché par le Conseil d'État conformément à l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État.

Ce sont les tribunaux ordinaires qui statuent sur les litiges relatifs aux droits résultant de titres ou de possession.

§ 2 - Lorsqu'une commune ou fraction de commune aura été déclarée réunie à une autre commune, il sera procédé conformément au § 1^{er} en ce qui concerne les intérêts communs. Si l'adjonction de cette commune ou fraction de commune nécessite une augmentation du nombre de conseillers communaux de la commune à laquelle elle est réunie, le § 1^{er} est également applicable.

Art. 6 - Compétences

Sans préjudice des missions confiées par loi ou décret aux communes, celles-ci sont notamment compétentes pour :

- 1° régir les biens et revenus de la commune;
- 2° régler et acquitter les dépenses locales qui doivent être payées avec les deniers communs;
- 3° diriger et faire exécuter les travaux publics qui sont à la charge de la commune;
- 4° administrer les établissements qui appartiennent à la commune, qui sont entretenus de ses deniers ou qui sont particulièrement destinés à l'usage de ses habitants.

Art. 7 - Classification

La classification des communes prévue aux articles 10, 43, 52 et 91 est mise en rapport avec le chiffre de la population par le Gouvernement lors de chaque renouvellement intégral des conseils. Le nombre d'habitants à prendre en compte est le nombre de personnes inscrites au registre national des personnes physiques qui avaient leur résidence principale dans la commune concernée au 1^{er} janvier de l'année du renouvellement intégral des conseils.

Le Gouvernement publie le nombre d'habitants des communes au Moniteur belge, et ce, au plus tard pour le 1^{er} mai de l'année durant laquelle le renouvellement intégral des conseils communaux a lieu.

Art. 8 - Corps communal

Il y a dans chaque commune un corps communal composé de conseillers communaux, du bourgmestre et des échevins.

Les membres sortants du conseil ou du collège lors d'un renouvellement intégral ou démissionnaires restent en fonction jusqu'à l'installation de leurs successeurs.

Sans préjudice de l'article 41, § 4, le conseil et le collège sortants expédient les affaires courantes jusqu'à l'installation de leurs successeurs.

TITRE 2 – ORGANISATION DE LA COMMUNE

CHAPITRE 1^{ER} – LE CONSEIL COMMUNAL

Section 1^{re} – Procédure de désignation et statut des conseillers

Art. 9 – Élection

Les conseils sont renouvelés intégralement tous les six ans.

Les conseillers sont élus directement par l'assemblée des électeurs de la commune.

Le conseil communal est installé le premier lundi du mois de décembre qui suit les élections. Lorsqu'il s'agit d'un jour férié légal, le conseil est installé le premier jour ouvrable suivant

Art. 10 – Nombre de membres

Le conseil communal, y compris le bourgmestre et les échevins, est composé de :

- 11 membres dans les communes de 0 à 2 999 habitants;
- 13 membres dans les communes de 3 000 à 3 999 habitants;
- 15 membres dans les communes de 4 000 à 4 999 habitants;
- 17 membres dans les communes de 5 000 à 6 999 habitants;
- 19 membres dans les communes de 7 000 à 8 999 habitants;
- 21 membres dans les communes de 9 000 à 11 999 habitants;
- 23 membres dans les communes de 12 000 à 14 999 habitants;
- 25 membres dans les communes de 15 000 à 19 999 habitants;
- 27 membres dans les communes de 20 000 à 24 999 habitants;
- 29 membres dans les communes de 25 000 à 29 999 habitants;
- 31 membres dans les communes de 30 000 à 34 999 habitants;
- 33 membres dans les communes de 35 000 à 39 999 habitants;
- 35 membres dans les communes de plus de 40 000 habitants.

Lorsqu'un membre du collège communal n'est pas élu en son sein, le conseil n'en reste pas moins composé du nombre de membres déterminé ci-dessus.

Art. 11 – Désistement

Tout candidat élu peut, après validation de son élection, renoncer, avant son installation, au mandat qui lui a été conféré. Ce désistement a force exécutoire dès que le conseil en a pris acte.

Art. 12 – Incompatibilités

Ne peut être admis à prêter serment, aussi longtemps que subsiste la cause d'incompatibilité, le candidat élu conseiller communal qui exerce des fonctions incompatibles avec le mandat de conseiller, qui participe à une entreprise ou exerce une profession ou un métier à raison desquels il reçoit un traitement ou un subside de la commune.

Le candidat élu qui, dans le mois de l'invitation que lui adresse le collège, n'a pas résigné les fonctions incompatibles ou renoncé au traitement ou au subside alloué par la commune, est considéré comme n'acceptant pas le mandat qui lui a été conféré.

Art. 13 – Perte du mandat

Le conseiller qui perd l'une ou l'autre des conditions d'éligibilité ne peut plus continuer l'exercice de ses fonctions.

Le collège en informe le conseil et l'intéressé. Celui-ci peut, dans un délai de quinze jours, communiquer par écrit au collège ses moyens de défense. Le conseil prend acte de

(2^e lecture)

la perte de l'une ou l'autre des conditions d'éligibilité et constate la déchéance de plein droit. Il procède au remplacement du membre concerné.

Le directeur général notifie cette décision à l'intéressé. Un recours fondé sur l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État peut être ouvert contre cette décision dans les huit jours de sa notification.

Si, ayant connaissance de la cause de sa déchéance, même en l'absence de toute notification, l'intéressé continue l'exercice de ses fonctions, il est passible des peines prévues par l'article 262 du Code pénal.

Art. 14 – Démission

Le conseiller notifie par écrit au conseil la démission de ses fonctions. Ce dernier en prend connaissance lors de la première séance suivant cette notification.

La démission prend effet à la date où le conseil en prend connaissance. Le directeur général notifie la décision y relative à l'intéressé. Un recours, fondé sur l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État, est ouvert contre cette décision. Il doit être introduit dans les huit jours de sa notification.

Art. 15 – Congés

§ 1^{er} – À l'occasion de la naissance ou de l'adoption d'un enfant, le conseiller peut prendre congé. Ce congé dure au plus vingt semaines et prend fin au plus tard vingt semaines après la naissance ou l'adoption de l'enfant.

Dans le cadre d'une absence pour cause de maladie de six mois minimum, le conseiller peut prendre congé pendant toute la durée couverte par un certificat médical.

Ces congés sont communiqués par écrit au collège avec mention des dates de début et de fin et, le cas échéant, avec le certificat médical.

§ 2 – À l'occasion des congés visés au paragraphe 1^{er}, le conseil procède au remplacement du conseiller communal pour la durée du congé si la majorité des membres du groupe auquel il appartient le demande.

Il est remplacé par le suppléant appartenant à sa liste et arrivant le premier dans l'ordre indiqué à l'article L4145-14 du Code, après vérification de ses pouvoirs par le conseil.

Art. 16 – Indemnités

§ 1^{er} – Les conseillers ne reçoivent aucun traitement.

Dans les conditions et aux modalités arrêtées dans le règlement d'ordre intérieur, ils perçoivent un jeton de présence lorsqu'ils assistent aux séances du conseil communal et des commissions.

Lorsque le président d'assemblée n'est pas membre du collège, il perçoit un double jeton de présence par séance du conseil qu'il préside. Il ne reçoit aucun autre avantage ou rétribution.

Le montant des jetons de présence est fixé par le conseil.

Ces jetons de présence sont compris entre 37,18 et 125,00 euros. Ces montants sont liés à l'indice-pivot 138.01.

§ 2 – La somme du jeton de présence du conseiller et des rétributions et avantages en nature dont il bénéficie en raison de son mandat originaire, de ses mandats dérivés et de

ses mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique tels que définis à l'article L5111-1 du Code, est égale ou inférieure à 150 % de l'indemnité parlementaire perçue par les membres du parlement fédéral.

En cas de dépassement de cette limite, le montant du jeton et/ou des rétributions et avantages en nature perçus par le conseiller en raison de ses mandats dérivés et de ses mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique est réduit à due concurrence.

§ 3 – Le conseil peut, selon les modalités que le Gouvernement détermine, majorer les jetons de présence du conseiller qui bénéficie d'autres traitements, pensions, indemnités ou allocations légaux ou réglementaires, d'un montant compensant la perte de revenus subie par l'intéressé, pourvu que le mandataire en fasse lui-même la demande.

Le montant des jetons de présence, majoré du montant compensant la perte de revenus, ne peut jamais excéder le traitement d'un échevin d'une commune de 50 000 habitants.

Art. 17 – Conseiller handicapé

Le conseiller qui, en raison d'un handicap, ne peut exercer seul son mandat peut se faire assister par une personne de confiance. Celle-ci est électeur de la commune, satisfait aux conditions d'éligibilité pour le mandat de conseiller et n'est pas membre du personnel communal, ni du personnel du centre public d'action sociale de la commune concernée.

Pour l'application de l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement fixe les critères déterminant la qualité de conseiller handicapé.

Lorsqu'elle fournit cette assistance, la personne de confiance dispose des mêmes moyens et est soumise aux mêmes obligations que le conseiller. Le conseil peut, dans son règlement d'ordre intérieur, fixer des jetons de présence pour cette personne de confiance.

Section 2 – Séances, délibérations et décisions des conseils communaux

Art. 18 – Règlement d'ordre intérieur

§ 1^{er} – Le conseil se dote d'un règlement d'ordre intérieur.

Celui-ci règle au moins :

- l'établissement du tableau de préséance des conseillers;
- l'organisation des séances communes avec le conseil de l'aide sociale;
- les indemnités prévues à l'article 16 pour les conseillers;
- l'application des droits prévus à l'article 19 pour les conseillers;
- la convocation du conseil, telle que prévue à l'article 21, ainsi que les modalités de consultation des documents relatifs aux séances du conseil;
- les interpellations prévues à l'article 33;
- la composition et le fonctionnement des commissions prévues à l'article 37;
- la composition et les missions des conseils consultatifs mentionnés à l'article 38;
- les conditions pour demander une dérogation à la prescription mentionnée à l'article 28, § 2, alinéa 1^{er};
- le jour ou les dates où le collège se réunit conformément à l'article 57.

Le règlement d'ordre intérieur peut contenir des mesures complémentaires, notamment :

- l'indemnisation prévue à l'article 17, alinéa 3, pour la personne de confiance du conseiller handicapé;
- des possibilités supplémentaires pour la publicité des séances du conseil conformément à l'article 22;

- des procédures supplémentaires quant au vote en conseil conformément à l'article 31;
- l'accès, tel que prévu à l'article 77, au bulletin d'information communal.

§ 2 – Le règlement d'ordre intérieur contient des règles déontologiques et éthiques. Celles-ci garantissent notamment :

- le refus d'un mandat qui ne peut être exercé complètement;
- la participation régulière aux séances du conseil, du collège et des commissions;
- les relations entre les élus et l'administration;
- l'écoute des citoyens;
- l'information des citoyens.

Art. 19 – Droits des conseillers

Aucun acte, aucune pièce concernant l'administration communale ne peut être soustrait à l'examen des conseillers.

Les conseillers peuvent obtenir une copie de ces actes et pièces. Ils ont accès aux établissements et services communaux.

La redevance éventuellement réclamée pour la copie ne peut en aucun cas excéder le prix de revient.

Les conseillers ont accès aux procès-verbaux des séances du collège via une plateforme en ligne sécurisée.

Les conseillers ont le droit de poser des questions orales d'actualité au collège et des questions écrites sur les décisions prises par le collège ou le conseil ou sur des avis émis par ces instances lorsque ceux-ci se rapportent à un objet qui concerne le territoire communal.

Le règlement d'ordre intérieur fixe les modalités d'application du présent article.

Art. 20 – Fréquence des séances

Le conseil s'assemble toutes les fois que l'exigent les affaires comprises dans ses attributions, et au moins dix fois par an.

Le conseil peut tenir des séances conjointes avec le conseil de l'aide sociale.

Art. 21 – Convocation

§ 1^{er} – Le collège convoque le conseil de sa propre initiative ou à la demande d'un tiers des conseillers en fonction.

Lorsque le conseil s'est réuni moins de dix fois au cours d'une année, le collège doit, par dérogation au premier alinéa, convoquer le conseil à la demande d'un quart des conseillers en fonction.

§ 2 – Sauf en cas d'urgence, la convocation, qui se fait par écrit et contient l'ordre du jour, est adressée aux membres, à leur domicile, au moins sept jours avant la séance. Ce délai est toutefois ramené à deux jours pour l'application de l'article 25, alinéa 3.

Les points à l'ordre du jour sont indiqués clairement et sont accompagnés d'une note de synthèse explicative et d'un projet de décision.

À la demande écrite d'un conseiller, la convocation peut lui être adressée par voie électronique, accompagnée des documents correspondants.

Le collège met une adresse de courrier électronique personnelle à la disposition de chaque conseiller qui en fait la demande.

§ 3 – Pour chaque point de l'ordre du jour, toutes les pièces s'y rapportant sont mises à la disposition, sans déplacement, des conseillers.

Les directeurs ou les membres du personnel désignés par eux se tiennent à la disposition des conseillers afin de leur donner des explications techniques, et ce, pendant au moins deux périodes précédant la séance du conseil, dont l'une durant les heures normales d'ouverture des bureaux et l'autre en dehors.

§ 4 – Le règlement d'ordre intérieur fixe les modalités d'application des §§ 2 et 3.

Art. 22 – Publicité des séances

§ 1^{er} – Les lieu, jour, heure et l'ordre du jour de la séance publique sont portés à la connaissance du public par voie d'affichage à la maison communale et sur le site internet de la commune, dans les mêmes délais que ceux prévus pour la convocation du conseil.

Le règlement d'ordre intérieur peut prévoir d'autres modes de publication.

La presse est invitée aux séances; l'ordre du jour est joint à l'invitation.

Art. 23 – Présidence

Le bourgmestre ou son représentant préside le conseil.

Avant l'adoption du pacte de majorité, le conseil est présidé par le conseiller qui, à la fin de la législature précédente, exerçait la fonction de bourgmestre ou, à défaut, une fonction d'échevin, et dont le rang était le plus élevé ou, à défaut, une fonction de conseiller dans l'ordre d'ancienneté au conseil.

À défaut, le conseil est présidé par le candidat qui, aux dernières élections, a obtenu le plus de voix de préférence sur la liste ayant obtenu le plus grand chiffre électoral.

Art. 24 – Déroulement des séances

§ 1^{er} – Le président ouvre et clôt la séance. Il est chargé de la police de la séance. Il peut, après en avoir donné l'avertissement, faire expulser à l'instant de la salle tout individu qui exprimera publiquement son opinion ou excitera au tumulte de quelque manière que ce soit.

Il peut, en outre, dresser procès-verbal à charge du contrevenant et le renvoyer devant le tribunal de police, qui pourra le condamner à une amende d'1 à 25 euros ou à un emprisonnement d'un à trois jours.

§ 2 – Le procès-verbal de la dernière séance du conseil est mis à la disposition des conseillers sept jours au moins avant la séance. Dans les cas d'urgence mentionnés à l'article 21, § 2, il est mis à la disposition en même temps que l'ordre du jour.

Tout conseiller a le droit, pendant la séance, de faire des observations sur la rédaction du procès-verbal. Si ces observations sont adoptées, le directeur général est chargé de présenter, séance tenante ou au plus tard à la séance suivante, un nouveau texte conforme à la décision du conseil.

Si la séance s'écoule sans observations, le procès-verbal est considéré comme adopté et signé par le bourgmestre et le directeur général.

Le conseil peut décider que le procès-verbal est rédigé séance tenante, en tout ou en partie, et signé par les membres présents.

Art. 25 – Quorum de présence

Le conseil ne peut prendre de décision que si la majorité de ses membres en fonction est présente.

Cependant, si l'assemblée a été convoquée deux fois sans s'être trouvée en nombre compétent, elle pourra, après une nouvelle et dernière convocation, délibérer, quel que soit le nombre de conseillers présents, sur les objets mis pour la troisième fois à l'ordre du jour.

Les deuxième et troisième convocations se feront conformément aux règles prescrites par l'article 20 et mentionneront s'il s'agit de la deuxième ou de la troisième convocation. En outre, la troisième convocation rappellera textuellement les alinéas 1^{er} et 2 du présent article.

Art. 26 – Conflits d'intérêts

§ 1^{er} – Il est interdit à tout membre du conseil et du collège :

1° d'être présent à la délibération sur des objets auxquels il a un intérêt direct, soit personnellement, soit comme chargé d'affaires ou auxquels ses parents ou alliés jusqu'au quatrième degré inclusivement ont un intérêt personnel ou direct;

2° d'assister à l'examen des comptes des administrations publiques subordonnées à la commune et dont il serait membre.

La prohibition mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 1°, ne s'étend pas au-delà des parents ou alliés jusqu'au deuxième degré lorsqu'il s'agit de la présentation de candidats, de nomination aux emplois et de poursuites disciplinaires.

Tout conseiller concerné par l'une de ces interdictions se retire spontanément de la délibération.

§ 2 – Il est interdit à tout membre du conseil et du collège ainsi qu'aux directeurs :

1° de participer directement ou indirectement à toute prestation, fourniture ou passation de marché pour la commune;

2° d'intervenir comme avocat, notaire ou homme d'affaires dans les procès dirigés contre la commune;

3° d'intervenir en qualité de conseil pour un membre du personnel dans des affaires disciplinaires;

4° d'intervenir comme délégué d'une organisation syndicale dans un comité de négociation ou de concertation de la commune.

Les membres du conseil et du collège ne pourront plaider, aviser ou suivre aucune affaire litigieuse quelconque dans l'intérêt de la commune, si ce n'est gratuitement.

Art. 27 – Publicité des séances

Les séances du conseil sont publiques, sauf lorsqu'il s'agit de questions de personnes. Dès qu'une question de ce genre est soulevée, le président prononce immédiatement le huis clos.

Ne sont pas des questions de personnes pour l'application du présent article :

1° la désignation des représentants communaux dans des fonctions ou mandats publics;

2° les affaires immobilières;

3° les demandes relatives à l'aménagement du territoire, à l'urbanisme et à l'environnement.

Sous réserve de l'article 28, le conseil peut, dans l'intérêt de l'ordre public et sur la base de doutes sérieux, décider à la majorité des deux tiers des membres présents que la séance se déroulera à huis clos.

Sauf en matière disciplinaire, la séance à huis clos ne peut avoir lieu qu'après la séance publique.

S'il paraît nécessaire, pendant la séance publique, de continuer l'examen d'un point en séance à huis clos, la séance publique peut être interrompue, à cette seule fin.

Art. 28 – Délibération sur le budget et les comptes

§ 1^{er} – Au plus tard sept jours avant la séance au cours de laquelle le conseil est appelé à délibérer du budget, d'une modification budgétaire ou des comptes, le collège remet à chaque conseiller communal un exemplaire du projet en question.

Le projet est communiqué tel qu'il sera soumis au conseil, accompagné des annexes requises pour son arrêt définitif, à l'exception, pour ce qui concerne les comptes, des pièces justificatives.

Le projet est accompagné d'un aperçu général.

Le rapport qui a trait au budget contient notamment une synthèse de la politique générale et financière ainsi que de la situation de l'administration et des affaires de la commune.

Le rapport qui a trait aux comptes synthétise la gestion des finances communales durant l'exercice auquel ces comptes se rapportent.

La séance du conseil communal est publique.

Avant que le conseil délibère, le collège commente le contenu du rapport.

§ 2 – Dans les cinq jours de leur adoption, le collège communique aux organisations syndicales représentatives les documents suivants :

- 1° le budget et les modifications budgétaires;
- 2° les comptes.

Accompagnent le budget et le compte les informations sur la structure de l'emploi, son évolution et les prévisions d'emploi et le personnel occupé pendant tout ou partie de l'année de référence. Ces informations peuvent être communiquées par voie électronique.

À la demande des organisations syndicales représentatives, introduite dans les cinq jours de la communication des documents mentionnés au premier alinéa, le collège invite sans délai ces dernières à une séance d'information spécifique au cours de laquelle lesdits documents sont présentés et expliqués.

Art. 29 – Points ajoutés à l'ordre du jour

Aucun point étranger à l'ordre du jour ne peut être mis en discussion, sauf si l'urgence est déclarée par les deux tiers au moins des membres présents.

Toute proposition étrangère à l'ordre du jour doit être adressée au collège au moins cinq jours avant l'assemblée. Elle doit être accompagnée d'une note de synthèse explicative et d'un projet de délibération. Il est interdit à un membre du collège de faire usage de cette faculté.

Le collège transmet sans délai les points complémentaires de l'ordre du jour aux conseillers.

Art. 30 – Quorum de vote

§ 1^{er} – Les décisions sont prises à l'absolue majorité des voix. En cas de partage, la proposition est rejetée.

§ 2 – Le conseil vote sur l'ensemble du budget et des comptes annuels.

Chacun de ses membres peut toutefois exiger le vote séparé d'un ou de plusieurs articles ou postes ou d'un ou de plusieurs groupes d'articles qu'il désigne.

Dans ce cas, le vote d'ensemble ne peut intervenir qu'après le vote sur le ou les articles, groupes d'articles ou postes, et il porte sur les articles ou postes dont aucun des membres n'a demandé le vote séparé et sur les articles qui ont déjà été adoptés par vote séparé.

Art. 31 – Modalités de vote

Les conseillers votent à haute voix.

Le règlement d'ordre intérieur peut prévoir un mode de scrutin équivalent au vote à haute voix, comme le vote nominatif exprimé mécaniquement et le vote à main levée. Le vote se fait toutefois à haute voix chaque fois qu'un tiers des membres présents le demande.

Par dérogation au premier alinéa, les présentations de candidats, les nominations aux emplois, les mises en disponibilité, les suspensions préventives dans l'intérêt du service et les sanctions disciplinaires font l'objet d'un scrutin secret.

Art. 32 – Vote relatif à des personnes

En cas de nominations ou de propositions de candidats, si la majorité requise n'est pas atteinte au premier tour de scrutin, un scrutin de ballottage est effectué entre les candidats ayant obtenu le plus de voix.

À cet effet, le président dresse une liste contenant deux fois autant de noms qu'il y a de nominations ou de présentations à faire.

Les suffrages ne peuvent être donnés qu'aux candidats portés sur cette liste.

La nomination ou la présentation a lieu à la pluralité des voix. En cas de parité, le plus âgé des candidats est préféré.

Art. 33 – Interpellations

§ 1^{er} – Les habitants de la commune peuvent interpellier directement le collège en séance publique du conseil.

Sont des habitants au sens du présent article toute personne physique de dix-huit ans accomplis inscrite au registre de la population de la commune depuis six mois au moins, ainsi que toute personne morale dont le siège social ou d'exploitation est localisé sur le territoire de la commune et qui est représentée par une personne physique de dix-huit ans accomplis.

§ 2 – Le texte intégral de l'interpellation proposée est adressé par écrit au collège.

Pour être recevable, l'interpellation remplit les conditions suivantes :

1° être introduite par une seule personne;

2° être formulée sous forme de question et ne pas conduire à une intervention orale de plus de dix minutes;

3° porter sur un objet relevant de la compétence de décision des autorités communales ou relevant de leur compétence d'avis dans la mesure où le territoire communal est concerné;

4° être de portée générale.

Une interpellation ne peut pas :

1° être contraire aux libertés et aux droits fondamentaux;

2° porter sur une question de personne;

3° constituer des demandes d'ordre statistique ou de documentation;

4° avoir pour unique objet de recueillir des consultations d'ordre juridique.

Le collège décide de la recevabilité de l'interpellation. La décision d'irrecevabilité est spécialement motivée à l'occasion de la prochaine séance du conseil.

§ 3 – L'interpellant expose sa question en séance publique à l'invitation du président du conseil, dans le respect des règles organisant la prise de parole au sein de l'assemblée et en respectant un temps de parole de 10 minutes maximum.

Le collège répond aux interpellations.

L'interpellant dispose de deux minutes pour répliquer à la réponse, avant la clôture définitive de ce point de l'ordre du jour.

Les interpellations sont transcrites dans le procès-verbal de la séance du conseil et publiées sur le site internet de la commune.

§ 4 – Le conseil peut mettre en place une commission communale des interpellations conformément à l'article 37.

§ 5 – Le règlement d'ordre intérieur fixe les modalités d'application du présent article.

Art. 34 – Droit de consultation

Aucun des habitants de la commune, ni aucune personne déléguée à cet effet par le Gouvernement ne peut se voir refuser la consultation, sans déplacement, des délibérations du conseil.

Le conseil pourra néanmoins décider que les décisions prises à huis clos seront tenues secrètes pendant un temps déterminé.

Section 3 – Compétences du conseil

Art. 35 – Compétence générale

Le conseil règle tout ce qui est d'intérêt communal. Il délibère sur tout autre objet qui lui est soumis par les autorités supérieures.

Le conseil désigne les membres de toutes les commissions ainsi que les représentants du conseil auprès des personnes morales dont la commune est membre. Il peut à tout moment retirer ces mandats.

Art. 36 – Administration intérieure

Le conseil fait les règlements communaux d'administration intérieure.

Des expéditions de ces règlements seront immédiatement transmises au greffe du tribunal de première instance et à celui du tribunal de police où elles seront inscrites sur un registre à ce destiné.

Art. 37 – Commissions

Le conseil peut créer, en son sein, des commissions qui ont pour mission de préparer ses séances.

Les mandats de membre de chaque commission sont répartis proportionnellement entre les groupes qui composent le conseil. Le règlement d'ordre intérieur détermine les modalités de composition et de fonctionnement des commissions.

Les commissions peuvent entendre à tout moment des experts et des personnes intéressées.

Art. 38 – Conseils consultatifs

§ 1^{er} – Le conseil peut instituer des conseils consultatifs chargés de rendre un avis sur des questions d'intérêt communal.

Il en fixe la composition et détermine les cas dans lesquels la consultation de ces conseils consultatifs est obligatoire.

§ 2 – Les deux tiers au maximum des membres d'un conseil consultatif sont du même sexe. Sinon, le conseil consultatif concerné ne peut émettre d'avis valable.

Le conseil communal peut, sur requête motivée du conseil consultatif, accorder des dérogations à la condition prévue au premier alinéa.

En cas de rejet, le conseil consultatif dispose, à partir de la décision y relative, d'un délai de trois mois pour satisfaire à la condition fixée au premier alinéa. Sinon, il ne peut plus émettre d'avis valable à partir de cette date.

§ 3 – Le conseil met à la disposition des conseils consultatifs les moyens nécessaires à l'accomplissement de leur mission.

La dernière année de son mandat, le collège soumet au conseil un rapport relatif à l'application du présent article.

Art. 39 – Délégation pour les subsides

§ 1^{er} – Le conseil peut déléguer au collège la compétence d'octroyer les subventions :

1° qui figurent nominativement au budget;

2° en nature;

3° motivées par l'urgence ou en raison de circonstances impérieuses et imprévues.

La décision du collège adoptée sur la base de l'alinéa 1^{er}, 3°, est portée à la connaissance du conseil, lors de sa prochaine séance, pour prise d'acte.

§ 2 – Chaque année, le collège fait rapport au conseil sur :

1° les subventions qu'il a octroyées au cours de l'exercice en vertu du présent article;

2° les subventions dont il a contrôlé l'utilisation au cours de l'exercice, en vertu de l'article 183.

§ 3 – Le conseil peut octroyer la délégation prévue dans le présent article au plus pour la durée de son mandat.

CHAPITRE 2 – LE BOURGMESTRE ET LE COLLÈGE

Section 1^{re} – Groupes politiques et pacte de majorité

Art. 40 – Groupes politiques

§ 1^{er} – Le ou les conseillers élus sur une même liste lors des élections constituent un groupe politique dont la dénomination est celle de ladite liste.

Le conseiller qui, en cours de législature, démissionne de son groupe politique ou en est exclu est démissionnaire de plein droit de tous les mandats qu'il exerçait à titre dérivé tel que défini à l'article L5111-1 du Code.

L'acte de démission, signé par le conseiller concerné, ou l'acte d'exclusion, signé par la majorité des membres du groupe politique, est communiqué au collège et porté à la connaissance du conseil lors de sa prochaine séance. La démission ou l'exclusion produit ses effets à cette date. Un extrait du procès-verbal est signifié aux organismes dans lesquels le membre siégeait jusqu'alors en raison de sa qualité de conseiller.

Pour l'application du présent article et de l'article 51, ce conseiller est considéré comme appartenant toujours au groupe politique quitté.

Art. 41 – Pacte de majorité

§ 1^{er} – Au plus tard le deuxième lundi du mois qui suit les élections, tout projet de pacte est notifié au directeur général.

Ces projets sont, sans délai, portés à la connaissance du public par voie d'affichage à la maison communale.

Le projet de pacte comprend :

- 1° l'indication des groupes politiques qui y sont parties;
- 2° l'identité du bourgmestre proposé;
- 3° l'identité des échevins proposés;
- 4° l'identité du président du conseil de l'aide sociale pressenti.

Il présente des personnes de sexe différent.

Le projet de pacte est signé par l'ensemble des personnes y désignées et par la majorité des membres de chaque groupe politique dont au moins un membre est proposé pour participer au collège.

Lorsqu'un groupe n'est composé que de deux membres, le projet de pacte est signé par l'un d'eux au moins.

Est nulle la signature apposée par un conseiller sur un projet de pacte non signé par la majorité de son groupe politique.

§ 2 – Le pacte de majorité est adopté par le conseil dans les trois mois suivant la date de validation des élections.

Le pacte de majorité est voté en séance publique.

§ 3 – Le bourgmestre est le conseiller de nationalité belge issu d'un des groupes politiques qui sont parties au pacte de majorité et dont l'identité est reprise dans le nouveau pacte de majorité.

§ 4 – Si aucun pacte de majorité n'a été voté dans le délai fixé au § 2, un commissaire du Gouvernement peut être désigné. Il expédie les affaires courantes en lieu et place du collège qui assumait cette mission en vertu de l'article 8.

Le point relatif à l'adoption du pacte de majorité est, jusqu'à son vote, porté à l'ordre du jour de chaque conseil.

§ 5 – Si, en cours de législature, tous les membres du collège démissionnent, le pacte de majorité est considéré comme rompu.

Un nouveau pacte de majorité doit être notifié au directeur général dans les trente jours de l'acceptation de la démission du dernier des membres du collège.

À défaut de pacte à l'issue de la période de trente jours, le Gouvernement désigne un conciliateur dont il fixe la mission. Si aucun pacte de majorité n'est voté au terme de cette mission, le Gouvernement fait procéder à de nouvelles élections. Dans ce cas, il charge le directeur général de dresser le registre des électeurs de la commune à la date de la notification au conseil de la décision du Gouvernement et de convoquer les électeurs pour procéder à de nouvelles élections dans les cinquante jours de cette notification. Le calendrier précis des opérations électorales est fixé par le Gouvernement. Les nouveaux conseillers achèvent le mandat de ceux qu'ils remplacent.

Art. 42 – Avenant au pacte de majorité

Au cours de la législature, un avenant au pacte de majorité peut être adopté afin de pourvoir au remplacement définitif d'un membre du collège.

L'avenant est adopté à la majorité des conseillers présents.

Le nouveau membre du collège achève le mandat de celui qu'il remplace.

Section 2 – Le collège

Art. 43 – Nombre d'échevins

Le collège compte :

- deux échevins dans les communes de moins de 1 000 habitants;
- trois échevins dans celles de 1 000 à 4 999 habitants;
- quatre échevins dans celles de 5 000 à 9 999 habitants;
- cinq échevins dans celles de 10 000 à 19 999 habitants;
- six échevins dans celles de 20 000 à 29 999 habitants;
- sept échevins dans celles de plus de 30 000 habitants.

Le conseil peut décider de réduire d'une unité le nombre d'échevins.

Art. 44 – Composition

Le collège comprend le bourgmestre et les échevins.

Il comprend des membres de sexe différent.

Art. 45 – Élection des échevins

§ 1^{er} – Les échevins sont élus parmi les conseillers.

Si tous les conseillers des groupes politiques liés par le pacte de majorité sont du même sexe, un échevin est désigné hors conseil. L'échevin ainsi désigné a, dans tous les cas, voix délibérative dans le collège. Il siège avec voix consultative au sein du conseil.

Lorsqu'un échevin n'est pas membre du conseil, il doit remplir et conserver les conditions d'éligibilité fixées à l'article L4125-1 du Code.

Le pacte de majorité indique le groupe politique auquel l'échevin élu hors conseil est rattaché.

§ 2 – Sont élus de plein droit échevins les conseillers dont l'identité figure sur la liste comprise dans le pacte de majorité.

Le rang des échevins est déterminé par leur place sur la liste figurant dans le pacte de majorité.

Art. 46 – Empêchement

§ 1^{er} – Sont considérés comme empêchés, le bourgmestre ainsi que l'échevin qui exerce la fonction de Ministre, de Secrétaire d'État, de membre d'un Gouvernement, et ce, pendant la période d'exercice de cette fonction, ou qui prend un congé en application de l'article 47.

Lorsque le bourgmestre est absent ou empêché, ses fonctions sont exercées par l'échevin de nationalité belge qu'il a délégué. À défaut, il est remplacé par l'échevin de nationalité belge qui occupe le premier rang.

§ 2 – L'échevin qui remplace un bourgmestre considéré comme empêché est remplacé, conformément au § 3, à la demande du collège pour la période pendant laquelle il remplace le bourgmestre.

§ 3 – L'échevin absent ou empêché peut être remplacé, pour la période correspondant à l'absence ou à l'empêchement, sur proposition du collège, par un conseiller désigné par le conseil parmi les conseillers du groupe politique auquel il appartient. À défaut, il peut être remplacé par un conseiller issu d'un autre groupe politique lié par le pacte de majorité.

L'échevin absent ou empêché peut être remplacé, dans les conditions fixées par l'article 45, §1^{er}, alinéa 2, par un échevin hors conseil et rattaché au même groupe politique si tous les membres du collège et tous les conseillers appartenant aux groupes politiques liés par le pacte de majorité sont du même sexe.

Art. 47 – Congés

À l'occasion de la naissance ou de l'adoption d'un enfant, le bourgmestre ou l'échevin peut prendre congé. Il notifie son congé au collège par écrit en indiquant la date de début et de fin. La durée du congé est de 20 semaines au plus. Il prend fin au plus tard 20 semaines après la naissance ou l'adoption de l'enfant.

La demande de congé en qualité d'échevin ou de bourgmestre est introduite, par écrit, en indiquant la date de début et de fin, si l'intéressé veut rester conseiller durant cette période.

Art. 48 – Démission

La démission des fonctions de bourgmestre ou d'échevin est notifiée par écrit au conseil. Celui-ci en prend connaissance lors de la première séance suivant cette notification.

La démission prend effet à la date où le conseil en prend connaissance.

Le bourgmestre ainsi que l'échevin membre du conseil au moment de son élection perd cette qualité s'il cesse de faire partie du conseil.

Art. 49 – Mesures disciplinaires

Le Gouvernement peut, pour inconduite notoire ou négligence grave, suspendre ou révoquer le bourgmestre ou un échevin, qui sera préalablement entendu.

La suspension ne peut excéder trois mois.

Le bourgmestre ou l'échevin révoqué ne peut être réélu au cours de la même législature.

Art. 50 – Président de CPAS

Le président du conseil de l'aide sociale siège avec voix délibérative au sein du collège lorsqu'il s'agit d'exercer la tutelle sur les décisions du conseil de l'aide sociale.

S'il n'en est pas membre, il siège avec voix consultative au conseil.

Section 3 – Responsabilité du collège

Art. 51 – Motion de méfiance

§ 1^{er} – Le collège, de même que chacun de ses membres, est responsable devant le conseil.

Le conseil peut adopter une motion de méfiance collective à l'égard du collège dans son ensemble ou individuelle à l'égard de l'un ou plusieurs de ses membres.

Cette motion n'est recevable que :

1° si elle présente un successeur au collège, à l'un ou à plusieurs de ses membres, selon le cas;

2° si elle est déposée par la moitié au moins des conseillers de chaque groupe politique formant une majorité alternative, s'il s'agit d'une motion de méfiance collective;

3° si elle est déposée par la moitié au moins des conseillers de chaque groupe politique participant au pacte de majorité, s'il s'agit d'une motion de méfiance individuelle.

Le débat et le vote sur la motion de méfiance sont inscrits à l'ordre du jour du plus prochain conseil qui suit son dépôt entre les mains du directeur général, pour autant que se soit écoulé au minimum un délai de sept jours à la suite de ce dépôt. Le directeur général adresse sans délai le texte de la motion de méfiance à chacun des membres du collège et du conseil et le porte à la connaissance du public par voie d'affichage à la maison communale.

Lorsqu'il s'agit d'une motion de méfiance individuelle, les membres du collège concernés peuvent faire valoir, en personne, leurs observations devant le conseil, et en tout cas, immédiatement avant que n'intervienne le vote.

La motion de méfiance est votée en séance publique.

L'adoption de la motion emporte la démission du collège ou du ou des membres contestés, ainsi que l'élection du nouveau collège ou du ou des nouveaux membres.

§ 2 – Une motion de méfiance collective ne peut être déposée avant l'expiration d'un délai d'un an et demi suivant l'installation du collège communal ni après le 30 juin de l'année qui précède les élections.

Lorsque le conseil a voté une motion de méfiance collective, une nouvelle motion de méfiance collective ne peut être déposée avant l'expiration d'un délai d'un an.

Pas plus de deux motions de méfiance collective ne peuvent être votées au cours d'une même législature communale.

Section 4 – Traitement et signe distinctif des bourgmestres et échevins

Art. 52 – Traitements

§ 1^{er} – Le bourgmestre bénéficie du traitement suivant :

- 1° Communes de 300 habitants et moins : 13 785,16 euros;
- 2° Communes de 301 à 500 habitants : 15 242,03 euros;
- 3° Communes de 501 à 750 habitants : 16 697,77 euros;
- 4° Communes de 751 à 1 000 habitants : 18 639,00 euros;
- 5° Communes de 1 001 à 1 250 habitants : 20 580,68 euros;
- 6° Communes de 1 251 à 1 500 habitants : 21 186,92 euros;
- 7° Communes de 1 501 à 2 000 habitants : 21 793,61 euros;
- 8° Communes de 2 000 à 2 500 habitants : 22 582,33 euros;
- 9° Communes de 2 501 à 3 000 habitants : 23 492,59 euros;
- 10° Communes de 3 001 à 4 000 habitants : 24 523,74 euros;
- 11° Communes de 4 001 à 5 000 habitants : 25 433,75 euros;
- 12° Communes de 5 001 à 6 000 habitants : 28 100,01 euros;
- 13° Communes de 6 001 à 8 000 habitants : 29 912,10 euros;
- 14° Communes de 8 001 à 10 000 habitants : 31 983,61 euros;
- 15° Communes de 10 001 à 15 000 habitants : 36 663,56 euros;
- 16° Communes de 15 001 à 20 000 habitants : 39 276,32 euros;
- 17° Communes de 20 001 à 25 000 habitants : 46 817,39 euros;
- 18° Communes de 25 001 à 35 000 habitants : 49 891,02 euros;
- 19° Communes de 35 001 à de 50 000 habitants : 52 810,93 euros;
- 20° Communes de 50 001 à 80 000 habitants : 61 937,53 euros;
- 21° Communes de 80 001 à 150 000 habitants : 74 668,50 euros;
- 22° Communes de plus de 150 000 habitants : 80 492,09 euros.

Ces traitements sont liés à l'indice-pivot 138.01.

Les traitements des échevins sont fixés à 60 % de ceux du bourgmestre de la commune correspondante.

Le Gouvernement fixe les modalités de paiement de ces traitements.

Lorsque la fixation des traitements, opérée conformément aux alinéas précédents, entraîne la réduction ou la suppression d'autres traitements, indemnités ou allocations légales ou réglementaires, le Gouvernement peut, selon les modalités qu'il détermine, réduire le traitement du bourgmestre ou de l'échevin, pour autant que celui-ci en fasse la demande.

Selon les modalités que le Gouvernement détermine, le conseil peut majorer le traitement du bourgmestre qui bénéficie d'autres traitements, pensions, indemnités ou allocations légaux ou réglementaires, d'un montant compensant la perte de revenus subie par l'intéressé, pourvu que le mandataire en fasse lui-même la demande.

Le traitement du bourgmestre ou de l'échevin, majoré du montant compensant la perte de revenus, ne peut jamais excéder respectivement le traitement d'un bourgmestre ou d'un échevin d'une commune de 50 000 habitants.

§ 2 – Le pécule de vacances et la prime de fin d'année des bourgmestres et échevins sont fixés par le Gouvernement.

§ 3 – En dehors de ces traitements, les bourgmestres et échevins ne pourront jouir d'aucun émolument à charge de la commune.

Art. 53 – Remplacement

Si un échevin remplace le bourgmestre pendant au moins un mois, le traitement attaché à ces fonctions lui sera alloué. L'échevin remplaçant ne pourra toucher en même temps le traitement de bourgmestre et celui d'échevin.

Il en sera de même si un membre du conseil remplit pendant au moins un mois les fonctions d'échevin. Dans ce cas, le traitement attaché à la fonction lui sera alloué pour tout le temps qu'il l'aura remplie.

Le bourgmestre ou l'échevin remplacé ne touche pas de traitement pour la période d'empêchement à moins qu'il ne soit remplacé pour cause de maladie.

Art. 54 – Traitement maximal

La somme du traitement du bourgmestre ou de l'échevin et des rétributions et avantages en nature dont il bénéficie en raison de son mandat originaire, de ses mandats dérivés et de ses mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique tels que définis à l'article L5111-1 du Code, est égale ou inférieure à 150 % de l'indemnité parlementaire perçue par les membres du parlement fédéral.

En cas de dépassement de la limite fixée à l'alinéa 1^{er}, le montant du traitement de bourgmestre ou d'échevin et/ou des rétributions et avantages en nature perçus par le bourgmestre ou l'échevin en raison de ses mandats dérivés et de ses mandats, fonctions et charges publics d'ordre politique est réduit à due concurrence.

Art. 55 – Signe distinctif des bourgmestres et échevins

Le Gouvernement détermine le signe distinctif des bourgmestres et échevins.

Section 5 – Séances, délibérations et décisions du collège

Art. 56 – Présidence

Le bourgmestre est de plein droit président du collège.

Art. 57 – Séances – Quorum de présence

Le collège se réunit aux jours et heures fixés par le règlement d'ordre intérieur et aussi souvent que l'exige la prompt expédition des affaires.

Il ne peut délibérer que si plus de la moitié de ses membres est présente.

Les séances du collège ne sont pas publiques. Seules les décisions sont actées au procès-verbal et au registre des délibérations.

Art. 58 – Séance extraordinaire

La convocation aux séances extraordinaires se fait par écrit et est adressée au domicile ou par voie électronique au moins deux jours à l'avance.

En cas d'urgence, le bourgmestre reste juge du jour et de l'heure de la séance.

Art. 59 – Quorum de vote

Les décisions sont prises à la majorité des voix. En cas de partage, le collège remet l'affaire à une autre séance, à moins qu'il ne préfère appeler un conseiller d'après l'ordre d'inscription au tableau.

Si la majorité du collège a, préalablement à la discussion, reconnu l'urgence de l'objet, la voix du président est décisive. Il en est de même si, lors de trois séances, le partage des voix s'est produit sur la même affaire sans qu'une majorité se soit constituée au sein du collège pour appeler un conseiller.

Les articles 25, 31 et 32 sont applicables aux séances du collège.

Section 6 – Compétences du collège

Art. 60 – Compétences

Le collège est chargé :

- 1° d'exécuter les prescriptions des autorités supérieures, lorsque cette mission lui est spécialement confiée;
- 2° de publier et d'exécuter les décisions du conseil;
- 3° d'administrer des établissements communaux;
- 4° de gérer les revenus, d'ordonnancer les dépenses de la commune et de surveiller la comptabilité;
- 5° de diriger les travaux communaux;
- 6° de représenter la commune devant tout tribunal;
- 7° d'administrer les propriétés de la commune, ainsi que de conserver ses droits;
- 8° de surveiller les membres du personnel rémunérés par la commune;
- 9° d'entretenir les chemins vicinaux et les cours d'eau;
- 10° de garder les archives et les titres.

Le collège dresse des inventaires en double expédition en ce qui concerne les documents mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 10°, ainsi que les chartes et autres documents anciens de la commune, et empêche qu'aucune pièce ne soit vendue ou distraite du dépôt.

Art. 61 – Délégations

Le bourgmestre et l'officier de l'état civil peuvent, chacun en ce qui le concerne, déléguer à des membres du personnel les compétences suivantes :

- 1° délivrance d'extraits ou copies d'actes autres que des actes de l'état civil;
- 2° légalisation de signatures;
- 3° certification conforme de copies de documents.

Cette faculté vaut pour les documents destinés à servir en Belgique ou à l'étranger, à l'exception de ceux qui doivent être légalisés par le Ministre fédéral des Relations extérieures ou par le fonctionnaire qu'il délègue à cette fin.

La mention de la délégation doit précéder la signature, le nom et la fonction du membre du personnel auquel la signature a été déléguée.

Art. 62 – Programme de politique générale

Dans les trois mois après l'adoption du pacte de majorité, le collège soumet au conseil un programme de politique générale couvrant la durée de son mandat et comportant au moins les principaux projets politiques.

Après approbation par le conseil, ce programme de politique générale est publié conformément aux dispositions de l'article 75 et de la manière prescrite par le conseil.

Section 7 – Compétences du bourgmestre

Art. 63 – Compétences générales

Le bourgmestre est chargé de l'exécution des prescriptions des autorités supérieures qui ne sont pas formellement attribuées au collège ou au conseil.

Art. 64 – Droit de réquisition

Sur requête motivée du président du conseil de l'aide sociale, le bourgmestre dispose, à partir de la mise en demeure du propriétaire, d'un droit de réquisition de tout immeuble abandonné depuis plus de six mois, afin de le mettre à la disposition de personnes sans abri. Le droit de réquisition ne peut s'exercer que dans un délai de six mois prenant cours à dater de l'avertissement adressé par le bourgmestre au propriétaire et moyennant un juste dédommagement.

Le Gouvernement définit les limites, les conditions et les modalités dans lesquelles le droit de réquisition peut être exercé, la procédure, la durée d'occupation, les modalités d'avertissement du propriétaire et les possibilités d'opposition de ce dernier ainsi que les modes de calcul du dédommagement.

CHAPITRE 3 – INCOMPATIBILITÉS

Art. 65 – Incompatibilités – Conseil et collègue

Ne peuvent faire partie ni du conseil ni du collège :

- 1° les membres du Gouvernement de la Communauté germanophone;
- 2° les gouverneurs de province;
- 3° les membres du collège provincial;
- 4° les directeurs généraux de la province;
- 5° les commissaires d'arrondissement;
- 6° les membres du personnel de la commune et les personnes qui reçoivent un traitement ou un subside de la commune;
- 7° les membres de l'administration forestière, lorsque leur compétence s'étend à des propriétés boisées soumises au régime forestier et appartenant à la commune dans laquelle ils exercent leurs fonctions;
- 8° les membres des cours, tribunaux, parquets et les greffiers de l'Ordre judiciaire;
- 9° les conseillers du Conseil d'État;
- 10° les secrétaires et receveurs du centre public d'aide sociale du ressort de la commune;
- 11° les parents ou alliés jusqu'au deuxième degré inclusivement, y compris les directeurs et le receveur régional de la commune, ou les personnes unies à eux par les liens du mariage ou de la cohabitation légale.

Les dispositions de l'alinéa 1^{er} sont également applicables aux ressortissants non belges de l'Union européenne résidant en Belgique pour l'exercice par ceux-ci dans un autre État membre de l'Union européenne de fonctions équivalentes à celles qui sont visées dans ces dispositions.

Art. 66 – Incompatibilités – Collège

Sans préjudice des incompatibilités mentionnées à l'article 65, ne peuvent être membres du collège :

- 1° les ministres des cultes et délégués laïques;
- 2° les membres du personnel des administrations fiscales, dans les communes faisant partie de leur circonscription ou de leur ressort, sauf dérogation accordée par le Gouvernement;
- 3° les fonctionnaires généraux soumis au régime du mandat au sein des services du Gouvernement fédéral, du Gouvernement d'une Région ou d'une Communauté, et des organismes d'intérêt public qui en dépendent;
- 4° les titulaires d'une fonction au sein d'un organisme d'intérêt public et qui consiste à en assumer la direction générale.

Les dispositions de l'alinéa 1^{er} sont également applicables aux ressortissants non belges de l'Union européenne résidant en Belgique pour l'exercice par ceux-ci dans un autre État

membre de l'Union européenne de fonctions équivalentes à celles qui sont visées dans ces dispositions.

Art. 67 – Parents au sein du conseil

§ 1^{er} – Les membres du conseil ne peuvent être parents ou alliés jusqu'au deuxième degré inclus, ni être unis par les liens du mariage ou de la cohabitation légale.

Ne peuvent faire partie en même temps du conseil ceux dont les conjoints ou les cohabitants légaux sont parents entre eux jusqu'au deuxième degré inclus.

§ 2 – Si des parents ou alliés à ce degré, deux conjoints ou deux cohabitants légaux sont élus à la même élection, l'ordre de préférence est réglé par l'importance des quotients qui ont déterminé l'attribution à leur liste des sièges dévolus à ces candidats.

Si deux parents ou alliés au degré prohibé, deux conjoints ou deux cohabitants légaux ont été élus, l'un conseiller effectif, l'autre conseiller suppléant, l'interdiction de siéger n'est opposée qu'à ce dernier, à moins que la vacance qui l'appelle à siéger soit antérieure à l'élection de son parent, allié ou conjoint.

Entre suppléants que des vacances appellent à siéger, la priorité se détermine en ordre principal par l'antériorité de la vacance.

L'élu qui, dans les circonstances visées aux alinéas 1^{er} à 3, n'est pas installé conserve le droit d'être admis ultérieurement à prêter serment. Il est remplacé par le conseiller suppléant classé en ordre utile de la liste sur laquelle il a été élu.

Lorsque l'incompatibilité cesse, celui-ci est classé premier suppléant.

§ 3 – L'alliance survenue ultérieurement entre des conseillers n'emporte pas révocation du mandat concerné.

L'alliance est censée dissoute par le décès ou le divorce de la personne du chef de laquelle elle provient.

Art. 68 – Exercice de mandats incompatibles

§ 1^{er} – Les conseillers qui acceptent une fonction incompatible avec leur mandat ou un traitement ou un subside régulier de la commune cessent de faire partie du conseil si, dans les quinze jours à dater de l'invitation que leur adresse le collège, ils ne renoncent pas soit à la fonction incompatible avec leur mandat, soit au traitement ou au subside alloué par la commune.

§ 2 – Le conseiller qui se trouve dans l'une des situations d'incompatibilité visées aux articles 65 et 67 ne peut plus continuer l'exercice de ses fonctions.

Le collège en informe le conseil et l'intéressé. Celui-ci peut communiquer au collège, dans un délai de quinze jours, ses moyens de défense. Le conseil prend acte des faits de nature à entraîner l'incompatibilité et constate la déchéance de plein droit. Il procède au remplacement du membre concerné.

Un recours, fondé sur l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État, est ouvert contre cette décision. Il est introduit dans les huit jours de sa notification.

Si, ayant connaissance de la cause de sa déchéance, même en l'absence de toute notification, l'intéressé continue l'exercice de ses fonctions, il est passible des peines prévues par l'article 262 du Code pénal.

§ 3 – Sans préjudice de l'article L1531-2, § 6, du Code, un membre du collège d'une commune associée ne peut siéger en qualité de membre permanent au sein d'un organe de direction d'une intercommunale.

§ 4 – Conformément aux prescriptions du Gouvernement, le directeur général tient un registre des fonctions et mandats, mentionnés à l'article 16, § 2, et exercés par les conseillers.

Ce registre contient au moins :

- 1° le nom de l'organisme au sein duquel le conseiller exerce un mandat;
- 2° la fonction du conseiller dans chaque organisme;
- 3° la date de début de la désignation;
- 4° la nature et/ou le montant des indemnités et avantages octroyés.

Les conseillers communiquent au directeur général les informations nécessaires à l'établissement dudit registre ainsi que toutes les modifications s'y rapportant.

Ce registre, actualisé constamment, est publié au moins sur le site internet de la commune.

Tout conseiller qui omet, même après la demande expresse du directeur général, de communiquer les informations exigées ou qui fournit de fausses informations sera puni d'une amende administrative de 250 euros conformément à la législation relative aux sanctions administratives communales. En cas de récidive au cours de la même législature, ladite amende est doublée.

Art. 69 – Nombre de mandats autorisés

Un conseiller ou un membre du collège ne peut détenir plus de trois mandats d'administrateur effectivement rémunérés dans des intercommunales.

Le nombre de mandats se calcule en additionnant les mandats rémunérés détenus au sein des intercommunales, majorés, le cas échéant, des mandats rémunérés dont l'élu disposerait en sa qualité de conseiller de l'aide sociale ou de conseiller provincial.

CHAPITRE 4 – SERMENT

Art. 70 – Prestation de serment

Préalablement à leur entrée en fonction, les conseillers communaux, les personnes de confiance visées à l'article 17, les membres du collège et les bourgmestres prêtent le serment suivant : « Je jure fidélité au Roi, obéissance à la Constitution et aux lois du peuple belge. »

Les bourgmestres prêtent ce serment devant le Gouvernement.

Les membres du collège et du conseil le prêtent entre les mains du bourgmestre au cours d'une séance publique.

Les personnes visées à l'alinéa 1^{er} qui, après avoir reçu deux convocations consécutives à l'effet de prêter serment, s'abstiennent, sans motif légitime, de remplir cette formalité, sont considérés comme démissionnaires.

CHAPITRE 5 – ACTES DES AUTORITÉS COMMUNALES

Section 1^{re} – Rédaction des actes

Art. 71 – Procès-verbaux

Le directeur général rédige les procès-verbaux du conseil et du collège communal et assure la transcription de ceux-ci.

Tout procès-verbal reprend toutes les décisions dans l'ordre chronologique. En outre, les points pour lesquels le conseil n'a pas pris de décision sont énumérés.

Art. 72 – Compétence de signature

Les règlements et ordonnances du conseil et du collège, les publications, les actes et la correspondance de la commune sont signés par le bourgmestre et contresignés par le directeur général.

Art. 73 – Délégation de signature

§ 1^{er} – Le bourgmestre peut déléguer par écrit la signature de certains documents à un ou plusieurs membres du collège communal. Il peut révoquer cette délégation à tout moment.

La mention de la délégation doit précéder la signature, le nom et le rang de l'échevin titulaire de la délégation.

§ 2 – Le collège peut autoriser le directeur général à déléguer le contreseing de certains documents à un ou plusieurs membres du personnel.

Cette délégation est faite par écrit en indiquant les documents pour lesquels elle vaut.

La mention de la délégation doit précéder la signature, le nom et la fonction du membre du personnel délégué.

Section 2 – Publication des actes

Art. 74 – Publication

Les règlements et ordonnances du conseil, du collège et du bourgmestre sont publiés par ce dernier par voie d'affichage à la maison communale et sur le site internet de la commune. La publication indique l'objet du règlement ou de l'ordonnance, la date de l'adoption et, le cas échéant, la décision de l'autorité de tutelle.

L'affiche mentionne également le ou les lieux où le texte du règlement ou de l'ordonnance peut être consulté.

Art. 75 – Entrée en vigueur

Les règlements et ordonnances deviennent obligatoires le cinquième jour qui suit leur publication, sauf s'ils en disposent autrement.

Leur publication et la date de celle-ci sont constatées par une annotation dans un registre spécialement tenu à cet effet, dans la forme qui sera déterminée par le Gouvernement.

Section 3 – Information de la population

Art. 76 – Généralités

Afin de fournir au public une information sur l'action des autorités administratives communales :

1° le conseil désigne un membre du personnel chargé de la conception et de la réalisation de la politique d'information pour toutes les autorités administratives dépendant de la commune, ainsi que de la coordination de la publication visée au 2°;

2° le collège publie un document décrivant les compétences et l'organisation interne de toutes les autorités administratives qui en dépendent. Ce document est tenu à la disposition de quiconque le demande.

La délivrance du document visé au 2° peut être soumise au paiement d'une rétribution dont le montant est fixé par le conseil et qui ne peut excéder le prix coûtant.

Art. 77 – Bulletin d'information

Le conseil peut éditer un bulletin d'information destiné à diffuser des informations d'intérêt local. Il peut, avec l'accord du conseil de l'aide sociale, décider d'éditer un bulletin commun à la commune et au centre public d'aide sociale.

Outre les communications des membres du conseil dans l'exercice de leurs fonctions, si un groupe politique a accès aux colonnes du bulletin d'information communal, chaque groupe politique démocratique y a également accès dans la même proportion, à l'exclusion des groupes politiques qui ne respecteraient pas les principes démocratiques.

Le règlement d'ordre intérieur fixe les modalités d'application de l'alinéa 2.

TITRE 3 – CONSULTATION POPULAIRE

Art. 78 – Sujets

Le conseil peut, soit de sa propre initiative, soit à la demande des habitants de la commune, décider de consulter les habitants sur les matières qui relèvent de la compétence de décision du collège ou du conseil ou qui relèvent de la compétence d'avis du collège ou du conseil dans la mesure où cette compétence a un objet d'intérêt communal.

L'initiative émanant des habitants de la commune doit être soutenue par au moins :

- 20 % des habitants dans les communes de moins de 15 000 habitants;
- 3 000 habitants dans les communes de plus de 15 000 habitants.

Art. 79 – Demande

Toute demande d'organisation d'une consultation à l'initiative des habitants doit être adressée par lettre recommandée au collège.

À la demande est jointe une note motivée de nature à informer le conseil.

La demande n'est recevable que pour autant qu'elle soit introduite au moyen d'un formulaire délivré par la commune et qu'elle comprenne, outre le nom de la commune et la reproduction de l'article 196 du Code pénal, les mentions suivantes :

- 1° la ou les questions qui font l'objet de la consultation proposée;
- 2° les nom, prénoms, date de naissance et domicile de chacun des signataires de la demande;
- 3° les nom, prénoms, date de naissance et domicile des personnes qui prennent l'initiative de demander la consultation populaire.

Le formulaire visé à l'alinéa 3 est délivré dans les 15 jours de la demande adressée au directeur général.

Art. 80 – Examen de la demande

Dès réception de la demande, le collège examine si la demande est soutenue par un nombre suffisant de signatures valables.

Le collège raye à l'occasion de cet examen :

- 1° les signatures en double;
- 2° les signatures des personnes qui ne répondent pas aux conditions fixées à l'article 82;
- 3° les signatures des personnes dont les données fournies ne suffisent pas à permettre la vérification de leur identité.

Le contrôle est clos lorsque le nombre de signatures valables est atteint. Le collège clôture le contrôle au plus tard dans les trente jours de la réception de la demande. Il notifie par envoi recommandé aux personnes à l'initiative de la consultation populaire l'acceptation ou la non-acceptation de celle-ci. En cas d'acceptation, le conseil organise la consultation populaire.

Art. 81 – Conditions

§ 1^{er} – Pour demander une consultation populaire ou y participer, il faut :

- 1° être inscrit ou mentionné au registre de la population de la commune;
- 2° être âgé de seize ans accomplis;
- 3° ne pas faire l'objet d'une condamnation ou d'une décision emportant l'exclusion ou la suspension des droits électoraux de ceux qui sont appelés à voter aux élections communales.

§ 2 – Pour pouvoir demander une consultation populaire, les conditions prévues au § 1^{er} doivent être réunies à la date à laquelle la demande a été introduite.

Pour pouvoir participer à la consultation populaire, les conditions prévues au § 1^{er}, 2° et 3°, doivent être réunies le jour de la consultation et celle visée au § 1^{er}, 1°, doit l'être à la date à laquelle la liste de ceux qui participent à la consultation populaire est arrêtée.

Les participants qui, postérieurement à la date à laquelle la liste précitée est arrêtée, font l'objet d'une condamnation ou d'une décision emportant dans le chef de ceux qui sont appelés à voter aux élections communales, soit l'exclusion des droits électoraux, soit la suspension, à la date de la consultation, de ces mêmes droits, sont rayés de ladite liste.

§ 3 – L'article 13 du Code électoral est d'application à l'égard de toutes les catégories de personnes qui répondent aux conditions prescrites au § 1^{er}.

Pour les ressortissants non belges et pour les ressortissants belges âgés de moins de dix-huit ans, les notifications interviendront à l'initiative des parquets des cours et tribunaux dans l'hypothèse où la condamnation ou l'internement, qui ne sont plus susceptibles d'aucun recours ordinaire, auraient emporté exclusion de l'électorat ou suspension des droits électoraux s'ils avaient été prononcés à charge d'une personne appelée à voter aux élections communales.

Si la notification intervient après que la liste de ceux qui participent à la consultation populaire a été arrêtée, l'intéressé est rayé de cette liste.

§ 4 – Le trentième jour avant la consultation, le collège dresse une liste des participants à la consultation populaire.

Sur cette liste sont repris :

1° les personnes qui, à la date mentionnée satisfont aux conditions de participation prévues au § 1^{er};

2° les participants qui atteindront l'âge de seize ans entre cette date et la date de la consultation;

3° les personnes dont la suspension des droits électoraux prendra ou prendrait fin au plus tard le jour fixé pour la consultation.

Pour chaque personne satisfaisant aux conditions de participation, la liste des participants mentionne le nom, les prénoms, la date de naissance et le domicile. La liste est établie selon une numérotation continue, soit dans l'ordre alphabétique des participants, soit dans l'ordre géographique en fonction des rues.

§ 5 – La participation à la consultation populaire n'est pas obligatoire.

Chaque participant a droit à une voix.

Le scrutin est secret.

La consultation populaire ne peut avoir lieu que le dimanche. Les participants sont admis au scrutin de 8 à 13 heures. Ceux qui se trouvent dans le local de vote avant 13 heures sont encore admis au scrutin.

§ 6 – Il est procédé au dépouillement si au moins 10 % des habitants ont participé à la consultation.

§ 7– Les dispositions des articles L4132-1 et L4143-20, § 6, du Code sont applicables à la consultation populaire, étant entendu que le mot « électeur » est remplacé par le mot « participant », que les mots « l'électeur » et « les électeurs » sont chaque fois remplacés respectivement par les mots « le participant » et « les participants », que les mots « l'élection » sont remplacés par les mots « la consultation populaire » et que les mots « les élections pour lesquelles » sont remplacés par les mots « la consultation populaire pour laquelle ».

Art. 82 – Restrictions

Les questions de personnes et les questions relatives aux comptes, aux budgets, aux taxes et rétributions communales ne peuvent faire l'objet d'une consultation.

Nulle consultation populaire ne peut être organisée au cours :

- des seize mois qui précèdent la réunion ordinaire des électeurs pour le renouvellement des conseils communaux;
- des quarante jours qui précèdent l'élection directe des membres du Parlement fédéral, des Parlements régionaux et communautaires et du Parlement européen.

Les habitants de la commune ne peuvent être consultés qu'une seule fois par semestre et six fois au plus par législature. Au cours de la période qui s'étend d'un renouvellement des conseils communaux à l'autre, il ne peut être organisé qu'une seule consultation sur le même sujet.

Art. 83 – Ordre du jour

Une demande admissible d'organisation d'une consultation populaire est inscrite à l'ordre du jour de la plus prochaine séance du collège.

Le collège inscrit une demande à l'ordre du jour du conseil à moins que le conseil ne soit manifestement pas compétent, à aucun égard, pour décider de la demande. S'il y a des doutes à ce sujet, c'est le conseil communal qui décide.

Art. 84 – Prise de connaissance des résultats

Le collège inscrit à l'ordre du jour de la prochaine séance du conseil les résultats de la consultation populaire et les conséquences pour l'acte qui faisait l'objet de cette consultation.

Art. 85 – Information de la population

Au moins un mois avant le jour de la consultation, l'administration communale met à la disposition des habitants une brochure présentant le sujet de la consultation populaire de manière objective. Cette brochure comporte en outre la note motivée, visée à l'article 80, alinéa 2, ainsi que les questions sur lesquelles les habitants seront consultés.

Les questions doivent être formulées de manière à ce qu'il puisse y être répondu par « oui » ou « non ».

Art. 86 – Autres dispositions procédurales

Le Gouvernement fixe les dispositions particulières relatives à la procédure d'organisation d'une consultation populaire communale par analogie avec la procédure pour l'élection des conseillers communaux.

Le Gouvernement fixe les modalités suivant lesquelles les résultats de la consultation sont portés à la connaissance du public.

TITRE 4 – RESSOURCES DE LA COMMUNE

CHAPITRE 1^{ER} – LES PERSONNES

Section 1^{re} – Le directeur général et le directeur financier

Sous-section 1^{re} – Dispositions communes

Art. 87 – Incompatibilités

Chaque commune dispose d'un directeur général et d'un directeur financier.

Dans la même commune, il y a incompatibilité entre les fonctions de directeur général et de directeur financier.

Ne peuvent exercer les fonctions de direction les membres du personnel du gouvernement provincial et du commissariat d'arrondissement.

Art. 88 – Généralités

§ 1^{er} – La fonction de directeur est accessible par recrutement, promotion et mobilité. Il doit en tout cas y avoir recrutement.

La fonction est accessible aux personnes qui sont citoyens d'un État membre de l'Espace économique européen ou de la Confédération suisse.

Le conseil nomme les directeurs dans le respect des exigences minimales fixées par le Gouvernement. La nomination intervient dans les six mois de la vacance.

La nomination définitive a lieu à l'issue du stage.

§ 2 – Le statut administratif des directeurs est fixé par un règlement établi par le conseil dans le respect des exigences minimales établies par le Gouvernement.

Art. 89 – Prestation de serment

Avant d'entrer en fonction, un directeur général prête le serment visé à l'article 70, au cours d'une séance publique du conseil, entre les mains du président.

Il en est dressé procès-verbal.

Le directeur qui, sans motif légitime, ne prête pas serment après avoir été invité à le faire lors de la plus prochaine séance du conseil par une lettre recommandée à la poste, est réputé renoncer à sa nomination.

Art. 90 – Activités accessoires

§ 1^{er} – Les directeurs ne peuvent pas cumuler plusieurs activités professionnelles. Par activité professionnelle, il faut entendre toute occupation dont le produit est un revenu professionnel au sens du Code des Impôts sur les revenus de 1992, à l'exception des jetons de présence perçus dans l'exercice d'un mandat et des revenus issus des mandats tels que visés à l'article L511.1-1 du Code.

Le conseil peut autoriser le cumul sur demande écrite et préalable du directeur, et ce, pour une durée renouvelable de trois ans.

Le cumul n'est pas autorisé notamment :

- 1° s'il peut compromettre l'exercice de l'activité normale au sein du service;
- 2° s'il peut nuire à la dignité de la fonction;
- 3° s'il est de nature à compromettre l'indépendance du directeur ou à créer une confusion avec sa qualité de directeur.

L'autorisation est révocable dès lors que l'une des conditions d'octroi susvisées n'est plus remplie.

§ 2 – Par dérogation au § 1^{er}, le cumul d'activités professionnelles inhérentes ou ayant trait à l'exercice de la fonction s'exerce de plein droit. Est inhérente à l'exercice de la fonction toute charge :

- 1° exercée en vertu d'une disposition légale ou réglementaire;
- 2° inhérente à une fonction à laquelle le directeur est désigné par le conseil.

Art. 91 – Traitement

§ 1^{er} – Le conseil fixe l'échelle de traitement du directeur général dans les limites minimales et maximales déterminées ci-après :

- 1° dans les communes de 10 000 habitants et moins : 34 000 à 48 000 euros;
- 2° dans les communes de 10 001 à 20 000 habitants : 38 000 à 54 000 euros;
- 3° dans les communes de 20 001 à 35 000 habitants : 40 600 à 58 600 euros.

Les montants minima et maxima des échelles de traitement du directeur général sont liés à l'indice-pivot 138.01.

Le Gouvernement peut adapter ces échelles de traitement.

§ 2 – Le conseil fixe l'échelle de traitement du directeur financier. Celle-ci correspond à 97,5 % de l'échelle applicable au directeur général de la même commune.

Art. 92 – Augmentations de traitement

Les directeurs ont droit à des augmentations biennales qui ne peuvent être inférieures à 3 % du minimum.

Elles prennent effet le premier du mois qui suit la date anniversaire de l'entrée en fonction.

Le traitement minimal des directeurs est majoré d'un complément correspondant à l'ancienneté acquise dans les emplois de l'État, des Régions, des Communautés, des communes, des provinces et dans d'autres services publics et privés que le Gouvernement détermine, et ce, conformément aux règles fixées par lui.

Art. 93 – Congé annuel

Les communes font bénéficier leurs directeurs des dispositions applicables au personnel des services publics fédéraux en matière de congé annuel de vacances.

Art. 94 – Liquidation du traitement

Le traitement des directeurs nommés à titre définitif est payé mensuellement et par anticipation. Il prend cours à la date de l'entrée en fonction. Si celle-ci a lieu en cours de mois, le directeur obtient, pour ce mois, autant de trentièmes du traitement qu'il reste de jours à courir à partir de l'entrée en fonction inclusivement.

Art. 95 – Remplacement en cas d'absence

§ 1^{er} – En cas d'absence d'un directeur ou de vacance de l'emploi, le collège désigne un directeur faisant fonction pour une durée maximale de trois mois renouvelable.

Pour une période ininterrompue n'excédant pas trente jours, le collège peut déléguer aux directeurs la désignation de leur remplaçant.

Le directeur faisant fonction bénéficie de l'échelle de traitement du titulaire.

§ 2 – Le directeur financier faisant fonction exerce toutes les attributions dévolues au directeur financier. Les dispositions des articles 89 et 102 lui sont applicables.

Lors de son installation et de la cessation de ses fonctions, il est procédé à l'établissement d'un compte de fin de gestion et à la remise de l'encaisse et des pièces comptables, sous la surveillance du collège.

Sous-section 2 – Le directeur général

Art. 96 – Contrat d'objectifs

§ 1^{er} – Le contrat d'objectifs contient la description des missions du directeur général et qui ressortent du programme de politique générale, ainsi que tout autre objectif mesurable et réalisable relevant de ses missions.

Il décrit la stratégie de l'organisation de l'administration au cours de la législature pour réaliser les missions et atteindre les objectifs visés à l'alinéa 1^{er}, et les décline en initiatives et projets concrets. Il contient une synthèse des moyens humains et financiers disponibles et/ou nécessaires à sa mise en œuvre.

§ 2 – Le contrat d'objectifs est rédigé par le directeur général sur la base et dans les six mois de la réception de la lettre de mission que lui aura remis le collège à l'occasion du renouvellement intégral du conseil ou du recrutement du directeur général.

Cette lettre de mission comporte au moins les éléments suivants :

1° la description de fonction et le profil de compétences de l'emploi de directeur général;

2° les objectifs à atteindre pour les diverses missions, notamment sur la base du programme de politique générale;

3° les moyens budgétaires et les ressources humaines attribués;

4° l'ensemble des missions qui lui sont conférées par le présent décret et notamment sa mission de conseil et de disponibilité à l'égard de l'ensemble des conseillers.

§ 3 – Une concertation a lieu entre le directeur général et le collège sur les moyens nécessaires à la réalisation du contrat d'objectifs. Le directeur financier y est associé pour les matières dont il a la charge. En cas d'absence d'accord du directeur général sur les moyens, l'avis de ce dernier est annexé au contrat d'objectifs tel qu'approuvé par le collège.

L'actualisation du contrat d'objectifs peut être annuelle. Sur demande du directeur général, le contrat d'objectifs peut être adapté par le collège en cours d'année. Le contrat d'objectifs est communiqué au conseil, de même que ses actualisations et éventuelles adaptations.

La lettre de mission est annexée au contrat d'objectifs.

Art. 97 – Hiérarchie

Le directeur général est tenu de se conformer aux instructions qui lui sont données, soit par le conseil, soit par le collège, soit par le bourgmestre, selon leurs attributions respectives.

Art. 98 – Missions

§ 1^{er} – Le directeur général est chargé de la préparation des dossiers qui sont soumis au conseil ou au collège. Il assiste, sans voix délibérative, aux séances du conseil et du collège.

Le directeur général est également chargé de la mise en œuvre des axes politiques fondamentaux du programme de politique générale, traduits dans le contrat d'objectifs visé à l'article 96.

Dans ce cadre, il met en œuvre et évalue la politique de gestion des ressources humaines.

§ 2 – Sous le contrôle du collège, il dirige et coordonne les services communaux et, sauf les exceptions prévues par la loi ou le décret, il est le chef du personnel. Dans ce cadre, il arrête le projet d'évaluation de chaque membre du personnel et le transmet à l'intéressé et au collège.

Le directeur général ou son délégué, de niveau supérieur à celui du membre du personnel recruté ou engagé, participe avec voix délibérative au jury d'examen constitué lors du recrutement ou de l'engagement des membres du personnel.

§ 3 – Le directeur général assure la présidence du conseil de direction.

§ 4 – Le directeur général est chargé de la mise sur pied et du suivi d'un système de contrôle interne.

Il s'agit d'un ensemble de mesures et de procédures conçues pour assurer une sécurité raisonnable en ce qui concerne :

- 1° la réalisation des objectifs;
- 2° le respect de la législation en vigueur et des procédures;
- 3° la disponibilité d'informations fiables sur les finances et la gestion.

Le cadre général du système de contrôle interne est soumis à l'approbation du collège.

§ 5 – Le directeur général rédige les procès-verbaux des séances du conseil et assure la transcription de ceux-ci. Dans le mois qui suit leur adoption, les procès-verbaux transcrits sont signés par le bourgmestre et le directeur général.

Le directeur général donne des conseils juridiques et administratifs au conseil. Il rappelle, le cas échéant, les règles de droit applicables, mentionne les éléments de fait dont il a connaissance et veille à ce que les mentions prescrites par la loi figurent dans les décisions.

Ses avis sont annexés aux décisions du conseil et du collège et transmis au directeur financier.

§ 6 – Après concertation avec le conseil de direction, le directeur général est chargé de la rédaction des projets :

- 1° de l'organigramme;
- 2° du cadre organique;
- 3° des statuts du personnel.

Sous-section 3 – Le directeur financier

Art. 99 – Généralités

§ 1^{er} – Les fonctions de directeur financier sont conférées et exercées conformément aux dispositions ci-après :

- 1° dans les communes comptant plus de 10 000 habitants, par un directeur financier;
- 2° dans les communes comptant 10 000 habitants et moins, par un receveur régional, sauf si le conseil crée l'emploi de directeur financier.

§ 2 – Le directeur financier d'une commune comptant moins de 20 000 habitants peut être nommé directeur financier du centre public d'aide sociale local. Il ne peut toutefois être nommé directeur financier d'une autre commune, ni directeur financier du centre public d'aide sociale d'une autre commune.

Les prestations totales ne pourront en aucun cas porter le volume global de toutes les activités cumulées à plus de 125% du temps de travail d'un emploi à temps plein.

Le conseil communal et le conseil de l'aide sociale déterminent de commun accord la répartition du temps de travail du directeur financier au profit des deux institutions. La charge salariale incombant respectivement à la commune et au centre public d'aide sociale est proportionnelle au temps de travail presté au profit de chacune des deux institutions.

Art. 100 – Hiérarchie

Le directeur financier est placé sous l'autorité du collège.

Art. 101 – Création de l'emploi de directeur financier

Dans le cas visé à l'article 99, § 1^{er}, 2°, la délibération créant l'emploi de directeur financier est communiquée au gouverneur pour information.

Cette délibération entre en vigueur après que le gouverneur a notifié sa décision de mettre fin à la mission de tout receveur régional dans la commune.

La commune qui crée l'emploi de directeur financier peut toutefois nommer immédiatement à cet emploi un receveur régional. Cette décision produit directement ses effets, sans préjudice des pouvoirs de l'autorité de tutelle.

Art. 102 – Missions

§ 1^{er} – Le directeur financier remplit la fonction de conseiller financier et budgétaire de la commune.

Dans le cadre du système de contrôle interne, il est chargé :

- 1° d'utiliser efficacement et raisonnablement les ressources;
- 2° de protéger des actifs;
- 3° de transmettre au directeur général des informations financières fiables.

§ 2 – Le directeur financier est chargé :

- 1° d'effectuer les recettes de la commune;
- 2° d'acquitter sur mandats les dépenses ordonnancées jusqu'à concurrence, soit :
 - a) du montant spécial de chaque article du budget;
 - b) du crédit spécial ou du crédit provisoire;
 - c) du montant des allocations transférées en application de l'article 166;
- 3° de remettre dans les dix jours un avis de légalité écrit et motivé sur tout projet de décision du conseil ou du collège ayant une incidence financière ou budgétaire supérieure à 30 000 euros.

Le délai de dix jours visé au 3° peut être prorogé d'une durée égale à ce délai par décision de l'auteur de l'acte concerné si le directeur financier en fait la demande motivée. En cas d'urgence dûment motivée, le délai peut être ramené à cinq jours.

À défaut d'avis rendu dans le délai imparti, il ne faut pas en tenir compte dans la décision. Cet avis fait, le cas échéant, partie intégrante du dossier soumis à la tutelle.

§ 3 – En vue du recouvrement des créances non fiscales certaines et exigibles, le directeur financier peut envoyer une contrainte visée et rendue exécutoire par le collège. Une telle contrainte est signifiée par exploit d'huissier. Cet exploit interrompt le délai de prescription.

Une contrainte ne peut être visée et rendue exécutoire par le collège que si la dette est exigible, liquide et certaine. Le débiteur doit en outre être préalablement mis en demeure par courrier recommandé. La commune peut imputer des frais administratifs pour ce courrier recommandé. Ces frais sont à charge du débiteur et peuvent être recouvrés par la contrainte. Les dettes des personnes de droit public ne peuvent jamais être recouvrées par contrainte. Un recours contre cet exploit peut être introduit auprès du Gouvernement dans le mois de la signification.

Dans le cas où le directeur financier retarde ou refuse la liquidation des dépenses visées au § 2, 2°, le paiement en sera poursuivi par le commissaire désigné par le Gouvernement, et ce, sur exécutoire du Gouvernement, qui convoque le directeur financier et l'entend s'il se présente.

§ 4 – Le directeur financier donne, sur demande du collège ou du directeur général ou de sa propre initiative, un avis de légalité écrit sur toute question ayant une incidence financière au niveau communal.

§ 5 – Au moins une fois par an, le directeur financier fait rapport, à la commission désignée par le conseil, sur l'exécution de sa mission de remise d'avis. Le rapport contient aussi, et notamment :

- un état rétrospectif et prospectif de la trésorerie;
- une évaluation de l'évolution passée et future des budgets;
- une synthèse des différents avis qu'il a rendus.

Il peut émettre dans ce rapport toutes les suggestions qu'il estime utiles. Il adresse son rapport simultanément au collège et au directeur général.

§ 6 – Le directeur financier rédige en toute indépendance les avis et rapports prévus dans cet article.

Le collège peut entendre le directeur financier à propos de ses avis ou recommandations.

Art. 103 – Vérification de caisse

§ 1^{er} – Le collège communal, ou celui de ses membres qu'il désigne à cette fin, vérifie l'encaisse du directeur financier au moins une fois par trimestre et établit un procès-verbal de la vérification, qui mentionne ses observations et celles formulées par le directeur financier. Ce procès-verbal est signé par le directeur financier et les membres du collège qui ont procédé à la vérification.

Le collège communique le procès-verbal au conseil pour qu'il en prenne connaissance en séance publique.

Lorsque le directeur financier a la charge de plusieurs encaisses publiques, celles-ci sont vérifiées simultanément aux jours et heures fixés par les autorités concernées.

§ 2 – Le directeur financier signale immédiatement au collège communal tout déficit résultant d'un vol ou d'une perte.

Il est aussitôt procédé à la vérification de l'encaisse, conformément au § 1^{er}, en vue de déterminer le montant du déficit.

Le procès-verbal de la vérification est complété par l'exposé des circonstances et des mesures de conservation prises par le directeur financier.

Le collège transmet ces documents au conseil.

§ 3 – Le conseil décide si et dans quelle mesure le directeur financier doit être tenu pour responsable du vol ou de la perte, et fixant le montant du déficit que le directeur financier doit solder.

Le cas échéant, le collège invite le directeur financier, par recommandé, à verser une somme équivalente dans la caisse communale. Il annexe une expédition de cette décision du conseil à l'invitation de payer.

§ 4 – Dans les soixante jours à dater de cette notification, le directeur financier peut introduire un recours auprès du Conseil d'État conformément à l'article 16 des lois coordonnées sur le Conseil d'État.

Une fois le délai expiré ou, en l'absence de recours, à l'expiration du délai mentionné dans l'invitation à payer, la décision du conseil est exécutée sur les biens personnels du directeur financier s'il ne s'est pas exécuté volontairement.

Art. 104 – Recouvrement de taxes dans une autre commune

À la demande du directeur financier ou du receveur régional, le recouvrement des impositions dues à une commune est poursuivi, contre les contribuables domiciliés dans une autre commune, par le directeur financier de celle-ci.

Les frais exposés par la commune poursuivante et non recouverts à charge du contribuable sont supportés par la commune demanderesse.

Art. 105 – Agents spéciaux

§ 1^{er} – La responsabilité du directeur financier ne s'étend pas aux recettes pour lesquelles le conseil a désigné des agents spéciaux. Ces agents sont responsables des recettes dont le recouvrement leur est confié et sont, pour ce, soumis aux mêmes obligations que le directeur financier.

Les agents spéciaux sont soumis aux mêmes règles que les directeurs financiers pour ce qui concerne le serment, le remplacement, l'établissement du compte de fin de gestion et les recours ouverts auprès du Gouvernement. Les articles 89, 95, § 2, et 107 leur sont applicables *mutatis mutandis*.

Ils ne peuvent effectuer aucune opération de dépense sur les comptes qu'ils gèrent.

Les recettes réalisées sont versées au moins tous les quinze jours au directeur financier, le dernier versement de l'exercice étant effectué le dernier jour ouvrable du mois de décembre.

Lors de chaque versement, l'agent spécial transmet au directeur financier la liste détaillée des imputations budgétaires, des montants versés et des redevables correspondants.

§ 2 – Les comptes de l'agent spécial, accompagnés des pièces justificatives, sont soumis au visa du collège. Celui-ci les examine et les vise.

Ils sont ensuite transmis au directeur financier avec toutes les pièces justificatives pour être annexés au compte budgétaire.

L'article 103 est, *mutatis mutandis*, applicable à l'agent spécial lorsqu'un déficit découlant d'un vol ou d'une perte est constaté.

Art. 106 – Caisses

Le collège peut charger certains membres du personnel communal, du paiement et de l'engagement de menues dépenses, et de la perception de recettes en espèces.

Ces membres du personnel ne sont pas soumis aux obligations mentionnées à l'article 105. Ils versent au directeur financier au moins trimestriellement le montant intégral de leurs perceptions, selon les directives qu'il leur donne.

Art. 107 – Décompte final

§ 1^{er} – Lorsque le directeur financier ou l'agent spécial visé à l'article 105 cesse définitivement d'exercer ses fonctions et dans le cas mentionné à l'article 95, un compte de fin de gestion est établi.

§ 2 – Le compte de fin de gestion du directeur financier ou de l'agent spécial, accompagné, s'il y a lieu, de ses observations ou – en cas de décès – de celles de ses ayants cause, est soumis par le collège au conseil. Le conseil l'arrête et déclare le comptable quitte ou fixe un débet.

La décision par laquelle le compte de fin de gestion est définitivement arrêté est notifiée par recommandé au comptable ou à ses ayants cause par les soins du collège, accompagnée, s'il y a lieu, d'une invitation à solder le débet.

§ 3 – L'article 103, § 4, est applicable *mutatis mutandis* lorsque le comptable est invité à solder un débet.

Art. 108 – Paiements directs

Par dérogation à l'article 102, § 2, 2°, les montants suivants peuvent être versés directement aux comptes ouverts au nom des communes bénéficiaires auprès d'institutions financières qui satisfont, selon le cas, au prescrit des articles 7, 65 et 66, de la loi du 22 mars 1993 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit :

- 1° le montant de leur quote-part dans les fonds institués par la loi ou le décret au profit des communes, ainsi que dans le produit des impôts de l'État;
- 2° le produit des impositions communales perçues par les services de l'État;
- 3° les subventions, les interventions dans les dépenses communales et, en général, toutes les sommes attribuées à titre gratuit aux communes par l'État, les Communautés, les Régions et les Provinces.

Les institutions financières visées à l'alinéa 1^{er} sont autorisées à prélever d'office, sur l'avoir du ou des comptes qu'elles ont ouverts au nom de la commune, le montant des dettes exigibles que cette commune a contractées envers elles.

Section 2 – Le personnel communal

Art. 109 – Organigramme

Le collège établit l'organigramme de tous les services communaux.

Art. 110 – Conseil de direction

Il est instauré un conseil de direction au sein de chaque commune. Ce conseil est composé des directeurs et des membres du personnel que le directeur général choisit.

§ 2 – Outre les attributions confiées par décision du collège, le conseil de direction connaît de toutes les questions d'intérêt général relatives à l'organisation et au fonctionnement des services.

Les avant-projets de budget, modifications budgétaires et notes explicatives y relatives, sont concertés en conseil de direction.

§ 3 – À l'exception de la réunion de concertation prévue au § 2, alinéa 2, la mise en place d'un conseil de direction est facultative pour les communes dont le nombre d'habitants est inférieur ou égal à 10 000.

Art. 111 – Statuts administratif et pécuniaire

Sans préjudice des dispositions de la législation relative à l'enseignement et dispositions du présent décret, le conseil fixe, pour le personnel communal :

- 1° le cadre, les conditions de recrutement et de promotion, ainsi que les conditions et la procédure d'évaluation;
- 2° le statut pécuniaire et les échelles de traitement.

Le personnel communal bénéficie, aux mêmes conditions que le personnel des services publics fédéraux, des allocations suivantes : allocations de foyer et de résidence, allocations familiales, pécules de vacances, pécules de vacances familial et primes de fin d'année.

Art. 112 – Autorité compétente

Le conseil est compétent pour toutes les nominations de membres du personnel.

Le conseil est compétent pour la désignation de membres du personnel à durée indéterminée. Il peut déléguer ce pouvoir au collège pour toutes les catégories de personnel ou pour certaines seulement.

Le collège est compétent pour les désignations à titre temporaire.

Le collège soumet au conseil dans les trois mois, pour information, les décisions prises en application du présent article.

Art. 113 – Interdictions

Le conseil peut fixer des interdictions générales interdisant aux membres du personnel d'exercer, directement ou par personne interposée, tout commerce ou de remplir tout emploi dont l'exercice serait considéré comme incompatible avec leurs fonctions.

La demande introduite en vue d'exercer une activité accessoire est adressée par écrit au collège, lequel statue sur avis du directeur général.

L'autorisation peut être retirée.

§ 2 – Une des sanctions prévues à l'article 115 peut être prononcée à l'encontre d'un membre du personnel contractuel qui enfreint les dispositions du présent article.

Section 3 – Règlement disciplinaire

Art. 114 – Champ d'application

Sans préjudice de l'article 113, § 2, les dispositions de la présente section sont applicables à tous les membres du personnel communal, à l'exception du personnel engagé par contrat de travail et du personnel enseignant.

Art. 115 – Sanctions disciplinaires

Une sanction disciplinaire peut être infligée pour les motifs suivants :

- 1° manquement aux devoirs professionnels;
- 2° agissements qui compromettent la dignité de la fonction;
- 3° infraction à l'interdiction visée aux articles 90 et 113.

Les sanctions disciplinaires suivantes peuvent être prononcées :

- 1° sanctions mineures :
 - a) l'avertissement;
 - b) la réprimande;
- 2° sanctions majeures :
 - a) la retenue de traitement;
 - b) la suspension disciplinaire;
 - c) la rétrogradation;
- 3° sanctions maximales :
 - a) la démission d'office;
 - b) la révocation.

Art. 116 – Retenue de traitement

La retenue de traitement ne peut excéder trois mois et s'élève au maximum à 20 % du traitement brut.

La commune garantit à l'intéressé un traitement net égal au montant du revenu d'intégration tel qu'il est fixé en vertu de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale.

En cas de prestations à temps partiel, ce montant est réduit proportionnellement à la durée des prestations.

Art. 117 – Suspension disciplinaire

La suspension disciplinaire peut être prononcée pour trois mois au plus.

La suspension disciplinaire entraîne, pendant sa durée, la privation de traitement.

La commune garantit à l'intéressé un traitement net égal au montant du revenu d'intégration tel qu'il est fixé en vertu de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale.

En cas de prestations à temps partiel, ce montant est réduit proportionnellement à la durée des prestations.

Art. 118 – Rétrogradation

La rétrogradation consiste en l'attribution d'un grade qui occupe, dans la hiérarchie, un rang inférieur ou doté d'une échelle de traitements inférieure.

Dans tous les cas, le grade dans lequel la rétrogradation est appliquée doit figurer dans le classement hiérarchique des grades du cadre dont l'intéressé relève.

La rétrogradation ne s'applique pas aux directeurs.

Art. 119 – Compétences du conseil

Le conseil peut, sur rapport du directeur général, infliger les sanctions disciplinaires prévues à l'article 115.

Il n'y a pas lieu à rapport du directeur général pour les sanctions à infliger aux directeurs et au comptable spécial.

Art. 120 – Compétences du collège

Sauf pour le directeur financier, le collège communal peut, sur rapport du directeur général, infliger un avertissement, une réprimande, une retenue de traitement et une suspension disciplinaire pour un terme qui ne pourra excéder un mois.

Le directeur général peut, sur rapport motivé du supérieur hiérarchique ou de sa propre initiative, infliger un avertissement et une réprimande.

Le directeur général notifie sa décision au collège.

Le collège notifie sans tarder, par recommandé, la décision au membre du personnel concerné.

Art. 121 – Procédure

Aucune sanction disciplinaire ne peut être prononcée sans que le membre du personnel ait été entendu en ses moyens de défense sur tous les faits mis à sa charge par l'autorité qui la prononce.

Pendant le cours de la procédure, l'intéressé peut se faire assister par un défenseur de son choix.

Préalablement à l'audition, l'autorité disciplinaire constitue un dossier disciplinaire qui contient toutes les pièces relatives aux faits mis à charge.

Art. 122 – Convocation à l'audition

Au moins quinze jours avant sa comparution, l'intéressé est convoqué pour l'audition, soit par lettre recommandée à la poste, soit par la remise de la convocation contre accusé de réception.

La convocation doit mentionner :

1° tous les faits mis à charge;

2° le fait qu'une sanction disciplinaire est envisagée et qu'un dossier disciplinaire est constitué;

3° le lieu, le jour et l'heure de l'audition;

4° le droit de l'intéressé de se faire assister par un défenseur de son choix;

5° le lieu où et le délai dans lequel le dossier disciplinaire peut être consulté;

6° le droit de l'intéressé de demander la publicité de l'audition, s'il doit comparaître devant le conseil;

7° le droit de l'intéressé de demander l'audition de témoins ainsi que la publicité de cette audition.

À partir de la convocation à comparaître devant l'autorité disciplinaire jusqu'à la veille de la comparution, l'intéressé et son défenseur peuvent consulter le dossier disciplinaire et communiquer par écrit les moyens de défense à l'autorité disciplinaire.

Art. 123 – Audition

Il est dressé procès-verbal de l'audition, qui reproduit fidèlement les déclarations de la personne entendue.

Si le procès-verbal est dressé à l'issue de l'audition, il en est donné lecture immédiatement et l'intéressé est invité à le signer.

Si le procès-verbal est dressé après l'audition, il est communiqué à l'intéressé dans les huit jours de l'audition avec invitation à le signer.

En tout cas, au moment de la signature, l'intéressé peut formuler des réserves. S'il refuse de signer, il en est fait mention.

Si l'intéressé a renoncé par écrit à être entendu ou ne s'est pas présenté à l'audition, l'autorité disciplinaire établit, selon le cas, un procès-verbal de renonciation ou de non-comparution.

Le procès-verbal de l'audition, de renonciation ou de non-comparution comprend l'énumération de tous les actes de procédure requis par le présent décret et mentionne si chacun d'eux a été accompli.

Art. 124 – Audition de témoins

L'autorité disciplinaire peut décider d'office ou sur requête de l'intéressé ou de son défenseur d'entendre des témoins.

En ce cas, l'audition des témoins a lieu en présence de l'intéressé et, si ce dernier l'a demandé et si l'autorité disciplinaire y consent, publiquement.

Le témoin convoqué peut s'opposer à être entendu en public.

Art. 125 – Décision

§ 1^{er} – L'autorité disciplinaire se prononce sur la sanction disciplinaire à infliger, dans les soixante jours de la clôture du procès-verbal de la dernière audition, de renonciation ou de non-comparution.

Si aucune décision n'est prise dans le délai susvisé, l'autorité disciplinaire est réputée renoncer aux poursuites pour les faits mis à charge de l'intéressé.

§ 2 – Les membres du conseil ou du collège qui n'étaient pas présents durant l'ensemble des séances ne peuvent prendre part aux délibérations, ni participer aux votes sur la mesure disciplinaire à prononcer.

Si c'est le conseil qui inflige une sanction disciplinaire, l'audition a lieu en public lorsque l'intéressé le demande.

Art. 126 – Décision

La décision motivée est notifiée sans tarder à l'intéressé, soit par lettre recommandée à la poste, soit par la remise contre accusé de réception.

À défaut de notification de la décision dans le délai de douze jours, elle est réputée rapportée. Des poursuites disciplinaires ne peuvent être engagées pour les mêmes faits.

La notification de la décision fait mention des recours prévus par la loi et des délais dans lesquels ceux-ci peuvent être exercés.

Art. 127 – Radiation

Sans préjudice de leur exécution, les sanctions suivantes sont radiées d'office du dossier individuel des membres du personnel après une période dont la durée est fixée à :

- 1° un an pour l'avertissement;
- 2° dix-huit mois pour la réprimande;
- 3° trois ans pour la retenue sur traitement.

Sans préjudice de leur exécution, les sanctions disciplinaires suivantes peuvent, à la demande de l'intéressé, être radiées par l'autorité qui les a infligées après une période dont la durée est fixée à :

- 1° quatre ans pour la suspension disciplinaire;
- 2° cinq ans pour la rétrogradation.

L'autorité disciplinaire ne peut refuser la radiation visée à l'alinéa 2 que si de nouveaux éléments, susceptibles de justifier un tel refus, sont apparus.

Le délai visé aux alinéas 1^{er} et 2 prend cours à la date à laquelle la sanction disciplinaire a été prononcée.

Art. 128 – Suspension préventive

Lorsqu'un membre du personnel fait l'objet de poursuites pénales ou disciplinaires et que sa présence est incompatible avec l'intérêt du service, la personne concernée peut être suspendue préventivement.

Art. 129 – Autorité compétente

L'autorité qui est compétente pour infliger une sanction disciplinaire l'est également pour prononcer une suspension préventive.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, tant le collège que le conseil sont compétents pour prononcer une suspension préventive à l'égard des directeurs et du comptable spécial.

Toute suspension préventive prononcée par le collège cesse immédiatement d'avoir effet si elle n'est pas confirmée par le conseil à sa plus prochaine séance.

Art. 130 – Durée

§ 1^{er} – La suspension préventive est prononcée pour un terme de quatre mois au plus.

En cas de poursuites pénales, l'autorité peut proroger ce terme pour des périodes de quatre mois au plus pendant la durée de la procédure pénale, moyennant le respect de la procédure visée à l'article 132.

§ 2 – Si aucune sanction disciplinaire n'est infligée dans le délai susvisé au § 1^{er}, tous les effets de la suspension préventive sont supprimés.

Art. 131 – Conséquences

Lorsque le membre du personnel fait l'objet de poursuites pénales ou disciplinaires, l'autorité qui prononce la suspension préventive peut décider que celle-ci comportera retenue de traitement et privation des titres à l'avancement.

La retenue du traitement ne peut excéder la moitié de celui-ci.

La commune garantit à l'intéressé un traitement net égal au montant du revenu d'intégration tel qu'il est fixé en vertu de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale.

En cas de prestations à temps partiel, ce montant est réduit proportionnellement à la durée des prestations.

Art. 132 – Procédure

Avant de pouvoir prononcer une suspension préventive, il appartient à l'autorité d'entendre l'intéressé conformément à la procédure visée aux articles 121 à 126, le délai de quinze jours fixé à l'article 122 étant toutefois réduit à sept jours.

En cas d'extrême urgence, l'autorité peut prononcer immédiatement la suspension préventive, à charge d'entendre l'intéressé tout de suite après la décision, conformément à la procédure visée à l'alinéa 1^{er}.

Art. 133 – Décision

La décision prononçant la suspension préventive est notifiée sans tarder à l'intéressé, soit par lettre recommandée à la poste, soit par remise contre accusé de réception.

À défaut de notification de la décision dans le délai de douze jours, elle est réputée rapportée. L'autorité ne peut prononcer une suspension préventive pour les mêmes faits.

Art. 134 – Entrée en vigueur de la sanction disciplinaire

Si une suspension préventive avec maintien du traitement complet précède la sanction disciplinaire, celle-ci entre en vigueur le jour où elle est prononcée.

Si, à la suite d'une suspension préventive avec retenue de traitement et privation des titres à l'avancement, la sanction disciplinaire de l'avertissement ou de la réprimande est infligée, celle-ci entre en vigueur le jour où elle est prononcée. La suspension préventive est réputée rapportée et l'autorité rembourse le traitement retenu à l'intéressé.

Si, à la suite d'une suspension préventive avec retenue sur traitement et privation des titres à l'avancement, la sanction disciplinaire de la retenue sur traitement, de la suspension, de la rétrogradation, de la démission d'office ou de la révocation est infligée, la sanction disciplinaire produit ses effets au plus tôt le jour de l'entrée en vigueur de la suspension préventive. Le montant du traitement retenu pendant la suspension préventive est déduit du montant de la perte de traitement liée à la sanction disciplinaire. Si le montant du traitement retenu est plus important que le montant de la perte de traitement liée à la sanction disciplinaire, l'autorité rembourse la différence à l'intéressé.

Art. 135 – Délai

L'autorité disciplinaire ne peut plus intenter de poursuites disciplinaires après l'expiration d'un délai de six mois après la date à laquelle elle a constaté les faits répréhensibles ou en a pris connaissance.

En cas de poursuites pénales pour les mêmes faits, ce délai prend cours le jour où l'autorité judiciaire informe l'autorité disciplinaire qu'une décision définitive est intervenue ou que la procédure pénale n'est pas poursuivie.

Si la décision de l'autorité disciplinaire est annulée par le Conseil d'État ou par l'autorité de tutelle, l'autorité disciplinaire peut reprendre les poursuites disciplinaires à partir de la notification de l'arrêt du Conseil d'État ou de la décision de l'autorité de tutelle, pendant la partie du délai visé à l'alinéa premier qui restait à courir lorsque les poursuites ont été intentées.

Section 4 – Inaptitude professionnelle

Art. 136 – Directeurs

En cas de démission pour inaptitude professionnelle des directeurs, à l'exception des membres du personnel promus, la commune leur octroie une indemnité correspondant à minimum trois mois de traitement par tranche de cinq années de travail entamée.

Art. 137 – Procédure

§ 1^{er} – La décision de démettre d'office un agent pour inaptitude professionnelle est prononcée, après audition, par le conseil, sur avis du collège.

Elle est notifiée sans délai à l'intéressé, soit par lettre recommandée à la poste, soit par la remise contre accusé de réception. À défaut de notification dans les douze jours, elle est réputée rapportée.

La notification de la décision fait mention des recours prévus et du délai dans lequel ceux-ci peuvent être exercés.

§ 2 – Le membre du personnel dispose d'un délai de trente jours, prenant cours le premier jour ouvrable qui suit la notification de la décision de le démettre d'office pour inaptitude professionnelle, pour saisir la chambre de recours visée à l'article 138.

La chambre de recours émet un avis à l'attention du Gouvernement sur la délibération du conseil portant démission d'office pour inaptitude professionnelle. Cet avis est « favorable » ou « défavorable ». Il est rendu et notifié, accompagné du dossier complet, dans un délai de soixante jours à dater de la réception de la décision.

La saisine de la chambre de recours est suspensive de la décision du conseil jusqu'à celle du Gouvernement ou jusqu'à l'expiration du délai imparti à celui-ci pour statuer.

§ 3 – En l'absence de saisine de la chambre de recours dans le délai imparti, le conseil adresse sa délibération au Gouvernement.

La décision de démission d'office pour inaptitude professionnelle est suspendue jusqu'à l'expiration du délai visé au § 2, alinéa 1^{er}.

Section 5 – Chambre de recours

Art. 138 – Missions

Il est institué une chambre de recours. Elle connaît des recours à l'encontre des décisions :

- 1° de démission d'office pour inaptitude professionnelle;
- 2° prises dans le cadre du stage des directeurs.

Art. 139 – Composition

La chambre de recours se compose :

1° d'un président et d'un vice-président, désignés par le Gouvernement parmi les magistrats effectifs ou honoraires;

2° d'un délégué et d'un délégué suppléant pour chacune des organisations syndicales représentatives, désignés par le Gouvernement sur la proposition de ces organisations;

3° d'un directeur général et d'un directeur financier, avec un suppléant pour chacun d'eux, désignés par le Gouvernement sur la proposition des directeurs des communes de la région de langue allemande.

Le Gouvernement désigne un secrétaire et un secrétaire suppléant parmi les membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone.

Art. 140 – Règlement d'ordre intérieur

La chambre de recours établit son règlement d'ordre intérieur, qui est approuvé par le Gouvernement.

Art. 141 – Assesseurs

Le requérant a le droit de demander la récusation de tout assesseur. Le président récusé l'assesseur dont l'impartialité pourrait être mise en cause.

Art. 142 – Quorum de présence

La chambre de recours ne peut délibérer que si plus de la moitié de ses membres est présente.

Art. 143 – Suivi des dossiers

Le secrétaire demande immédiatement le dossier complet de l'affaire à l'auteur de la décision, lequel le transmet à la chambre sans délai. Les pièces et informations complémentaires demandées sont également transmises sans délai.

Art. 144 – Convocation

§ 1^{er} – Au moins quinze jours avant son audition devant la chambre de recours, le réclamant est convoqué par recommandé.

La convocation mentionne :

1° le lieu, le jour et l'heure d'audition;

2° le droit de l'agent de se faire assister par une personne de son choix, laquelle ne peut cependant faire partie de la chambre;

3° le lieu où et les jours et heures pendant lesquelles le dossier peut être consulté;

4° le droit de demander l'audition de témoins.

§ 2 – À partir de la réception de la convocation jusqu'à la veille de l'audition, l'agent peut consulter le dossier et communiquer par écrit ses moyens de défense à la chambre de recours.

Art. 145 – Comparution

Sauf cas de force majeure ou accord de la chambre de recours, l'agent comparait en personne.

L'agent qui n'a pu comparaitre en personne est immédiatement reconvoqué.

Art. 146 – Audition de témoins

La chambre de recours peut décider d'auditionner des témoins, d'office ou à la demande du réclamant.

L'audition des témoins a lieu en présence du réclamant.

Art. 147 – Audition

Il est dressé procès-verbal de l'audition, qui reproduit fidèlement les déclarations de la personne entendue.

Si le procès-verbal est dressé à l'issue de l'audition, il est notifié à l'agent dans les huit jours de la comparution, avec invitation à le signer et à faire part de ses remarques éventuelles.

L'agent renvoie le procès-verbal avec ses remarques éventuelles dans les huit jours de la notification. À défaut, le procès-verbal est définitif.

Si l'intéressé ne s'est pas présenté à l'audition, la chambre de recours établit un procès-verbal de non-comparution.

Le procès-verbal de l'audition ou de non-comparution comprend l'énumération de tous les actes de procédure requis par le présent décret et mentionne si chacun d'eux a été accompli.

Art. 148 – Tutelle

§ 1^{er} – Sur la base de l'avis visé à l'article 137, § 2, alinéa 2, ou à défaut d'avis émis et notifié par la chambre de recours dans le délai qui lui est imparti, le Gouvernement peut annuler la décision du conseil portant démission d'office pour inaptitude professionnelle lorsqu'elle viole la loi ou blesse l'intérêt général.

§ 2 – Le Gouvernement prend sa décision et la notifie au conseil, à l'agent et à la chambre de recours, dans les trente jours de la réception de l'avis et du dossier ou, à défaut, de la délibération du conseil accompagnée du dossier complet. Il peut proroger ce délai une seule fois pour une durée maximale de quinze jours.

Passé ce délai, le Gouvernement ne peut plus annuler la décision portant démission d'office. À défaut d'annulation par le Gouvernement dans le délai visé au premier alinéa, la décision portant démission d'office sort ses pleins et entiers effets.

CHAPITRE 2 – LES BIENS

Art. 149 – Donations et legs

Les libéralités faites par actes entre vifs sont toujours acceptées provisoirement, conformément aux dispositions de la loi du 12 juillet 1931 portant extension à toutes les personnes civiles du bénéfice de l'acceptation provisoire des libéralités faites par actes entre vifs.

N'est pas considéré comme libéralité le prix d'une concession de sépulture.

Sont soumises à l'avis du conseil, sans préjudice de l'application de l'arrêté royal du 14 août 1933, modifié par l'arrêté royal n° 87 du 30 novembre 1939, confirmé par la loi du 16 juin 1947 portant confirmation des arrêtés royaux pris en vertu de la loi du 1^{er} mai 1939 et en vertu de la loi du 10 juin 1937, les décisions des établissements publics existant dans la commune et dotés de la personnalité juridique sur les actes de donation et les legs faits à ces établissements.

Art. 150 – Baux de location et de fermage

Le conseil arrête les conditions de location ou de fermage et de tous autres usages des produits et revenus des propriétés et droits de la commune.

Le conseil accorde, s'il y a lieu, aux locataires ou fermiers de la commune les remises qu'ils demandent, soit qu'ils aient le droit de les réclamer aux termes de la loi ou en vertu de leur contrat, soit qu'ils les sollicitent pour motif d'équité.

Art. 151 – Marchés publics

§ 1^{er} – Le conseil choisit le mode de passation des marchés publics et des concessions de travaux ou de services et en fixe les conditions.

En cas d'urgence impérieuse résultant d'événements imprévisibles, le collège peut, de sa propre initiative, exercer les compétences visées à l'alinéa 1^{er}. Sa décision est communiquée au conseil qui en prend acte lors de sa prochaine séance.

§ 2 – Le conseil peut déléguer au collège ses compétences visées au § 1^{er}.

Le conseil peut déléguer ses compétences visées au § 1^{er} au directeur général pour des dépenses à concurrence de 2 000 euros relevant du budget ordinaire.

Le conseil peut accorder ces compétences au plus pour la durée de son mandat.

§ 3 – Le collège engage la procédure, attribue le marché public ou la concession de travaux ou de services et en assure l'exécution.

Dans les cas où la négociation est permise avec les soumissionnaires, le collège peut modifier les conditions du marché ou de la concession avant l'attribution. Sauf en cas d'application du § 2, alinéa 1^{er}, il en informe le conseil lors de sa prochaine séance.

Sans préjudice d'une délégation étendue et conformément à la législation applicable, le collège peut apporter au marché public ou à la concession de travaux ou de services toute modification en cours d'exécution, et ce, dans une limite financière de 10 % de la valeur initiale du marché dans le cas de marchés de fournitures et de services et de 15 % dans le cas de marchés de travaux.

CHAPITRE 3 – RÉGIES COMMUNALES

Section 1^{re} – Régies communales ordinaires

Art. 152 – Généralités

Les établissements et services communaux peuvent être organisés en régies et gérés en dehors des services généraux de la commune.

La gestion des régies se fait suivant des méthodes industrielles et commerciales.

L'exercice financier des régies correspond à l'année civile.

Le compte des régies comprend le bilan, le compte d'exploitation et le compte de profits et pertes, arrêtés le 31 décembre de chaque année.

Les bénéfices nets des régies sont versés annuellement à la caisse communale.

Les autres règles propres à la gestion financière des régies sont déterminées par le Gouvernement.

Art. 153 – Comptable

Les recettes et dépenses des régies communales peuvent être effectuées par un comptable spécial. Ce comptable est soumis aux mêmes règles que les directeurs

financiers en ce qui concerne la nomination, les sanctions disciplinaires ainsi que la responsabilité.

Art. 154 – Grandes régies

Les régies communales ordinaires qui réalisent un chiffre d'affaires annuel net de plus de 40 millions d'euros et qui bénéficient de mises à disposition de ressources publiques tiennent, outre la comptabilité que leur imposent les dispositions légales et réglementaires régissant cette matière, une comptabilité faisant ressortir :

- 1° les mises à disposition de ressources publiques effectuées en leur faveur directement par les pouvoirs publics;
- 2° les mises à disposition de ressources publiques par les pouvoirs publics par l'intermédiaire d'entreprises publiques ou d'institutions financières;
- 3° l'utilisation effective de ces ressources publiques.

Ces données font partie intégrante des livres pour l'année comptable concernée.

Section 2 – Régies communales autonomes

Art. 155 – Objet social

Le Gouvernement détermine les activités à caractère industriel ou commercial pour lesquelles le conseil peut créer une régie communale autonome dotée de la personnalité juridique.

Art. 156 – Gestion

§ 1^{er} – Les régies communales autonomes sont gérées par un conseil d'administration et un comité de direction.

§ 2 – Le conseil d'administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes utiles ou nécessaires à la réalisation de l'objet de la régie communale autonome.

Le conseil d'administration contrôle la gestion assurée par le comité de direction. Celui-ci fait régulièrement rapport au conseil d'administration.

Le conseil désigne les membres du conseil d'administration de la régie communale autonome. Le conseil d'administration est composé de la moitié au plus du nombre de conseillers communaux, sans que ce nombre puisse dépasser dix-huit. La majorité du conseil d'administration est composée de conseillers communaux.

Les administrateurs sont désignés à la proportionnelle du conseil conformément aux articles 167 et 168 du Code électoral.

Chaque groupe politique démocratique non représenté conformément au système de la représentation proportionnelle visée à l'alinéa précédent, a droit à un siège. En ce cas, la majorité dans son ensemble recevra un nombre de sièges équivalent au nombre de sièges surnuméraires accordé aux groupes politiques ne faisant pas partie du pacte de majorité. En ce cas, la limite d'un nombre maximal d'administrateurs tel que fixé à l'alinéa précédent n'est pas d'application.

Il n'est pas tenu compte pour le calcul de cette proportionnelle du ou desdits groupes politiques qui ne respecteraient pas les principes démocratiques.

Les administrateurs représentant la commune sont de sexe différent.

Le conseil d'administration choisit un président parmi ses membres.

En cas de partage des voix au sein du conseil d'administration, celle du président est prépondérante.

§ 3 – Le comité de direction est chargé de la gestion journalière, de la représentation quant à cette gestion, ainsi que de l'exécution des décisions du conseil d'administration. Il est composé d'un administrateur délégué et de quatre administrateurs-directeurs désignés par le conseil d'administration.

Le comité de direction est présidé par l'administrateur délégué. En cas de partage, sa voix est prépondérante.

Art. 157 – Commissaires

Le contrôle de la situation financière et des comptes annuels des régies communales autonomes est confié à un collège de trois commissaires désignés par le conseil en dehors du conseil d'administration de la régie et dont l'un au moins a la qualité de membre de l'Institut des réviseurs d'entreprises.

Ce dernier excepté, les membres du collège des commissaires sont tous conseillers communaux.

Art. 158 – Mandats

Les conseillers dont le mandat prend fin sont réputés démissionnaires de plein droit de la régie communale autonome.

Tous les mandats dans les différents organes des régies communales autonomes prennent fin lors de la première réunion du conseil d'administration suivant l'installation du conseil.

Art. 159 – Compétences

§ 1^{er} – Les régies communales autonomes décident librement, dans les limites de leur objet, de l'acquisition, de l'utilisation et de l'aliénation de leurs biens corporels et incorporels, de la constitution ou de la suppression de droits réels sur ces biens, ainsi que de l'exécution de telles décisions et de leur mode de financement.

§ 2 – Elles peuvent prendre des participations directes ou indirectes dans des sociétés, associations et institutions de droit public ou de droit privé, ci-après dénommées les filiales, dont l'objet social est compatible avec leur objet.

Quelle que soit l'importance des apports des diverses parties à la constitution du capital social, la régie communale autonome dispose de la majorité des voix et assume la présidence dans les organes des filiales.

Les conseillers siégeant comme administrateur ou commissaire dans les organes d'une régie communale autonome ne peuvent détenir aucun mandat rémunéré d'administrateur ou de commissaire, ni exercer aucune activité salariée dans une filiale de cette régie.

Art. 160 – Contrat de gestion

§ 1^{er} – La commune conclut un contrat de gestion avec la régie communale autonome. Ce contrat précise au minimum la nature et l'étendue des tâches que la régie communale autonome devra assumer, ainsi que les indicateurs permettant d'évaluer la réalisation de ses missions. Le contrat de gestion est établi pour une durée de trois ans et est renouvelable.

Le conseil d'administration établit chaque année un plan d'entreprise fixant les objectifs et la stratégie à moyen terme de la régie communale autonome, ainsi qu'un rapport d'activité. Le plan d'entreprise et le rapport d'activité sont communiqués au conseil.

§ 2 – Le conseil communal peut, à tout moment, demander au conseil d'administration d'une régie communale autonome un rapport sur ses activités ou sur certaines d'entre elles.

Art. 161 – Législation applicable

Les articles 63, 130 à 144, 165 à 167, 517 à 530, 538, 540 et 561 à 567 du Code des sociétés sont applicables aux régies communales autonomes, à moins qu'il n'y soit dérogé expressément par le présent décret.

Les régies autonomes recourent à la comptabilité des entreprises conformément au Livre III du Code de droit économique.

Art. 162 – Grandes régies

Les régies communales autonomes qui réalisent un chiffre d'affaires annuel net de plus de 40 millions d'euros et qui bénéficient de mises à disposition de ressources publiques tiennent, outre la comptabilité que leur imposent les dispositions légales et réglementaires régissant cette matière, une comptabilité faisant ressortir :

- 1° les mises à disposition de ressources publiques effectuées en leur faveur directement par les pouvoirs publics;
- 2° les mises à disposition de ressources publiques par les pouvoirs publics par l'intermédiaire d'entreprises publiques ou d'institutions financières;
- 3° l'utilisation effective de ces ressources publiques.

Les régies communales autonomes qui réalisent un chiffre d'affaires annuel net de plus de 40 millions d'euros et auxquelles des droits spéciaux ou exclusifs ont été attribués par un pouvoir public, ou qui sont chargées de la gestion d'un service d'intérêt économique général au sens de l'article 8106 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne et qui reçoivent une compensation de service public sous quelque forme que ce soit pour ce service, et qui en même temps exercent d'autres activités, doivent tenir en outre des comptes séparés.

Les comptes séparés doivent refléter les différentes activités exercées par la même entreprise ainsi que sa structure financière et organisationnelle en faisant ressortir :

- 1° les charges et produits associés aux différentes activités;
- 2° le détail de la méthode d'imputation ou de répartition des charges et produits entre les différentes activités.

Il conviendra que ces comptes, tels que précisés ci-avant, soient transmis au Gouvernement dans les trois mois de leur approbation par les organes concernés de l'association.

CHAPITRE 4 – LES FINANCES

Section 1^{re} – Budget et comptes

Art. 163 – Dispositions générales

L'exercice financier des communes correspond à l'année civile.

Sont seuls considérés comme appartenant à un exercice les droits acquis à la commune ou les engagements pris à l'égard de ses créanciers pendant cet exercice, quel que soit l'exercice au cours duquel ils sont soldés.

Art. 164 – Dépenses facultatives

Toute allocation pour dépense facultative qui aura été réduite par l'autorité de tutelle ne pourra être dépensée par le collège sans une nouvelle délibération du conseil qui l'y autorise.

Art. 165 – Paiements

Aucun paiement sur la caisse communale ne peut avoir lieu qu'en vertu d'une allocation portée au budget, d'un crédit spécial ou d'un crédit provisoire alloué dans les conditions et limites fixées par le Gouvernement.

Les membres du collège sont personnellement responsables des dépenses engagées ou mandatées par eux contrairement à l'alinéa 1^{er}.

Art. 166 – Transfert de moyens

§ 1^{er} – Aucun article des dépenses du budget ne peut être dépassé, et aucun transfert ne peut avoir lieu.

§ 2 – Néanmoins, lorsque, à la clôture d'un exercice, certaines allocations sont grevées d'engagements régulièrement et effectivement contractés en faveur des créanciers de la commune, la partie d'allocation nécessaire pour solder la dépense est transférée à l'exercice suivant par décision du collège, qui sera annexée au compte de l'exercice clos.

Il peut être disposé des allocations ainsi transférées sans nouvelle intervention du conseil.

Art. 167 – Dépenses urgentes

Le conseil peut toutefois pourvoir à des dépenses réclamées par des circonstances impérieuses et imprévues.

Dans le cas où le moindre retard occasionnerait un préjudice évident, le collège peut, sous sa responsabilité, pourvoir à la dépense, à charge d'en donner, sans délai, connaissance au conseil qui délibère s'il admet ou non la dépense.

Les membres du collège qui auraient mandaté des dépenses payées en exécution des alinéas 1^{er} et 2, mais rejetées des comptes définitifs, sont personnellement tenus d'en verser le montant à la caisse communale.

Art. 168 – Mandats de paiement

Les mandats sur la caisse communale, ordonnancés par le collège, doivent être signés par le bourgmestre ou par celui qui le remplace et par un échevin; ils sont contresignés par le directeur général.

Art. 169 – Adoption du budget et règlement des comptes

Le conseil arrête chaque année, à la date fixée par le Gouvernement, les comptes annuels de l'exercice précédent.

Ces comptes annuels comprennent le compte budgétaire, le compte de résultats et le bilan.

Le rapport visé à l'article 28, § 1^{er}, alinéa 3, est joint aux comptes ainsi que la liste des adjudicataires de marchés pour lesquels le conseil a choisi le mode de passation et a fixé les conditions.

Le conseil arrête chaque année, à la date fixée par le Gouvernement, le projet de budget pour l'exercice suivant.

Art. 170 – Publicité du budget et des comptes

Les budgets et les comptes sont déposés à la maison communale, où quiconque peut en prendre connaissance sans déplacement.

Cette possibilité de consultation est rappelée par voie d'affiches apposées à la diligence du collège dans le mois qui suit l'adoption des budgets et des comptes. La durée de l'affichage ne peut être inférieure à dix jours.

Art. 171 – Équilibre budgétaire

En aucun cas, le budget des dépenses et des recettes des communes ne peut présenter un solde à l'ordinaire ou à l'extraordinaire en déficit, ni faire apparaître un équilibre ou un boni fictifs.

Art. 172 – Règlement général de comptabilité communale

Le Gouvernement arrête les règles budgétaires, financières et comptables des communes, ainsi que celles relatives aux modalités d'exercice des fonctions de leurs comptables.

Art. 173 – Charges et dépenses

§ 1^{er} – Le conseil est tenu de porter annuellement au budget des dépenses toutes celles que les lois mettent à la charge de la commune et spécialement les suivantes :

1° les secours aux fabriques d'église et aux établissements chargés de la gestion du temporel des cultes reconnus, conformément aux dispositions applicables en la matière, en cas d'insuffisance constatée des moyens de ces établissements;

2° l'indemnité de logement des ministres des cultes, lorsque le logement n'est pas fourni en nature;

3° les dotations et autres dépenses prévues dans les dispositions y relatives en vigueur pour les CPAS, les zones de police et les zones de secours.

§ 2 – Lorsqu'une des dépenses obligatoires intéresse plusieurs communes, elles y concourent toutes proportionnellement à l'intérêt qu'elles peuvent y avoir. En cas de refus ou de désaccord, c'est le Gouvernement qui statue.

Section 2 – Recettes

Art. 174 – Dispositions générales

§ 1^{er} – Si les recettes portées au budget sont insuffisantes pour payer une dette de la commune qui soit reconnue et exigible, ou qui résulte d'une décision en dernier ressort de la juridiction judiciaire, le conseil propose les moyens d'y suppléer.

Le conseil est tenu de porter annuellement au budget, en les spécifiant, toutes les recettes quelconques de la commune et les excédents des exercices antérieurs.

§ 2 – Pour l'établissement et le recouvrement des taxes communales, il est procédé conformément au titre 5 du présent décret.

Les centimes additionnels communaux aux impôts de l'État et de la Région sont recouverts conformément aux règles établies pour la perception de l'impôt auxquelles ils s'ajoutent.

Section 3 – Prescription

Art. 175 – Dispositions générales

Sans préjudice des dispositions de l'article 177, les règles de prescription du droit commun sont applicables aux communes, aux régies communales autonomes et aux

intercommunales constituées exclusivement par des communes de la région de langue allemande.

Art. 176 – Remboursements

§ 1^{er} – Sont définitivement acquises à ceux qui les ont reçues les sommes payées indûment par les communes, les régies communales autonomes et les intercommunales exclusivement constituées de communes de la région de langue allemande en matière de traitements, d'avances sur ceux-ci ainsi que d'indemnités, d'allocations ou de prestations qui sont accessoires ou similaires aux traitements, lorsque le remboursement n'en a pas été réclamé dans un délai de cinq ans à partir du 1^{er} janvier de l'année du paiement.

§ 2 – Pour être valable, la réclamation doit être notifiée au débiteur par lettre recommandée à la poste et contenir :

1° le montant total de la somme réclamée avec, par année, le relevé des paiements indus;

2° la mention des dispositions en violation desquelles les paiements ont été faits.

À dater du dépôt de la lettre recommandée à la poste, la répétition de l'indu peut être poursuivie pendant le délai fixé par le droit commun en matière de prescription de plaintes personnelles.

§ 3 – Le délai fixé au § 1^{er} est porté à dix ans lorsque les sommes indues ont été obtenues par des manœuvres frauduleuses ou par des déclarations fausses ou sciemment incomplètes.

Section 4 – Octroi et contrôle des subventions accordées par les communes

Art. 177 – Champ d'application

La présente section s'applique aux subventions accordées par :

1° les communes;

2° les régies communales autonomes;

3° les établissements locaux chargés de la gestion du temporel des cultes;

4° les associations communales sans but lucratif;

5° tout autre établissement d'intérêt communal doté de la personnalité juridique et créé par ou en vertu d'un décret;

6° les associations de communes.

Sans préjudice de l'application de l'article 183 et d'obligations éventuellement imposées par le dispensateur de la subvention, cette section ne s'applique pas aux subventions d'une valeur inférieure à 2 500 euros.

Sans préjudice de l'application de l'article 183, le dispensateur peut exonérer le bénéficiaire de tout ou partie des obligations prévues par la présente section pour les subventions d'une valeur comprise entre 2 500 et 25 000 euros.

Art. 178 – Définition

Pour l'application de la présente section, il faut entendre par subvention tout avantage, quelles qu'en soient la forme ou la dénomination, octroyé à des fins d'intérêt public à l'exclusion :

1° des subventions soumises aux dispositions de la loi du 22 mai 2003 portant organisation du budget et de la comptabilité de l'État fédéral ou aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation de la Cour des Comptes;

2° des aides qui découlent d'une obligation imposée par ou en vertu d'une loi ou d'un décret;

3° des cotisations versées par les dispensateurs aux organismes dont ils sont membres, en échange de prestations spécifiques exécutées par ces organismes au profit des dispensateurs;

4° des prix décernés en reconnaissance ou en récompense des mérites de leur bénéficiaire;

5° des subventions octroyées par la commune au CPAS qui la dessert.

Art. 179 – Documents à introduire

Le dispensateur peut exiger de tout demandeur la présentation des documents suivants :

1° le budget de l'exercice auquel se rattache la subvention;

2° le budget de l'évènement ou de l'investissement particulier que la subvention est destinée à financer;

3° ses comptes annuels les plus récents.

§ 2 – Le demandeur qui sollicite une subvention destinée à couvrir des dépenses déjà engagées joint, à sa demande, les justifications de ces dépenses.

Art. 180 – Délibération

Sauf si un règlement du dispensateur ou une convention y pourvoit, la délibération portant octroi de la subvention précise au moins :

1° la nature de la subvention et son étendue;

2° l'identité du bénéficiaire;

3° les fins en vue desquelles la subvention est octroyée;

4° les conditions d'utilisation particulières, le cas échéant;

5° les justifications exigées du bénéficiaire ainsi que, le cas échéant, les délais dans lesquels ces justifications doivent être produites;

6° les modalités de liquidation de la subvention.

Le dispensateur sursoit à l'adoption de la délibération aussi longtemps que le bénéficiaire doit restituer une subvention précédemment reçue.

Art. 181 – Obligations

Le bénéficiaire doit :

1° utiliser la subvention aux fins pour lesquelles elle a été octroyée;

2° attester son utilisation au moyen des justifications exigées;

3° respecter les conditions d'utilisation particulières, le cas échéant.

Art. 182 – Contrôle

Le dispensateur contrôle l'utilisation de la subvention au moyen des justifications introduites.

Il a également le droit de faire procéder sur place au contrôle de l'utilisation de la subvention octroyée.

Le dispensateur établit un rapport reprenant les résultats du contrôle.

Art. 183 – Restitution

§ 1^{er} – Sans préjudice des dispositions résolutives auxquelles la subvention est soumise, le bénéficiaire restitue celle-ci dans les cas suivants :

1° elle n'est pas utilisée aux fins pour lesquelles elle a été octroyée;

2° les conditions d'octroi particulières n'ont pas été respectées;

3° les justifications demandées n'ont pas été introduites dans les délais;

5° le bénéficiaire s'oppose à l'exercice du contrôle sur place ou l'empêche.

Toutefois, dans les cas prévus à l'alinéa 1^{er}, 1° et 3°, le bénéficiaire ne restitue que la partie de la subvention qui n'a pas été utilisée aux fins desquelles elle a été octroyée ou qui n'est pas justifiée.

Pour les subventions en nature, la restitution se fait par équivalent.

§ 2 – Les dispensateurs qui ont le pouvoir d'établir des impositions directes sont autorisés à recouvrer par voie de contrainte les subventions sujettes à restitution. La contrainte est décernée par le comptable chargé du recouvrement. Elle est rendue exécutoire par l'autorité administrative habilitée à rendre exécutoire le rôle des impositions directes respectives desdits dispensateurs.

TITRE 5 – ÉTABLISSEMENT ET RECOUVREMENT DES TAXES COMMUNALES

Art. 184 – Champ d'application

Le présent titre s'applique aux taxes établies par les communes.

Il ne s'applique pas aux taxes additionnelles aux impôts de l'autorité fédérale ou régionale.

Art. 185 – Recouvrement

Les taxes sont soit recouvrées par voie de rôle, soit perçues au comptant contre remise d'une preuve de paiement.

La taxe recouvrée par voie de rôle est payable dans les deux mois de l'envoi de l'avertissement-extrait de rôle.

Lorsque la perception ne peut pas être effectuée au comptant, la taxe est enrôlée et est immédiatement exigible.

Art. 186 – Rôles d'imposition

§ 1^{er} – Les rôles sont arrêtés et rendus exécutoires par le collège au plus tard le 30 juin de l'année qui suit l'exercice.

Le rôle est transmis contre accusé de réception au directeur financier chargé du recouvrement qui assure sans délai l'envoi des avertissements-extraits de rôle. Cet envoi s'opère sans frais pour le redevable.

§ 2 – Les droits établis dans les rôles sont comptabilisés aux recettes de l'exercice au cours duquel les rôles sont rendus exécutoires.

§ 3 – Les rôles mentionnent :

- 1° le nom de la commune qui a établi la taxe;
- 2° les nom, prénoms ou dénomination sociale et l'adresse du redevable;
- 3° la date du règlement en vertu duquel la taxe est due;
- 4° la dénomination, l'assiette, le taux, le calcul et le montant de la taxe ainsi que l'exercice auquel elle se rapporte;
- 5° le numéro d'article;
- 6° la date du visa exécutoire;
- 7° la date d'envoi;
- 8° la date ultime du paiement;
- 9° le délai dans lequel le redevable peut introduire une réclamation, ainsi que la dénomination et l'adresse de l'instance compétente pour la recevoir.

Art. 187 – Avertissement-extrait de rôle

L'avertissement-extrait de rôle indique la date d'envoi et porte les mentions indiquées à l'article 187, § 3.

Une synthèse du règlement en vertu duquel la taxe est due sera jointe.

Art. 188 – Obligation de déclaration

Lorsque le règlement de taxation prévoit une obligation de déclaration, la non-déclaration dans les délais prévus par ce même règlement ou la déclaration incorrecte, incomplète ou imprécise de la part du redevable entraîne l'enrôlement d'office de la taxe.

Avant de procéder à la taxation d'office, le collège notifie au redevable, par lettre recommandée à la poste, les motifs du recours à cette procédure, les éléments sur lesquels la taxation est basée, ainsi que le mode de détermination de ces éléments et le montant de la taxe.

Le redevable dispose d'un délai de trente jours à compter de la date d'envoi de la notification pour faire valoir ses observations par écrit.

La taxation d'office ne peut être enrôlée valablement que pendant une période de trois ans à compter du 1^{er} janvier de l'exercice d'imposition. Ce délai est prolongé de deux ans en cas d'infraction au règlement de taxation commise dans une intention frauduleuse ou à dessein de nuire.

Le règlement de taxation peut prévoir que les taxes enrôlées d'office sont majorées d'un montant qu'il fixe et qui ne peut dépasser le double de la taxe qui est due. Le montant de cette majoration est également enrôlé.

Art. 189 – Procès-verbaux

Les infractions visées à l'article 188, alinéa 1^{er}, sont constatées par les fonctionnaires assermentés et spécialement désignés à cet effet par le collège.

Les procès-verbaux qu'ils rédigent font foi jusqu'à preuve du contraire.

Art. 190 – Contrôle

Tout redevable est tenu, à la demande de l'administration et sans déplacement, de produire tous les livres et documents nécessaires à l'établissement de la taxe.

Les redevables sont également tenus d'accorder le libre accès aux immeubles, bâtis ou non, susceptibles de constituer ou de contenir un élément imposable ou dans lesquels s'exerce une activité imposable, aux fonctionnaires désignés conformément à l'article 192 et munis de leur lettre de désignation.

Ces fonctionnaires ne peuvent toutefois pénétrer dans les bâtiments ou les locaux habités que de cinq heures du matin à neuf heures du soir et uniquement avec l'autorisation du juge du tribunal de police.

Art. 191 – Réclamations

Le redevable peut introduire auprès du collège une réclamation contre une taxe communale. Celui-ci agit en tant qu'autorité administrative.

Le Gouvernement détermine la procédure applicable à cette réclamation.

Art. 192 – Recours

La décision prise par le collège peut faire l'objet d'un recours devant le tribunal de première instance dans le ressort duquel la taxe a été établie.

À défaut de décision, la réclamation est réputée fondée.

Le jugement du tribunal de première instance est susceptible d'opposition ou d'appel.

L'arrêt de la Cour d'appel peut faire l'objet d'un pourvoi en cassation.

Art. 193 – Législation applicable

Les formes, délais ainsi que la procédure applicables aux recours visés à l'article 191 sont réglés comme en matière d'impôts d'État sur le revenu et sont valables pour toutes les parties en cause.

Sans préjudice des dispositions du présent titre, les dispositions du titre VII, chapitres 1^{er}, 3, 4, 7 à 10, ainsi que les articles 355, 356 et 357 du Code des impôts sur les revenus 1992 et les articles 126 à 175 de l'arrêté d'exécution de ce Code sont applicables aux taxes communales pour autant qu'elles ne concernent pas spécialement les impôts sur les revenus.

TITRE 6 – RESPONSABILITÉ CIVILE DES COMMUNES ET PROCÉDURES JUDICIAIRES

Art. 194 – Responsabilité de la commune

Le bourgmestre ou l'échevin qui fait l'objet d'une action en dommages et intérêts devant la juridiction civile ou répressive peut appeler à la cause la Communauté germanophone ou la commune.

La Communauté germanophone ou la commune peut intervenir volontairement.

La commune est civilement responsable du paiement des amendes auxquelles sont condamnés le bourgmestre et/ou un échevin à la suite d'une infraction commise dans l'exercice normal de leurs fonctions.

L'action récursoire de la commune à l'encontre du bourgmestre, d'un ou des échevins condamnés est limitée au dol, à la faute lourde ou à la faute légère présentant un caractère habituel.

Art. 195 – Assurance en protection juridique

La commune est tenue de contracter une assurance visant à couvrir la responsabilité civile, en ce compris l'assistance en justice, qui incombe personnellement au bourgmestre et aux échevins dans l'exercice normal de leurs fonctions.

Le Gouvernement arrête les modalités d'exécution de la présente disposition.

Art. 196 – Actions judiciaires

Le collège représente la commune en justice. Il intente les actions en référé et les actions possessoires. Il pose tout acte conservatoire ou interruptif de prescription ou de déchéance.

Toutes les actions où la commune est demanderesse ne peuvent être intentées par le collège que moyennant autorisation du conseil.

Art. 197 – Démarches judiciaires au nom de la commune

À défaut du collège, un ou plusieurs habitants peuvent ester en justice au nom de la commune, en offrant, sous caution, de se charger personnellement des frais de procédure et de répondre des condamnations qui seraient prononcées.

Ce droit revient également aux personnes morales dont le siège social se trouve dans la commune.

La commune ne pourra transiger sur le procès sans l'intervention de celui ou de ceux qui auront poursuivi l'action en leur nom.

Sous peine d'irrecevabilité de la plainte, les personnes mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2 peuvent ester en justice au nom de la commune uniquement si elles ont mis le collège en demeure en raison de son manquement et si l'administration communale n'a entrepris aucune action légale dans un délai de dix jours à compter de la réception de ladite mise en demeure. Par ailleurs, une copie de l'acte introductif d'instance doit être fournie au collège. En cas d'urgence, aucune mise en demeure n'est nécessaire.

TITRE 7 – DISPOSITIONS FINALES

Art. 198 – Disposition modificative

À l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 16 octobre 1995 relatif à la publicité des documents administratifs, le a) est remplacé par ce qui suit :

- « a) aux autorités administratives :
- relevant de la Communauté germanophone;
- relevant d'une des communes de la région de langue allemande; ».

Art. 199 – Disposition modificative

Dans le même décret, il est inséré un article 1.1 rédigé comme suit :

« Art. 1.1 – Par dérogation à l'article 1^{er}, le présent décret ne s'applique pas aux documents administratifs soumis à la loi du 5 août 2006 relative à l'accès du public à l'information en matière d'environnement ou aux articles D.10 à D.20-18 du Livre I^{er} du Code wallon de l'Environnement. »

Art. 200 – Disposition modificative

Dans l'article 3, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « ou le conseil communal, selon le cas, » sont insérés entre les mots « par le gouvernement » et les mots « et ne dépassera pas ».

Art. 201 – Disposition modificative

Dans l'article 4, § 3, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « Le Gouvernement de la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ou le conseil communal, selon le cas, ».

Art. 202 – Disposition modificative

Dans l'article 5, § 3, du même décret, les mots « ou d'une commune de la région de langue allemande, selon le cas, » sont insérés entre les mots « Une autorité administrative de la Communauté germanophone » et les mots « peut rejeter une demande ».

Art. 203 – Disposition modificative

Dans l'article 7, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « ou d'une commune de la région de langue allemande, selon le cas, » sont insérés entre les mots « de la Communauté germanophone » et les mots « incluant une œuvre protégée ».

Art. 204 – Disposition modificative

L'article 8 du même décret est abrogé.

Art. 205 – Disposition modificative

À l'article 2, 1°, du décret du 18 décembre 2006 concernant la réutilisation de documents du secteur public, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un b.1) rédigé comme suit :

« b.1) les communes, centres publics d'aide sociale et autres entités territoriales de la région de langue allemande; »

2° dans le c), troisième tiret, les mots « litteras a) et b) » sont remplacés par les mots « litteras a), b) ou b.1) »;

3° dans le d), les mots « litteras a), b) et c) » sont remplacés par les mots « a), b), b.1) ou c) ».

Art. 206 – Disposition abrogatoire

Sont abrogés :

1° dans la première partie du Code : les Livres I^{er}, II et III, à l'exception des articles L1234-1 à 1234-6;

2° dans la troisième partie du Code : les Livres II et III pour autant qu'ils concernent les communes.

Art. 207 – Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur lors du prochain renouvellement intégral des conseils communaux des communes de la région de langue allemande.

TABLE DES MATIÈRES

AVANT-PROJET D'UN DÉCRET COMMUNAL	33
TITRE 1^{ER} – DISPOSITIONS GÉNÉRALES	33
Article 1 ^{er} – Champ d'application.....	33
Art. 2 – Définitions.....	33
Art. 3 – Délais.....	33
Art. 4 – Noms des communes.....	33
Art. 5 – Modification du territoire communal.....	33
Art. 6 – Compétences.....	34
Art. 7 – Classification.....	34
Art. 8 – Corps communal.....	34
TITRE 2 – ORGANISATION DE LA COMMUNE.....	35
CHAPITRE 1 ^{ER} – LE CONSEIL COMMUNAL	35
Section 1^{re} – Procédure de désignation et statut des conseillers	35
Art. 9 – Élection.....	35
Art. 10 – Nombre de membres	35
Art. 11 – Désistement.....	35
Art. 12 – Incompatibilités.....	35
Art. 13 – Perte du mandat.....	35
Art. 14 – Démission	36
Art. 15 – Congés.....	36
Art. 16 – Indemnités.....	36
Art. 17 – Conseiller handicapé	37
Section 2 – Séances, délibérations et décisions des conseils communaux.....	37
Art. 18 – Règlement d'ordre intérieur	37
Art. 19 – Droits des conseillers	38
Art. 20 – Fréquence des séances.....	38
Art. 21 – Convocation.....	38
Art. 22 – Publicité des séances.....	39
Art. 23 – Présidence.....	39
Art. 24 – Déroulement des séances.....	39
Art. 25 – Quorum de présence	40
Art. 26 – Conflits d'intérêts.....	40
Art. 27 – Publicité des séances.....	40
Art. 28 – Délibération sur le budget et les comptes.....	41
Art. 29 – Points ajoutés à l'ordre du jour.....	41
Art. 30 – Quorum de vote.....	42
Art. 31 – Modalités de vote.....	42
Art. 32 – Vote relatif à des personnes	42
Art. 33 – Interpellations.....	42
Art. 34 – Droit de consultation	43
Section 3 – Compétences du conseil	43
Art. 35 – Compétence générale.....	43
Art. 36 – Administration intérieure.....	43
Art. 37 – Commissions.....	44
Art. 38 – Conseils consultatifs.....	44
Art. 39 – Délégation pour les subsides.....	44
CHAPITRE 2 – LE BOURGMESTRE ET LE COLLÈGE.....	45
Section 1^{re} – Groupes politiques et pacte de majorité	45
Art. 40 – Groupes politiques.....	45
Art. 41 – Pacte de majorité.....	45
Art. 42 – Avenant au pacte de majorité.....	46
Section 2 – Le collège	46
Art. 43 – Nombre d'échevins.....	46
Art. 44 – Composition.....	46
Art. 45 – Élection des échevins	46
Art. 46 – Empêchement.....	47
Art. 47 – Congés.....	47
Art. 48 – Démission	47
Art. 49 – Mesures disciplinaires	48
Art. 50 – Président de CPAS.....	48

Section 3 – Responsabilité du collège.....	48
Art. 51 – Motion de méfiance	48
Section 4 – Traitement et signe distinctif des bourgmestres et échevins.....	49
Art. 52 – Traitements.....	49
Art. 53 – Remplacement.....	50
Art. 54 – Traitement maximal.....	50
Art. 55 – Signe distinctif des bourgmestres et échevins	50
Section 5 – Séances, délibérations et décisions du collège	50
Art. 56 – Présidence.....	50
Art. 57 – Séances – Quorum de présence	50
Art. 58 – Séance extraordinaire	50
Art. 59 – Quorum de vote.....	50
Section 6 – Compétences du collège	51
Art. 60 – Compétences	51
Art. 61 – Délégations.....	51
Art. 62 – Programme de politique générale.....	51
Section 7 – Compétences du bourgmestre	51
Art. 63 – Compétences générales.....	51
Art. 64 – Droit de réquisition.....	52
CHAPITRE 3 – INCOMPATIBILITÉS	52
Art. 65 – Incompatibilités – Conseil et collège.....	52
Art. 66 – Incompatibilités – Collège.....	52
Art. 67 – Parents au sein du conseil.....	53
Art. 68 – Exercice de mandats incompatibles.....	53
Art. 69 – Nombre de mandats autorisés.....	54
CHAPITRE 4 – SERMENT	54
Art. 70 – Prestation de serment.....	54
CHAPITRE 5 – ACTES DES AUTORITÉS COMMUNALES	55
Section 1^{re} – Rédaction des actes.....	55
Art. 71 – Procès-verbaux.....	55
Art. 72 – Compétence de signature.....	55
Art. 73 – Délégation de signature	55
Section 2 – Publication des actes.....	55
Art. 74 – Publication	55
Art. 75 – Entrée en vigueur.....	55
Section 3 – Information de la population.....	56
Art. 76 – Généralités.....	56
Art. 77 – Bulletin d'information.....	56
TITRE 3 – CONSULTATION POPULAIRE	56
Art. 78 – Sujets.....	56
Art. 79 – Demande.....	56
Art. 80 – Examen de la demande.....	57
Art. 81 – Conditions	57
Art. 82 – Restrictions.....	58
Art. 83 – Ordre du jour	58
Art. 84 – Prise de connaissance des résultats	59
Art. 85 – Information de la population.....	59
Art. 86 – Autres dispositions procédurales.....	59
TITRE 4 – RESSOURCES DE LA COMMUNE.....	59
CHAPITRE 1^{ER} – LES PERSONNES	59
Section 1^{re} – Le directeur général et le directeur financier.....	59
Sous-section 1^{re} – Dispositions communes	59
Art. 87 – Incompatibilités.....	59
Art. 88 – Généralités.....	59
Art. 89 – Prestation de serment.....	60
Art. 90 – Activités accessoires	60
Art. 91 – Traitement.....	60
Art. 92 – Augmentations de traitement	60

Art. 93 – Congé annuel.....	61
Art. 94 – Liquidation du traitement.....	61
Art. 95 – Remplacement en cas d'absence.....	61
Sous-section 2 – Le directeur général.....	61
Art. 96 – Contrat d'objectifs.....	61
Art. 97 – Hiérarchie.....	62
Art. 98 – Missions.....	62
Sous-section 3 – Le directeur financier.....	63
Art. 99 – Généralités.....	63
Art. 100 – Hiérarchie.....	63
Art. 101 – Création de l'emploi de directeur financier.....	63
Art. 102 – Missions.....	63
Art. 103 – Vérification de caisse.....	65
Art. 104 – Recouvrement de taxes dans une autre commune.....	65
Art. 105 – Agents spéciaux.....	65
Art. 106 – Caisses.....	66
Art. 107 – Décompte final.....	66
Art. 108 – Paiements directs.....	66
Section 2 – Le personnel communal.....	67
Art. 109 – Organigramme.....	67
Art. 110 – Conseil de direction.....	67
Art. 111 – Statuts administratif et pécuniaire.....	67
Art. 112 – Autorité compétente.....	67
Art. 113 – Interdictions.....	68
Section 3 – Règlement disciplinaire.....	68
Art. 114 – Champ d'application.....	68
Art. 115 – Sanctions disciplinaires.....	68
Art. 116 – Retenue de traitement.....	68
Art. 117 – Suspension disciplinaire.....	68
Art. 118 – Rétrogradation.....	69
Art. 119 – Compétences du conseil.....	69
Art. 120 – Compétences du collège.....	69
Art. 121 – Procédure.....	69
Art. 122 – Convocation à l'audition.....	69
Art. 123 – Audition.....	70
Art. 124 – Audition de témoins.....	70
Art. 125 – Décision.....	70
Art. 126 – Décision.....	71
Art. 127 – Radiation.....	71
Art. 128 – Suspension préventive.....	71
Art. 129 – Autorité compétente.....	71
Art. 130 – Durée.....	71
Art. 131 – Conséquences.....	72
Art. 132 – Procédure.....	72
Art. 133 – Décision.....	72
Art. 134 – Entrée en vigueur de la sanction disciplinaire.....	72
Art. 135 – Délai.....	72
Section 4 – Inaptitude professionnelle.....	73
Art. 136 – Directeurs.....	73
Art. 137 – Procédure.....	73
Section 5 – Chambre de recours.....	73
Art. 138 – Missions.....	73
Art. 139 – Composition.....	74
Art. 140 – Règlement d'ordre intérieur.....	74
Art. 141 – Assesseurs.....	74
Art. 142 – Quorum de présence.....	74
Art. 143 – Suivi des dossiers.....	74
Art. 144 – Convocation.....	74
Art. 145 – Comparution.....	74
Art. 146 – Audition de témoins.....	74
Art. 147 – Audition.....	75
Art. 148 – Tutelle.....	75
CHAPITRE 2 – LES BIENS.....	75
Art. 149 – Donations et legs.....	75

Art. 150 – Baux de location et de fermage	75
Art. 151 – Marchés publics	76
CHAPITRE 3 – RÉGIES COMMUNALES	76
Section 1^{re} – Régies communales ordinaires	76
Art. 152 – Généralités.....	76
Art. 153 – Comptable.....	76
Art. 154 – Grandes régies	77
Section 2 – Régies communales autonomes.....	77
Art. 155 – Objet social.....	77
Art. 156 – Gestion.....	77
Art. 157 – Commissaires	78
Art. 158 – Mandats.....	78
Art. 159 – Compétences	78
Art. 160 – Contrat de gestion.....	78
Art. 161 – Législation applicable	79
Art. 162 – Grandes régies	79
CHAPITRE 4 – LES FINANCES	79
Section 1^{re} – Budget et comptes	79
Art. 163 – Dispositions générales.....	79
Art. 164 – Dépenses facultatives	80
Art. 165 – Paiements.....	80
Art. 166 – Transfert de moyens.....	80
Art. 167 – Dépenses urgentes.....	80
Art. 168 – Mandats de paiement.....	80
Art. 169 – Adoption du budget et règlement des comptes.....	80
Art. 170 – Publicité du budget et des comptes.....	81
Art. 171 – Équilibre budgétaire.....	81
Art. 172 – Règlement général de comptabilité communale.....	81
Art. 173 – Charges et dépenses	81
Section 2 – Recettes	81
Art. 174 – Dispositions générales.....	81
Section 3 – Prescription	81
Art. 175 – Dispositions générales.....	81
Art. 176 – Remboursements.....	82
Section 4 – Octroi et contrôle des subventions accordées par les communes.....	82
Art. 177 – Champ d'application	82
Art. 178 – Définition.....	82
Art. 179 – Documents à introduire.....	83
Art. 180 – Délibération.....	83
Art. 181 – Obligations.....	83
Art. 182 – Contrôle.....	83
Art. 183 – Restitution	83
TITRE 5 – ÉTABLISSEMENT ET RECOUVREMENT DES TAXES COMMUNALES.....	84
Art. 184 – Champ d'application	84
Art. 185 – Recouvrement.....	84
Art. 186 – Rôles d'imposition.....	84
Art. 187 – Avertissement-extrait de rôle.....	85
Art. 188 – Obligation de déclaration.....	85
Art. 189 – Procès-verbaux.....	85
Art. 190 – Contrôle.....	85
Art. 191 – Réclamations	85
Art. 192 – Recours	86
Art. 193 – Législation applicable	86
TITRE 6 – RESPONSABILITÉ CIVILE DES COMMUNES ET PROCÉDURES JUDICIAIRES.....	86
Art. 194 – Responsabilité de la commune.....	86
Art. 195 – Assurance en protection juridique	86
Art. 196 – Actions judiciaires.....	86
Art. 197 – Démarches judiciaires au nom de la commune.....	87
TITRE 7 – DISPOSITIONS FINALES	87
Art. 198 – Disposition modificative	87

Art. 199 – Disposition modificative	87
Art. 200 – Disposition modificative	87
Art. 201 – Disposition modificative	87
Art. 202 – Disposition modificative	87
Art. 203 – Disposition modificative	87
Art. 204 – Disposition modificative	88
Art. 205 – Disposition modificative	88
Art. 206 – Disposition abrogatoire.....	88
Art. 207 – Entrée en vigueur.....	88